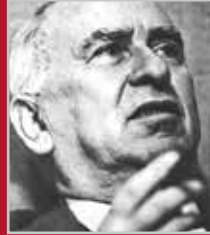


Harald Neubert

Linie Gramsci – Togliatti – Longo – Berlinguer



**Erneuerung oder Revisionismus
in der kommunistischen Bewegung?**

Harald Neubert
Linie Gramsci – Togliatti –
Longo – Berlinguer

Prof. Dr. Harald Neubert, geb. 1932, Historiker, 1970-1990 Lehrstuhlleiter bzw. Direktor des Instituts für internationale Arbeiterbewegung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin (DDR).

Bei VSA erschien von ihm zuletzt: *Die Hypothek des kommunistischen Erbes. Erfahrungen, Zeugnisse, Konsequenzen.* Hamburg 2002, sowie *Antonio Gramsci: Hegemonie – Zivilgesellschaft – Partei. Eine Einführung.* Hamburg 2001.

Harald Neubert

**Linie Gramsci – Togliatti –
Longo – Berlinguer**

Erneuerung oder Revisionismus
in der kommunistischen Bewegung?

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2009, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfotos: Antonio Gramsci, Palmiro Togliatti, Enrico Berlinguer: dpa;

Luigi Longo: Sozialismus-Archiv

Druck und Buchbinderarbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg

ISBN 978-3-89965-349-6

Inhalt

Vorbemerkung	7
---------------------------	---

Antonio Gramsci

1. Lebensdaten und politische Entwicklung Gramscis	11
2. Die Bedeutung von Gramscis schriftlicher Hinterlassenschaft	13
3. Gramscis marxistisches Geschichts-, Politik- und Theorieverständnis	17

Palmiro Togliatti

1. Togliattis angepasster Aufstieg in die Führungsriege der kommunistischen Bewegung	45
2. Togliattis Rolle in der Metamorphose der Komintern in den 1930er Jahren	47
Beitrag zur überfälligen Wende in der Komintern-Politik	47
Togliatti und die widersprüchliche Entwicklung nach dem VII. Kongress	54
3. Originelle strategische Entscheidungen Togliattis nach 1944	63
Die Wende von Salerno	63
Togliattis Konzept der Erneuerung der IKP	67
Die Strategie der Kommunisten für den nationalen Aufstand	72
Das strategische Konzept eines »italienischen Weges zum Sozialismus«	74
4. Entwicklung Togliattis zum kritischen Visionär und »Revisionisten« in der internationalen kommunistischen Bewegung der Nachkriegsjahre	80
Erfordernisse und zeitgemäße Prinzipien des Internationalismus aus der Sicht Togliattis	80
Togliattis Reaktion 1956 auf den XX. Parteitag der KPdSU	82
Togliatti und die Turbulenzen nach dem XX. Parteitag der KPdSU	88
Innerkommunistische Kritik am »Revisionismus« Togliattis	91

5. Togliattis »historische Kompromisse«	96
6. Togliattis politisches Testament – das Memorandum von Jalta	100

Luigi Longo

1. Lebensdaten Longos	109
2. Eine verantwortungsvolle Grundsatzentscheidung	110
3. Die tschechoslowakischen Ereignisse 1968 als Herausforderung	111

Enrico Berlinguer

1. Persönlichkeit und familiäres Umfeld Berlinguers	117
2. Die politische Entwicklung Berlinguers	118
Die Anfänge	118
Die Übernahme zentraler Funktionen	120
Berlinguers Aufstieg zum Generalsekretär der Partei	123
3. Zu strategischen und theoretischen Auffassungen Berlinguers	126
Schlussfolgerungen aus Revolution und Konterrevolution	
in Chile	126
Berlinguer und der »Eurokommunismus«	130
Berlinguers angestrebter und gescheiterter	
»Historischer Kompromiss«	137
Berlinguers Sozialismus-Konzept in historischer Projektion	142
4. Der »Bruch« mit der KPdSU als Konsequenz	
angestauter Unvereinbarkeiten	145

Die Bilanz	149
-------------------------	-----

Auswahl der verwendeten Literatur	153
--	-----

Vorbemerkung

Die Standortbestimmung in der heutigen Gesellschaft und die Glaubwürdigkeit, der politische Einfluss, die Aktionsfähigkeit und schließlich die Zukunftsorientierung von Sozialisten und Kommunisten hängen im Wesentlichen auch davon ab, wie ehrlich und kritisch sie schlüssige, überzeugende und im linken Spektrum weitgehend konsensfähige Antworten auf eine Reihe von Fragen zu ihrer Vergangenheit, zu ihrer »historischen Hypothek« zu geben vermögen. So vor allem auf die Frage nach den Ursachen des Scheiterns der sozialistischen Ordnungen in Europa, des Zerfalls der UdSSR und der Auflösung der internationalen kommunistischen Bewegung sowie danach, ob, und wenn ja, wie dieses Ende hätte abgewendet werden können. Es dürfte inzwischen eine weitgehende Übereinstimmung darüber geben, dass diese Entwicklung in entscheidendem Maße verursacht wurde, weil Sozialismus und kommunistische Bewegung aufgrund notwendiger, aber unterlassener Reformen den neuen, veränderten Bedingungen und Herausforderungen nicht gerecht wurden. Ein ideologisch dogmatisierter Marxismus hatte im Verlaufe der Geschichte die Möglichkeiten für offene Debatten über Probleme und Defizite, über die Suche nach neuen Lösungsmodellen, über alternative strategische Konzepte sowie über Theorieentwicklungen eingeschränkt. Unter diesen Gesichtspunkten sind kritisch-konstruktive Konzepte, Strategien und Programme einer näheren Betrachtung wert, die in der Vergangenheit von kommunistischen Parteien selbst in die Diskussion eingebracht bzw. in der politischen Praxis befolgt worden sind.

Von besonderem Interesse ist in dieser Hinsicht die Entwicklung des theoretischen, politischen und programmatischen Selbstverständnisses und der entsprechenden Politik der Italienischen Kommunistischen Partei (IKP).¹ Ihre Geschichte lässt von Antonio Gramsci bis Enrico Berlinguer eine gewisse Kontinuität erkennen, die vor allem in Vorstellungen über einen italienischen Weg zum Sozialismus und eine demokratisch verfasste sozialistische Ordnung Ausdruck fand. Das hob diese Partei ab von der Mehrzahl der anderen kommunistischen Parteien, deren Politik, Programmatik und Strate-

¹ Bis zur Auflösung der Kommunistischen Internationale im Jahre 1943 nannte sie sich als deren Sektion Kommunistische Partei Italiens (KPI), danach nahm sie den Namen Italienische Kommunistische Partei (IKP) an.

gie des Weges zum Sozialismus und deren Vorstellungen von einer sozialistischen Gesellschaft im Banne der Erfahrungen der Oktoberrevolution und des sowjetischen Gesellschaftssystems verblieben. Zumal diese in ihrer theoretischen Verallgemeinerung durch J. W. Stalin zum einzig richtigen, einzig gültigen marxistisch-leninistischen Revolutions- und Sozialismusmodell erklärt worden waren. Die relativ eigenständige Position der IKP beschränkte sich jedoch nicht nur auf Vorstellungen vom Sozialismus, sondern erstreckte sich – allerdings mit mancherlei und zeitweise erfolgten Modifizierungen – auch auf die Struktur der kommunistischen Partei, auf ihre organisatorische Verfasstheit, ihre Funktion und ihren Platz in der Gesellschaft sowie auf das Internationalismus-Verständnis. Im Hintergrund stand bei den Nachfolgern Antonio Gramscis stets dessen Hegemonie-Konzept, das sich auf demokratische Zustimmung gründete, die stets aufs Neue zu erwerben wäre. Beispielgebend war hierfür Togliattis Konzept einer neuen Partei, die nicht nur Propaganda betreiben, sondern vor allem politik- und hegemoniefähig sein sollte. Ähnliches galt für die Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien.

Während Gramsci wesentliche theoretische und strategische Grundlagen dieser Partei begründete, aber de facto nur zwei Jahre – von 1924 bis 1926 – Zeit hatte, die Partei seinen Auffassungen gemäß zu prägen, war es unbestritten Palmiro Togliatti, der in einem, wenn auch nicht folgerichtigen Prozess, ihren Charakter, ihre Strategie und Programmatik bestimmte. Wie Gramsci sah sich auch Togliatti in doppelter Verantwortung – als Führer einer nationalen kommunistischen Partei und als marxistischer Theoretiker mit internationalem Einfluss. Während aber für Gramsci, besonders in den Jahren der Kerkerhaft, die Theorie Priorität gegenüber der Politik besaß, stand für Togliatti zeitlebens die politische Aktivität, verbunden mit strategischen Entscheidungen, im Vordergrund. Nicht zufällig nannte man die IKP die Partei Gramscis und Togliattis. Bezeichnend hierfür ist zum Beispiel, wie der französische Philosoph und Schriftsteller Jean-Paul Sartre diese Partei, geformt vor allem durch die Persönlichkeit Togliattis, sofort nach dessen Tode 1964 – aus einer idealisierenden Sicht – charakterisierte: »Die PCI, das war Italien. Aber als ich Togliatti begegnet bin, habe ich gedacht: Italien, das ist er. Er bewahrt es, er erhält und verändert es... Dank des geistigen Weitblicks ihres Führers ist sie für ihre Anhänger nicht nur zum Versprechen einer künftigen Befreiung geworden, dank ihrer jetzigen Freiheit zu denken und zu handeln vermag sie es, die Welt zu verstehen und sich ihrer Entfremdungen zu entledigen... Seine Partei ist sein Ebenbild...«

Nach Togliattis Tod übernahm sein langjähriger Stellvertreter Luigi Longo die Parteiführung. Longo, der sich sofort für die Veröffentlichung von Tog-

liatti »Memorandum von Jalta« als dessen politischem Testament entschieden hatte, sah sich in der Pflicht, die von seinem Vorgänger eingeschlagene politische, ideologische und strategisch-programmatische Ausrichtung der IKP fortzuführen.

Die 1968er-Ereignisse – der »Prager Frühling« und sein gewaltsamer Abbruch durch eine militärische Intervention – erhärteten unter Longo allerdings bereits die von Togliatti vorgegebenen kritischen Positionen der IKP auf einer neuen Stufe – als offener Affront gegenüber der sowjetischen Führung. Die dramatischen internationalen Entwicklungen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre veranlassten die Partei sogar zu weitergehenden kritischen Positionen, vor allem auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und der Ost-West-Beziehungen.

Enrico Berlinguer war der letzte Generalsekretär der IKP, der – bevor die Partei ihre kommunistische Identität aufgab – ihr Profil auf originelle Weise prägte und sich zugleich der internationalen kommunistischen Bewegung gegenüber in der Verantwortung sah, einen Beitrag zu leisten, um sie aus der Krise herauszuführen, ihre Einheit erneut zu konsolidieren und ihr zu größerem Einfluss zu verhelfen. Diesem Anliegen getreu war Berlinguer in den 1970er Jahren Inspirator und Promotor des Versuchs, das kommunistische Selbstverständnis, kommunistische Politik und Programmatik, die Vorstellung eines demokratischen Sozialismus usw. – den Bedingungen und Herausforderungen der Zeit entsprechend – zusammen mit den Generalsekretären Georges Marchais aus Frankreich und Santiago Carrillo aus Spanien neu zu konzipieren, was die nicht ganz zutreffende Bezeichnung »Eurokommunismus« erhielt.

Der von Rückstand, ja von Erstarrung zeugende reale Zustand in den sozialistischen Ländern und in der kommunistischen Bewegung erzeugte in wachsendem Maße in der IKP Enttäuschung. Das Auseinanderdriften von Anspruch und Realität in Bezug auf den Sozialismus veranlassten Berlinguer schließlich, mit seiner Partei de facto aus der mit der Oktoberrevolution begonnenen kommunistischen Tradition auszuscheren und aufgrund ideologischer Unvereinbarkeit die Beziehungen zur KPdSU abubrechen. Die von der Oktoberrevolution ausgegangenen Impulse hielt er für historisch erschöpft.

Dass die Nachfolger Enrico Berlinguers sodann, nach dem Scheitern der realsozialistischen Ordnungen in der Sowjetunion und den anderen Ländern Europas sowie dem Auseinanderfallen der UdSSR, den Weg der »Sozialdemokratisierung« der IKP einschlugen und schließlich die Partei auflösten, ist dennoch schwerlich aus dieser Linie Gramsci – Togliatti – Longo – Berlinguer zu erklären.

Die IKP selbst existiert nicht mehr. In ihrer Hinterlassenschaft gibt es nunmehr zwei kommunistische Parteien, die miteinander rivalisieren und dadurch ihr Ansehen und ihren Einfluss erheblich schwächen – die »Partei Rifondazione comunista« und die »Partei der Italienischen Kommunisten«. So vermochte bei den Parlamentswahlen im Jahre 2008 keine der beiden kommunistischen Nachfolgeparteien auch nur einen Sitz zu erringen, sodass erstmals seit 1945 kein Kommunist mehr im italienischen Parlament vertreten ist. Man bedenke, dass die IKP im Jahre 1976 mehr als 34 Prozent Stimmenanteil errang.

Die hier darzustellende Traditionslinie der IKP gerät mehr und mehr in Vergessenheit. Besonders der Platz und die Rolle Togliattis sind seither im linken Parteienspektrum Italiens umstritten. Eine letzte große Würdigung der historischen Bedeutung Togliattis für die IKP und für die internationale kommunistische Bewegung gab es 1998, als auf meine Anregung hin im Städtchen Cortona in der Toskana eine breit angelegte internationale Konferenz unter der Schirmherrschaft Armando Cossuttas, damals Vorsitzender der Partei »Rifondazione comunista«, stattfand, also noch kurz vor der Spaltung dieser Partei.

Zieht man eine historische Bilanz in Anbetracht dessen, dass die sozialistischen Ordnungen in Europa liquidiert wurden und die internationale kommunistische Bewegung sich als aktionsfähige Kraft de facto aufgelöst hat, kann man nicht jenen zustimmen, die hierfür die Ursachen in einem angeblich in der kommunistischen Bewegung wirkenden Strang des Revisionismus ausmachen wollen, der mindestens seit dem XX. Parteitag der KPdSU, besonders in der Person Nikita Chruschtschow, Josip Broz Titos und Palmiro Togliattis, den Niedergang verschuldet hätte. Wenn Verantwortliche für diesen historischen Niedergang tatsächlich benannt werden sollen, so ist an jene Führungskräfte zu denken, die mit einer konservativen dogmatischen Grundeinstellung und einem beschränkten theoretischen Horizont alle Bemühungen abgewehrt, als revisionistisch diffamiert und so notwendige Veränderungen verhindert haben.

Antonio Gramsci

1. Lebensdaten und politische Entwicklung Gramscis

Geboren wurde Gramsci 1891 auf Sardinien in der Familie eines kleinen Staatsangestellten. Ein Unfall als Kleinkind führte zu einer körperlichen Deformierung, die seinen Gesundheitszustand dauerhaft beeinträchtigte. Von 1911 an absolvierte er dank eines Stipendiums aufgrund ausgezeichneter schulischer Leistungen an der Universität in Turin ein Studium der Philosophie und anderer geisteswissenschaftlicher Fächer. 1915 wurde er Redakteur der örtlichen sozialistischen Zeitung Turins »Grido del popolo« (Ruf des Volkes). 1917 wurde er zum Sekretär der Turiner Sektion der Sozialistischen Partei gewählt, wodurch er zugleich Direktor von »Grido del popolo« wurde. Im Mai 1919 gründete er zusammen mit Palmiro Togliatti und anderen Mitstreitern die Zeitschrift »L'Ordine Nuovo« (Die neue Ordnung) und begann eine prinzipielle Auseinandersetzung mit der reformistischen Führung der Sozialistischen Partei. Unter anderem verfasste er einen Bericht »Für eine Erneuerung der Sozialistischen Partei«. 1920-21 beteiligte er sich aktiv an den revolutionären Bewegungen der Arbeiter in Oberitalien, so an der Bildung von Fabrikräten, am Generalstreik (im April 1920) und an Fabrikbesetzungen (im September 1920).

Als es am 21. Januar 1921 in Livorno zur Spaltung der Sozialistischen und somit zur Gründung der Kommunistischen Partei kam, gehörte Gramsci zu ihren Mitbegründern. Vom Mai 1922 bis Herbst 1923 vertrat er die KPI beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) in Moskau, wo er persönlich mit W. I. Lenin zusammentraf. Hier lernte er Julia Schucht kennen, die er heiratete. Mit ihr hatte er zwei Söhne, Giuliano und Delio, die in Moskau aufwuchsen, sodass er mit ihnen von Italien aus nur schriftlichen Kontakt pflegen konnte. Sie sind inzwischen verstorben. In Moskau lebt aber noch ein Enkel Gramscis, der wie sein Vater Giuliano (gest. am 23. Juli 2007) Musiker ist und die Absicht hat, ein Buch über die Familie seiner Großmutter Julia Schucht, der Frau Gramscis, zu schreiben. Hier sei ein Bekenntnis dieses Enkels eingeflochten, das in »L'Unità« vom 18. Oktober 2007 erschien und recht bezeichnend ist: »Ich muss bekennen, dass ich vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion kein besonderes Interesse an meinem Großvater besaß. In der Sowjetunion wurde der Person Antonio Gramscis wenig Auf-

merksamkeit entgegengebracht. Alle kannten Palmiro Togliatti, der den historischen Führer der italienischen kommunistischen Bewegung verkörperte. In den Schulbüchern waren Gramsci nur wenige Zeilen gewidmet, in denen er mehr als Märtyrer des faschistischen Regimes und viel weniger als Denker und politischer Führer dargestellt wurde. In Russland wurden nur wenige Werke Antonio Gramscis publiziert, vor allem seine politischen Schriften vor der Inhaftierung. Ich vermochte mich als typischer sowjetischer Jugendlicher, der bereits gegenüber der umfassenden offiziellen Propaganda allergisch war, für das Thema nicht zu interessieren...«

Während des Aufenthaltes Gramscis in Sowjetrußland ereignete sich im Oktober 1922 in Italien der so genannte Marsch der italienischen Faschisten auf Rom, wonach der Führer der Faschisten, Benito Mussolini, das Amt des italienischen Ministerpräsidenten übernahm. In Italien wurde sodann schrittweise die faschistische Diktatur errichtet, und die Kommunisten wurden verfolgt. Nach seinem Aufenthalt in Sowjetrußland hielt sich Gramsci vom Herbst 1923 bis Mai 1924 in Wien auf. Nach Italien konnte er erst 1924 nach den Parlamentswahlen zurückkehren, da er als gewählter Abgeordneter Immunität erhielt. Vor seiner Abreise aus der Sowjetunion hatte Gramsci noch die Möglichkeit, am IV. Kongress der Komintern (November/Dezember 1922) teilzunehmen. Gestützt auf die von Lenin vorgegebene Linie der Komintern begann er bereits aus Moskau eine gezielte Auseinandersetzung mit dem Sektierertum, Maximalismus und dem elitären Berufsrevolutionarismus Amadeo Bordigas, der an der Spitze der Partei stand. In Briefen an Togliatti und andere führende Genossen plädierte er dafür, der Partei eine andere Richtung als die zu geben, die sie bislang gehabt hatte. Ein Fehler der Partei bestehe darin, das Problem ihrer Organisation in den Vordergrund und in abstrakter Weise gestellt zu haben, woraus sich ein Apparat von Funktionären herausgebildet hätte, die sich orthodox verhielten und meinten, die Revolution hinge allein von der Existenz dieses Apparates ab. Es ging hierbei besonders auch um die Einschätzung des Faschismus, um die Rolle der Partei in der Gesellschaft, um Teilnahme oder Nichtteilnahme der Kommunisten an Parlamentswahlen, um das Verhältnis zu den Gewerkschaften und zur Sozialdemokratie. So nahm er bereits von Wien aus einen direkten Einfluss auf die Konsolidierung der Partei und ihre Entwicklungsrichtung. In Wien gründete Gramsci die Zeitung »L'Unità«, deren erste Nummer am 12. Februar 1924 erschien und die vom August 1924 an zur Parteizeitung erklärt wurde. Im Verlaufe des Jahres 1924 übernahm Gramsci sodann als Konsequenz der innerparteilichen Auseinandersetzungen de facto die Führung der Partei.

Für den III. Parteitag der KPI, der im Januar 1926 im französischen Lyon stattfand, verfasste Gramsci, wohl unter Mitarbeit Togliattis, Programmthe-

sen, die auf dem Parteitag beschlossen wurden. Mit der Annahme dieser Thesen wurde die wesentlich von Gramsci vertretene Linie der Partei und er selbst als Parteivorsitzender bestätigt. Indem er sich in jener Zeit verstärkt auch mit der Geschichte Italiens im 19. Jahrhundert, mit dem Risorgimento, der ökonomischen Modernisierung und der sozialen Spaltung des Landes beschäftigte, schrieb er 1926 eine unvollendet gebliebene Arbeit »Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens«, die bemerkenswerte Erkenntnisse zur italienischen Geschichte und allgemein zur Gesellschaftstheorie enthält. Noch vor seiner Anfang November 1926 erfolgten Verhaftung sandte Gramsci Anfang Oktober einen alarmierenden Brief an das ZK der KPdSU² nach Moskau, der seine wesentlichen Positionen zur inneren Verfasstheit und zu den Formen innerparteilicher Konflikte in einer kommunistischen Partei sowie zum Internationalismus im Rahmen der als Weltpartei verstandenen Komintern enthält.

Verhaftet wurde Gramsci trotz parlamentarischer Immunität am 8. November 1926. 1927 fand ein Prozess gegen ihn statt, bei dem er zu einer mehr als 20-jährigen Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Direkten Kontakt zur Außenwelt unterhielt er während der Zeit seiner Haft vor allem über seine in Rom lebende Schwägerin Tatjana Schucht, die Schwester seiner Frau, und zu Piero Sraffa, einem in England lebenden Ökonomie-Professor.

Am 27. April 1937 verstarb er an den Folgen der Kerkerhaft in einer römischen Klinik.³

2. Die Bedeutung von Gramscis schriftlicher Hinterlassenschaft

Das Gesamtwerk und die Persönlichkeit Gramscis sind gerade wegen ihrer Vielseitigkeit nur in der Einheit von Politik, Parteigegebenheit und Theorie richtig zu begreifen, sodass seine philosophischen und historischen Erkenntnisse immer auch in ihrer politischen Relevanz verstanden werden können. Togliatti schrieb: »Gramsci war Theoretiker der Politik, vor allem aber war er ein praktischer Politiker, das heißt ein Kämpfer. Seine Auffassung von Politik lehnt sowohl den Instrumentalismus als auch den abstrakten Moralismus oder die abstrakte Ausarbeitung von Theorien ab.« Seine schriftliche Hin-

² Der Einfachheit halber wird im Text durchweg die Bezeichnung KPdSU verwandt, wengleich diese sich im Verlaufe der Geschichte änderte. Nach der Oktoberrevolution hieß sie z.B. KPR (B) – Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki).

³ In letzter Zeit wurden von italienischen marxistischen Wissenschaftlern drei Legenden über den Tod Gramscis widerlegt: Er habe Selbstmord begangen; er sei auf Order von Stalin ermordet worden; er habe sich in der Todesstunde zum Katholizismus bekannt und das Sterbesakrament entgegengenommen.

terlassenschaft lässt sich nach Zweck und Thematik in sechs Rubriken einteilen: erstens: journalistische und publizistische Schriften; zweitens: Dokumente aus der parteipolitischen Tätigkeit; drittens: Studien zur italienischen Nationalgeschichte; viertens: Briefe; fünftens: Gefängnishefte; sechstens: eine Sammlung von Märchen und Fabeln »der Freiheit«.

Die Gefängnishefte als in mehreren Haftanstalten niedergeschriebene Notizen gelten hierbei ohne Zweifel als das Hauptwerk Gramscis, obgleich sie einen provisorischen Charakter besitzen. Er hegte die Absicht, diese Notizen später unter systematischen Gesichtspunkten zu bearbeiten. Dennoch tritt uns in ihnen der reife Gramsci entgegen, der in der Abgeschiedenheit des Kerkers tiefgründige Auffassungen über Gesellschaft, Theorie und Politik zu Papier brachte, ohne sie selbst der Welt kundtun zu können. Auf abenteuerliche und letztlich glückliche Weise gelangten diese Aufzeichnungen auf Umwegen aus dem Kerker nach Moskau und somit in den Besitz der italienischen Parteiführung. Die Gefängnis-Aufzeichnungen zeugen von einer intensiven, disziplinierten und gut organisierten Arbeit Gramscis, in der sich nicht nur der breite geistige, politische und moralische Horizont Gramscis widerspiegelt, sondern auch seine Lebenskraft; eine Arbeit, die ihm sicher half, diese seine Lebenskraft lange Zeit unter schwersten Bedingungen aufrechtzuerhalten. Gramsci verfasste die Gefängnishefte zwischen Februar 1929 und der zweiten Hälfte des Jahres 1935. Die fortschreitende Zerrüttung seines Gesundheitszustandes ließ schon vor 1935 die Kraft zur Fortführung seiner Arbeit allmählich versiegen.

Um den Charakter und die Struktur der Gefängnishefte Gramscis richtig verstehen und seine theoretischen Erkenntnisse adäquat erschließen zu können, muss man sich seine Arbeitsweise vergegenwärtigen. Er benutzte zur Niederschrift normale Schulschreibhefte. In einem Brief vom Februar 1932 schrieb er an seine Schwägerin Tatjana Schucht: »Du solltest Hefte von normalem Format nehmen, wie Schulhefte und nicht zu umfangreich, höchstens vierzig bis fünfzig Seiten, so dass sie nicht notwendigerweise zu einem immer wirreren Sammelsurium vermischten Inhalts werden. Ich möchte diese kleinen Hefte gerade dafür haben, diese Notizen neu zu ordnen, indem ich den Stoff aufteile und so System hineinbringe...« Er hatte ihr bereits in einem Brief vom 19. März 1927 die Idee und ein erstes Programm seiner beabsichtigten Aufzeichnungen skizziert, indem er zum Ausdruck brachte, »etwas für ewig« niederschreiben zu wollen. Das Wort ewig schrieb Gramsci, Goethe zitierend, auf Deutsch.

Da sich Gramsci zu gleicher Zeit mit verschiedenen Themen beschäftigte, schrieb er seine Gedanken parallel in verschiedene Hefte. Nicht selten hat er dabei aber Gedanken, die dasselbe Thema betreffen, nicht zusammenhän-

gend niedergeschrieben; vielmehr sind sie verstreut in dem einen oder anderen Heft ausfindig zu machen. Es waren für ihn provisorische Aufzeichnungen, die er später, nach seiner Entlassung aus der Haft, nach systematischen Gesichtspunkten bearbeiten wollte. Er bezog sich in diesen Aufzeichnungen auf eine breite Literatur, die ihm jedoch im Gefängnis nur zum geringen Teil zur Verfügung stand, sodass er vieles aus dem Gedächtnis zitierte. Als von Gramsci selbst gewählte Themen, nach denen er seine Niederschriften gruppierte, seien die folgenden genannt: Vergangenheit und Gegenwart; Risorgimento; Machiavelli; Benedetto Croce; Philosophie der Praxis; Fordismus und Amerikanismus; Literatur.

Erstmals erschien, besorgt von Valentino Gerratana im Auftrage des Gramsci-Instituts der IKP, eine wissenschaftlich anspruchsvolle kritische Gesamtausgabe der 29 Gefängnishefte Gramscis in Italien 1975, ausgestattet mit einer Einführung, einem umfangreichen Apparat in Gestalt von Kommentaren, Personen- und Sachregistern, bibliografischen Angaben der von Gramsci benutzten bzw. zitierten Literatur. Sie umfasst insgesamt 3369 Druckseiten und bringt die Hefte (handschriftlich etwa 3000 Seiten) in strenger Reihenfolge, unabhängig von der inneren thematischen Struktur, sofern diese nicht mit der Hefeteilung bei Gramsci selbst identisch ist, und unabhängig von der realen Zeitabfolge der Arbeit Gramscis in ihnen. Dies war auch die Grundlage für eine revidierte sechsbändige Ausgabe von 1977. Eine deutsche Übersetzung ist seit 1991 erschienen: Antonio Gramsci: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe auf der Grundlage der im Auftrage des Gramsci-Instituts besorgten Edition von Valentino Gerratana. Herausgegeben vom Deutschen Gramsci Projekt unter der wissenschaftlichen Leitung von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug.

Da den Gefängnisheften in thematischer Hinsicht die Geschlossenheit fehlt, lassen sich in vielen Fällen auch keine eindeutigen Definitionen von Begriffen und Kategorien, die Gramsci verwendet oder selbst formuliert, finden. Die Nutzung der Gefängnishefte verlangt deshalb Kenntnis des Gesamtwerkes und Kombinationsvermögen. Damit ist aber auch die Möglichkeit gegeben, Gramscis Auffassungen unterschiedlich zu interpretieren sowie sein Werk wie einen »Steinbruch« auszubeuten.

Sehr treffend hat sich zu dieser Problematik Joseph A. Buttigieg, ein in den USA lebender ausgewiesener Gramsci-Herausgeber und -Forscher, über die Gefängnishefte geäußert: »Bei dem besonderen Charakter der Gefängnishefte wird selbst ein aufmerksamer Leser sich kaum genötigt fühlen, nach der Bedeutung eines jeden kleinen Fragments zu fragen; schließlich hat man es hier nicht mit einem Roman oder einer ausgearbeiteten ›wissenschaftlichen‹ Darlegung zu tun, bei der man annehmen darf, dass jedes Element einer mehr

oder minder präzisen Darstellungsabsicht zuzuordnen ist. Gleichzeitig ist es aber mehr als wahrscheinlich, dass die Leser an den vollständigen Text der Hefte mit einer zumindest generellen Vorstellung von den darin eingeknüpften großen Themen und zentralen Motiven herangehen; sie werden also geneigt sein, jedem dieser flottierenden Bruchstücke (und sei es provisorisch) einen Ort in einer der umfassenden Kategorien wie ›Hegemonie‹, ›Kultur‹, ›Theorie der Intellektuellen‹ etc. zuzuweisen.«

Gramscis Erkenntnisse systematisch zu erfassen ist auch deshalb schwierig, weil diese seine Aufzeichnungen in verschiedenen Fassungen, teils mit neuen Einsichten und Korrekturen, vorliegen, die den Prozesscharakter seiner theoretischen Reflexionen verdeutlichen. Es handelt sich um eine Fassung A als Erstaufzeichnung, die sodann als Fassung C in überarbeiteter Form (von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen) vorliegt; und um eine Fassung B als diejenige, die nur in einer, in der ursprünglichen Niederschrift überliefert ist. Dabei erscheinen mehrere Texte der Fassung A in der überarbeiteten Fassung C in einem veränderten Kontext.

Es gibt auch ein Problem, das die Sprache und die Begriffe in den Gefängnisheften betrifft. Gramsci musste bei seinen Formulierungen auf die Gefängniszensur Rücksicht nehmen, sodass er mancherlei Umschreibungen, Modifizierungen der Namen (Iljitsch statt Lenin, Wissarion statt Stalin) usw. verwendet. In seinen Gefängnisheften benennt er zum Beispiel auch den Marxismus als Philosophie der Praxis, was vielerlei Diskussionen und Interpretationen provozierte.

Die einen waren der Meinung, Philosophie der Praxis sei lediglich eine Tarnbezeichnung für Marxismus, so auch Togliatti, um die Gefängniszensur zu überlisten, andere nahmen an, Gramsci hätte sich damit vorsätzlich vom Begriff des Marxismus distanziert, sodass er unter Philosophie der Praxis keineswegs Marxismus verstanden hätte.

Dass Gramsci den Marxismus als Philosophie der Praxis bezeichnete, hatte wohl, so kann man annehmen, seinen Grund nicht nur darin, dass er die Gefängniszensur zu hintergehen suchte, sondern dies geschah sicherlich auch deswegen, weil er den eigentlichen Sinn der Philosophie beziehungsweise der Theorie, wie dies bereits Marx in seinen Thesen zu Feuerbach getan hatte, in ihrer praktischen Anwendbarkeit, in ihrer revolutionierenden Wirkung sah. So meint auch W. F. Haug: »Vielleicht kann man sich darauf einigen, dass der Name ›Philosophie der Praxis‹ mehrere Funktionen in sich vereinigt, dass er so auch die Funktion einer Tarnung mit der des substantiellen Programmbegriffs verbindet, allerdings unter der Dominanz eines Erneuerungsprojekts.«

3. Gramscis marxistisches Geschichts-, Politik- und Theorieverständnis

Den Marxismus eignete sich Antonio Gramsci bereits als junger Funktionär der Sozialistischen Partei auf eigene Weise, nach einem eigenen Theorie- und Philosophieverständnis an. Dabei setzte er sich frühzeitig mit der Marxismus-Interpretation auseinander, wie sie in der II. Internationale und in den ihr zugehörigen sozialistisch-sozialdemokratischen Parteien verbreitet war. Das entscheidende Kriterium für den Wahrheitsgehalt des Marxismus war für Gramsci die objektive Realität und die politische Praxis und nicht ein Kompendium von axiomatischen Kategorien der Theorie. Daraus resultierte seine Befähigung, in der Folgezeit einen originellen Beitrag zur Rezeption und zur Weiterentwicklung des marxistischen Denkens leisten zu können, wodurch ihm in der Geschichte des Marxismus ein besonderer Platz gebührt.

Wenngleich Gramsci sein Theorie-Verständnis als Philosophie der Praxis bezeichnete, dürfte kein Zweifel daran bestehen, dass er sich bis zum Schluss zum Marxismus bekannte. Doch war ihm hierbei jegliche Dogmatisierung des Marxismus, jegliche marxistische Orthodoxie fremd, wie er sie im jeweils vorherrschenden Marxismus-Verständnis nicht nur in der II. Internationale, sondern nach der Oktoberrevolution auch in der III., der Kommunistischen Internationale antraf.

Zum 100. Geburtstag von Karl Marx 1918 hatte er – noch in seiner Funktion als Sekretär der Turiner Sektion der Sozialistischen Partei – einen Artikel geschrieben, in dem er gegen den kanonisierten Marxismus und den Geschichtsdeterminismus polemisierte. Er schrieb: »Die Geschichte als Ereignis ist reine praktische Tätigkeit (ökonomische und moralische). Eine Idee verwirklicht sich nicht, indem sie logischerweise der reinen Wahrheit, der reinen Menschlichkeit (die nur als Programm, als generelles ethisches Ziel der Menschen existiert) entspricht, sondern indem sie in der ökonomischen Realität ihre Rechtfertigung, das Mittel, sich zu bestätigen, findet.« In den Gefängnisheften hat er sodann wiederholt dieses Thema aufgegriffen. »Das Kausalitätsgesetz, die Erforschung der Regelmäßigkeit, Normalität, Gleichförmigkeit werden an die Stelle der geschichtlichen Dialektik gesetzt...« Das »deterministische, fatalistische, mechanistische Element« erscheine als »eine Form von Religion...« Unter positiver Bezugnahme auf Marx bemängelte er besonders zwei Aspekte der deterministischen Geschichts- und Politikauffassung. Zum einen müsse man die Initiative zum Kampf ergreifen, anderenfalls verkleide sich der Wille, dem Gramsci zwecks aktiver Rolle des revolutionären, gesellschaftsverändernden politischen Subjekts eine entscheidende Funktion beimisst, lediglich »in einen Glaubensakt, in eine gewisse Rationalität der Geschichte«. Den mechanischen Determinismus abzulehnen, sei

deshalb wichtig, weil er »Ursache von Passivität, von dummer Selbstgenügsamkeit« werde. »Das Kausalitätsgesetz, die Erforschung der Regelmäßigkeit, Normalität, Gleichförmigkeit werden an die Stelle der geschichtlichen Dialektik gesetzt.« In diesem Sinne wäre praktisch jegliche politische Aktivität lediglich als ein Nachvollzug oder als die Vollstreckerin einer angeblich uneingeschränkt wirkenden objektiven, gesetzmäßigen Entwicklung zu verstehen. Der zweite Aspekt von Gramscis Einwänden betrifft die Frage, ob eine auf Gesetzmäßigkeiten beruhende gesellschaftliche Entwicklung, eben weil sie angeblich gesetzmäßig verlaufe, vorausschaubar sei. Er schreibt: Die »Suche nach Gesetzen, nach konstanten, regelmäßigen, gleichförmigen Linien, hängt mit dem etwas kindlich und naiv gefassten Bedürfnis zusammen, das praktische Problem der Vorhersehbarkeit der geschichtlichen Ereignisse endgültig zu lösen. Da es aufgrund einer merkwürdigen Umkehrung der Perspektiven ›scheint‹, dass die Naturwissenschaften die Fähigkeit verleihen, den Ablauf der Naturprozesse vorherzusehen, ist die historische Methodologie als ›wissenschaftlich‹ nur aufgefasst worden, wenn und insofern sie abstrakt dazu befähigt, die Zukunft der Gesellschaft vorherzusehen ... Aber die ›Thesen über Feuerbach‹ hatten bereits antizipatorisch diese simplizistische Auffassung kritisiert. In Wirklichkeit lässt sich ›wissenschaftlich‹ nur der Kampf vorhersehen, nicht jedoch die konkreten Momente desselben, die einzig aus gegensätzlichen Kräften resultieren können, die in fortwährender Bewegung und nie auf feste Quantitäten reduzierbar sind...«

Die Kritik Gramscis schloss das Theorie- und Politikverständnis Karl Kautskys ein, der meinte, die gesellschaftliche Entwicklung sei im Sinne eines kausalen Zusammenhangs aller historischen Erscheinungen eine notwendige, eine gesetzmäßige Entwicklung, entscheidend dadurch bedingt, dass alle gesellschaftlichen Prozesse durchweg auf die Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsweisen zurückzuführen seien, andere Faktoren daneben nicht ernsthaft in Betracht gezogen werden müssten, da sie abgeleitet wären. Gramsci war aber auch der Meinung, dass Kautskys Kontrahent im so genannten Revisionismusstreit seit Ende des 19. Jahrhunderts, Eduard Bernstein, mit seinem theoretischen Konzept ebenfalls die Rolle des subjektiven politischen Faktors in der Geschichte negierte. So schrieb er: »Bernsteins Prinzip, wonach die Bewegung alles und das Ziel nichts ist, versteckt unterm Anschein ›orthodoxer‹ Auslegung der Dialektik eine rein mechanistische Auffassung der Bewegung, bei der die menschlichen Kräfte als passive und nicht bewusste, als von den materiellen Dingen nicht unterschiedene Elemente betrachtet werden. Das ist interessant zu bemerken, weil Bernstein seine Waffen beim idealistischen Revisionismus gesucht hat, der ihn doch hätte dazu bringen müssen, das Einwirken der Menschen auf die historische Entwick-

lung als entscheidend zu beachten.« Und was das Verhältnis von Weg und Ziel der (revolutionären) Bewegung betrifft, fügt Gramsci hinzu: »Ohne die Perspektive der konkreten Ziele gelingt es nicht, die Bewegung aufrechtzuerhalten.« Ziele zu haben ist für Gramsci demnach gleichbedeutend mit Bewusstheit, Aktivität, Zielstrebigkeit der Bewegung.

Gramsci maß also ähnlich wie Lenin der (revolutionären) Rolle der politischen Subjekte, ihres Bewusstseins wie auch den nichtökonomischen Faktoren gesellschaftlicher Realität eine entscheidende Bedeutung bei. Die Arbeiterbewegung müsse in der Lage sein, die reale Entwicklung in ihrem Sinne, das heißt zielbewusst, voranzutreiben. Dies brachte ihm den Vorwurf des Voluntarismus ein, einen Vorwurf, den er zurückwies, wobei er zugleich seine Kritik am dogmatischen Umgang mit der Marxschen Theorie begründete. »Die von den positivistischen Sozialisten betriebene Sterilisierung der Lehre von Marx ist genau genommen keine Errungenschaft der Kultur, und sie ist nicht einmal (notwendigerweise) von großen Errungenschaften der Realität begleitet... So hat Treves⁴ in seiner hohen Kultur die Lehre von Marx reduziert auf ein externes Schema, auf ein Naturgesetz, das sich fatalerweise außerhalb des Willens der Menschen, außerhalb der assoziierten Aktivität, außerhalb der sozialen Kräfte, die diese Aktivität entfalten, verifiziert, eine Aktivität, die eben gerade die Determinante des Fortschritts, das notwendige Motiv für neue Formen der Produktion ist. Die Lehre von Marx wird somit die Lehre der Untätigkeit des Proletariats...« In seinem Artikel aus dem Jahre 1918 über Marx kam Gramsci auf dieses Thema zurück. Indem die »historische Kausalität zum Ordnungsprinzip für die unübersehbare Herde ohne Hirten«, für die Klasse ohne Führung, werde, gehe es um das Bewusstsein der Aufgabe, die unmittelbar in Angriff genommen werden müsse. Solange »die Herde ... nicht die Mittel besitzt .../und/ das Suchen nicht zu einem Wollen wird«, blieben »ihre individuellen Ziele ... reine Willkür, bloße Worte, zielloses emphatisches Suchen«. Die Rechtfertigung seiner Position leitete er mit einer Frage ein: »Voluntarismus? Das Wort bedeutet nichts, oder es wird im willkürlichen Sinne gebraucht. Wollen, marxistisch verstanden, bedeutet Bewusstheit des Zieles, was seinerseits exakte Kenntnis der eigenen Kraft und der Mittel bedeutet, diese in die Aktion umzusetzen. Es bedeutet deshalb in erster Linie Unterscheidung, Verselbständigung der Klasse, es bedeutet politisches Leben...«

In dem Artikel über Marx polemisierte Gramsci gegen jegliche Erscheinungen von Dogmatismus im Umgang mit der Lehre von Marx: »Marx hat keinen kurzgefassten Katechismus geschrieben, er war kein Messias, der eine

⁴ Claudio Treves war einer der Führer der Sozialistischen Partei Italiens.

Aneinanderreihung von Parabeln hinterlassen hätte, die kategorische Imperative, unbestrittene, absolute, außerhalb der Kategorien von Zeit und Raum stehende Normen enthalten.« Gramsci betonte zugleich den universalhistorischen Charakter des Marxismus (alle, die die Welt richtig interpretieren, seien mehr oder weniger Marxisten).

In den Jahren, als er die Gefängnishefte verfasste, war Gramsci auch bereits mit der Marxismus-Rezeption in der jungen Sowjetunion und in der Komintern konfrontiert. In der bolschewistischen Partei hielt man als Ergebnis der erfolgreichen Vorbereitung und Durchführung der Oktoberrevolution die Leninsche Adaption und Entwicklung des Marxismus – vor allem der Interpretation Stalins zufolge – für dessen universelle Bestätigung, ja für den einzig wahrhaften Marxismus der neuen Epoche. Lenin selbst hatte in dieser Überzeugung bereits lange vor der Oktoberrevolution damit begonnen, sich unversöhnlich mit dem Opportunismus, dem Revisionismus, der Revolutions- und Parteidoktrin der Theoretiker der II. Internationale auseinanderzusetzen, was die Nachfolger Lenins nicht weniger als jene dazu verführte, den Marxismus als Kompendium feststehender Kategorien und Prinzipien zu behandeln und ihn auf Dogmen zu reduzieren. Dieser Umgang mit dem Marxismus widersprach dem eigenständigen und kritischen geistigen Horizont Gramscis, wenngleich er sich als Schüler Lenins betrachtete und dessen Marxismus-Rezeption fortzusetzen glaubte.

Gramscis marxistisches Denken zeichnete sich dadurch aus, dass er – erstmals – die Zusammenhänge zwischen Alltagsbewusstsein, Theorie und politischer Aktion, zwischen Theorie und Praxis, zwischen der Funktion der Intellektuellen und der Erringung von Hegemonie in der Gesellschaft, zwischen Hegemonie und Macht im marxistischen Sinne zu klären suchte, da dies in der damaligen Marxismus-Tradition nicht als zu lösendes Problem erkannt und behandelt worden war. Dabei konstatierte er – wohl in Hinblick auf die Sowjetunion – noch immer fortbestehende wesentliche Defizite: »In den jüngsten Entwicklungen der Philosophie der Praxis [ist] die Vertiefung des Begriffs der Einheit von Theorie und Praxis erst in einer Anfangsphase: noch gibt es Reste von Mechanizismus, denn man spricht von Theorie als ›Ergänzung‹, ›Zubehör‹ der Praxis, von Theorie als Magd der Praxis«. Man könne sehen, »wie sich der Übergang von einer mechanistischen und rein äußerlichen Auffassung zu einer aktivistischen Auffassung vollzogen hat, die sich ... eher einem richtigen Verständnis der Einheit von Theorie und Praxis annähert, auch wenn sie deren gesamte synthetische Bedeutung noch nicht erreicht hat.«

Von dieser Position aus polemisierte Gramsci zum Beispiel gegen das Buch »Theorie des historischen Materialismus. Gemeinverständliches Lehrbuch der marxistischen Soziologie« von Nikolaj Bucharin, einem der Führer der

bolschewistischen Partei, erschienen in Moskau 1922. Er wirft Bucharin eine Vulgarisierung des Marxismus, eine vorschnelle Systematisierung der Theorie vor: »Ist es möglich, ein Elementarbuch, ein Handbuch, ein gemeinverständliches Lehrbuch zu schreiben, wenn eine Lehre noch im Stadium der Diskussion, der Auseinandersetzung, der Ausarbeitung ist? ... Wenn eine bestimmte Lehre dieses ›klassische‹ Entwicklungsstadium noch nicht erreicht hat, scheitert jeder Versuch, sie in Lehrbuchform zu bringen, ihre logische Systematisierung ist bloß scheinbar... Bemerkenswert ist, dass im Lehrbuch eine angemessene Behandlung der Dialektik fehlt: die Dialektik wird vorausgesetzt, nicht dargestellt, was ein absurdes Verfahren ist...«

Gramsci wandte sich somit gegen vorschnelle theoretische Schlüsse, wenn die Voraussetzungen dafür noch nicht gegeben wären. So schrieb er an anderer Stelle: »Nützlich und fruchtbar hierzu ist auch der von Luxemburg ausgedrückte Gedanke über die Unmöglichkeit, bestimmte Fragen der Philosophie der Praxis anzugehen, sofern sie noch nicht aktuell geworden sind für den Gang der allgemeinen Geschichte oder für eine gegebene gesellschaftliche Gruppierung.«

Liest man diese Feststellungen Gramscis, erhält man unweigerlich den Eindruck einer Vorwegnahme des bis zum Schluss unveränderten Umgangs mit der marxistischen Theorie in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern. Denn ein Grunddilemma, das fortschreitend die Krise des Marxismus(-Leninismus) in der kommunistischen Bewegung, vor allem in den sozialistischen Ländern, verursachte, bestand in der bekanntlich wachsenden Kluft zwischen Theorie und Praxis. Hervorgerufen wurde diese zum einen durch die Simplifizierung und Dogmatisierung des Marxismus, zum anderen durch seine degradierte Funktion, jegliche konkrete pragmatische Politik mit der marxistischen Theorie zu begründen und zu rechtfertigen.

In den Gefängnisheften Gramscis findet sich eine sehr allgemein gehaltene Aussage, wie sich der Mangel an Übereinstimmung von Theorie und Praxis auswirkte. Es liegt nahe anzunehmen, dass Gramsci damit das Schicksal des Marxismus in der kommunistischen politischen Praxis beschreiben wolle. Er stellte die Frage, weshalb die Menschen unruhig seien und woher die Unruhe käme. »Weil die ›Tat‹ blind ist, weil man tätig ist um der Tat willen... Man kann sagen, die Unruhe sei der Tatsache geschuldet, dass es zwischen Theorie und Praxis keine Identität gibt, was zugleich heißt, dass eine doppelte Heuchelei vorliegt.«

Die hierauf folgende Feststellung erinnert an den Doppelcharakter der marxistischen Theorie im realen Sozialismus: »Man handelt, obwohl es beim Handeln eine Theorie oder implizite Rechtfertigung gibt, zu der man sich nicht bekennen will, und man ›bekennt sich‹ zu einer Theorie oder stimmt

ihr zu, die keine Entsprechung in der Praxis hat. Dieser Gegensatz zwischen dem, was man tut, und dem, was man sagt, erzeugt Unruhe, das heißt Unzufriedenheit, Unbefriedigtsein...«

Zur späteren Krise des Marxismus in der kommunistischen Bewegung trug ohne Zweifel dazu bei, ihn als ein in sich geschlossenes, monolithisches Theoriesystem zu betrachten und zu meinen, dass seine Entwicklung keiner Bereicherung durch nicht-marxistische Theorien bedürfe, da diese schlechthin unwissenschaftlich und dekadent seien. Auch war man überzeugt, dass im Marxismus-Leninismus nur eine Auffassung richtig und somit verbindlich sei. Gramsci vertrat hierzu eine andere, eine dialektische Meinung. »Bei der Herangehensweise an historisch-kritische Probleme darf die wissenschaftliche Diskussion nicht als ein Gerichtsprozess aufgefasst werden, in dem es einen Angeklagten und einen Staatsanwalt gibt, der von Amts wegen beweisen muss, dass der Angeklagte schuldig ist und es verdient, aus dem Verkehr gezogen zu werden. Weil man annimmt, dass das Interesse auf die Wahrheitssuche und den Fortschritt der Wissenschaft gerichtet ist, erweist sich in der wissenschaftlichen Diskussion derjenige als weiter ›fortgeschritten‹, der sich auf den Standpunkt stellt, dass der Gegner einen Anspruch ausdrücken kann, der, wenn auch als untergeordnetes Element, in die eigene Konstruktion eingebaut werden muss.«

Gramsci postulierte auf diese Weise die Notwendigkeit, Auffassungen von Gegnern danach zu prüfen, in welchem Maße deren Erkenntnisse in das eigene Theoriesystem integriert werden könnten. Dass dies die Vertreter der bürgerlichen Ideologie mit dem Marxismus machten, um ihr theoretisches Arsenal zu bereichern und effektiver zu machen, beschreibt Gramsci folgendermaßen: »Die ›reinen‹ Intellektuellen als Ausarbeiter der weiter ausholenden Ideologien der herrschenden Klassen, als Führer der intellektuellen Gruppen ihrer Länder, kamen nicht umhin, sich wenigstens einiger Elemente der Philosophie der Praxis zu bedienen, um ihre Konzeptionen robuster zu machen und den übermäßigen spekulativen Philosophismus mit dem historischen Realismus der neuen Theorie zu mäßigen, um das Arsenal der gesellschaftlichen Gruppe, mit der sie verbunden waren, mit neuen Waffen auszustatten.«

Wie schätzte Gramsci die Oktoberrevolution ein? Er befürwortete sie, war aber bemüht, ihre historische Spezifik zu bestimmen. Sie entsprach seiner Meinung nach nicht dem Marxschen Kapitalismus- und Revolutionskonzept, wie es in der II. Internationale allgemein verbreitet war.

Bereits am 24. November 1917, also unmittelbar nach der Revolution, erschien in der Mailänder Ausgabe des »Avanti!«, des Zentralorgans der Sozialistischen Partei, sein Artikel »Die Revolution gegen das ›Kapital‹«. Er schrieb: »Die Revolution der Bolschewiki ist fest in der allgemeinen Revo-

lution des russischen Volkes verwurzelt. Es waren die Maximalisten,⁵ die bis vor zwei Monaten das notwendige Ferment bildeten, damit die Ereignisse nicht stagnieren und der Weg in die Zukunft nicht dadurch unterbrochen wird, dass sich eine Ordnung in endgültiger Form – und dies wäre eine bürgerliche Ordnung – etabliert. Diese Maximalisten haben die Macht errungen, sie haben ihre Diktatur errichtet und beginnen, sozialistische Formen zu entwickeln, in denen die Revolution letztlich die Möglichkeit finden muss, ihre Entwicklung harmonisch fortzusetzen, und zwar ohne dass von den großen inzwischen realisierten Errungenschaften allzu große Erschütterungen ausgehen. Die Revolution der Bolschewiki ist mehr von der Ideologie als von den Tatsachen hervorgebracht... Sie war eine Revolution gegen das »Kapital« von Karl Marx ... Es war der kritische Beweis für die fatale Notwendigkeit, dass sich in Russland eine Bourgeoisie bildet, dass eine kapitalistische Ära beginnt, dass sich eine Zivilisation westlichen Typs durchsetzt, bevor das Proletariat überhaupt erst an einen Aufstand, an seine Forderungen als Klasse, an seine Revolution denken kann.« Damit stimmte Gramsci in gewissem Sinne mit Lenins Konzept von der Revolution als Bruch des schwächsten Kettenringes im Kapitalismus überein. Die Entscheidung der Bolschewiki, die Revolution durchzuführen, hielt Gramsci für historisch richtig und notwendig, »damit die russische Gesellschaft nicht einem noch schrecklicheren Zusammenbruch verfällt« und den Gelüsten der (imperialistischen) Raubtiere ausgeliefert werde.

Gramscis Bezug auf den Historischen Materialismus und das »Kapital«-Verständnis war also ein Bezug auf die offizielle Lehrmeinung in der II. Internationale (namentlich Karl Kautskys); es war eine Kritik an dieser deterministischen Lehrmeinung, die sich auf Marx stützte und sie verabsolutiert hatte. Die ökonomische Rückständigkeit Russlands, die Gramsci offenbar nicht negierte, hielt er hingegen nicht für einen Hinderungsgrund, weswegen die Revolution nicht hätte durchgeführt werden sollen. Domenico Losurdo hat unlängst darauf hingewiesen, dass sich selbst bei Marx zwei unterschiedliche Versionen der Revolutionstheorie feststellen lassen und Gramsci sich dessen bewusst gewesen sein dürfte: Revolution, verursacht vom zu lösenden ökonomischen Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, was für die entwickelten kapitalistischen Ländern Geltung haben sollte, und Revolution, verursacht von vielfältigen ökonomischen, sozialen, nationalen und anderen Widersprüchen, vom Grad revolutionären Be-

⁵ In diesem Zusammenhang gebraucht Gramsci den Begriff Maximalisten als Synonym für Bolschewiki im positiven Sinne und nicht, wie in der Arbeiterbewegung ansonsten verbreitet, im pejorativen Sinne von Ultrarevolutionarismus.

wusstseins, von der Aktivität der Massen usw., sodass eine sozialistische Revolution auch in weniger entwickelten Ländern denkbar wäre.

Die erste Version bildete die Grundlage für das ökonomisch-deterministische Revolutionskonzept, wie es besonders Karl Kautsky vertrat und von Gramsci als mechanizistisch kritisiert wurde. Die zweite Version bildete, so Losurdo, die Grundlage für Gramscis positive Einschätzung der Oktoberrevolution.

Ergänzend sei nochmals auf den schon zitierten Artikel Gramscis 1918 zum 100. Geburtstag von Marx hingewiesen, in dem er gegen den auf diese Weise kanonisierten Marxismus und gegen den Geschichtsdeterminismus polemisierte, der praktisch jegliche politische Aktivität ad absurdum führte, die Politik zum Nachvollzug einer angeblich objektiv-gesetzmäßigen Entwicklung verurteilte.

Gramscis Kritik war, wie schon dargelegt, vor allem gegen die in der II. Internationale vorherrschende Auffassung gerichtet, wonach die historische Entwicklung lediglich auf die Veränderung der Produktionsweisen zurückzuführen sei und andere Faktoren keine wesentliche Rolle spielen würden. Gramsci hingegen maß also ähnlich wie Lenin der (revolutionären) Rolle der politischen Subjekte, ihres Bewusstseins wie auch den nichtökonomischen Faktoren gesellschaftlicher Realität, wovon schon die Rede war, eine entscheidende Bedeutung bei. Die Arbeiterbewegung müsse in der Lage sein, die Entwicklung in ihrem Sinne voranzutreiben. Den Vorwurf des Voluntarismus wies er, wie schon dargelegt, zurück.

Nachdem Gramsci zunächst dafür eintrat, es in Italien so wie in Russland zu machen, begriff er als wohl einziger der Führer einer kommunistischen Partei sehr bald, dass im Westen eine sozialistische Revolution ganz anders verlaufen müsse. In seinen Gefängnisheften hob er deshalb besonders die spezifischen Merkmale im Staatswesen und in der Machtausübung hervor, mit denen die Bolschewiki historisch konfrontiert waren und die den Charakter der Revolution beeinflussten. So schrieb er: »Im Osten war der Staat alles, die zivile Gesellschaft war nicht ausgeprägt und war formlos; im Westen bestand zwischen dem Staat und der zivilen Gesellschaft ein richtiggehendes Verhältnis, und bei der Erschütterung des Staates offenbarte sich sofort eine robuste Struktur der zivilen Gesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter dem sich eine robuste Kette von Befestigungen und Kasematten verbarg.« In Russland hätte es demnach zum Erfolg der Revolution ausgereicht, die zentrale Staatsgewalt wie ein Bollwerk in einem einzigen revolutionären Akt zu erobern. Auf die westlichen Länder wäre die Strategie der Bolschewiki nicht anwendbar. Im Westen dürfe man den Staat vom Standpunkt der Arbeiterbewegung nicht als eine von außen zu belagernde und zu

erobernde Festung ansehen, sondern der Staat und die Gesellschaft müssten von innen heraus auf revolutionäre Weise – keineswegs auf dem Wege eines Staatsstreichs – transformiert werden. Die Eroberung der zentralen Staatsgewalt reiche hierzu – im Unterschied zu Russland – nicht aus, es gelte, zuvor die Mehrheit der Menschen zu gewinnen, was für ihn gleichbedeutend war mit der Erringung der Hegemonie in der Gesellschaft, um so die ganze Gesellschaft revolutionieren zu können. Hieraus zog Gramsci Schlussfolgerungen für die Revolutionsstrategie in den westlichen Ländern, da er die Erfahrungen der Oktoberrevolution nicht einfach für übertragbar hielt.

Zur weiteren Begründung und zum Verständnis dieser Auffassung Gramscis muss man seine allgemeinen gesellschaftstheoretischen Erkenntnisse in Betracht ziehen, die ohne Zweifel den Marxismus wesentlich bereicherten. Denn Gramscis Überlegungen zur Revolution in Russland und im Westen waren unmittelbar mit seinen gesellschaftstheoretischen Erkenntnissen verbunden. Sie betreffen zunächst die Unterscheidung von politischer und ziviler Gesellschaft und in diesem Zusammenhang von Herrschaft und Hegemonie. »Vorläufig lassen sich zwei große superstrukturelle ›Ebenen‹ festlegen – diejenige, die man die Ebene der ›Zivilgesellschaft‹ nennen kann, d.h. des Ensembles der gemeinhin ›privat‹ genannten Organismen, und diejenige der ›politischen Gesellschaft oder des Staates‹ –, die der Funktion der ›Hegemonie‹, welche die herrschende Gruppe in der gesamten Gesellschaft ausübt, und der Funktion der ›direkten Herrschaft‹ oder des Kommandos, die sich im Staat und in der ›rechtmäßigen‹ Regierung ausdrückt, entsprechen. Diese Funktionen sind eben organisierend und verbindend.«

Als politische Gesellschaft ist nach Gramscis Auffassung die Gesamtheit der staatlichen, d.h. der institutionalisierten politischen, juristischen und militärischen Machtstrukturen und -instrumente einer herrschenden Klasse, kurz gesagt, der Staat als Institution der Machtausübung zu verstehen. Zivile Gesellschaft oder Zivilgesellschaft hingegen umfasst demnach den nichtstaatlichen Bereich der Gesellschaft, also die gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen, die sozialen und kulturellen Beziehungen und Aktivitäten der Menschen, den geistigen, ideologischen, religiösen Überbau der Gesellschaft. Bedeutung haben diese Darlegungen für den Charakter der Machtausübung in einer Gesellschaft, wobei man keinen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus machen kann.

In den Gefängnisheften führt Gramsci des Weiteren aus: »Das methodologische Kriterium, auf das man die Prüfung gründen muss, ist folgendes: das Supremat einer sozialen Gruppe stellt sich auf zweierlei Art dar, als ›Herrschaft‹ und als ›geistige und moralische Führung‹! Eine soziale Gruppe ist herrschend gegenüber gegnerischen Gruppen, die sie selbst mit bewaffneter

Gewalt zu ›liquidieren‹ oder zu unterwerfen sucht, und sie ist führend gegenüber benachbarten und verbündeten Gruppen. Eine soziale Gruppe kann, ja muss führend sein, bevor sie die Regierungsmacht erobert (dies ist eine der grundsätzlichen Bedingungen für die Eroberung der Macht); danach, wenn sie die Macht ausübt und auch, wenn sie sie fest in den Händen hält, wird sie herrschen, aber sie muss auch weiterhin ›führend‹ bleiben.«

Diese Feststellungen Gramscis lassen sich wie folgt resümieren: Die Machtausübung besteht seiner Meinung nach aus zwei unterschiedlichen Funktionen: aus der Herrschaft und aus der Führung, d.h. der Hegemonie; die Herrschaft wird gegen jene ausgeübt, gegen die sich die Macht richtet, die also von ihr, d.h. aus der politischen Gesellschaft ausgeschlossen sind, dennoch aber ein Teil der zivilen Gesellschaft bleiben; die Hegemonie erwächst aus der zivilen Gesellschaft und ist politische, geistige, kulturelle und moralische Führung in der Gesellschaft, d.h. der erlangte Einfluss auf Mehrheiten; Hegemonie ist kein Anspruch, sondern eine von den Partnern zu billigende, anzuerkennende Führungsfunktion jener Kraft, die sich in diesem Sinne als hegemoniefähig erweist; Hegemonie beruht also auf Zustimmung, Gleichberechtigung, Anerkennung, auf Konsens seitens derer, auf die sie sich erstreckt; Hegemonie ist eine Voraussetzung sowie eine ständige Bedingung für Machtausübung im Allgemeinen, für Herrschaft im Besonderen. Herrschaft ist nach Gramsci also Gewaltanwendung, und Hegemonie ist politische Führung auf konsensualer Grundlage, wobei beide im Verhältnis zueinander stehen und im besten Falle miteinander kombiniert werden, aufeinander abgestimmt sind.

Es sei betont, dass in der Praxis politische und Zivilgesellschaft nicht nebeneinander existieren und nicht voneinander getrennt betrachtet werden können, dass ihre Unterscheidung zwar sehr wichtig ist, aber nur methodische Bedeutung besitzt. »Die ›normale‹ Ausübung der Hegemonie auf dem klassisch gewordenen Feld des parlamentarischen Regimes zeichnet sich durch die Kombination von Zwang und Konsens aus, die sich in verschiedener Weise die Waage halten, ohne dass der Zwang zu sehr gegenüber dem Konsens überwiegt, sondern im Gegenteil sogar versucht wird, zu erreichen, dass der Zwang als auf den Konsens der Mehrheit gestützt scheint...«

Was macht, wenn man diese Feststellung beispielsweise auf die kapitalistische Gesellschaft anwendet, die Bourgeoisie hegemoniefähig? Sie vermag die Hegemonie zu erringen, sofern sie aus den »subalternen« Klassen und Schichten eine Anhängerschaft zu gewinnen in der Lage ist, sodass sie politisch mehrheitsfähig wird. Dies findet Bestätigung in Wahlen, in denen die rechten und konservativen Parteien ausreichend Stimmen bekanntlich auch aus der Arbeiterschaft und den Mittelschichten für die Sitzverteilung im Par-

lament und für eine Regierungsbildung gewinnen. Auf diese Weise wird ihre Machtausübung legitimiert, was den Anschein der Freiwilligkeit und Zustimmung hat. Es sei dahin gestellt, dass dies in nicht geringem Maße im Vorfeld von Wahlen mit Meinungs-Manipulation und Wählertäuschung verbunden ist. Wollen die Linkskräfte ihrerseits hegemoniefähig werden und so eine Gegenmacht in der Gesellschaft erringen, müssen sie der Bourgeoisie die Hegemonie über Teile der Arbeiterschaft und der Mittelschichten streitig machen. Dies ist ein Kampf, der sich vorwiegend in der Zivilgesellschaft abspielt, ein Kampf mit dem Ziel, das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft zu verändern. Keineswegs darf man deshalb aus heutiger Sicht den Eindruck erwecken oder dulden, als sei die Zivilgesellschaft unter kapitalistischen Bedingungen, wie sie Gramsci verstand, eine ideologiefreie oder klassenkampffreie Zone oder gar ein Terrain, auf dem Parteinahme, ideologische Auseinandersetzungen und Klassenkämpfe nicht existieren würden oder überwunden wären.

Gramsci zieht auch die Möglichkeit in Erwägung, dass eine errungene Hegemonie in eine Krise geraten und verloren gehen kann. Was er in einem solchen Falle als Folge voraussieht, mutet in gewisser Hinsicht wie eine Prognose der Endphase der sozialistischen Ordnungen in der Sowjetunion und anderen europäischen Ländern an, obwohl seine Mutmaßung sicher nicht in diese Richtung zielte. So schreibt er: »An einem gewissen Punkt ihres historischen Daseins trennen sich die sozialen Gruppen von ihren traditionellen Parteien, das heißt, die traditionellen Parteien in dieser gegebenen organisierten Form, mit diesen bestimmten Leuten, die sie konstituieren, sie repräsentieren und sie führen, werden nicht mehr von ihrer Klasse oder Fraktion der Klasse als deren Ausdruck anerkannt. Wenn diese Krisen sich offenbaren, wird die unmittelbare Situation delikater und gefährlicher, weil das Feld für Gewaltlösungen, für die Aktivität obskurer Mächte, verkörpert von heilbringenden oder charismatischen Personen, offen ist... Und der Inhalt ist die Krise der Hegemonie der führenden Klasse, die eintritt, weil die führende Klasse in mancher ihrer politischen Unternehmung gescheitert ist, derentwegen sie mit Gewalt den Konsens der großen Massen (als Krieg) gefordert oder erichtet hat oder weil breite Massen (speziell der Bauern und kleinbürgerlichen Intellektuellen) schlagartig übergegangen sind von der politischen Passivität zu einer gewissen Aktivität und Forderungen stellen, die in ihrem disorganischen Komplex eine Revolution darstellen. Man spricht von einer ›Krise der Macht‹ und das bedeutet gerade die Krise der Hegemonie, oder Krise des Staates in seiner Komplexität.«

Gramsci hat sich wie viele andere damals mit den tiefgreifenden Veränderungen in der strategischen, ökonomischen und sozialen Situation beschäftigt, die sich besonders in Europa nach der Oktoberrevolution und dem Ersten

Weltkrieg vollzogen. Entscheidenden Einfluss auf seine revolutionstheoretischen Überlegungen hatte die Tatsache, dass die Revolution auf Sowjetrußland begrenzt blieb, die revolutionären Kräfte »im Westen« eine Niederlage erlitten und somit die »Weltrevolution« ausblieb. Aus der Terminologie zur Strategie der Kriegsführung benutzte Gramsci für die Unterschiedlichkeit der Revolution im Osten und im Westen die Begriffe »Bewegungskrieg« und »Stellungskrieg«: »Dieselben Militärexperten, die sich, wie vorher auf den Bewegungskrieg, nun auf den Stellungskrieg festgelegt haben, behaupten sicher nicht, der vorhergehende Typus müsste von der Wissenschaft verworfen werden; aber in den Kriegen zwischen den industriell und zivil fortgeschrittensten Staaten muss eingeschätzt werden, dass er auf eine eher taktische als strategische Funktion reduziert worden ist und in derselben Position gesehen werden muss wie vorher der Belagerungskrieg [Stellungskrieg] im Vergleich zum Bewegungskrieg. Dieselbe Reduzierung muss in der Kunst und der Wissenschaft der Politik erfolgen, zumindest was die fortgeschrittensten Staaten angeht, wo die ›Zivilgesellschaft‹ eine sehr komplexe und gegenüber den katastrophenhaften ›Durchbrüchen‹ des unmittelbaren ökonomischen Elements (Krisen, Depressionen usw.) widerstandsfähige Struktur geworden ist; die Superstrukturen der Zivilgesellschaft sind wie das Grabensystem im modernen Krieg.«

In der Konsequenz bedeutet das, dass die Erringung der politischen und ideologischen Hegemonie in der Gesellschaft durch die revolutionären Kräfte, als Stellungskrieg verstanden, die Voraussetzung für die Eroberung der Macht, d.h. für die sozialistische Revolution sein müsse. Doch möglich sei in der Praxis eine Kombination von Bewegungs- und Stellungskrieg. Den Prozess der Transformation einer kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische hielt Gramsci hierbei nicht für eine kurzfristig zu erfüllende Aufgabe. Offenbar dachte er dabei auch an die Anfangsschwierigkeiten der Sowjetunion, wie er sie selbst zu Beginn der 1920er Jahre erlebt hatte. Der Übergang zur »regulierten Gesellschaft«, worunter er die kommunistische Gesellschaft verstand, könne »vermutlich Jahrhunderte dauern«, was besagte, dass der sozialistische Revolutionszyklus in den damals euphorisch angenommenen kurzen Fristen vermutlich nicht zum Abschluss gebracht werden könnte.

Im Unterschied zur offiziellen Komintern-Position schlussfolgerte Gramsci, dass die kapitalistische Gesellschaft nach dem Ende der revolutionären Nachkriegskrise in Europa keineswegs für Sozialismus »sturmreif« war. Während man in der Komintern offiziell nur von einer relativen Stabilisierung des Kapitalismus sprach und von dessen fortschreitender Krise überzeugt war, erkannte Gramsci hingegen, dass es die herrschende Bourgeoisie nach der existentiellen Gefährdung ihrer Herrschaft als Folge von Krieg

und revolutionären Erschütterungen vermochte, einen – wenn auch widersprüchlichen – politischen, ökonomischen und sozialen Anpassungsprozess zu beginnen und so die Entwicklung ihres kapitalistischen Systems auf eine neue Stufe zu heben.

Gramsci setzte demnach die damalige Krise des Kapitalismus nicht mit dessen unaufhaltsamem, gesetzmäßigem Niedergang gleich. Vielmehr erkannte er, dass es der Bourgeoisie nach der Phase tiefer Erschütterungen gelang, die von den Revolutionen und von Sowjetrußland ausgehenden Herausforderungen anzunehmen, sodass man zugespitzt sagen kann: Die revolutionären Ereignisse haben dem existentiell bedrohten Kapitalismus gezwungenermaßen zum Überleben und zur weiteren Aufwärtsentwicklung verholfen. Diese Entwicklung hatte weitreichende gesellschaftspolitische Folgen, die auch für die revolutionäre Arbeiterbewegung, wie sie Gramsci verstand und repräsentierte, revolutionstheoretische und strategische Konsequenzen haben musste.

Es vollzogen sich – entsprechend den Entwicklungen des Fordismus und Taylorismus in den USA – produktionstechnische und in deren Folge auch sozial-strukturelle Veränderungen in der kapitalistischen Ökonomie und Gesellschaft, die nicht nur als »relative Stabilisierung« des Kapitalismus einzuschätzen waren, die vielmehr das bourgeoise Herrschaftssystem nachhaltig stabilisierten. Der in Bedrängnis geratenen europäischen Bourgeoisie gelang es, allmählich ihre Hegemoniekrise zu überwinden und ihre Hegemonie in neuer Konstellation zurückzugewinnen.

Aufgrund der damit verbundenen beträchtlichen Modifikationen in der sozialen Situation, im politischen und sozialpsychologischen Bewusstsein der Arbeiterklasse wurde die europäische Sozialdemokratie, die mit der Orientierung auf einen dritten Weg de facto ihre sozialistischen Ziele aufgab, zunehmend in das bürgerliche Herrschaftssystem integriert und zu einem Faktor für dessen Stabilisierung. Mehr unbewusst als bewusst folgte ihr ihre zahlreiche Anhängerschaft unter den Arbeitern. Damit vertiefte sich die unheilvolle ideologische und politische Spaltung der Arbeiterbewegung. Dort jedoch, wo das revolutionäre Potenzial weiterhin stark und kämpferisch war, nahm die herrschende Bourgeoisie Zuflucht zu diktatorischen und faschistischen Regimen, wie das in Italien, in Ungarn, sodann in den 1930er Jahren in Deutschland und Spanien der Fall war sowie in Frankreich drohte. Vom revolutionären, in der Kommunistischen Internationale vereinten Flügel der Arbeiterbewegung wurden jedoch aus diesen transformatorischen Veränderungen des Kapitalismus die erforderlichen revolutionstheoretischen und strategischen Konsequenzen nicht befolgt. Die Krise des Kapitalismus wurde überbewertet, sodass die Orientierung auf eine unmittelbar bevorstehende

Fortsetzung des revolutionären Prozesses in den kapitalistischen Ländern Europas Generallinie blieb.

Als sich Anfang der 1920er Jahre herausstellte, dass sich der von den Kommunisten erwartete Siegeszug der sozialistischen Weltrevolution nicht vollzog, sondern im Gegenteil der revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung außerhalb Russlands eine Niederlage erlitten hatte, wovon das Scheitern der revolutionären Bewegungen in Ungarn, Deutschland, Italien zeugte, erkannte Gramsci also klarer als andere Exponenten der Komintern, dass sich die Arbeiterbewegung auf die unerwartete Stabilität bürgerlicher Herrschaft einstellen musste und demnach eine andere Strategie und Politik als zuvor benötigte. Zieht man seine Äußerungen über die ökonomische Krise und den Amerikanismus (Fordismus) nach dem Ersten Weltkrieg in Betracht, so wird deutlich, dass der Kapitalismus in eine Phase der systemstabilisierenden Transformation eintrat.

Lenins These von der Fäulnis des Kapitalismus im imperialistischen Stadium wurde überbewertet und die weitere Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus negiert, von der Lenin bekanntlich selbst sprach, ohne aber deren weitreichende Konsequenzen vorauszusehen. So konstatierte er 1920 unter anderem: »Es wäre ein Fehler zu glauben, dass diese Fäulnistendenz ein rasches Wachstum des Kapitalismus ausschließt... Im großen und ganzen wächst der Kapitalismus bedeutend schneller als früher, aber dieses Wachstum wird nicht nur im allgemeinen immer ungleichmäßiger, sondern die Ungleichmäßigkeit äußert sich auch im besonderen in der Fäulnis der kapitalkräftigsten Länder...« Möglicherweise hätte Lenin, wenn er noch Gelegenheit gehabt hätte, das Ende der revolutionären Nachkriegskrise und die Stabilisierung des Kapitalismus zu verarbeiten, seine Einschätzung in ähnlicher Weise wie Gramsci präzisiert.

In der Komintern waren die Einschätzungen der Entwicklung im Kapitalismus widersprüchlich. Auf der Tagung der Erweiterten Exekutive der Komintern im März/April 1925 sprach ihr Vorsitzender Grigori Sinowjew zwar auch von längeren Fristen des revolutionären Prozesses in der Welt, wandte sich damit gegen revolutionäre Ungeduld, hielt es aber zugleich für erforderlich, davor zu warnen, die »Feststellung über die teilweise Stabilisierung des Kapitalismus in manchen Ländern Europas« zu übertreiben und aus ihr falsche Schlüsse zu ziehen, da die »Ära der proletarischen Weltrevolution, die 1917 ihren ersten Sieg erfochten hat«, andauere. Im Januar 1926 verbreitete die Agitprop-Kommission des Exekutivkomitees die Auffassung, man befände sich in der »Etappe >zwischen zwei Wellen der Revolution<... Die Relativität der Stabilisierung... innerhalb der Epoche des Imperialismus, das heißt des sterbenden, verfaulenden Kapitalismus« bedeute zwar, dass der Kapita-

lismus die »Demobilisierungskrise« überwunden hätte, dennoch die Leninische Grundauffassung vom »fortschreitenden Zerfall und Absterben der kapitalistischen Weltwirtschaft und der Aktualität der Weltrevolution« gültig bliebe. Diese offizielle Auffassung in der Komintern macht besonders deutlich, in welcher Weise sich hierzu Gramscis Einschätzung unterschied. Auch er sprach von der Krise des Kapitalismus, doch schätzte er sie vom Gesichtspunkt der politischen Aktion sehr differenziert ein. In einem Bericht, den er am 2. August 1926 dem Zentralkomitee der KPI erstattete, hatte er erklärt, dass »in Ländern des fortgeschrittenen Kapitalismus die herrschende Klasse über politische und organisatorische Reserven verfügt, die sie in Russland zum Beispiel nicht besaß. Das bedeutet, dass auch die schwersten ökonomischen Krisen keine unmittelbaren Auswirkungen auf politischem Gebiet haben«. Gramsci wies darauf hin, dass es unter anderem erforderlich sei, zu klären, »dass die Krise innere Ursprünge ... in den Produktions- und folglich Austauschweisen, und nicht in politischen und juristischen Tatsachen« habe. Es handele sich um eine »Dauerkrise«..., das heißt eine blitzartige Bewegung von Elementen, die einander das Gleichgewicht hielten und sich immunisierten. An einem bestimmten Punkt haben einige Elemente die Oberhand gewonnen, andere sind verschwunden oder innerhalb des allgemeinen Rahmens untauglich geworden«. Indem er auf das internationalisierte Wirtschaftsleben zum einen und das sich selbst genügende staatliche Leben zum anderen als einen der Grundwidersprüche hinweist, wäre es seiner Meinung nach am treffendsten, zu sagen, »dass die ›Krise‹ nichts anderes ist als die quantitative Verstärkung bestimmter, weder neuer noch origineller Elemente, insbesondere aber die Verstärkung bestimmter Phänomene, während andere, die zunächst gleichzeitig mit den ersten, diese immunisierend, auftraten und wirksam wurden, unwirksam geworden oder völlig verschwunden sind«. Daraus kann man folgern, dass Gramsci im Unterschied zur Einschätzung, die in der Komintern bestimmend war, die Krise nicht als unaufhaltsamen, gesetzmäßigen Niedergang des Kapitalismus, sondern tatsächlich als einen ökonomischen Anpassungs- und Erneuerungsprozess des Systems begriff. So gesehen werden seine Äußerungen über den Fordismus noch verständlicher. Einen direkten kausalen Zusammenhang zwischen der Krise des Kapitalismus und einem unaufhaltsamen Fortgang der Weltrevolution hat Gramsci verständlicherweise nicht angenommen.

Unmittelbar mit diesen Überlegungen Gramscis ist der von ihm gebrauchte Begriff der »passiven Revolution« verbunden. Er stellte die »Frage, ob der Amerikanismus eine geschichtliche ›Epoche‹ bilden kann, ob er eine schrittweise Entwicklung vom an anderer Stelle untersuchten Typus der fürs letzte Jahrhundert charakteristischen ›passiven Revolutionen‹ hervorbringen kann,

oder ob er statt dessen nur die molekulare Anhäufung von Elementen darstellt, die dazu bestimmt sind, eine ›Explosion‹ hervorzurufen, das heißt, einen Umsturz französischen Typs«.

»Passive Revolution« als historische Erscheinung, die er für Italien im 19. Jahrhundert feststellte, setzte er also ins Verhältnis zur »aktiven« Revolution, namentlich zur Großen Französischen Revolution von 1789. An anderer Stelle schrieb er: »Der Begriff der passiven Revolution scheint mir nicht nur für Italien passend zu sein, sondern auch für die anderen Länder, die den Staat über eine Reihe von Reformen oder nationalen Kriegen modernisieren, ohne die politische Revolution radikal-jakobinischen Typs zu durchlaufen.«

Dass Gramsci im Jahre 1930, nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, das Problem der »passiven Revolution« aufwirft und erläutert, könnte auch, wie Ernesto Ragionieri, ein italienischer marxistischer Historiker, vermerkt, mit Einschätzungen der Komintern zusammenhängen, die Gramsci, wenn diese Annahme stimmt, auf diese Weise ablehnte. So enthielten die Thesen des X. Plenums des EKKI zur internationalen Situation und zu den unmittelbaren Aufgaben der Kommunistischen Internationale vom 1. Juli 1929 folgende verallgemeinerte Lageeinschätzung: »Immer anschaulicher bestätigt sich die Richtigkeit der ... Einschätzung der jetzigen dritten Periode des Nachkriegskapitalismus als einer Periode des Heranreifens seiner allgemeinen Krise, der beschleunigten Zuspitzung der ausschlaggebenden außen- und innenpolitischen Gegensätze des Imperialismus, die unvermeidlich zu imperialistischen Kriegen, zu den größten Klassenkonflikten, zur Phase der Entfaltung des neuen revolutionären Aufschwungs in den ausschlaggebenden kapitalistischen Ländern und zu großen antiimperialistischen Revolutionen in den Kolonialländern führen.« Richtig war in dieser Einschätzung ohne Zweifel der Hinweis auf die zunehmende Kriegsgefahr, nicht aber der auf einen neuen revolutionären Aufschwung in den kapitalistischen Ländern. Indem Gramsci von »passiver Revolution« sprach, konnte er nicht der Meinung sein, in Europa gäbe es eine »revolutionäre Situation«. Dies wird indirekt auch bestätigt durch einen denunziatorischen Bericht von Gramscis Mithäftling Athos Lisa an Togliatti nach Moskau, dem zufolge Gramsci in einer Diskussionsrunde mit anderen Kommunisten im Gefängnis abweichend von der offiziellen Komintern-Position auf die Formierung einer breiten Kräftekoalition und die Bildung einer Verfassungsgebenden Versammlung orientiert habe. In diesem Zusammenhang sind schließlich auch Erinnerungen eines anderen Mithäftlings Gramscis in Betracht zu ziehen, der die damaligen Auffassungen Gramscis folgendermaßen wiedergibt: In der heutigen Zeit, in der eine »ökonomische Struktur der Gesellschaft mit deren industriellen Komplexen, mit der Konstituierung der großen politischen Parteien [existiert], hat

sich das Gefüge des modernen Staates mit den Instrumentarien der Verteidigung derart gefestigt, dass es nicht mehr möglich ist, ›zielstrebig‹ mit einem ›einfachen Angriff‹ zur Macht zu gelangen. Es geht um etwas anderes! Deshalb nicht mehr Bewegungskrieg, sondern Stellungskrieg, lehrt uns der Lehrer, für den die permanente Revolution historisch überwunden ist«.

Zunächst hatte Gramsci im Hinblick auf das Beispiel »des Formierungsprozesses des modernen Staates in Italien« vom »Transformismus als eine(r) der historischen Formen dessen, was bereits zur ›Revolution-Restauration‹ oder ›passiven Revolution‹ notiert worden ist«, gesprochen. Den Begriff der passiven Revolution, wie er ihn auf das italienische Risorgimento anwendet, benutzt er sodann auch als Hypothese für die Funktion des italienischen Faschismus, die in der Tatsache bestehen könnte, »dass vermittels des gesetzgeberischen Eingriffs des Staates und über die korporative Organisation mehr oder weniger tiefe Veränderungen in der ökonomischen Struktur des Landes eingeführt würden, um das Element ›Produktionsplan‹ zu betonen, dass also die Vergesellschaftung und Kooperation der Produktion betont würden, ohne deshalb die individuelle und gruppenmäßige Aneignung des Profits anzutasten (bzw. sich darauf zu beschränken, sie nur zu regulieren und zu kontrollieren)«. Politisch und ideologisch komme es unter anderem darauf an, so Gramsci weiter, »das hegemonische System und die militärischen und zivilen Zwangskräfte, die den traditionellen führenden Klassen zur Verfügung stehen, aufrechtzuerhalten. Diese Ideologie würde als Element eines ›Stellungskrieges‹ auf dem Gebiete der internationalen Wirtschaft dienen (die freie Konkurrenz und der freie Austausch würden dem Bewegungskrieg entsprechen), so wie die ›passive Revolution‹ es auf dem Gebiet der Politik ist«.

Verallgemeinert man Gramscis auf die spezifische Entwicklung Italiens bezogene Schlussfolgerung, bedeutet das, dass die Bourgeoisie (trotz oder gerade wegen der Krise) die Fähigkeit zu einer stabilisierenden internen Transformation ihres Systems, also bei Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, besitzen und realisieren kann. Offenbar denkt er an die Oktoberrevolution und die revolutionäre Nachkriegskrise, wenn er – wohl im Hinblick auf die strategischen Konsequenzen für die sozialistische Arbeiterbewegung – hinzufügt: »In der gegenwärtigen Epoche hat es den Bewegungskrieg politisch vom März 1917 bis zum März 1921 gegeben, gefolgt von einem Stellungskrieg, dessen Repräsentant nicht nur praktisch (für Italien), sondern auch ideologisch für Europa, der Faschismus ist.«

Aus diesen Überlegungen resultierte auch Gramscis Reaktion auf den Sieg des Faschismus 1922 in Italien, der der Offensive der revolutionären Bewegung ein Ende bereitete und eine »Phase der Reaktion« einleitete. In der Kommission wurde damals erörtert, welchen Platz der Faschismus im bürgerlichen

Herrschaftssystem und somit im Kampf für eine sozialistische Revolution einnimmt. Man sah die Thesen vom Niedergang der bürgerlichen Gesellschaft, von der allgemeinen Krise und vom Fäulnischarakter des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium bestätigt. Die Einschätzung, die der Vorsitzende der KP Italiens, Amadeo Bordiga, formulierte, entsprach der in der Komintern verbreiteten Meinung, dass der Faschismus nun die einzige Herrschaftsform der Bourgeoisie geworden wäre, die ihr noch verbliebe, so dass man annahm, alle kapitalistischen Länder würden sich tendenziell zum Faschismus hin entwickeln. Aufgrund dessen bliebe für die Arbeiterbewegung als einzige Alternative zum Faschismus nur Sozialismus via proletarischer Revolution. Zitiert sei aus einem Artikel Bordigas in »L'Unità« vom 6. September 1925: »Im Faschismus und in der allgemeinen Gegenoffensive der Bourgeoisie sehen wir keine Veränderung im Sinne eines Bruchs der Politik des italienischen Staates, sondern die natürliche Fortsetzung der vor und nach dem Kriege durch die »Demokratie« angewandten Methode. Wir glauben nicht an die Gegenüberstellung von Demokratie und Faschismus.«

Faschismus könne demnach nur durch den Sturz des Kapitalismus überwunden werden. Aus einer solchen Einschätzung erklärt sich auch die verhängnisvolle Position der Kommunistischen Partei Deutschlands zu Beginn der 1930er Jahre, den Faschismus nicht mit der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie, der Weimarer Republik also, sondern mit dem Kampf für ein Sowjetdeutschland vermittelt einer proletarisch-sozialistischen Revolution bekämpfen zu müssen, obwohl die objektiven Bedingungen und das politische Kräfteverhältnis dafür nicht die Voraussetzungen boten.

Gramsci schätzte die Situation anders ein. Er hatte schon Anfang der 1920er Jahre in Anbetracht der italienischen Verhältnisse begriffen, dass das Aufkommen des Faschismus nicht nur eine Niederlage der Arbeiterbewegung darstellte, sondern in Wirklichkeit zugleich eine Niederlage der bürgerlichen Demokratie und des Liberalismus. Seiner Meinung nach stellte deshalb der Faschismus nicht an sich die bürgerliche Herrschaft dar, indem nunmehr zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie kein Unterschied mehr bestände. Bereits bevor der Führer der italienischen Faschisten, Benito Mussolini, 1922 Regierungschef wurde, charakterisierte Gramsci den Faschismus im April 1921 als eine »degenerierte Kraft der Bourgeoisie«, als eine »bewaffnete Garantie des Klassenstaates«, als ein »Phänomen der bourgeoisen Reaktion«. Und im Sommer 1921 gab er zu verstehen, dass er im Faschismus nicht eine unabwendbare Transformation bürgerlicher Herrschaft sah, sondern die ihres reaktionärsten Teils, und zwar als Ergebnis eines »Staatsstreichs ... des Generalstabs der Großgrundbesitzer und der Bankiers«; dies sei »das drohende Gespenst, das seit dem Beginn der Legislaturperiode über ihr schwebt«. Kon-

kreter formulierte er seine Position in den Programmthesen für den III. Parteitag der KPI im Jahre 1926: »Der Faschismus als Bewegung der bewaffneten Reaktion, die sich das Ziel stellt, die werktätige Klasse zu zersplittern und zu desorganisieren, um sie zu entwaffnen, betritt die Bühne der traditionellen Politik der italienischen herrschenden Klassen... Auf politischem Gebiet kann im Faschismus hingegen die organische Einheit der Bourgeoisie nicht sofort nach der Machtergreifung hergestellt werden. Außerhalb des Faschismus verbleiben Zentren der bürgerlichen Opposition gegen den Faschismus...«

Überliefert ist die Wiedergabe einer Rede Gramscis, die er im Sommer 1925 auf einer Aktivtagung der KPI-Föderation in Mailand gehalten hat. Ein Teilnehmer hatte Gramscis Darlegung wie folgt wiedergegeben: »Das italienische Volk kämpft in diesem Moment nicht für die Diktatur des Proletariats, sondern für die Demokratie. Dies nicht zu verstehen bedeutet, nicht die Bedeutung der Ereignisse zu verstehen, die sich vor unseren Augen abspielen.« In gewissem Sinne war Gramscis Auffassung vom Faschismus eine Vorwegnahme der Schlussfolgerung, die Georgi Dimitroff auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale 1935 zog, wonach die werktätigen Massen in einer Reihe von kapitalistischen Ländern konkret nicht zu wählen hätten zwischen proletarischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie, sondern zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus.

Bereits in den Jahren nach der Gründung der Kommunistischen Partei im Januar 1921 entwickelte Gramsci auch eigene Vorstellungen, wie sie verfasst sein, welche Politik sie betreiben und welchen Charakter sie haben müsste. So sollte sie eine in der Arbeiterklasse verwurzelte Massenpartei sein. Gramsci wandte sich gegen alle Formen von Sektierertum, wie es in der 1921 gegründeten KPI unter Bordiga existierte. An Togliatti schrieb er am 18. Mai 1923 aus Moskau: »Man muss im Innern der Partei einen Kern von Genossen schaffen, die keine Fraktion darstellen, die ein Maximum an ideologischer Homogenität besitzen und so in der Lage sind, der praktischen Aktion ein Maximum an Einheitlichkeit der Führung zu geben.« An Mauro Scoccimarro, einen Mitbegründer der Partei, schrieb er am 5. Januar 1924 aus Wien: »Ich habe auch ein anderes Konzept [als das Bordigas] von der Partei, ihrer Funktion, ihren Beziehungen, die zwischen ihr und der Masse der Parteilosen, zwischen ihr und der Bevölkerung im allgemeinen hergestellt werden müssen.« Und in einem Brief an Togliatti und Umberto Terracini, ebenfalls aus Wien, vom 9. Februar 1924 begründet er noch ausführlicher sein Parteiverständnis und somit seine Kritik an Bordigas Konzept: »Ich denke, dass der Moment gekommen ist, der Partei eine andere Richtung als die zu geben, die sie bisher hatte. Es beginnt nicht nur in der Geschichte unserer Partei, sondern auch in der unseres Landes eine neue Phase... In unserer Partei hat man einen weiteren ge-

fährlichen Aspekt beklagt: sich gegenüber jeglicher Aktivität der einzelnen zu enthalten, die Passivität der Masse der Partei, die stumpfsinnige Sicherheit derer, die an alles denken und alles voraussehen... Der Fehler der Partei besteht darin, in den Vordergrund und in abstrakter Weise das Problem der Organisation der Partei gestellt zu haben, woraus sich sodann ein Apparat von Funktionären herausbildete, die sich gegenüber der offiziellen Linie orthodox verhalten. Man glaubte und glaubt noch immer, dass die Revolution allein von der Existenz eines solchen Apparates abhängt, und man endet schließlich im Glauben, dass dessen Existenz die Revolution hervorbringt... Die Partei ist nicht konzipiert als das Ergebnis eines dialektischen Prozesses, in dem sich die spontane Bewegung der revolutionären Massen und der organisierende und führende Wille des Zentrums vereinen...«

Gramsci ging in seinen Überlegungen davon aus, dass die Arbeiterklasse eine revolutionäre Partei brauche, die befähigt sein müsse, in der Gesellschaft die Hegemonie zu erringen und auszuüben. Dies sei nur möglich, wenn die Partei als bewusstes revolutionäres Subjekt aktiv in die Politik eingreife und nicht dem Determinismus ver falle. Erforderlich sei »ein kollektiver Wille mit einem gewissen Grad an Homogenität..., der notwendig und ausreichend ist«, um zu gegebener, historisch entscheidender Zeit »eine koordinierte und simultane Aktion« (der Klasse) durchzuführen. Somit sei die Partei als »der moderne Fürst« – in Anspielung auf Machiavellis »Il Principe«, aber im Unterschied zu ihm – nicht als Individuum, sondern nur als »Organismus« zu verstehen, als »ein Element der komplexen Gesellschaft, in der sich bereits ein anerkannter kollektiver Willen herauszubilden beginnt und sich partiell in der Aktion bestätigt«.

Die Partei müsse, wie es der Tradition der Arbeiterbewegung entsprach, die Einheit von Theorie und Praxis verkörpern. Gramsci verstand die Partei, deren Gründungsmitglieder und führende Funktionäre ohnehin mehrheitlich Intellektuelle waren, als einen »kollektiven Intellektuellen«, woraus er einen hohen Anspruch ableitete in Bezug auf Hegemoniefähigkeit und souveränen Umgang mit der Theorie. Dabei wandte er sich, wie an anderer Stelle dargelegt, gegen die damals verbreitete Dogmatisierung der Theorie, gegen einen realitätsfremden Umgang mit ihr, gegen unzulässige Verallgemeinerungen von Erkenntnissen und Erfahrungen. Zu seinem Parteiverständnis gehörte auch die Dialektik zwischen der Partei und der Arbeiterklasse. Generell betrachtete er politische Parteien als die »Nomenklaturen« einer Klasse, sodass er die Kommunistische Partei selbstverständlich für die »Nomenklatur« der Arbeiterklasse hielt, die auf die Klasse aktiv einwirken müsse. So schrieb er: »Wenn es tatsächlich wahr ist, dass die Parteien nichts anderes sind als die Nomenklatur der Klassen, ist es ebenfalls wahr, dass die Parteien nicht nur ein

mechanischer und passiver Ausdruck der Klassen selbst sind, sondern nachdrücklich auf diese zurückwirken, um sie zu entwickeln, zu festigen, zu universalisieren.« Dass Parteien die Nomenklatur nur einer bestimmten Klasse seien, ist heute selbstverständlich zu relativieren, da sich seither die sozialen Strukturen beträchtlich modifiziert haben, die Konturen zwischen den Klassen fließender als zuvor geworden sind und auch die kommunistischen Parteien eine weit über die Arbeiterklasse hinausgreifende Mitgliedschaft besitzen. Die politischen Parteien jeweils als Nomenklaturen einer bestimmten Klasse zu verstehen, ist nur insofern noch zutreffend, als die Parteien im besten Falle die Interessen eben einer bestimmten Klasse wahrnehmen. Im soziologischen Sinne, vom Gesichtspunkt der Mitgliedschaft trifft das schon nicht mehr zu – weder für die rechten, konservativen Parteien noch für die traditionellen Arbeiterparteien.

In Übereinstimmung mit Engels, Kautsky und Lenin betrachtete Gramsci die bewusstseinsbildende Funktion der Partei als eine entscheidende Aufgabe. Im Leninschen Sinne und in Übereinstimmung mit seinem eigenen Hegemonie-Verständnis befürwortete er auch die führende Rolle der Kommunistischen Partei. Er leitete diese aber nicht aus einem theoretischen Postulat, aus einer abstrakt formulierten Gesetzmäßigkeit ab, wie das bei den Komintern-Parteien – vereinfacht ausgedrückt – üblich war. Die Führungsrolle durfte seiner Meinung nach der Klasse nicht oktroyiert werden. So charakterisiert er das Verhältnis von Partei und Arbeiterklasse bereits 1926 folgendermaßen: »Das Prinzip, demzufolge die Partei die Arbeiterklasse führt, darf nicht in mechanischer Weise interpretiert werden. Man soll nicht glauben, dass die Partei die Arbeiterklasse durch einen von außen kommenden autoritären Anspruch führen könne; sie ist weder für die Zeit, die der Macht ergreifung vorausgeht, noch für die Zeit, die ihr folgt, richtig... Wir behaupten, dass die Fähigkeit zur Führung der Klasse sich nicht aus der Tatsache ergibt, dass sich die Partei als revolutionäres Organ der Klasse ›proklamiert‹, sondern aus der Tatsache, dass es ihr ›effektiv‹ gelingt, als Teil der Arbeiterklasse sich mit allen Sektionen dieser Klasse zu verbinden und den Massen eine Bewegung in der von den objektiven Bedingungen hervorgerufenen und begünstigten Richtung zu geben.«

Wohl eingedenk seiner kritischen Wahrnehmung der Erfahrungen während seines Aufenthaltes in der jungen Sowjetunion unterschied Gramsci, was die innere Parteistruktur anbelangte, zwischen »organischem«, »demokratischem« und »bürokratischem« Zentralismus. Den bürokratischen Zentralismus lehnte er selbstverständlich ab. Der organische Charakter des Zentralismus könne »nur in Gestalt des demokratischen Zentralismus existieren, der sozusagen ein Zentralismus der ›Bewegung‹ ist, was eine ständige An-

passung an die reale Bewegung bedeutet«. Dies müsse verbunden sein mit der Akkumulation immer neuer Erfahrungen. Der Zentralismus müsse »organisch« sein, indem er die Bewegung, das heißt die historischen Veränderungen der Bedingungen zu berücksichtigen vermag, »was bedeutet, auf organische Weise die historische Realität zu erfassen«. Im Gegensatz hierzu war der so genannte demokratische Zentralismus in Partei und Gesellschaft der realsozialistischen Ordnungen nicht das, was er versprach, sondern ein sowohl bürokratischer wie hierarchischer Zentralismus, der die Masse der Parteimitglieder und darüber hinaus alle Bürger in gewissem Sinne zu Objekten der Partei- und Staatsführung herabwürdigte.

Für Gramsci hatten das Scheitern der Revolutionen im Westen und das Aufkommen des Faschismus unter anderem auch die mangelnde Aktions- und Hegemoniefähigkeit der revolutionären Kräfte (Subjekte) zur Ursache. Deshalb stellte er Überlegungen an, wie diese Subjekte zu formieren seien, damit sie stark genug und ausreichend aktions- und hegemoniefähig sind, um das politische Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verändern und so ihre Ziele durchsetzen zu können.

Die mit den Massen verbundene, in der Arbeiterklasse verwurzelte kommunistische Partei müsse zum Zwecke einer breiten notwendigen Bündnisstruktur einen »Historischen Block« formieren. Darunter verstand Gramsci ein gesellschaftliches Ensemble, »in dem eben die materiellen Kräfte der Inhalt sind und die Ideologien die Form, weil die materiellen Kräfte historisch nicht begreifbar wären ohne die Form...« Es handelt sich dabei, mit anderen Worten ausgedrückt, um ein Bündnis von bestimmten sozialen und politischen Kräften mit einer bestimmten programmatischen (»ideologischen«) Ausrichtung, verwurzelt in den realen gesellschaftlichen Strukturen, in den Klassen- und Produktionsverhältnissen.

Einen »Historischen Block« müssen ohne Zweifel auch die Parteien oder Fraktionen der Bourgeoisie bilden, um regierungsfähig zu sein bzw. zu werden. Neben den verschiedenen Fraktionen ihrer Klasse bedarf die Bourgeoisie der Einbeziehung von Teilen der Mittelschichten und der Arbeiterklasse. Mit diesem Phänomen hat sich jüngst auch Frank Deppe beschäftigt. Er beschreibt, wie es den europäischen, darunter auch den deutschen herrschenden Klassen nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen sei, einen »historischen Block« auf der Grundlage eines klassenübergreifenden Kompromisses zu bilden, den er als »Herrschaftsblock« bezeichnet. »Das Bündnis von Liberalismus und Demokratie in den Verfassungen der vom Faschismus befreiten Staaten Westeuropas beruhte auf der Bildung eines ›Herrschaftsblocks‹, dem sowohl Fraktionen der industriellen Bourgeoisie und des Finanzkapitals als auch Vertreter der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften – also des reformistischen Flü-

gels der Arbeiterbewegung – angehörten. Der Klassenkompromiss der Nachkriegsperiode beinhaltete eine klare Positionierung im Kalten Krieg auf Seiten der USA, damit auch die Anerkennung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des Privateigentums durch die Sozialdemokratie im Austausch gegen die Bereitschaft der politischen Repräsentanten der konservativen und liberalen Parteien, einen starken staatlichen Sektor in der Wirtschaft zu akzeptieren (›mixed economy‹), der Kapitalverwertung einen optimalen Infrastruktursektor zur Verfügung zu stellen (einschließlich des Bildungs- und Wissenschaftssystems), Vollbeschäftigung zu sichern und sozialstaatliche Leistungen sowie Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften in den Unternehmen auszubauen. Schließlich unterstützten alle Fraktionen dieses ›Blocks‹ einen starken Staat, der – im Bündnis mit den USA und in der NATO – militärisch gegen die ›Bedrohung aus dem Osten‹ gerüstet war. Der Wandel der Parteien von ›Klassen‹- zu ›Volksparteien‹ und die Bildung von Regierungskoalitionen, die entweder der linken oder der rechten ›Mitte‹ zuzurechnen waren, reflektierte diese Konstellation auf der Ebene des politischen Systems der repräsentativen Demokratie selbst.«

Deppe verweist auf Feststellungen Herbert Marcuses. Dieser habe »in seiner Studie über den ›Eindimensionalen Menschen‹ (1964) diese Tendenz zur Konformität ›in der gegenwärtigen Industriegesellschaft‹ als Folge des ›technischen Fortschritts‹ angesehen: ›Im Medium der Technik verschmelzen Kultur, Politik und Wirtschaft zu einem allgegenwärtigen System, das alle Alternativen in sich aufnimmt oder abstößt. Produktivität und Wachstumspotential dieses Systems stabilisieren die Gesellschaft und halten den technischen Fortschritt im Rahmen von Herrschaft. Technologische Rationalität ist zu politischer Rationalität geworden‹. Kern dieser Herrschaft ist ›eine nicht-terroristische ökonomisch-technische Gleichschaltung, die sich in der Manipulation von Bedürfnissen durch althergebrachte Interessen geltend macht ...‹ ›Die Menschen erkennen sich in ihren Waren wieder; sie finden ihre Seele in ihrem Auto, ihrem Hi-Fi-Empfänger, ihrem Küchengerät‹. Der Verlust der ›Innenleitung‹, z.B. durch das Gewissen, erzeugt ein ›glückliches Bewusstsein, was die Hinnahme der Untaten dieser Gesellschaft erleichtert‹. Dies ist ›ein Zeichen schwindender Autonomie und Einsicht‹. Diese Tendenzen der Integration vollziehen sich in einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft, deren Widersprüche keineswegs aufgehoben sind: ›Diese Gesellschaft (ist) als Ganzes irrational. Ihre Produktivität zerstört die freie Entwicklung der menschlichen Bedürfnisse und Anlagen, ihr Friede wird durch die beständige Kriegsdrohung aufrecht erhalten. Ihr Wachstum hängt ab von der Unterdrückung der realen Möglichkeiten, den Kampf ums Dasein zu befrieden – individuell, national und international.«

Das Konzept eines Historischen Blocks als kollektiver politischer Akteur war, so kann man aus heutiger Sicht sagen, eine gewisse Vorwegnahme der Anerkennung von Pluralität des subjektiven Faktors, obwohl Gramsci die Begriffe Pluralität bzw. Pluralismus nicht verwandte. Sein Konzept vom Historischen Block und von Hegemonie ist eng verknüpft mit seiner Auffassung von der Rolle und Funktion der Intellektuellen. Denn um die historische Aufgabe der Erringung von Hegemonie einer Partei zu bewältigen, sei die aktive Mitwirkung von Intellektuellen erforderlich. Wesentlich hierbei ist, dass er die Intellektuellen in zwei Kategorien einteilte – in organische und in traditionelle Intellektuelle. So unterschied er »zwischen Intellektuellen als organischer Kategorie jeder grundlegenden Gesellschaftsgruppe und Intellektuellen als traditioneller Kategorie«. Die »organischen Intellektuellen« seien das Produkt bestimmter sozialer Klassen oder Gruppen. Die »traditionellen Intellektuellen« als die »Repräsentanten einer selbst durch die komplexesten und radikalsten Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Formen nicht unterbrochenen geschichtlichen Kontinuität« seien im Unterschied dazu eine gesellschaftliche Schicht, die unabhängig vom Übergang der Herrschaft einer Klasse/Gruppe zur anderen »in lückenloser Kontinuität« fortbestehe. Zur Charakterisierung der organischen Intellektuellen schreibt Gramsci: »Jede gesellschaftliche Gruppe /Klasse/ schafft sich, während sie auf dem originären Boden einer wesentlichen Funktion in der Welt der ökonomischen Produktion entsteht, zugleich organisch eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen, die ihr Homogenität und Bewusstheit der eigenen Funktion nicht nur im ökonomischen, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich geben...« Ihre besondere Aufgabe bestehe darin, sowohl die (komplexe) Hegemonie wie auch die Herrschaft der Klasse oder Gruppe zu erringen, zu erhalten und auch zu rechtfertigen. »Die Intellektuellen sind die ›Gehilfen‹ der herrschenden Gruppe bei der Ausübung der subalternen Funktionen der gesellschaftlichen Hegemonie und der politischen Regierung, nämlich 1. des ›spontanen‹ Konsenses, den die großen Massen der Bevölkerung der von der herrschenden grundlegenden Gruppe geprägten Ausrichtung des gesellschaftlichen Lebens geben, eines Konsenses, der ›historisch‹ aus dem Prestige (und folglich aus dem Vertrauen) hervorgeht, das der herrschenden Gruppe aus ihrer Stellung und ihrer Funktion in der Welt der Produktion erwächst; 2. des staatlichen Zwangsapparates, der ›legal‹ die Disziplin derjenigen Gruppen gewährleistet, die weder aktiv noch passiv ›zustimmen‹...« Letztlich müssten jedoch auch die traditionellen Intellektuellen von der herrschenden Klasse bzw. der herrschenden Partei gewonnen und in die zu lösenden Aufgaben einbezogen werden. Es gehöre zu den Merkmalen einer Gruppe (Klasse, Partei), »die sich auf die Herrschaft hin

entwickelt,... um die Assimilierung und »ideologische« Eroberung der traditionellen Intellektuellen« zu kämpfen, was um so schneller geschehe und um so wirksamer wäre, »je mehr die gegebene Gruppe gleichzeitig ihre eigenen organischen Intellektuellen heranbildet«.

Gramsci hatte gegen das zentralistische Internationalismus-Verständnis keine Einwände erhoben, wie es der Verfasstheit der Kommunistischen Internationale zugrunde lag. Ausschlaggebend waren hierfür die restriktiven Aufnahmebedingungen, wie sie von Lenin formuliert und 1920 vom II. Komintern-Kongress angenommen worden waren. Die Zugehörigkeit der KPI zur Komintern, zur kommunistischen Weltpartei, das heißt als deren Sektion, hat Gramsci auch als Parteivorsitzender nicht in Frage gestellt. In den Gefängnisheften fehlen allerdings direkte Bezüge sowohl auf seine Partei wie auf die Komintern. Doch dürfte das damit zusammenhängen, dass er sich während der Gefängnishaft nicht als Führer der KPI ausgeben wollte, um sich nicht zusätzlichen Repressalien auszusetzen und nicht eine eventuelle Verlängerung seiner Haftzeit zu provozieren. Entsprechend dem kommunistischen Internationalismus-Verständnis hat Gramsci damals auch die führende Rolle der KPdSU in der Komintern und somit gegenüber den anderen kommunistischen Parteien anerkannt, allerdings unter ganz bestimmten Bedingungen, die er Mitte der 1920er Jahre verletzt sah. So hielt er es für zwingend, dass die KPdSU diese ihre Rolle und Verantwortung auf die Respektierung der Interessen der anderen Parteien und auf deren freiwillige Zustimmung gründet. Als nach Lenins Tod in der Sowjetunion parteiinterne Auseinandersetzungen um die Entwicklungsperspektiven der Sowjetunion und persönliche Machtkämpfe, zunächst zwischen den Anhängern Stalins und den Anhängern Trozki, begannen, bei denen keinerlei Rücksicht auf die Befindlichkeiten und Interessen der anderen kommunistischen Parteien genommen wurde, von denen aber negative, belastende Wirkungen ausgingen, erklärte Gramsci, dass die KPdSU ihre internationalistische Pflicht und Verantwortung verletze und den anderen Parteien schade. In einem Brief an das ZK der KPdSU schrieb er Anfang Oktober 1926 aus tiefer Sorge folgendes: Die breiten Massen im Westen würden die Diskussionen in der KPdSU nicht verstehen. Vor allem die westlichen Parteien wollten in der Sowjetrepublik und der KPdSU einen einheitlichen »Kampftrupp sehen, der für die allgemeine Perspektive von Sozialismus tätig ist. Nur in dem Maße, wie die westeuropäischen Massen Russland und die russische Partei unter diesem Gesichtspunkt betrachten, akzeptieren sie freiwillig und als eine historisch notwendige Tatsache, dass die Kommunistische Partei der UdSSR die führende Partei der Internationale ist.« Im Rahmen der Internationale sei die KPI diejenige Partei, »die am meisten die Auswirkungen der in der KP der UdSSR bestehenden erns-

ten Situation zu spüren bekommt«. Generell werde dadurch der Entwicklungs-, Profilierungs- und Konsolidierungsprozess der Parteien im Westen erschwert. »Die Funktion, die Ihr ausübt, findet in der ganzen Geschichte des Menschengeschlechts hinsichtlich der Breite und Tiefe nichts Vergleichbares. Heute aber seid Ihr dabei, Euer Werk zu zerstören; Ihr degradiert die Führungsfunktion, die die Kommunistische Partei der UdSSR durch das Engagement Lenins errungen hat, und Ihr geht das Risiko ein, sie ganz zu verlieren. Uns scheint, dass die mit Gewalttätigkeit verbundene Entwicklung der russischen Probleme Euch die internationalen Aspekte eben dieser russischen Probleme aus den Augen verlieren lässt, dass sie Euch vergessen lässt, dass Eure Pflichten als russische Kämpfer nur erfüllt werden können und müssen im Rahmen der Interessen des internationalen Proletariats.«

Gramsci machte demnach auch für den Internationalismus in der Kommunistischen Internationale, insbesondere für die Beziehungen zwischen der KPdSU und den anderen kommunistischen Parteien, sein Hegemonie-Konzept zum Maßstab der Akzeptanz. Seiner Auffassung nach hätte die bolschewistische Partei in ihrer Führungsrolle Konsens und Freiwilligkeit als Prinzipien des Internationalismus strikt anerkennen und befolgen sowie die spezifischen Bedingungen und Interessen aller Parteien ernst nehmen und berücksichtigen müssen, was nicht der Fall war. Damit hatte Gramsci als Problem des Internationalismus das Verhältnis von Nationalem und Internationalem im Kampf der Arbeiterklasse für Sozialismus angesprochen. In diesem Zusammenhang nahm er zum Beispiel auch auf ein Gespräch J. W. Stalins aus dem Jahre 1927 Bezug. Es müsse, so Gramsci, ein Punkt, von dem in diesem Gespräch die Rede war, weiter entwickelt und vertieft werden, da er in den Darlegungen Stalins nicht ausreichend geklärt worden sei. Unter Berufung auf Marx und auf entsprechende Präzisierungen Lenins müsse seiner Meinung nach die »internationale Situation unter ihrem nationalen Aspekt betrachtet werden... In Wirklichkeit ist das ›nationale‹ Verhältnis das Ergebnis einer (in einem gewissen Sinn) einzigartigen ›originellen‹ Kombination, die in dieser Originalität und Einzigartigkeit begriffen und aufgefasst werden muss, wenn sie beherrscht und geführt werden soll. Gewiss geht die Entwicklung hin zum Internationalismus, aber der Ausgangspunkt ist ›national‹, und bei diesem Ausgangspunkt gilt es anzufangen. Doch die Perspektive ist international und kann nur so sein. Deshalb muss man genau die Kombination der nationalen Kräfte studieren, welche die internationale Klasse gemäß der internationalen Perspektive und deren Leitlinien wird führen und entwickeln müssen...« Aus dieser Passage Gramscis lässt sich entnehmen, dass er hinsichtlich der zentralen Führungsfunktion der Komintern-Exekutive die Bedeutung der nationalen Besonderheiten, mit denen die einzelnen Parteien konfron-

tiert waren und die eine spezifische Politik erforderten, besonders herausheben wollte. Was Gramsci hier andeutet, wurde in der politischen Praxis der Komintern kaum berücksichtigt. Zu Prinzipien des Internationalismus wurden seine Einwände nicht erhoben. Erst Palmiro Togliatti hat dies mit seiner Formel von der »Einheit in der Vielfalt/Verschiedenheit« in den 1960er Jahren eingefordert, doch auch da ohne allgemeine Anerkennung.

Palmiro Togliatti

1. Togliattis angepasster Aufstieg in die Führungsriege der kommunistischen Bewegung

Palmiro Togliatti, geboren am 26. März 1893 in Genua in einer Lehrerfamilie und verstorben am 21. August 1964 auf der Krim, war einer der prominentesten, profiliertesten und wohl auch gebildetsten Führungspersönlichkeiten in der internationalen kommunistischen Bewegung. Er besaß in seiner reifen Lebensphase wie kaum ein anderer seinesgleichen die Fähigkeit und den Willen, zur Anpassung bzw. Entwicklung von Marxismus-Leninismus und internationaler kommunistischer Bewegung, um in Anbetracht veränderter Realitäten und Erfordernisse einen originellen und schöpferischen Beitrag zu leisten. In diesem Sinne hat er besonders nach 1956 zu den Rückständen und Reformforderungen in den sozialistischen Ländern tiefgründige Überlegungen angestellt. Ein französischer Mitstreiter in der Moskauer Komintern-Zentrale, Georges Cogniot, hat Togliatti in seinen Erinnerungen wie folgt charakterisiert: Er sei »klug und intelligent, äußerst scharfsinnig und geistig beweglich... Ich bewunderte Togliatti wegen seiner Fähigkeit, alles zu erfassen und alles zu verstehen, was zum Teil aus jenen langen Jahrhunderten ununterbrochener Kultur, die für Italien charakteristisch ist, herrührte... Man war fasziniert von seiner Beredsamkeit, seiner politischen Logik, seinen tiefschürfenden Analysen, seinem Optimismus und seiner Vitalität – gar nicht zu reden von seiner Unbeugsamkeit und der Ergebenheit des Parteiarbeiters.«

Von 1911 an hatte er in Turin Jura und Literaturwissenschaft studiert und in beiden Fächern promoviert. Schon während des Studiums war er der Sozialistischen Partei beigetreten. In dieser Zeit entstand ein enger Kontakt zu dem zwei Jahre älteren Antonio Gramsci, der 1917 Sekretär der Turiner Sektion der Sozialistischen Partei geworden war. Togliatti trat im gleichen Jahr 1917 in die Redaktion der von Gramsci geleiteten Zeitung der Turiner Sektion der Partei »Grido del popolo« (Ruf des Volkes) ein und begann somit eine journalistische Tätigkeit. Ende 1919 wurde er hauptamtlicher Redakteur der piemontesischen Ausgabe des »Avanti!«, des Zentralorgans der Sozialistischen Partei. Anfang 1920 wurde er zum Mitglied des Turiner Exekutivkomitees der Sozialistischen Partei gewählt. Im Januar 1921 schloss sich Togliatti sofort der aus der Sozialistischen Partei hervorgegangenen Kommunistischen

Partei (KPI) an, zu deren Mitbegründern Gramsci gehörte. Noch vor Ende 1921 war Togliatti von Turin nach Rom übersiedelt, wo er Chefredakteur der seit Oktober erscheinenden Tageszeitung der Kommunistischen Partei »Il comunista« (Der Kommunist) wurde. Auf dem 2. Parteitag der KPI in Rom im März 1922 wurde Togliatti zum Mitglied des Zentralkomitees der Partei gewählt; ein Jahr später wurde er als Mitglied in das Exekutivkomitee der Partei kooptiert. Im September 1923, also bereits unter der faschistischen Regierung Benito Mussolinis, wurde er verhaftet. Im Juni 1924 reiste Togliatti erstmals in die Sowjetunion, wo er als Delegierter seiner Partei am V. Kongress der Komintern teilnahm. Seit Ende 1925 beteiligte er sich maßgeblich an der Vorbereitung des III. Parteitages der KPI, der im Januar 1926 illegal im französischen Lyon stattfand.

Es hatten zuvor schon die erwähnten heftigen Auseinandersetzungen mit den sektiererischen Positionen Amadeo Bordigas, dem Parteivorsitzenden, stattgefunden, in deren Konsequenz Gramsci die Führung der KPI übernommen hatte, unterstützt von Togliatti. Zusammen mit ihm hatte sodann Gramsci für diesen Parteitag politische Thesen zur italienischen Situation, zu den Aufgaben der KPI und zur Bolschewisierung der Partei verfasst, die von der überwiegenden Mehrheit der Delegierten gebilligt wurden. Nach Gramscis Verhaftung im Oktober 1926 übernahm Togliatti die faktische und nach dessen Tode 1937 die offizielle Führung der Kommunistischen Partei Italiens. Verfolgungen ausgesetzt, emigrierte er im Februar 1926 in die Sowjetunion, wo er nunmehr die Partei beim Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) vertrat. Noch im gleichen Monat fand in Moskau die VI. Tagung des EKKI statt, auf dem Togliatti die italienische Delegation leitete.

Togliatti nahm in der Komintern den Namen Ercoli an, unter dem er weithin bekannt wurde. In der Kommunistischen Internationale wurde er zum Mitglied des Exekutivkomitees, des Sekretariats und des Organisationsbüros gewählt. Hinsichtlich der damals in der KPdSU ausgetragenen innerparteilichen Auseinandersetzungen identifizierte er sich weitestgehend mit der in ihr jeweils vorherrschenden Gruppierung sowie mit der Linie, die der Komintern von der KPdSU vorgegeben wurde. So stand er anfangs auf Seiten Nikolaj Bucharins und später auf Seiten J. W. Stalins. Das bedeutete, dass Togliatti in der Folgezeit während der Auseinandersetzung Stalins zunächst mit Trotzki und dann auch mit Bucharin um den gesellschaftspolitischen Kurs in der Sowjetunion (Aufbau des Sozialismus in einem Land, forcierte Industrialisierung, gewaltsame Kollektivierung der Landwirtschaft), und um den Kurs in der Komintern Partei für Stalin ergriff. Die erste Phase seiner Entwicklung zum führenden Funktionär in der kommunistischen Bewegung war also gekennzeichnet durch Anpassung und persönliche Unterordnung. Demnach ak-

zeptierte er auch die Unterordnung der unter seiner Führung stehenden Partei unter die zunehmende Dominanz der KPdSU, namentlich Stalins.

Auf dem VI. Kongress, der 1927 stattfand, wurde Togliatti zum Mitglied des Präsidiums der Komintern und erneut zum Mitglied des EKKI gewählt.

2. Togliattis Rolle in der Metamorphose der Komintern in den 1930er Jahren

Beitrag zur überfälligen Wende in der Komintern-Politik

Mit der Machtübernahme des Hitlerfaschismus in Deutschland im Januar 1933, die weitaus folgenreicher war als der Aufstiegs des Faschisten-Führers Mussolini zum Regierungschef 1922 in Italien, waren für die Kommunisten eine gänzlich neue Situation und somit neue Herausforderungen entstanden. Obzwar sie die entschiedensten und kämpferischsten Gegner des Faschismus waren, hielten sie, namentlich auch die KP Deutschlands, in völliger Verkennung der veränderten Situation zunächst beharrlich an vier falschen strategischen Postulaten fest, die sie in die politische Sackgasse führten und somit die politische Orientierung im antifaschistischen Kampf in eine falsche Richtung lenkten: Es handelte sich erstens um die Einschätzung, der zufolge alle kapitalistischen Staaten praktisch zum Faschismus hin tendieren würden und somit der Faschismus generell, undifferenziert mit Herrschaft der Bourgeoisie gleichgesetzt werden müsse; zweitens darum, dass die »bürgerliche Demokratie« nicht verteidigungswürdig wäre; drittens um die Annahme, dass der Sieg des Faschismus nur von kurzer Dauer wäre; und viertens darum, dass die sozialistische Revolution nunmehr als einzige Alternative zum Faschismus übrigbliebe und diese damit unmittelbar auf die Tagesordnung gesetzt und deren Durchführung sogar begünstigt würde. Dies wiederum hatte vier verhängnisvolle Konsequenzen für den Kampf der Kommunisten gegen den Faschismus: Es wurde zum einen nicht begriffen, dass der Sieg des Faschismus eine umfassende Niederlage war, und zwar eine Niederlage nicht nur der revolutionären, sondern der gesamten Arbeiterbewegung und zugleich auch der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Liberalismus, dass demnach der Faschismus keineswegs generell zur einzigen Herrschaftsform der Bourgeoisie geworden war. Weiterhin wurde nicht begriffen, dass es in Deutschland Anfang der 1930er Jahre keine ausreichenden Bedingungen und Kräfte für eine sozialistische Revolution gab, schon gar nicht für ein Sowjetdeutschland als angeblich einzige Alternative zum Faschismus. Zum dritten galt in Verkennung der strategischen Situation die Verteidigung der Weimarer Repu-

blik nicht als eine Aufgabe, mit der der Faschismus zu bekämpfen war. Und schließlich führte das dazu, dass die Kommunisten das Zusammenwirken mit potenziellen Bündnispartnern, in erster Linie mit den Sozialdemokraten, die für einen erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus notwendig waren, de facto selbst in Frage stellten, indem sie den Kampf gegen den Faschismus auf eine sozialistische Revolution oder gar auf ein Sowjetdeutschland ausrichteten, was für diese nicht akzeptabel war. Die Führung der Sozialdemokratie, wenngleich opportunistisch, reformistisch und zutiefst antikommunistisch, wurde sogar weiterhin als »sozialfaschistisch« und somit als eine wesentliche Stütze des eigentlichen Faschismus eingestuft.

Togliatti teilte zunächst diese Position der KPD und der Komintern. Obwohl er mit einer längerfristigen faschistischen Herrschaft rechnete, wie ja das Beispiel Italiens bewies, billigte und verteidigte er dennoch die vom Präsidium der Komintern im April 1933 angenommene Erklärung, die die Politik der KPD rechtfertigte, deren Niederlage praktisch negierte und zugleich der Sozialdemokratie die Hauptschuld an der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland anlastete. Im November 1933 hielt er auf dem XIII. Plenum des EKKI das Schlusswort, in dem er nach wie vor davon ausging, dass zwischen der tiefen Krise, in der sich der Kapitalismus befand, dem Übergang zum Faschismus und dem Heranreifen einer revolutionären Situation ein direkter Zusammenhang bestände. Er sprach von »grandiosen Beweisen für unsere Gewissheit zu siegen«.

Eine realistische Analyse und Einschätzung der Situation und die entsprechende Neubestimmung der Politik setzte in der Komintern erst – und zwar gegen viele Widerstände – im Jahre 1934 ein. Hierfür waren im Wesentlichen zwei aufeinander wirkende Momente ausschlaggebend: die Tatsache, dass Stalin offenbar im faschistischen Deutschland eine akute Bedrohung für die Sowjetunion erkannte und deshalb eine Verständigung mit dem kapitalistischen Frankreich anstrebte; und die durch die bittere Erfahrung gereifte Erkenntnis einiger Parteiführer, dass der Sieg des Faschismus entgegen noch immer vorherrschender Einschätzung tatsächlich eine tiefe historische Niederlage der gesamten Arbeiterbewegung und aller demokratischen, liberalen Kräfte der Gesellschaft bedeutete und dass deshalb der unmittelbare Kampf gegen den Faschismus die Sammlung aller antifaschistischen Kräfte erfordere, dass also zunächst nicht die sozialistische Revolution, sondern die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie auf die Tagesordnung des Kampfes der Kommunisten gesetzt werden müsse. Eine maßgebliche Rolle in der Durchsetzung dieser Erkenntnis spielte aufgrund seiner Erfahrungen im Leipziger Reichstagsbrandprozess der führende bulgarische Kommunist Georgi Dimitroff, der zugleich Leiter des Westeuropa-Büros der Komintern gewesen

war. Nach Gesprächen, die zu dieser Problematik sodann zwischen Stalin und Dimitroff stattgefunden hatten, beschloss die Kominternführung die Vorbereitung des VII. Kongresses. Für Georgi Dimitroff, dem inzwischen die Funktion des Vorsitzenden der Komintern übertragen worden war, wurde dies zur Hauptaufgabe, deren Erfüllung er selbstverständlich Schritt für Schritt mit Stalin abstimmte. Zu seinem Stellvertreter erkor Dimitroff Ercoli-Togliatti, der sich vorerst in Paris aufhielt und im Oktober 1934 nach Moskau in die Komintern-Zentrale zurückbeordert wurde.

In seiner Funktion als Mitglied der zentralen Gremien der Komintern fiel es Togliatti unter anderem zu, eine verworrene Situation in der KPD zu entwirren. Denn in deren Führung war eine Mehrheit nicht bereit, die bisherige sektiererische Haltung zur Sozialdemokratie sowie die unmittelbare Orientierung auf die sozialistische Revolution aufzugeben und der Herstellung einer breiten antifaschistischen Einheits- und Volksfrontpolitik zuzustimmen. Es bestand sogar die Absicht, Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck, die inzwischen erste bescheidene Schritte im Sinne der neuen Linie unternahmen, aus der Führung auszuschließen. Mit dieser Position verzögerten führende deutsche Kommunisten die notwendige strategische Neuorientierung der Komintern und somit auch die Einberufung des Kongresses selbst. Erst nachdem im Januar 1935 Togliatti sich kraft seines hohen Amtes in die Auseinandersetzungen der KPD eingemischt hatte, beschloss das ZK der KPD eine Resolution mit dem Titel »Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturz der faschistischen Diktatur«. Damit war aber das Sektierertum in der deutschen Partei längst nicht überwunden. Togliatti hatte den betreffenden führenden Funktionären der KPD nationale Begrenztheit und Provinzialismus vorgeworfen, denn sie hätten nicht begriffen, dass man den Faschismus nicht mit einem Frontalangriff besiegen könne, dass die KPD vielmehr die Massenstimmung und die von den Faschisten geschaffenen Organisationsformen berücksichtigen müsse. Ihrerseits müsse die Führung der KPD ihre Unfähigkeit überwinden, aktive Politik zu betreiben. Diese Vorgänge machen deutlich, dass Sektierertum und ultrarevolutionäre Positionen keineswegs nur von Moskau den kommunistischen Parteien oktroyiert worden waren, sondern eigenständige Wurzeln in diesen Parteien selbst besaßen.

Togliatti beteiligte sich im Vorfeld des Kongresses also maßgeblich an der kritischen Überprüfung der bislang befolgten strategischen Konzepte der Komintern. Dies betraf insbesondere die noch immer verbreitete Zielvorstellung, als Alternative zur faschistischen Herrschaft die Diktatur des Proletariats anzustreben. Auf einer Sitzung der Vorbereitungscommission des Kongresses im April 1935 erklärte er zur Politik der KP Frankreichs, sie müsse qualitativ verändert werden, sodass Zwischenziele im Kampf für Sozialismus

gestellt werden müssten. Hervorzuheben ist ein Vorschlag, den er auf dieser Sitzung machte: Seiner Meinung nach wäre es absolut notwendig, in die Thesen des Kongresses eine selbstkritische Passage aufzunehmen, damit verständlich werde, was in den Thesen gegenüber früheren Positionen tatsächlich neu sei, welche von den Parteien und allgemein von den Kommunisten begangenen Fehler korrigiert würden und wie nunmehr die Taktik in Anbetracht der gemachten Erfahrungen von Erfolgen und Niederlagen zu bestimmen wäre. Es ist bekannt, dass in den Materialien des Kongresses eine solche von Togliatti geforderte generelle Selbstkritik, d.h. eine klare Benennung der begangenen Fehler, nicht zu finden ist.

In einem Beitrag, der gleichzeitig in »Stato operaio« (Arbeiterstaat), einer Zeitschrift der KPI, und in der Zeitschrift »Die kommunistische Internationale« zum Thema der Einheitsfront am Vorabend des Kongresses erschien, nahm Togliatti zum Problem von Demokratie und Freiheit Stellung. »In Anbetracht des Kampfes der reaktionärsten Gruppen der Bourgeoisie zwecks Liquidierung der letzten Reste der bürgerlichen demokratischen Freiheiten dürfen wir in keinem Fall indifferent bleiben. Die Verteidigung dieser Freiheiten wird historisch und politisch zum Terrain der Sammlung und Organisation der Massenkräfte, die wir zur Eroberung der Macht führen müssen.« Diese Gedanken wurden von Dimitroff auf dem Kongress ausführlich begründet. Erwähnt seien auch Vorlesungen zum Faschismus, die Togliatti zwischen Januar und April 1935 an der Lenin-Schule der Komintern in Moskau hielt.

Der VII. Kongress der Komintern tagte in Moskau vom 25. Juli bis zum 20. August 1935. Er beschloss die Korrektur der vorherigen falschen und nunmehr neu konzipierten Politik im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr, ohne dass jedoch diese falsche Politik einer offenen und durchgängigen Kritik unterzogen und ohne dass das Sektierertum gänzlich überwunden worden wäre. Von Togliattis hervorragender Stellung als zweiter Mann in der Komintern-Hierarchie zeugt, dass er den »ehrvollen« Auftrag hatte, gleich zu Beginn eine Botschaft des Kongresses an J.W. Stalin zu verlesen, in der dieser als Führer des Weltproletariats und großer Theoretiker gewürdigt wurde. Stalin, der alle Fäden in der Hand hielt, trat selbst auf dem Kongress nicht in Erscheinung.

Auf dem Kongress gehörte Togliatti (d.h. unter dem Parteinamen Ercoli) zu den drei Hauptreferenten. Wilhelm Pieck hielt den Rechenschaftsbericht des EKKI, und Dimitroff sprach zum zentralen Thema des Kongresses – zur Offensive des Faschismus und zu den Aufgaben der Komintern im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Ercoli beschäftigte sich in seinem Referat mit der Vorbereitung des imperialistischen Krieges und den Aufgaben der Komintern.

Die neuen Einsichten der Komintern-Führung, die die vorherige strategische Orientierung korrigierten, trug Dimitroff vor. Togliatti war unmittelbar an ihrer Ausarbeitung beteiligt gewesen, und sie waren ohne Zweifel mit Stalin abgestimmt. Man müsse, so wurde nunmehr eingeschätzt, zwischen den verschiedenen Herrschaftsformen der Bourgeoisie unterscheiden, d.h. zwischen faschistischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie. Deshalb hielt man nicht mehr an der These fest, Faschismus sei Herrschaft der Bourgeoisie an sich und zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie bestände kein Unterschied. Mit großer Verspätung, entscheidenden Versäumnissen im Kampf gegen den Faschismus und vielen selbstverschuldeten Opfern formulierte Dimitroff schließlich Einsichten, zur denen Gramsci schon Anfang der 1920er Jahre gelangt war. Für die kommunistische Politik zog er also Mitte der 1930er Jahre zwei wesentliche Schlussfolgerungen: Erstens sei es »durchaus nicht gleichgültig, welches politische Regime in einem Lande besteht: eine bürgerliche Diktatur in der Form der bürgerlichen Demokratie ... oder eine bürgerliche Diktatur in ihrer offenen faschistischen Form. Als Anhänger der Sowjetdemokratie werden wir jeden Fußbreit der demokratischen Errungenschaften verteidigen, die die Arbeiterklasse in jahrelangem, zähem Kampf erobert hat, und entschlossen für deren Erweiterung kämpfen«, und deshalb hätten »die werktätigen Massen in einer Reihe von kapitalistischen Ländern konkret für den heutigen Tag zu wählen nicht zwischen proletarischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie, sondern zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus«. Der Faschismus sei keine rasch vorübergehende Erscheinung, die den revolutionären Aufschwung nur erleichtere, vielmehr habe er der Arbeiterbewegung eine tiefe Niederlage zugefügt. Sein Sieg sei Ausdruck der Schwäche sowohl des Proletariats wie der Bourgeoisie. Nunmehr wurde nicht nur die Möglichkeit, sondern die Notwendigkeit in Betracht gezogen, ein antifaschistisches Bündnis mit weitestgehend allen oppositionellen Kräften – von der Sozialdemokratie bis zur liberalen Bourgeoisie – einzugehen. Dementsprechend wurde die Einheitsfrontpolitik im Verhältnis zur Sozialdemokratie und den (reformistischen) Gewerkschaften sowie eine klassenübergreifende Volksfrontpolitik im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr verkündet, in einem Kampf also, der nicht auf die unmittelbare Vorbereitung einer sozialistischen Revolution gerichtet sein sollte.

Togliatti trug mit seinem Referat über die Aufgaben der Kommunisten gegen die Kriegsvorbereitungen wesentlich zur Bestimmung des veränderten politischen Kurses bei. Dennoch blieb manches widersprüchlich und zweideutig. Er konstatierte, dass es »keinen tieferen Kontrast als den Kontrast zwischen dem Lande der Diktatur des Hitlerfaschismus und dem Lande der Diktatur des Proletariats« gäbe. Er unterschied zwischen zwei Gruppen kapi-

talistischer Staaten in Europa. Es gäbe »eine Gruppe kapitalistischer Staaten..., die von den kriegerrischsten, reaktionärsten Kräften beherrscht und geleitet werden, die unmittelbar an der raschen Entfesselung eines Krieges überhaupt und insbesondere eines Krieges, der gegen die Sowjetunion gerichtet ist, interessiert sind. Andererseits tritt eine Gruppe kapitalistischer Staaten hervor, in denen sich zum größten Teil das parlamentarische System erhalten hat und die mehr oder minder an der Wahrung des Friedens interessiert sind«. Daraus wurde folgerichtig der Schluss gezogen, dass der Kampf gegen die erste Gruppe der Staaten zusammen mit denen der zweiten Gruppe geführt werden könne. Dies bedeutete, dass die Komintern nunmehr die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten gegen Faschismus in den Mittelpunkt der Einheitsfront- und Volksfrontpolitik zu stellen bereit war. Trotz dieser von Togliatti vorgenommenen Differenzierung zwischen den imperialistischen Mächten hinsichtlich des Verhältnisses zur Demokratie und der Einstellung zu Krieg und Frieden, die für die Festlegung der revolutionären Strategie und Taktik im Kampf gegen die Kriegsgefahr Bedeutung besäßen, hob er ausdrücklich hervor, dass dennoch »der Gegensatz zwischen der kapitalistischen Welt und der Welt des Sozialismus ... nach wie vor der tiefste Gegensatz des gegenwärtigen geschichtlichen Zeitabschnitts« bleibe, was ohne Zweifel der Realität entsprach und von den herrschenden Kreisen der westlichen demokratischen Länder sicher ebenso gesehen wurde. Die Entscheidung für einen gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr im Rahmen der Volksfront, also zusammen mit bürgerlich-demokratischen Regierungen, war somit nur zeitweilig und von taktischer Natur. So kündigte Togliatti recht undiplomatisch der Bourgeoisie auch dieser Länder im Kriegsfall einen Entscheidungskampf um die Macht an: Der Frieden werde von den Kommunisten nicht aus Schwäche verteidigt, sondern aus dem Bestreben, »die Bedingungen des Sieges der Revolution zu sichern. Wenn der Krieg morgen ausbricht, werden wir mit der größten Entschlossenheit den Kampf aufnehmen und uns mit allen Kräften schlagen, in dem Bewusstsein, dass das ein Kampf um Leben und Tod zwischen uns und der Bourgeoisie sein wird«. Für den Kampf um Sozialismus machte er, was die konkrete Verfasstheit und politische Ausrichtung der kapitalistischen Staaten und ihrer Bourgeoisie anbelangte, gemäß dieser Formulierung keinen Unterschied zwischen ihnen, ganz gleich, ob sie faschistisch oder demokratisch waren. Dies entsprach auch der Orientierung, wie sie Dimitroff formulierte, dass es nämlich unverändert darum gehe, die Widersprüche im Lager der Bourgeoisie für einen Generalangriff gegen die Bourgeoisie und zur Vorbereitung der Revolution auszunutzen. »Die objektivste Untersuchung der internationalen Situation und der Massenbewegung und ihrer Perspektiven«, so Togliatti weiter, »führt uns un-

vermeidlich zu der Schlussfolgerung, dass der Beginn des Krieges für alle kapitalistischen Länder das Einsetzen der revolutionären Krise bedeuten wird. Während dieser Krise werden wir an der Spitze der Massen mit allen Kräften für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie kämpfen, wir werden kämpfen für die Revolution und die Eroberung der Macht.« Es sei dahingestellt, ob hinter derartigen Formulierungen nur verbaler Revolutionarismus stand, um nicht gegen unantastbare ideologische Postulate des Marxismus-Leninismus zu verstoßen und um die radikal eingestellten Kräfte in der Komintern mit der neuen Linie zu versöhnen, oder ob die Einheitsfront- und Volksfrontpolitik nur deshalb mit völliger Überzeugung befürwortet wurde, um sie für die Vorbereitung der sozialistischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu nutzen. Immerhin hat Togliatti 1944 mit seiner »Wende von Salerno« diese Linie nicht befolgt, indem er den Widerstands- und Befreiungskampf gegen den Faschismus am Ende des Zweiten Weltkrieges nicht auf einen Entscheidungskampf gegen die Bourgeoisie und für Sozialismus orientierte.

Auf dem VII. Kongress der Komintern äußerte sich Togliatti auch zu einem wichtigen, aber generell verdrängten und deshalb nicht wahrgenommenen Erfordernis des internationalistischen Verhältnisses kommunistischer Parteien zur UdSSR, namentlich zu deren Außenpolitik. Er wies darauf hin, dass es in diesem Verhältnis zwei Aspekte geben könne, die sich nicht ausschließen müssten: zum einen die uneingeschränkte Parteinahme für den international bedrohten ersten sozialistischen Staat der Welt dank generell übereinstimmender Interessen und Ziele, wie auch zum anderen die Möglichkeit einer Interessendivergenz zwischen der UdSSR und den übrigen kommunistischen Parteien in konkreten Entscheidungen aufgrund unterschiedlicher Situationen und Erfordernisse. So führte er aus: »Es ist für uns unbestreitbar, dass die Ziele der Friedenspolitik der Sowjetunion und die Ziele der Politik der Arbeiterklasse und der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder völlig identisch sind. In dieser Hinsicht gibt es und kann es in unseren Reihen keinerlei Zweifel geben. Wir verteidigen die Sowjetunion nicht nur im Allgemeinen. Wir verteidigen konkret ihre gesamte Politik und jede ihrer Handlungen. Aber diese Identität der Ziele bedeutet keineswegs, dass in jedem gegebenen Moment, bei allen Aktionen und in allen Fragen ein völliges Zusammenfallen vorhanden sein muss zwischen der Taktik des Proletariats und der kommunistischen Parteien, die noch um die Macht kämpfen, und den konkreten taktischen Maßnahmen des Sowjetproletariats und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), die in der Sowjetunion die Macht bereits in den Händen halten.« Diese Äußerung Togliattis lässt sich durchaus als Vorwegnahme seines späteren Konzepts von der Einheit in der Verschiedenheit

deuten. Dass Unterschiede in der Taktik und in der Interessenlage zwischen der KPdSU und den anderen kommunistischen Parteien nicht auszuschließen seien, war in der damaligen Zeit, unter den Bedingungen uneingeschränkter Unterordnung der Komintern-Parteien unter den politischen Kurs Stalins, ohne Zweifel eines der weitestgehenden Bekenntnisse Togliattis. In der praktischen Politik der Komintern und in den Beziehungen zwischen der KPdSU und den übrigen Parteien hatte jedoch ein solches Postulat nie eine offizielle Anerkennung gefunden, geschweige denn eine Berücksichtigung in der praktischen Politik, da auch emotional die naive Vorstellung obwaltete, zwischen den verschiedenen kommunistischen Parteien untereinander und zwischen ihnen und der Sowjetunion herrsche völlige Interessenidentität.

Palmiro Togliattis hervorragende Stellung in der Komintern-Zentrale wurde mit dem VII. Kongress gefestigt. Er war zu einem anerkannten Funktionär mit internationalem Format und Renommee avanciert und agierte nun vornehmlich in dieser seiner internationalen Verantwortung. Vom Kongress wurde er als Mitglied des EKKI, des Präsidiums und des politischen Sekretariats der Komintern bestätigt und gehörte neben Georgi Dimitroff, Dmitri Manuilski, Otto Wilhelm Kuusinen zum engsten Führungskreis.

Togliatti und die widersprüchliche Entwicklung nach dem VII. Kongress

Der VII. Kongress bot gute Ausgangspositionen, um mit der vollzogenen Wende Schritt für Schritt die hemmenden und irrigen organisatorischen, strategischen und programmatischen Konzepte der Komintern zu überwinden und eine neue Etappe attraktiverer kommunistischer Politik einzuleiten. Diese Chance wurde jedoch aufgrund des eng gezogenen ideologischen Rahmens und der unüberbrückbaren realen Gegentendenzen innerhalb der Bewegung nur eingeschränkt genutzt. Dazu gehörte neben den inneren Widerständen sektiererisch und maximalistisch-revolutionär gesinnter Kräfte in den Parteien selbst in erster Linie die Tatsache, dass die Komintern nach dem Kongress mehr als zuvor dem Führungsanspruch der KPdSU, deren unantastbarem axiomatischem Verständnis von Marxismus-Leninismus und Internationalismus, der Stalinschen Willkür sowie den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion unterworfen wurde. Auf diese Weise wurde die Rolle der Komintern und ihrer Mitgliedsparteien mehr und mehr instrumentalisiert und deformiert. Während Stalin nach außen für eine Öffnung, für größere Breite, für Mäßigung, für Verständigung im Verhältnis zu tatsächlichen und potenziellen Bündniskräften eintrat, verschärfte er bekanntlich nach innen sein Repressionsregime. Die Kommunistische Internationale geriet immer mehr unter die direkte Kontrolle des sowjetischen Geheimdienstes, dessen Vertreter in der Komintern direkt vertreten waren, so im Präsidium der

Komintern Moskwin (Trilisser), Mitglied des Politbüros der KPdSU, und im EKKI Jeshow, sowjetischer Geheimdienstchef. Eine Reihe von Funktionären und Mitarbeitern des Komintern-Apparates wurde direkt mit geheimdienstlichen Aufgaben im Ausland beauftragt. Zugleich waren nicht wenige der in der Sowjetunion lebenden Komintern-Funktionäre und -Mitarbeiter als angeblich verdächtige Personen sinnlosen Verfolgungen ausgesetzt und wurden Opfer der Stalinschen Repressionen. Viele von ihnen wurden verbannt oder gar hingerichtet.

In Anbetracht der Stalinschen Dominanz und der verhängnisvollen Willkür musste sich Togliatti wie alle Kommunisten entscheiden, welche Verhaltensweise am besten der Sache dienlich wäre. Er wählte – eben wie die übergroße Mehrzahl der Kommunisten – überzeugt oder gezwungenermaßen – den Weg der Anpassung und Unterordnung. So war Togliattis Haltung nach dem VII. Kongress wie die anderer Kominternführer äußerst prekär und widersprüchlich, zumal er auch selbst der existentiellen Gefahr der Verhaftung, Verbannung oder gar Hinrichtung ausgesetzt war. So sei bekannt geworden, dass Osip Pjatnizki, ehemals Mitglied des EKKI und des Sekretariats der Komintern, der selbst zum Tode verurteilt wurde, von einer Agentenliste ausländischer Geheimdienste gesprochen haben soll, an deren Spitze die Namen Ercolis, d.h. Togliattis, und des Franzosen Jacques Duclos gestanden haben sollen. Wie F. Firsov, ein guter sowjetisch-russischer Kenner der Kominterngeschichte, 1988 mitteilte, existieren tatsächlich Dokumente darüber, dass 1937 gegen Dimitroff und Togliatti geheimdienstliche Untersuchungen im Gange waren, in deren Ergebnis beide hätten verhaftet werden sollen. Dies sei zu bedenken, wenn man feststellt, dass auch Togliatti sich an den begangenen Verfolgungen, Repressionen und Verbrechen mitschuldig gemacht habe. Es sei eben eine Tragödie gewesen, dass es angesichts der Politik Stalins für Togliatti keinen Ausweg gegeben hätte. »Sich in dieser Welle von Repressalien gegen die Terrormaschinerie auszusprechen«, so Firsov, »hätte bedeutet, sofort zum Feind unseres Landes erklärt zu werden, somit zum Feind der Partei Stalins, den man vergötterte.«

Für Zivilcourage schien es auch für Togliatti keinen Platz zu geben, wollte er nicht zum Renegaten werden und gänzlich der Bewegung den Rücken kehren. Das hätte seiner Überzeugung und der Verantwortung gegenüber seiner Partei widersprochen. Daraus ergab sich für das Gewissen sehr vieler aufrechter Kommunisten eine teuflische Logik. Einem italienischen Gesprächspartner gegenüber habe Togliatti 1956 auf die Frage, ob es nicht möglich gewesen wäre, gegen die Repressionen in der Sowjetunion aufzutreten, salomonisch geantwortet: »Wenn ich dies getan hätte, wäre ich umgebracht worden. Die Geschichte wird darüber urteilen, ob es besser gewesen wäre, zu

sterben oder zu leben, um die Partei zu retten.« Von inneren Zweifeln Togliatti darüber, dass es bei den Repressionen nicht nur um eine Abrechnung mit tatsächlichen Feinden ging, berichtet der österreichische damalige Komintern-Funktionär Ernst Fischer, indem er ein Gespräch mit Togliatti vom Sommer 1937 wiedergibt. Niemand wisse, wer gegen wen kämpft und was eigentlich vor sich gehe. »Das alles, sagte Togliatti, sei zu einem so undurchsichtigen Gespinnst geworden, dass sich niemand mehr zurechtfinde. Feinde Stalins, gewiss, Trotzlisten, Agenten ausländischer Mächte, doch damit allein könne man die Vorgänge nicht erklären; da spiele noch anderes hinein, alte Rivalitäten, gesinnungsloses Strebertum, echter und vorgetäuschter Verfolgungswahn..., und dies alles sei zu einem entfesselten Mechanismus geworden, zu einem die Menschen zermalmenden Mechanismus.« Auf die Aufforderung, mit Stalin darüber zu sprechen, habe Togliatti lediglich bemerkt, dass dieser sehr misstrauisch sei.

Togliatti war, wie auch die meisten seiner Moskauer Mitstreiter, auch vor die Gewissensentscheidung gestellt, sich entweder für jene Kommunisten einzusetzen, die Opfer der willkürlichen Stalinschen Repressionen geworden waren und von deren Unschuld er überzeugt war, was ihn selbst verdächtig gemacht und einer gefährlichen Verfolgung hätte aussetzen können, oder aber zu resignieren, zu schweigen und das Unabänderliche im Interesse einer als wichtiger zu bewertenden Sache hinzunehmen. Aus uneingeschränkter Identifizierung mit der Sowjetunion und der Stalinschen KPdSU hat er sich in vielen Fällen für die zweite Option entschieden. Bekannt ist, dass er die Auseinandersetzungen Stalins mit den Anhängern Trotzki und deren Ausschaltung billigte, ja sich selbst daran beteiligte. Er nahm auch die Verurteilung und Hinrichtung Grigori Sinowjews hin, der in den 1920er Jahren Vorsitzender der Komintern gewesen war. Anlässlich des ersten der Moskauer Prozesse im Jahre 1936, bei dem es u.a. um Sinowjew ging, hatte Togliatti in der Zeitschrift der Komintern sogar geschrieben, dass »die Arbeiterklasse nicht gegen ihre Feinde kämpfen kann, wenn sie in ihrem Inneren Agenten duldet, die eben diese Feinde schicken«. Es gibt aber auch Hinweise, dass Togliatti in mehreren Fällen persönlich bei Stalin gegen Verhaftungen interveniert haben soll, so z.B. auch, um Willi Münzenberg von der deutschen, Jules Humbert-Droz von der schweizerischen Partei die Ausreise aus der Sowjetunion zu ermöglichen, sodass sie der Verhaftung entgingen.

Nach dem VII. Kongress der Komintern wurde Togliatti mit einer Reihe wichtiger internationaler Aufgaben betraut. So nahm er im Oktober 1935 an der »Brüsseler« Konferenz der KPD teil, auf der er dazu beitrug, die veränderte Linie der Komintern gegen die noch immer bestehenden Vorbehalte einiger deutscher Genossen durchzusetzen. Die KPI, an deren Spitze er de facto

stand, da sich ihr Vorsitzender Gramsci in Kerkerhaft befand, veranstaltete im Oktober 1935 in Brüssel eine Konferenz gegen den von Italien begonnenen Krieg gegen Abessinien. Seit Ausbruch des Bürgerkrieges 1936 in Spanien war Togliatti in der Komintern-Führung mit den spanischen Problemen befasst. Deshalb übersiedelte er bereits Mitte Juni 1936 nach Paris. Hier beteiligte er sich zunächst an der Organisation eines Treffens von Komintern und Sozialistischer Arbeiterinternationale, das am 21. Juni in Annemasse in der Schweiz stattfand. Das Anliegen dieses Treffens bestand darin, zwecks Unterstützung der republikanischen Kräfte im Spanischen Bürgerkrieg zur Aktionseinheit und gemeinsamen Solidarität zu gelangen. Es kam aber nur zu vagen Solidaritätsbekundungen. Die Komintern selbst stand vor der Aufgabe, im Kampf gegen die profaschistische Armee General Francos, an dem zahlreiche Kommunisten, Sozialdemokraten, linksliberale Demokraten aus vielen Ländern teilnahmen, die Strategie und Ziele der beteiligten Kommunisten zu definieren. Die Frage, über die zu entscheiden war, bestand darin, ob es den Kommunisten (nur) um die Verteidigung der republikanischen Ordnung in Spanien oder darum gehen sollte, den Kampf auf eine sozialistische Revolution auszurichten. Die Einheits- und Volksfrontorientierung des VII. Komintern-Kongresses wurde somit in der Praxis auf die Probe gestellt. Bereits im Oktober 1936 formulierte Togliatti in einem Beitrag die ohne Zweifel abgestimmte Position der Kominternführung: »Es wäre grundsätzlich falsch, in diesem Moment in Spanien das der Realität entsprechende Programm der demokratischen Revolution durch ein Programm der sozialistischen Revolution und der Errichtung einer Gesellschaft auf kommunistischer Grundlage zu ersetzen. Spanien ist noch nicht reif für eine sozialistische Revolution, und jeder Versuch, diese auf die Tagesordnung zu setzen, hätte den Bruch der Einheitsfront zur Verteidigung der Republik zur Folge, was ausschließlich den Faschisten nützen würde.« Seine Auffassungen hat er umfassend in einer Arbeit über die Besonderheiten der spanischen Revolution dargelegt, die im November 1936 veröffentlicht wurde. Im Juli 1937 begab er sich unter dem Decknamen Alfredo persönlich nach Spanien, um der KP Spaniens beizustehen. Offenbar war er darüber besorgt, dass Komintern-Berater auch in Spanien, wo es auf die Aktionseinheit ankam, die bestehenden ideologischen und politischen Meinungsverschiedenheiten mit anderen Strömungen der Arbeiterbewegung (z.B. mit Trotzlisten, Anarchisten) unerbittlich austrugen. Bereits im September 1936 kritisierte er in einem Bericht nach Moskau die Rolle dieser Berater, die sich wie »Padrone« aufspielen, sich in die Angelegenheiten der spanischen KP einmischen und dieser falsche Orientierungen geben würden. Seinen Aufenthalt in Spanien hatte er vermutlich im Sommer 1938 kurzzeitig unterbrochen, um sich an einem der schändlichsten Akte in der Geschichte

der Komintern zu beteiligen. Im August 1938 fasste das Präsidium den auch von Togliatti unterzeichneten Beschluss, die Kommunistische Partei Polens als eine angeblich von Spionen und Provokateuren durchgesetzte Partei aufzulösen. Die Führer der Partei, sofern sie in der Sowjetunion lebten, waren verhaftet – dies zum Teil schon vor dem Beschluss der Kominternführung – und zum großen Teil umgebracht worden. Firsov meinte, dass Stalin schon die entsprechende Entscheidung im Dezember 1937 getroffen haben soll und dass die Zustimmung Togliattis und der anderen Präsidiumsmitglieder nur noch ein formaler Akt ohne Diskussion gewesen wäre. Dennoch trug auch Togliatti eine Mitverantwortung für die Liquidierung der polnischen Partei, die er später selbst als »katastrophal und falsch« bezeichnet hat.

Togliattis Haltung zu den Stalinschen Verbrechen wurde in Italien Ende der 1980er Jahre Gegenstand einer heftigen Polemik, ausgelöst 1988 vom damaligen Sekretär der Sozialistischen Partei und engen Vertrauten des Parteichefs Bettino Craxi, Claudio Martelli. Togliatti wurde vorgeworfen, er sei ein Komplize des Stalinismus, ja sogar einer seiner Vollstrecker gewesen. Es ging den italienischen Sozialisten damals aber weniger um die Vergangenheit als um eine aktuelle Diffamierung der IKP, denn sie trat entschieden der neoliberalen Linie, die Craxi damals in seiner Regierungspolitik durchsetzte, entgegen. Die Führer der IKP hatten daraufhin die Mitverantwortung Togliattis – im Sinne einer Duldung der Stalinschen Exzesse – anerkannt, doch dabei auf die besonderen historischen Umstände des Stalinschen Regimes sowie auf die nachfolgenden Verdienste Togliattis bei der Gestaltung eines demokratischen Nachkriegsitaliens verwiesen. Im Jahre 1992 wurde die Rolle Togliattis in der Komintern-Zeit erneut Gegenstand heftiger Kritik. Die italienische Zeitschrift »Panorama« hatte Auszüge aus einem Brief Togliattis vom Februar 1943 veröffentlicht, mit dem er auf die Bitte eines italienischen Genossen geantwortet hatte, er möge doch bei Stalin zugunsten einer halben Million italienischer Soldaten intervenieren, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten waren. Togliatti hatte dies mit dem Verweis auf die Kriegsschuld Mussolinis und seines faschistischen Regimes abgelehnt. Erklärende und für Togliatti entlastende Passagen des Briefes wurden allerdings ausgelassen, sodass seine Antwort einen zynischen Sinn erhielt, den sie in Wirklichkeit nicht hatte.

Nach der Niederlage im Spanischen Bürgerkrieg gehörte Togliatti zu den letzten, denen es im Mai 1939 gelang, Spanien zu verlassen. In Moskau, wohin er zurückkehrte, wurde er im Komintern-Apparat und wohl auch von der KPdSU mit Misstrauen empfangen. Zum Beispiel erhob man gegen ihn den Vorwurf, er habe nicht darüber informiert, dass das Archiv der KP Spaniens in die Hände ausländischer Geheimdienste gefallen sei. Hinzu kam, dass die

Komintern in seiner Abwesenheit der in Paris befindlichen KPI-Auslandsleitung den Vorwurf gemacht hatte, sie hätte ungenügend gegen Erscheinungen des Trotzkismus gekämpft. In dieser Situation erwirkte Togliatti vom Komintern-Vorsitzenden Dimitroff die Möglichkeit, sich stärker mit den Angelegenheiten seiner eigenen Partei, der KPI, befassen zu können. Denn er war inzwischen, nachdem Gramsci 1937 verstorben war, auch nominell der Führer der Partei. Um die Aufgaben in seiner Partei wahrnehmen zu können, kehrte er also im Juli 1939 wiederum nach Paris zurück, wo die Auslandsleitung der Partei ihren Sitz hatte. Doch in seiner Eigenschaft als zweiter Mann an der Spitze der Komintern mischte er sich auch kritisch in die Politik der KP Frankreichs ein. Er bezichtigte die französische Partei in ihrem Verhältnis zu den Sozialisten des Opportunismus und sandte darüber nach Moskau an Dmitri Manuilski, einen der sowjetischen Vertreter im EKKI, entsprechende Berichte.

Während seines Aufenthaltes in Paris wurde Togliatti mit dem unerwarteten Abschluss des Nichtangriffspaktes der Sowjetunion mit Hitlerdeutschland am 23. August 1939 konfrontiert. Für die Kommunisten war damit eine Situation von Verwirrung, Zweifeln und Unsicherheit entstanden. Wenngleich man dieser Entscheidung der UdSSR aus sicherheitspolitischen Gründen eine gewisse Berechtigung zubilligen konnte – sieht man von den mit diesem Pakt verbundenen Geheimverträgen und von dem späteren Freundschaftsvertrag ab – wurde dennoch die Orientierung des VII. Kongresses der Komintern von 1935 in Frage gestellt. Im Kampf gegen Faschismus und Krieg galt plötzlich nicht mehr der deutsche Faschismus als gefährlichster Kriegstreiber. Die Orientierung auf die Einheits- und Volksfrontpolitik wurde aufgegeben. Nachdem am 1. September Deutschland den Krieg entfesselt hatte, wurde dieser von der sowjetischen Führung als ein von beiden Kriegsparteien – Deutschland einerseits, Frankreich und Großbritannien andererseits – geführter ungerechter und reaktionärer imperialistischer Krieg bezeichnet. Widersinniger Weise wurde hierbei den Komintern-Parteien sogar vorgegeben, ihren Kampf gegen den Krieg nicht mehr gegen das faschistische Deutschland, dem die UdSSR jetzt aus Staatsräson mit Schonung begegnete, zu richten, sondern gegen den französischen und englischen Imperialismus. Dimitroff hatte diese neue Linie im Oktober 1939 in einem Beitrag in der Zeitschrift der Komintern undifferenziert wie folgt begründet: »Für die Arbeiterklasse gibt es eine einzige richtige Position: einen entschiedenen kompromisslosen Kampf gegen den imperialistischen Krieg, einen Kampf gegen die Verantwortlichen und die Akteure dieses Krieges, vor allem im eigenen Lande, einen Kampf, um dem abenteuerlichen Krieg ein Ende zu setzen«. Die kommunistischen Parteien wurden kurz nach Kriegsbeginn aufgrund der Fehleinschätzung des

Charakters des begonnenen Krieges darauf orientiert, nun in allen Ländern ihren Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, die eigene Regierung, den eigenen Imperialismus zu richten, wie es eigentlich schon Togliatti auf dem VII. Komintern-Kongress prognostiziert hatte. Das ging in erster Linie die französischen Kommunisten an, die als erste von der deutschen Aggression betroffen waren. Ihr Generalsekretär Maurice Thorez, der sich sofort nach Eintritt Frankreichs in den Krieg in der französischen Armee hatte rekrutieren lassen, wurde veranlasst, zu desertieren, um nicht imperialistischen Interessen Frankreichs zu dienen.

Die kommunistischen Parteien waren also entgegen ihrer tatsächlichen Interessenlage und entgegen der Orientierung des VII. Kongresses der Komintern, den deutschen Faschismus als den eigentlichen Feind der Sowjetunion und als Kriegstreiber anzusehen, gezwungen, nunmehr die Position der UdSSR, die deren zeitweiliger Staatsräsön entsprach, zu übernehmen. Zum ersten Male wurde in der kommunistischen Bewegung deutlicher denn je offenkundig, dass aufgrund der Unterschiedlichkeit der objektiven Situation und der konkreten Politik zwischen der Führungsmacht Sowjetunion und den kommunistischen Parteien der westlichen Länder relevante Interessenunterschiede auftreten können. Dies anzuerkennen hätte dem Internationalismus und der Einheit der kommunistischen Bewegung nicht abträglich sein müssen. Doch galt unverändert als unantastbares höchstes Prinzip der Einheit die Anerkennung völliger Identität der Interessen und der Politik aller Parteien mit denen der KPdSU und der UdSSR. Togliattis Hinweis auf dem VII. Komintern-Kongress, es könne durchaus Interessenunterschiede geben, hätte in dieser Situation eine Lösung bieten können, spielte aber keine Rolle.

In den Kreisen der Funktionäre und der breiten Mitgliedschaft der kommunistischen Parteien, von allen anderen antifaschistischen Kräften ganz zu schweigen, herrschte nach dem nichterwarteten Abschluss des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes ein großes Unverständnis, zum Teil sogar eine entschiedene Ablehnung der sowjetischen Entscheidung. Eine der verhängnisvollsten Folgen des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes und der veränderten Orientierung der Komintern war der Bruch der teils mühsam zustande gekommenen antifaschistischen Aktionsbündnisse von Kommunisten und Sozialdemokraten, so vor allem in Frankreich und Italien. Noch im September 1939 kündigten zum Beispiel die italienischen Sozialisten ihr Einheitsabkommen mit den Kommunisten auf, das seit 1934 bestand. Es wurde erst im Oktober 1941, nachdem Deutschland die Sowjetunion überfallen hatte und diese ein Kriegsbündnis mit Frankreich und Großbritannien einging, erneuert. Für die Sozialdemokraten war der Kurswechsel der Komintern verständlicherweise ein Verrat am antifaschistischen Kampf. Für sie blieb der

deutsche Faschismus der eigentliche Aggressor und damit der Hauptfeind der Demokratie. Demgegenüber erneuerten in dieser Situation die Kommunisten ihre Angriffe auf die Sozialdemokraten, weil diese ihren Kurswechsel nachzuvollziehen nicht bereit waren. Togliattis Reaktion war widersprüchlich. Einerseits teilte er die sowjetische und der Komintern oktroyierten Einschätzung, dass nicht der Faschismus als der zu bekämpfende Hauptfeind zu betrachten wäre. Doch an die Sozialistische Partei Italiens schrieb er nach deren Aufkündigung des Einheitsabkommens sofort einen offenen Brief, in dem er betonte: Wenn trotz allem ein Krieg ausbrechen sollte, dann »werden wir mit allen Mitteln und allen Kräften unter allen Bedingungen kämpfen, damit Krieg zur Niederlage des Faschismus und in Italien zur Revolution führt«. Wenn es erforderlich sei, würden die im französischen Exil lebenden italienischen Kommunisten in die französische Armee eintreten, um den Faschismus schlagen zu helfen, wie sie das im spanischen Guadajajara getan hätten. Und zwei Tage nach dem Abschluss des Nichtangriffspaktes, nachdem Frankreich in den Krieg eingetreten war, habe Togliatti in Paris sogar der KPF geraten, die unzureichende Aktivität und Schwäche der französischen Regierung hinsichtlich der Kriegführung scharf zu kritisieren.

In Paris ereignete sich mit Togliatti eine mysteriöse Geschichte: Am 1. September 1939, also gleich bei Kriegsbeginn, wurde er, immerhin nach Dimitroff der zweithöchste Komintern-Funktionär, offenbar durch Leichtfertigkeit von der französischen Polizei verhaftet. Man hätte einen spektakulären Prozess gegen Togliatti erwarten können, denn es war nicht anzunehmen, dass dem französischen Geheimdienst seine Identität verborgen geblieben war. Er wurde aber lediglich wegen Passvergehens zu sechs Monaten Haft verurteilt (er besaß einen gefälschten chilenischen Pass). Im März 1940 freigelassen, gelangte er im Mai 1940 zurück nach Moskau. Noch von Paris aus hatte er die Argumentation der Sowjetunion und der Komintern übernommen, wie sie Dimitroff im Namen der Komintern verkündet hatte. An der Richtigkeit der sowjetischen Politik ließ er damals keinerlei Zweifel zu. In den »Spartakus-Briefen« schrieb er, was man als blinde Ergebenheit oder als pure Demagogie deuten kann: »Jene, die in schwierigen Momenten den Kopf und die politische Orientierung verlieren, sind keine Revolutionäre, sind keine Kommunisten. Und wenn Ihr besser orientiert sein wollt, habt Ihr einen sicheren Kompass: Seht, welches die Interessen und die Positionen des Landes sind, wo die Revolution gesiegt hat und wo die Arbeiterklasse die Macht innehat und ihre Diktatur ausübt. Richtet Eure Blicke auf den Stern der sozialen Revolution und den Stern der Sowjets und Ihr werdet niemals fehlgehen.« Diese Stellungnahme unterscheidet sich ganz wesentlich von jener auf dem VII. Komintern-Kongress, wo er mögliche Unterschiede zwischen der

UdSSR und den ausländischen kommunistischen Parteien in der Krieg-Frieden-Frage nicht ausschloss. In einem weiteren Beitrag setzte er sich mit jenen führenden Genossen seiner Partei auseinander, die noch immer »eine Art gefühlsmäßige Unterscheidung zwischen den zwei kriegführenden imperialistischen Blöcken vornehmen würden, die mit Sympathie auf die anglo-amerikanische imperialistische Gruppe schauen und sogar erwarten würden, dass von Seiten dieser Gruppe Maßnahmen verwirklicht werden würden, die geeignet wären, den Charakter des Krieges zu verändern, indem sie diesen in einen Krieg gegen den ›Hitlerismus‹ und ›für die Freiheit‹ verwandeln würden«. Erst nach dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR hatte bekanntlich die Komintern – und damit auch Togliatti – diese widersinnige, verhängnisvolle Position revidiert.

Nach seiner erneuten Rückkehr nach Moskau im Mai 1940 hatte Togliattis Führungs-Funktion in der Komintern nur noch formalen Charakter, da diese aus verschiedenen Gründen ihre ursprüngliche Bestimmung eingebüßt hatte. Stalin hatte offenbar nach dem VII. Kongress kein Interesse mehr an der Komintern. Er schien sie als Organisationsform zwecks Einflussnahme auf die kommunistischen Parteien nicht mehr für erforderlich zu halten. Es wird auch angenommen, dass Stalin damals keine weltrevolutionären Visionen mehr besaß. So schätzte rückblickend Rafael P. Fjodorow, in den 1980er Jahren Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU und deshalb guter Kenner der Materie, ein: »Der revolutionär-sieges-sichere Trommelschlag war für die sowjetische politische Klasse schon lange zur bloßen Geräuschkulisse geworden, hinter welcher eine an den Maximen des 19. Jahrhunderts ausgerichtete staaterhaltende Politik betrieben wurde. Im Westen wurde die sowjetische Außenpolitik als umstürzlerisch gedeutet, auch dort, wo sie nur auf Bewahren aus war.« Da Stalin die Komintern bereits 1940 nach Abschluss des Freundschaftspaktes mit Hitlerdeutschland aufzulösen bereit war, kann man aufgrund gewisser Tatsachen vermuten, dass sie seinen außenpolitischen Intentionen nunmehr sogar im Wege stand. Und als nach dem Überfall Hitlerdeutschlands zwischen der UdSSR, Frankreich und Großbritannien die Anti-Hitler-Koalition zustande gekommen war, erschien die Komintern wegen ihrer weltrevolutionären Zielstellung erst recht als Störfaktor für die Bündnisbeziehungen zu den westlichen Alliierten. Die Komintern sollte in der Öffentlichkeit nicht mehr als von der KPdSU dominierte Weltpartei des Proletariats, die den Kapitalismus revolutionär zu überwinden beabsichtige, wahrgenommen werden. Außerdem wollte Stalin wohl auch den kommunistischen Parteien die Möglichkeit einräumen, eingedenk äußerst unterschiedlicher Bedingungen und Aufgaben ihres Wirkens eine gewisse, auf das eigene Land bezogene Selbständigkeit wahrzunehmen.

In Moskau widmete sich Togliatti während des Krieges vor allem den Problemen seiner Partei und seines Landes. Seit Mitte 1942 wandte er sich wöchentlich dreimal in Radiosendungen aus Moskau an seine Landsleute in Italien, das sich an der Seite Hitlerdeutschlands im Krieg befand und sich an der Aggression gegen die UdSSR beteiligte.

Zusammen mit anderen in Moskau befindlichen Komintern-Führern signierte Togliatti am 15. Mai 1943 die Resolution des Präsidiums der Komintern über deren tatsächliche Auflösung. Einen Meinungs-austausch über diesen Schritt mit den Mitgliedsparteien hatte es nicht gegeben, und er war wohl auch unter den Bedingungen des Krieges gar nicht möglich. Auch wurde keinerlei Orientierung gegeben, in welcher Weise die kommunistischen Parteien künftig zusammenarbeiten, wie sie ihre weiteren Beziehungen gestalten sollten. Dies war auch überflüssig, denn ohne dass darüber befunden wurde, blieb die Führungsrolle der KPdSU gegenüber den anderen Parteien unangefochten erhalten, nur mit dem Unterschied, dass nunmehr die Komintern als Vermittlungsglied wegfiel und deren Aufgabe einer Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, zu deren Leiter ausgerechnet Georgi Dimitroff ernannt wurde, zufiel. Rückblickend publizierte Togliatti im Juli/August 1959 im Zusammenhang mit Diskussionen über neue Formen der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung einen längeren Beitrag zur Bedeutung der Komintern. Insgesamt gab er ihr eine positive Wertung. Ihre Gründung sei nach dem Ersten Weltkrieg notwendig gewesen, da eine revolutionäre Situation bestand und die revolutionären Kräfte sich von den reformistischen Sozialdemokraten abgrenzen mussten. Für kritikwürdig hielt er im Wesentlichen nur die Sozialfaschismus-These und die Losung »Kampf Klasse gegen Klasse«. Ihre Auflösung sei eine Konsequenz der vom VII. Kongress eingeschlagenen Linie gewesen, da nunmehr die kommunistischen Parteien mit ihrem Gewicht ein politischer Faktor im eigenen Lande hätten werden müssen und die zentralisierte Organisation nicht mehr der Situation sowie dem Entwicklungsstand der kommunistischen Bewegung entsprochen hätte.

3. Originelle strategische Entscheidungen Togliattis nach 1944

Die Wende von Salerno

Ende März 1944 kehrte Palmiro Togliatti nach 18-jähriger Emigration als Führer der IKP nach Italien zurück. Hier fand er eine sehr verworrene politische Situation vor. Am 9./10. Juli 1943 waren anglo-amerikanische Truppen in Sizilien gelandet und hatten am 17. August die Insel befreit. Unter dem Druck der Ereignisse war am 25. Juli 1943 der faschistische Diktator Be-

nito Mussolini von seinen eigenen Gefolgsleuten entmachtet, von Anhängern der Monarchie, die Marschall Pietro Badoglio zum Regierungschef ernannt hatten, in Haft genommen worden. Ebenfalls im Juli kam es zu ersten Verständigungen der verschiedenen antifaschistischen Parteien (von den Kommunisten bis zu den Liberalen) über die Bildung eines Komitees der Nationalen Befreiung, das sich am 9. September 1943 zum Zentralen Komitee der Nationalen Befreiung mit dem Anspruch auf die Bildung einer außerordentlichen Regierung proklamierte. Bald darauf existierten in Italien drei politische Kraftzentren: im Süden unter dem Schutz der vorrückenden alliierten Truppen die Kräfte der Monarchie unter König Victor Emanuel III. mit der Regierung Badoglio, die die Fronten gewechselt und am 13. Oktober 1943 an der Seite der Alliierten Deutschland den Krieg erklärt hatte; im Norden die am 23. September gebildete Soziale Republik unter dem inzwischen von einem deutschen Kommando aus der Haft befreiten Mussolini, die ein Protektorat Hitlerdeutschlands war; und schließlich die sowohl im Süden wie im Norden in den Nationalen Befreiungskomitees vereinten antifaschistischen Kräfte, die sowohl gegen die deutschen Truppen, die italienischen Faschisten wie zunächst auch gegen die Monarchie und die Regierung Badoglio zu kämpfen bereit waren. Auf einem Kongress der Komitees der Nationalen Befreiung Ende Januar 1944 im süditalienischen Bari wollte man sich auf eine gemeinsame Linie im Kampf um die Befreiung des Landes verständigen. Einig wurde man sich nur über die Notwendigkeit, gemeinsam gegen den deutschen und italienischen Faschismus zu kämpfen. Keine Einigkeit erzielte man in der Verfassungsfrage (sollte zugleich mit der Befreiung vom Faschismus auch die Monarchie beseitigt oder sollte sie beibehalten werden), im Verhältnis zur Regierung Badoglio und hinsichtlich der anzustrebenden Ordnung nach der Befreiung. In der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei dominierte die Auffassung, den Befreiungskampf unmittelbar mit den Zielen einer sozialistischen Revolution zu verbinden. Dies hätte bedeutet, gleichzeitig gegen den italienischen Faschismus, gegen die deutsche Okkupation, gegen die Monarchie und die Regierung Badoglio zu kämpfen. Die verfahrenere Situation beschrieb der Historiker Aurelio Lepre wie folgt: Der Kongress von Bari habe keines der Ziele erreicht, die er sich gesteckt hatte, nicht einmal die begrenztesten, sodass »nach dem Kongress das politische Leben in Süditalien in eine Sackgasse geraten war. Die Prüfung dessen, was die in Bari bezogenen Positionen in der politischen Realität Süditaliens darstellten, zeigt, dass sie keinen einzigen Weg eröffneten, und zwar weder in revolutionärer Richtung noch in gemäßigter Richtung. Gegen Ende März war die Regierung Badoglio stärker als im Januar, während die antifaschistischen Kräfte zutiefst gespalten waren und die Linkskräfte überhaupt keine effektive Mög-

lichkeit zur Aktion besaßen.« Zwei Vorgänge entwirren die verfahrenere Situation. Entsprechend einer Resolution der Moskauer Außenministertagung vom Oktober 1943, in die italienische Regierung seien Vertreter aller gegen den Faschismus kämpfenden Schichten des italienischen Volkes aufzunehmen, erkannte die Sowjetregierung am 14. März 1944 als erste der alliierten Mächte die Regierung Badoglio diplomatisch an. Und Togliatti erklärte bei seiner Ankunft in Neapel in Übereinstimmung mit der alliierten Richtlinie – allerdings zur allgemeinen Überraschung –, dass die Kommunisten in Anbetracht der blockierten Situation bereit seien, »an einer Regierung ohne Abdankung des Königs unter der Bedingung teilzunehmen, dass diese Regierung einen konsequenteren Kampf zur Vertreibung der Deutschen aus dem Lande führt ... und dass sie zustimmt, nach dem Kriege eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, deren Aufgabe es ist, eine endgültige Entscheidung über die Frage der Monarchie und die künftige Ordnung des Landes zu treffen«. In Italien musste er zunächst diese Orientierung in seiner eigenen Partei gegen heftigen Widerstand durchsetzen, da viele Kommunisten im antifaschistischen Kampf die unmittelbare Chance einer sozialistischen Revolution sahen und wahrzunehmen beabsichtigten – dies offenkundig in Verkennung der realen Situation.

Togliatti erzwang eine strategische Umorientierung seiner Partei. Hierfür nutzte er kurz nach seiner Rückkehr eine Tagung des Nationalrats der Partei Ende März in Neapel. Nach heftigen kontroversen Debatten wurde als strategische Option der Partei beschlossen, im Widerstands- und Befreiungskampf der nationalen Einheit Priorität einzuräumen, mit allen gegen Faschismus und deutsche Okkupation kämpfenden Kräften zusammenzuarbeiten und demnach die Entscheidung über die Verfassungsfrage auf die Zeit nach Kriegsende zu verschieben. In diesem Sinne erklärte die Partei ihre Bereitschaft, in eine Regierung einzutreten, in die Vertreter aller politischen Formationen, die »für die Freiheit Italiens zu kämpfen gewillt sind«, beteiligt sind. Erst nach der Befreiung sollten alle politischen Kräfte öffentlich über ihr Verhalten während der faschistischen Herrschaft zur Rechenschaft gezogen werden. Dies betraf besonders die Militärführung und die Monarchie, da sie bis zum Sturz Mussolinis den Faschismus gestützt und Krieg an der Seite Deutschlands geführt hatten. Um die anderen politischen Parteien wie auch die breite Öffentlichkeit von der beschlossenen Strategie der IKP zu unterrichten, gab Togliatti der Parteizeitung »L'Unità« am 2. April ein Interview. »Wir können uns heute nicht von einem sogenannten engen Parteiinteresse leiten lassen. Es sind die unmittelbaren und die Lebensbedürfnisse unseres Landes, die wir heute verteidigen müssen. Und diese Bedürfnisse können wir wirksam verteidigen, wenn wir immer mehr die Einheit aller jener verbrei-

tern und festigen, die bereit sind, gegen den Eindringling zu kämpfen, ganz gleich, welches ihr Glauben und welches ihre politische Richtung ist. Es ist die Kommunistische Partei, es ist die Arbeiterklasse, die das Banner der nationalen Interessen in die Hände nehmen müssen, das der Faschismus und die Gruppen, die ihm die Macht übertrugen, verraten haben.«

Der Widerstand gegen die Volksfrontorientierung Togliattis und die unmittelbare Orientierung auf eine sozialistische Revolution war aber in den Reihen der Partei längst nicht überwunden. Auf einer Konferenz kommunistischer Funktionäre am 11. April sah sich Togliatti deshalb erneut gezwungen, seine Linie gegen diesen Widerstand zu verteidigen. Er betonte: »Revolutionär ist nicht derjenige, der am meisten schreit und agitiert, sondern jener, der konkret daran geht, die Aufgaben zu lösen, die die Geschichte den Völkern und den Klassen stellt und die gelöst werden müssen, wenn wir den Weg der Entwicklung einer menschlichen Zivilisation eröffnen wollen.« Diese Kurskorrektur, die Togliatti für den Kampf gegen Faschismus und Okkupation durchsetzte, indem er für sie auch die anderen antifaschistischen Kräfte gewann, erhielt die Bezeichnung »Wende von Salerno«. Nach Salerno hatten sich der König und die Regierung zurückgezogen. Es bedurfte jedoch zäher Auseinandersetzungen unter den antifaschistischen Parteien, bis es gelang, dass auch sie die von Togliatti eingeleitete Wende akzeptierten.

Mit dieser seiner Initiative, die die blockierte politische Situation in Italien schließlich überwand, fand Togliatti, und zwar als Führer der Kommunistischen Partei, allgemeine Anerkennung. Sein Einfluss auf die italienische Politik war fortan beträchtlich. Vorbehaltlos war seine Rolle allerdings nicht hingenommen worden. Während die einen widerwillig diesem Kurswechsel zustimmten, weil sie selbst keine Alternative hierzu anzubieten hatten und nicht isoliert werden wollten, lehnten andere, so namentlich Lelio Basso von der Sozialistischen Partei, Togliattis Kurs scharf ab. Wie schon von der KPD Anfang der 1930er Jahre wurde von Basso und vielen anderen die Auffassung vertreten, dass nur eine sozialistische Republik die anzustrebende Alternative zum Faschismus sein könne und deshalb der antifaschistische Befreiungskampf den Charakter einer sozialistischen Revolution annehmen müsste. Während Togliattis Politik im Interesse der UdSSR läge, käme es darauf an, die Autonomie der italienischen Arbeiterbewegung gegenüber der UdSSR durchzusetzen.

Es besteht kein Zweifel, dass Togliatti seine Position in Moskau abgestimmt hatte. Vor seiner Abreise hatte er in der Nacht vom 4. zum 5. März 1944, wie Dimitroff in seinem Tagebuch berichtet, ein Gespräch mit Stalin, bei dem er sehr wahrscheinlich dessen Zustimmung, wenn nicht überhaupt dessen Direktive für die in Italien zu befolgende Politik erhielt. Dennoch wäre es ver-

einfach zu behaupten, Togliatti hätte bei seiner strategischen Entscheidung nur im Interesse sowjetischer außenpolitischer Interessen gehandelt und dabei die nationale Interessenlage der italienischen Linkskräfte missachtet. Mir scheint, dass objektiv die Interessen zusammenfielen, sich ergänzten und dass es angesichts der Kräftekonstellation im Lande und international auch aus italienischer Perspektive keine erfolgsversprechende Alternative zur »Wende von Salerno« gab.

Das Konzept der nationalen Einheit Togliattis führte rasch zu praktischen politischen Folgen. Schon am 12. April 1944 erklärte der König, dass er, sobald Rom befreit sein werde, unwiderruflich zurücktreten und seinem Sohn die Statthalterschaft übertragen werde. Mit Regierungschef Badoglio wurden zu gleicher Zeit Verhandlungen über die Neubildung der Regierung aufgenommen. So kam am 22. April – erneut unter Badoglio – eine Regierung der Nationalen Einheit zustande. Alle Parteien des Nationalen Befreiungskomitees waren in ihr vertreten. Von dieser Regierungskoalition kann man sagen, dass sie sich auf einen historischen Kompromiss gründete. Palmiro Togliatti wurde Minister ohne Portfeuille. Und nachdem am 4. Juni 1944 Rom von den Alliierten Truppen tatsächlich befreit worden war, übergab König Victor Emanuel III. am 9. Juni seinem Sohn Umberto II. die Statthalterschaft. Badoglio wurde als Regierungschef abgelöst, und es wurde eine Regierung gebildet, die nur noch aus Vertretern der Parteien des Nationalen Befreiungskomitees bestand. Ministerpräsident wurde der Vorsitzende des Befreiungskomitees Ivanhoe Bonomi; Togliatti übernahm wiederum ein Ministeramt ohne Portfeuille.

Togliattis Konzept der Erneuerung der IKP

Nach seiner Rückkehr widmete sich Togliatti vordringlich der Neuformierung der Kommunistischen Partei. Sie war seit 1926 illegal tätig und der Verfolgung ausgesetzt gewesen. Viele Funktionäre waren entweder verhaftet worden oder ins Ausland geflohen. Dennoch hatte sich die Partei als fähig erwiesen, eine entscheidende Kraft des antifaschistischen Widerstands- und Befreiungskampfes zu werden. Funktionäre der IKP hatten in diesem Kampf besonders nach 1943 führende Posten inne. So war Luigi Longo, zuvor Generalinspekteur der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg, Vizekommandeur der Partisaneneinheiten in Norditalien; Giorgio Amendola war Mitglied des Zentralen Befreiungskomitees in Rom. Viele Mitglieder vertraten jedoch aufgrund ihrer bitteren Erfahrungen in faschistischen Kerkern, im Untergrund, im Exil sektiererische, avantgardistische, intolerante Positionen, verbunden mit »revolutionärer« Ungeduld und mit der Geringschätzung demokratischer Prinzipien. Nach Togliattis Auffassung war die

Kommunistische Partei mit derartigen Eigenschaften den Anforderungen der neuen Situation nicht gewachsen. Noch im April 1944 beschrieb er in einem Brief an Georgi Dimitroff, inzwischen zuständiger Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, den Zustand der Partei, wie er ihn antraf: »Die Partei ist im Lande wirklich sehr stark, und ihre Autorität wächst gegenwärtig weiter. Sie ist aber sehr schwach vom Gesichtspunkt der Organisiertheit und hinsichtlich der politischen Linie. Die Partei ist fast vollständig von der Autorität derer abhängig, die an ihrer Spitze stehen, und nur im geringsten Maße von der Reife ihrer Mitglieder. Die Situation birgt deshalb viele Gefahren in sich.« Die Rolle, die Togliatti der Partei zudachte, und die Ziele, die er verfolgte, verlangten demnach eine andere, eine erneuerte Partei: eine im ganzen Volke verwurzelte hegemonie- und regierungsfähige, einheitliche, gut organisierte und kämpferische Massenpartei, eine Partei, in der die Funktionäre und Mitglieder auf allen Ebenen und im ganzen Lande in der Lage sein mussten, selbständig und mit Initiative die vereinbarte Politik zur demokratischen Erneuerung Italiens durchzusetzen.

Auf der bereits erwähnten Funktionärskonferenz am 11. April 1944 in Neapel begründete Togliatti nicht nur die »Wende von Salerno«, sondern zugleich auch den von ihm angestrebten Charakter der Partei, ohne den die mit dieser Wende begonnene Politik der nationalen Einheit und demokratischen Wiedergeburt Italiens nicht zu verwirklichen wäre. Er gebrauchte den Begriff »neue Partei«, auf den er sodann wiederholt zurückkam. Es handelte sich um ein Parteiverständnis, das sich ohne Zweifel vom bolschewistischen Parteiverständnis der Kominternzeit unterschied. »Als kommunistische Partei, als Partei der Arbeiterklasse bestehen wir entschieden auf unserem Recht, an der Schaffung des neuen Italiens teilzunehmen. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass – wenn wir dieses Recht nicht beanspruchen und uns nicht in der Lage erweisen würden, heute und in Zukunft diese Funktion zu erfüllen, – Italien nicht wieder aufgebaut werden könnte.« In einer Rede vor der Provinzorganisation der Partei im befreiten Rom am 24. September 1944 sprach er sich für eine Partei aus, »die sich nicht mehr nur auf die Kritik und auf die Propaganda beschränkt, sondern die Einfluss nimmt auf das Leben des Landes mit einer positiven und konstruktiven Aktivität, die mit der Zelle in der Fabrik und im Wohnort beginnt und sich bis zum Zentralkomitee und jenen Personen erstrecken muss, die wir zwecks Vertretung der Arbeiterklasse und der Partei in die Regierung delegieren. Es ist deshalb klar, dass wir, wenn wir von der neuen Partei sprechen, vor allem eine Partei anstreben, die fähig ist, in ihrer Organisation und in ihrer täglichen Arbeit jene tiefgreifende Veränderung durchzusetzen, die in der Stellung der Arbeiterklasse in bezug auf die Probleme des nationalen Lebens erfolgt sind.« Und am 3. Oktober 1944 un-

terstrich er im befreiten Florenz resümierend drei wesentliche Elemente seines Parteikonzepts: den nationalen Charakter der Partei, die Bereitschaft und Befähigung, nicht nur kritisch, sondern konstruktiv an einer nationalen Regierung teilzunehmen, sowie den Massen- und Volkscharakter, den die Partei haben müsse. Es müsse eine Partei der Arbeiterklasse und des Volkes sein.

Togliatti ging es in erster Linie um die politische Aktionsfähigkeit der Partei, damit sie auf die Gestaltung Italiens nach der Befreiung maßgeblich Einfluss nehmen könne. Dafür bedurfte es – im Sinne Gramscis – der hegemonialen Stellung der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei im politischen Leben des Landes, die nicht zu deklarieren, sondern immer wieder aufs Neue zu erringen wäre.

Dieses Konzept unterschied sich eindeutig von dem der Komintern-Tradition, wo die »führende Rolle« der Partei als gesetzmäßig gegebener, voraussetzungsloser Anspruch galt. Togliattis Konzept ging hierbei über einen weiteren Aspekt des Parteiverständnisses der Komintern hinaus. Er verstand die »neue Partei« nicht als eine reine proletarische Klassenpartei. Sie müsse vielmehr – wenngleich in der Arbeiterklasse verwurzelt – »eine Partei des ganzen Volkes« sein: »Wir können nicht mehr eine kleine, abgeschlossene Vereinigung von Propagandisten der allgemeinen Ideen des Kommunismus und des Marxismus sein. Wir müssen eine große Partei, eine Massenpartei sein, die ihre entscheidenden Kräfte aus der Arbeiterklasse schöpft, der sich die besten Elemente der fortschrittlichen Intelligenz, die besten Elemente der bürgerlichen Klassen anschließen und die deshalb in sich alle Kräfte und alle Kapazitäten vereint, die notwendig sind, um die großen Massen der Arbeiter und Werktätigen im Kampf um die Befreiung und den Wiederaufbau Italiens zu führen.«

In dieser Herangehensweise zeichnete sich auch ein neues Verhältnis zu den Mittelschichten ab. Togliatti begegnete ihnen nicht mit der negativen Einstellung, die sich mit dem Begriff des Kleinbürgertums allgemein hin verband. In einer vielbeachteten Rede in einer Bürgerversammlung in Reggio-Emilia am 24. September 1946 charakterisierte er die Mittelschichten als jene, »die zwischen den Lohnarbeitern und den Eigentümern von Produktionsmitteln, das heißt den Kapitalisten, existieren und folglich keines von beiden sind«, und deren Interessen mit denen der Kommunisten durchaus vereinbar seien. Zwischen den Kommunisten und den sozialen Zwischengruppen gebe es demnach »keinerlei Gegensatz« der Interessen, vielmehr hätten »einige dieser Gruppen gerade in uns, in den Kommunisten, ihre konsequenten Verteidiger gefunden«. Togliatti ging davon aus, dass die Ziele der IKP ohne ein Bündnis mit den Mittelschichten – sei es durch Mitgliedschaft in der Partei, sei es als Wähler – nicht verwirklicht werden könnten, dass nämlich »die engste Ver-

bindung, ja die Einheit zwischen den in unserer Partei zusammengeschlossenen und um sie gescharten Kräften der Vorhut und den breiten Massen der werktätigen Bevölkerung und folglich auch den Massen der Mittelschichten unumgänglich ist, wenn man erreichen will, dass die Ideen der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Solidarität, die wir vertreten, triumphieren sollen«. Der erneuerten IKP gelang es von Anfang an tatsächlich, viele Anhänger aus den Mittelschichten, vor allem aus der Intelligenz, zu gewinnen.

Eine weitere Voraussetzung für die neue Rolle der Kommunisten sah Togliatti darin, dass die neue Partei eine Partei der Einheit sein müsse, und zwar »der Einheit der Arbeiterklasse, der Einheit der antifaschistischen Kräfte, der Einheit der ganzen Nation«. Er erinnerte an einen entsprechenden Passus im Einheitsabkommen mit der Sozialistischen Partei, in dem »für die Zukunft die Möglichkeit der Schaffung einer einheitlichen Partei der Arbeiterklasse« benannt worden war. Auf dem V. Parteitag, der vom 29. Dezember 1945 bis zum 6. Januar 1946 stattfand, knüpfte er daran an: »Es ist für uns klar, dass der Pakt [mit den Sozialisten] in der Richtung entwickelt werden muss, um zur Bildung einer Einheitspartei der Werktätigen zu gelangen.« Diese Einheit verstand Togliatti als »einen großen nationalen Block der Kräfte der Werktätigen, der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten, der fortschrittlichen Intellektuellen«.

Mit diesem Parteikonzept einer »erneuerten« kommunistischen Partei gelang es, die Mitgliederzahl rasch zu erhöhen. Während die IKP im Juli 1943, als sie sich legalisierte, nicht mehr als 5.000 bis 6.000 registrierte Mitglieder besaß, zählte sie Ende 1944 allein im gesamten noch von deutschen Truppen besetzten Gebiet bereits 70.000 Mitglieder, davon in Mailand etwa 10.000 Mitglieder. Der massenhafte Zustrom von Mitgliedern erzeugte natürlich vielerlei ideologische und organisatorische Probleme. Dass in dieser Situation die Aufnahme in die Partei an keine weltanschaulichen Bedingungen geknüpft wurde, sofern die neuen Mitglieder die Politik und Ziele der Partei anerkannten, war für kommunistische Parteien unüblich. Giorgio Amendola hatte die damalige Lage vor der Befreiung wie folgt charakterisiert: »In der Partei konnten sich somit Mitglieder zusammenschließen, die unterschiedliche Erfahrungen gemacht hatten, Atheisten und Gläubige, Idealisten und Positivisten und Marxisten, alle zumindest überzeugt von der Gültigkeit des politischen Programms, das später auf dem V. Parteitag bestätigt wurde, und alle bereit, die nationale und internationalistische Disziplin, die von der Notwendigkeit des Kampfes diktiert wurde, zu akzeptieren. In der Partei musste es den Marxisten gelingen, ihre Hegemonie durchzusetzen, indem sie gleichzeitig eine offene Konfrontation mit anderen Positionen zuließen.« Vor diesem Hintergrund betonte Togliatti, dass im Interesse einer einheitlichen Aktionsfähig-

keit der Partei der Herstellung der ideologischen Einheit und Geschlossenheit der Partei eine entscheidende Bedeutung zukomme. »Die bestimmende ideologische Richtung dieser Partei kann nichts anderes sein als die marxistische und leninistische Lehre, die einzige, die eine vollständige Analyse aller Elemente der Realität, deren Verstrickungen und deren Entwicklung ermöglicht; sie ist deshalb die einzige Lehre, die es ermöglicht, die politische Aktion der Arbeiterklasse und einer großen Partei exakt mit der Realität in Übereinstimmung zu bringen.«

Sofort nach seiner Rückkehr betrieb Togliatti die Gründung einer Zeitschrift mit dem Namen »Rinascita« (Wiedergeburt), deren erste Nummer bereits im August 1944 erschien. Sie sollte, so betonte er, als »ideologische Richtschnur« nicht nur für die kommunistische Bewegung dienen, sondern für die »verschiedenen Kräfte ...«, die wie wir entschlossen sind, mit einer Vergangenheit zu brechen, behaftet zuerst von Dekadenz und dann von der Katastrophe, entschlossen, für Wege einer radikalen Erneuerung sowohl unseres politischen Lebens wie unserer Kultur zu kämpfen«. Die Funktion der ideologischen Arbeit und somit auch der Zeitschrift »Rinascita« bestand für Togliatti darin, Theorie und Praxis, Kultur und Politik eng miteinander zu verbinden.

Der französische Kommunist Georges Cogniot hat diese Symbiose in der Persönlichkeit Togliattis schon während der Kominternzeit in Moskau wahrgenommen: »In ihm waren Politik und Kultur zu einer solchen Einheit verschmolzen, dass seine Persönlichkeit entstellt worden wäre, hätte man versucht, sie auseinanderzuhalten.« Marxismus als die Theorie, die es zu vertreten und zu popularisieren galt, sollte undogmatisch, schöpferisch gehandhabt werden. Hegemonie zu erringen und aufrechtzuerhalten, war für Togliatti wie für Gramsci nicht allein eine politische Aufgabe, sondern gleichermaßen eine geistige, eine kulturelle. Indem die IKP der engen Verknüpfung von Politik und Kultur von Anfang an, eigentlich bereits seit Gramsci, eine besondere Bedeutung beimaß, vermochte sie auf breite Kreise der intellektuellen und künstlerischen Mittelschichten großen Einfluss auszuüben. Für das Verhältnis zur Kultur setzte Togliatti somit von vornherein klare Akzente, die, wenn auch mit dogmatischen Rückfällen, die entsprechende Grundorientierung der Partei fortan bestimmten. In einem Brief an einen bekannten italienischen Maler schrieb Togliatti im Februar 1945: »Ich hoffe,... Dir klarmachen zu können, dass heute keine offizielle Doktrin der Partei in bezug auf die Probleme der Kunst existiert und niemals existieren kann... Es wäre ... nicht nur ungerecht, sondern absurd, wenn wir den Künstlern die Akzeptanz einer bestimmten Meinung als Bedingung für die Mitgliedschaft in der Partei abverlangen würden. Die Künstler selbst dürfen nicht an so etwas denken.

Wir fordern alle Künstler auf, in unserer Presse mitzuarbeiten und über Fragen zu diskutieren, die sie interessieren, sowie bei schwierigen Problemen uns Toleranz zu raten.«

Die Strategie der Kommunisten für den nationalen Aufstand

Im Widerstands- und Befreiungskampf verfolgte die IKP das Ziel, mit einem finalen nationalen Aufstand einen wesentlichen Beitrag zur Selbstbefreiung des Landes zu leisten. Die Kommunisten als stärkste und dominierende Kraft dieser Bewegung nahmen bereits im Vorfeld einen entscheidenden Einfluss darauf, welchen Charakter der Nationale Aufstand haben sollte. Noch immer existierten in der Sozialistischen und der Aktionspartei, aber auch in Teilen der IKP Zielvorstellungen, den Befreiungskampf generell und den geplanten Aufstand im Besonderen auf eine sozialistische Revolution auszurichten. Andererseits hatte jedoch die Führung der IKP seit der »Wende von Salerno« der Schaffung einer breiten Einheit der antifaschistischen Kräfte und der einvernehmlichen Herstellung demokratischer Verhältnisse Priorität eingeräumt, was unmittelbare sozialistische Zielsetzungen ausschloss, die sie in Anbetracht der realen Möglichkeiten und Kräfteverhältnisse für abenteuerlich hielt. Pietro Secchia, anfangs einer der Stellvertreter Togliattis in der Parteiführung und gelegentlich dessen Kritiker von »linker« Position, hat immerhin später bestätigt: »Wir befanden uns 1943-1945 nicht vor einer Wahl zwischen nationaler Erhebung und proletarischer Revolution, sondern zwischen der Rückkehr zur vorfaschistischen bürgerlichen Demokratie und einer Demokratie neuen, progressiven Typs, die auf neuen Strukturen, auf einer Erneuerung des Staates basiert und die in Italien den Weg einer weitergehenden Entwicklung und zum Sozialismus eröffnen sollte.«

Togliatti musste bis zuletzt viel Überzeugungsarbeit leisten, um die moderaten Zielstellungen gegen die radikal eingestellten Kräfte durchzusetzen. Strategisch orientierte er auf die Herstellung einer »fortgeschrittenen Demokratie«, deren Sinn er bereits am 9. Juli 1944 im römischen Theater Brancaccio begründet hatte. »Fortgeschrittene Demokratie ist eine solche, die nicht an der Vergangenheit ausgerichtet ist, sondern auf die Zukunft orientiert. Fortgeschrittene Demokratie ist eine solche, die dem Faschismus keine Atempause verschafft, sondern jegliche Möglichkeit seiner Rückkehr zunichte macht. Fortgeschrittene Demokratie wird in Italien jene sein, die alle Überreste des Feudalismus zerstört und das Agrarproblem löst, indem das Land denen übergeben wird, die es bearbeiten, die den plutokratischen Gruppen jede Möglichkeit nimmt, noch einmal zurückzukehren, in ihren Händen die Ressourcen des Landes zu konzentrieren, die Regierung in ihre Hände zu nehmen, die Freiheiten des Volkes zu liquidieren und uns in eine Folge von tragischen

räuberischen Abenteuern zu stürzen. Die fortgeschrittene Demokratie ist eine solche, die die ökonomische und politische Rückständigkeit Südtaliens überwindet, indem sie die reaktionären Gruppen, die sie verkörpern und davon leben, ausschaltet, die das Recht Siziliens und Sardinien auf eine autonome Ordnung in einem einheitlichen und unabhängigen Italien anerkennt.«

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Äußerung Togliattis im Oktober 1944 Edvard Kardelj, einem der kommunistischen Führer des jugoslawischen Widerstandes, gegenüber. Dieser war illegal und von den Alliierten unbemerkt ins bereits befreite Rom zu Togliatti gekommen. Offenkundig sah man in ihm noch immer den kompetenten und einflussreichen Führer der (inzwischen aufgelösten) Komintern, dessen internationale Autorität geachtet war und auf dessen Ratschläge man Wert legte. Der Sinn dieses Treffens dürfte vor allem darin bestanden haben, dass Kardelj im Auftrage seiner Partei von Togliatti ein Plazet zur Strategie der KP Jugoslawiens erhalten wollte, die ihren bewaffneten Befreiungskampf mit revolutionären sozialistischen Zielen, also mit dem Kampf um die Macht, verband, was aus Moskau mit Skepsis beurteilt wurde. Togliatti sei aber nicht bereit gewesen, so schreibt Kardelj, hierzu eine Position zu beziehen. Was Italien anbelange, habe Togliatti hingegen eine klare Position gehabt und gemeint, dass »eine bewaffnete Aktion (gemeint ist offenbar für Sozialismus, da er ja den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus billigte, – H. N.) in Italien in dieser Phase ein sehr gefährliches Abenteuer wäre, aus dem die italienische Arbeiterklasse besiegt und politisch geschlagen hervorgehen würde«. Vielmehr gehe es um die Verteidigung und Stärkung eines demokratischen Regimes, in dem die Arbeiterklasse einen entscheidenden Platz einnehmen solle.

Vom 5. bis 7. November 1944 fand in Mailand eine illegale Konferenz der für den Aufstand verantwortlichen Funktionäre der IKP statt. In seiner Funktion als einer der Führer der Partisanenverbände erläuterte Luigi Longo in völliger Übereinstimmung mit Togliatti die Strategie der Partei. »Wir kämpfen nicht für die Diktatur des Proletariats, sondern für die fortgeschrittene Demokratie, die sich von der ersteren nicht so sehr durch ihre demokratische Substanz, sondern vor allem durch ihren sozialen Inhalt unterscheidet. Die fortgeschrittene Demokratie richtet sich nicht radikal gegen das Prinzip des ausbeuterischen kapitalistischen Eigentums ... Wir kämpfen heute für die fortgeschrittene Demokratie, weil wir glauben, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen der politischen Entwicklung in Italien sie die einzige Grundlage bildet, auf der es möglich ist, die nationale Einheit aller demokratischen Kräfte, die für die siegreiche Führung des Befreiungskampfes und für den Wiederaufbau nach der Befreiung notwendige und unerlässliche Einheit zu realisieren.«

Der nationale Aufstand selbst begann in Genua in der Nacht vom 23. zum 24. April 1945, griff auf Mailand über und endete am 25. April mit der Befreiung Turins. Somit war ganz Oberitalien in den Händen des Nationalen Befreiungskomitees und der Partisanenverbände, noch bevor die anglo-amerikanischen Truppen vorgerückt waren. Die mit dem Namen Togliattis verbundene Strategie der Kommunisten hatte zum Erfolg geführt. Durch viele Konfusionen, skeptische Vorbehalte und Widerstände hindurch war Togliattis Autorität als unumstrittener Führer der Partei nunmehr allgemein anerkannt. Die Leitung der IKP für Oberitalien, wie sie sich im besetzten Teil gebildet hatte, schickte am 27. April 1945 an Togliatti nach Rom folgendes Grußschreiben: »Die Linie der Einheit, die von Dir vorgezeichnet wurde, diente uns als Führerin in der Erhebung, sie wird uns an die Spitze des ganzen Volkes, zum Sieg auch im Wiederaufbauwerk führen.«

Das strategische Konzept eines »italienischen Weges zum Sozialismus«

Nach Einschätzung der IKP befand sich das Land zum Zeitpunkt der Befreiung mitten in einer demokratischen Revolution zur grundlegenden Erneuerung des Landes. Dies besagte, dass die Kommunisten mit der siegreichen Nationalen Erhebung und dem Beitrag zur Selbstbefreiung vom Faschismus und von der deutschen Okkupation ihre unmittelbaren Ziele erst teilweise verwirklicht sahen. Die demokratische Erneuerung des Landes, nach Möglichkeit im Verein mit allen anderen politischen Strömungen des Befreiungskampfes, den Katholiken, den Liberalen, der Sozialistischen und der Aktionspartei, und mit dem Anspruch auf eine maßgebliche politische Rolle der Arbeiterklasse, stand erst noch bevor.

Das eigentliche Ziel der IKP bestand in der Vollendung einer »demokratischen, antifaschistischen« Revolution. Auf dem Wege einer progressiven Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses im Lande zugunsten der linken Kräfte und vermittels politischer und ökonomischer Strukturreformen glaubte die Partei, einen demokratischen Vormarsch zum Sozialismus beschreiten zu können. Die Verknüpfung von Demokratie und Sozialismus war für Palmiro Togliatti seit den 1930er Jahren zum zentralen Problem seiner Strategie, ja zur Voraussetzung der künftigen historischen Rolle der kommunistischen Bewegung überhaupt geworden.

Seine diesbezüglichen Überlegungen und Befürchtungen hatte er schon im Sommer 1937 in Moskau dem österreichischen Kommunisten Ernst Fischer in einem persönlichen Gespräch offenbart. »Wenn wir jemals wieder in unsere Länder zurückkehren, muss uns von Anfang an bewusst sein: Kampf um Sozialismus heißt Kampf um mehr Demokratie. Wenn wir Kommunisten nicht die konsequentesten Demokraten sein werden, wird die Geschichte

über uns hinweggehen.« Welche Voraussicht, falls Fischer die Äußerung Togliattis korrekt wiedergegeben hat!

Wie auch andere kommunistische Parteien orientierte die IKP am Ende des Zweiten Weltkrieges unter Bezugnahme auf die nationale Spezifik des Landes auf einen nationalen Weg zum Sozialismus. Auf dem V. Parteitag, dem ersten nach dem Sieg über den Faschismus, der vom 29. Dezember 1945 bis zum 6. Januar 1946 stattfand, präzisierte die Partei ihr strategisch-programmatisches Konzept. Mit Strukturreformen sollten die reaktionärsten Gruppen in der Industrie und der Landwirtschaft enteignet, die Produktion zum Wohle des Volkes reorganisiert werden. »Dies lässt sich nicht ohne Intervention des Staates, ohne die Einführung von Elementen der Organisation seitens des demokratischen Staates in unserem gesamten industriellen Leben erreichen. Der Staat muss also die monopolistische Industrie in seine Hände nehmen und seine Kontrolle über das ganze Banksystem effektiv durchsetzen.« Die Reformen in der Industrie sollten ergänzt werden durch solche in der Landwirtschaft, in der die großen Latifundienbesitzer noch immer die Vorherrschaft besaßen, die in einer reaktionären Politik Ausdruck fand.

Auf der III. Org.-Konferenz der Partei, die im Januar 1947 stattfand, erklärte Togliatti: Ein italienischer Weg zum Sozialismus bedeute, die Demokratie in höchstem Maße zu entwickeln, denn dies sei Sozialismus. Die italienischen Werktätigen können »andere, neue Wege (beschreiten), verschieden zum Beispiel von denen, die von der Arbeiterklasse und den Werktätigen der UdSSR befolgt wurden... Daraus folgt, dass wir über jene politische, organisatorische, ideologische Fähigkeit verfügen müssen, die es uns erlaubt, den italienischen Weg ausfindig zu machen, den Weg, der gekennzeichnet ist von den Besonderheiten unseres Landes, der Entwicklung der Demokratie und des Kampfes für die Verwirklichung fortgeschrittener demokratischer Reformen und des Kampfes für Sozialismus.« Hierzu sei vorwegnehmend angemerkt, dass diese Strategie bekanntlich in der Endkonsequenz über Teilerfolge nicht hinauskam, dass sie hinsichtlich der eigentlichen Zielsetzung scheiterte. Doch auch aus heutiger Sicht lässt sich sagen, dass dies am wenigsten an der Partei selbst, an deren Strategie und Programmatik lag. Vielmehr bewirkten die konkreten historischen Bedingungen, vornehmlich das innenpolitische Kräfteverhältnis, das politische Klima in Italien und international sowie die anfängliche Präsenz anglo-amerikanischer Truppen im Lande, dass die Entwicklung anders verlief, als projiziert. Für den Erfolg der programmatischen Zielsetzung der IKP fehlten vor allem die objektiven Voraussetzungen, die dafür erforderlich gewesen wären. Immerhin konnte in den ersten beiden Jahren nach der Befreiung die im Befreiungskampf errungene Stellung der Linkskräfte im politischen Leben Italiens erweitert und sogar gefestigt wer-

den. Trotz erheblicher Widerstände aus verschiedenen politischen Lagern war es möglich, zwei wesentliche Ziele der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung durchzusetzen, wie sie perspektivisch mit der »Wende von Salerno« beabsichtigt waren. Am 2. Juni 1946 wurde über die Monarchie und über eine Verfassungsgebende Versammlung abgestimmt. 54,69% der Wähler stimmten für die Abschaffung der Monarchie. Die Wahlergebnisse zur Verfassungsgebenden Versammlung zeugten allerdings schon von einer Trendwende in der innenpolitischen Kräftekonstellation. Die IKP erhielt 19%, die Sozialistische Partei 20,7% und die Christlich-Demokratische Partei 35,2% der Stimmen. Der wachsende Einfluss der Christlichen Demokratie war also unverkennbar. Dennoch wurde der Kommunist Umberto Terracini zum Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung gewählt.

In der Folgezeit wurde eine Verfassung ausgearbeitet, die am 1. Januar 1948 in Kraft trat. Eines der Wesenszüge dieser Verfassung, die vom Einfluss der Linkskräfte zeugten, bestand darin, dass sie nicht nur die vollzogenen Veränderungen fixierte, sondern zugleich einen programmatischen, auf weitere demokratische Veränderungen gerichteten Charakter besaß. Terracini schätzte ein, dass einige Verfassungsartikel weit über eine gewöhnliche bürgerlich-demokratische Verfassung hinausgingen. Zu nennen seien Artikel, die das Eigentum und die sozialen Verhältnisse betrafen: Alle Hindernisse und Beschränkungen für die Freiheit und Gleichheit der Bürger sollten abgeschafft werden; die öffentliche Einflussnahme auf das wirtschaftliche Leben zum Wohle der Gesellschaft sollte durchgesetzt werden; aus Gründen des allgemeinen Interesses könne das Privateigentum gegen Entschädigung enteignet werden; der Arbeiterschaft wurde das Recht auf Mitbestimmung eingeräumt, das bedeutete, dass die Arbeiter in den Betrieben an Entscheidungen über soziale und Produktionserfordernisse beteiligt werden sollten. Was den programmatischen Charakter der italienischen Verfassung anbelangte, sprach Togliatti euphorisch von einigen zum Staatsgesetz gewordenen Grundprinzipien, die »eine Umgestaltung der alten politischen und wirtschaftlichen Ordnung Italiens verlangten und einen Entwicklungsweg aufzeigten, der in Richtung des Sozialismus führt«.

Ein Streitpunkt war der Artikel 7 der Verfassung, in dem es um die Anerkennung der Lateran-Verträge zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung aus dem Jahre 1929 ging. Diese Verträge ermöglichten es dem Vatikan, auf die italienische Politik Einfluss zu nehmen. Die Kommunisten waren zunächst entschieden dagegen, einen solchen Artikel in die Verfassung aufzunehmen. Mit dieser Position ging die IKP aber das Risiko ein, einen unüberbrückbaren Konflikt zwischen den linken Kräften und der katholischen Bevölkerungsmehrheit des Landes zu provozieren, denn der Vatikan drohte

für den Fall der Ablehnung dieses Artikels im Verfassungsentwurf mit einem »Religionskrieg«. Es war wiederum Togliatti, der aus Einsicht in die gegebene reale Situation und mit Hinblick auf den Fortbestand der antifaschistischen Koalition einen Ausweg anbot. Die IKP schlug folgenden Text für den Artikel 7 vor, der akzeptiert wurde: »Der Staat und die katholische Kirche sind – jeder in seinem Bereich – unabhängig und souverän. Ihre Beziehungen werden durch die Lateran-Verträge bestimmt. Beiderseits angenommene Abänderungen der Pakte bedürfen nicht des Verfahrens konstitutioneller Revision.« Für Togliatti handelte es sich hierbei um eine grundsätzliche, in den folgenden Jahren immer wieder bekräftigte Entscheidung hinsichtlich der Suche nach einem konstruktiven Verhältnis zur katholischen Welt in Anbetracht der katholischen Bevölkerungsmehrheit Italiens.

Mit dem Beginn des Kalten Krieges, dem wachsenden Antikommunismus und der damit verbundenen Polarisierung der Kräfte in der internationalen und nationalen Arena der politischen Auseinandersetzungen wurden die Aussichten der IKP auf die Fortsetzung der demokratischen Revolution zunichte gemacht. Betrieben wurde der Antikommunismus in erster Linie vom katholischen Lager innerhalb der antifaschistischen Konstellation, besonders gefördert von den USA. Im Januar 1947 war der christlich-demokratische Ministerpräsident Alcide De Gasperi in die USA gereist, wo ihm ein Kredit von 100 Millionen Dollar und Lebensmittelhilfen unter der Bedingung versprochen wurde, dass die Kommunisten aus der Regierung ausgeschlossen würden. Demzufolge demissionierte am 13. Mai 1947 die Regierung De Gasperi. Die neue von ihm gebildete Regierung kam nunmehr ohne kommunistische Beteiligung zustande, lediglich mit Unterstützung der Liberalen und der Sozialdemokraten, die sich unter Giuseppe Saragat von der mit der IKP eng verbundenen Sozialistischen Partei abgespalten hatten. Der Kommunistischen Partei wurde – völlig unbegründet – der Vorwurf gemacht, sie hätte einen Staatsstreich mit dem Ziel, die Macht zu erringen, vorbereitet. Dies entsprach der von den USA geschürten antikommunistischen Hysterie, die darauf abzielte, den internationalen Einfluss der UdSSR und die Rolle der westlichen kommunistischen Parteien einzudämmen und ihre Hegemonie über West- und Südeuropa zu festigen. Der Regierungswechsel im Mai 1947 stellte eine tiefe Zäsur in der Nachkriegsgeschichte Italiens dar und hatte in ähnlicher Weise eine Entsprechung in Frankreich und einigen weiteren westeuropäischen Ländern.

Für die italienischen Kommunisten war eine prekäre Situation entstanden. Als Konsequenz reagierten sie auf diese konservative Wende, die eigentlich ein Staatsstreich war, gemäß der von Togliatti befolgten strategischen Linie in folgender Weise: Zum einen wollten sie sich nicht zu politischen Kurz-

schlussreaktionen provozieren lassen, die dann zum Vorwurf hätten führen können, sie seien Feinde der Verfassung, der Rechtsstaatlichkeit und der Demokratie; zum anderen stellten sie die gefährdete Einheit der antifaschistischen Kräfte über die eigenen Partei- und Klasseninteressen; und zum dritten betrachteten sie diese antikommunistische Wende als nicht endgültig, die weitere Entwicklung als offen. Die IKP wies empört und berechtigt den Vorwurf zurück, sie hätte »Zuflucht zu Gewalt und zu Kampfformen des Aufstands« nehmen wollen. Togliatti betonte: »Die Kommunisten lehnen jene Kampfformen ab, die im Körper der Nation unüberwindbare Brüche erzeugen würden«. In dieser Situation »in Opportunismus zu verfallen, wäre Kapitulation, in Extremismus von Losungen zu verfallen, käme einem Verzicht auf einen solchen Kampf gleich, den wir als einen langen und schwierigen Kampf zur Umwandlung der Struktur des Staates und der italienischen Gesellschaft, zur Erhebung einer neuen herrschenden Klasse an die führende Position dieser Gesellschaft betrachten«. Wie man auch immer die Reaktion der IKP auf ihren Ausschluss aus der Regierung bewertet, ihre Einschätzung der Vorgänge im Frühjahr 1947 war im gewissen Sinne kurzfristig und naiv, wie sie später selbstkritisch feststellen musste. Denn die Partei erkannte damals nicht, dass es sich nicht nur »um eine Regierungskrise handelte, sondern um eine Krise des gesamten politischen Systems, eine Krise der antifaschistischen Allianz«, wie Giorgio Amendola später konstatierte. Es vollzog sich in Wirklichkeit ein irreversibler Bruch in der Nachkriegsgeschichte Italiens und Europas. In einer Vorlesung bemerkte 1971 Gian Carlo Pajetta, ein Mitglied der Parteiführung: »Ich glaube, wir müssen zugestehen, dass wir damals geglaubt haben, dass eine kapitalistische Restauration und ein Ausschluss der Kommunisten aus den Regierungspositionen für eine längere Periode wenn nicht unmöglich, so gewiss doch sehr schwierig wäre... Wir hielten eine so lange Zeit der Auseinandersetzungen und neuer Unsicherheiten ohne einen raschen Vormarsch unsererseits und eine offene reaktionäre Restauration des Gegners für unmöglich.«

Übrigens befand sich die Französische Kommunistische (FKP) Partei in einer ähnlichen Lage wie die IKP. Das Verhalten beider Parteien in dieser Situation hatte ein betrübliches internationales Nachspiel. Als im September 1947 in Polen das Kommunistische Informationsbüro (Kominformbüro), bestehend aus Parteien von neun Ländern (aus der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, aus Bulgarien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Ungarn, Frankreich und Italien) gegründet wurde, stand dieses Thema verständlicherweise auf der Tagesordnung. Die IKP-Delegation leitete anstelle Togliattis Luigi Longo, einer seiner Stellvertreter. Es wird berichtet, dass Togliatti absichtlich an der Gründungstagung des Kominformbüros nicht teilnahm, da er geahnt

habe, dass eine unliebsame Auseinandersetzung bevorstand. So gab er den Delegierten der IKP, Longo und Eugenio Reale, folgenden Rat: »Falls man uns der Vorwurf machen wird, dass wir nicht verstanden hätten, die Macht zu ergreifen oder dass wir zugelassen haben, uns aus der Regierung zu jagen, so sagt ihnen, dass wir Italien nicht in ein zweites Griechenland verwandeln wollten. Und dies ist nicht nur in unserem Interesse, sondern auch in dem der Sowjets selbst.« Was Togliatti ahnte, traf tatsächlich ein. Zunächst hatte Luigi Longo in seinem Beitrag das Verhalten seiner Partei erläutert: Beim Ausschluss aus der Regierung und beim Übergang in die Opposition hätte die Partei große Schwächen und Mängel offenbart: Sie hätte nur verbal Opposition geübt. Es wären stattdessen wirksame Massenaktionen, die Mobilisierung aller potenziellen Bündniskräfte nötig gewesen. In dieser Situation jedoch auf einen Kampf um die Macht zu orientieren hätte, so Longo, der Strategie eines demokratischen Vormarsches zum Sozialismus widersprochen. Longo erinnerte an die griechische Entwicklung, die abschreckend gewirkt hätte, weil es zu einer direkten militärischen Konfrontation der Widerstandsbewegung, an deren Spitze Kommunisten standen, mit den westlichen Siegermächten gekommen war. Ungeachtet dieser Erklärung wurde die Reaktion beider Parteien auf die innenpolitische Wende in ihren Ländern heftig kritisiert. Es war erstaunlicherweise Edvard Kardelj als Leiter der jugoslawischen Delegation, der den beiden Parteien, vor allem aber der Partei Togliattis, in sehr aggressiver Weise parlamentarische Illusionen, Opportunismus, unzulässige Zusammenarbeit mit Kräften der Bourgeoisie, Verzicht auf die Machtergreifung (wie sie z.B. in Jugoslawien erfolgte), eine ungenügende Orientierung auf die Sowjetunion usw. vorwarf. Also noch kurz vor dem Bruch mit Moskau artikulierten sich die jugoslawischen Kommunisten als äußerst orthodox, dogmatisch und sektiererisch. Man hat wiederholt vermutet und behauptet, hinter den Angriffen Kardeljs auf Togliatti habe die KPdSU, habe Stalin gestanden. Dies lässt sich nicht belegen. Immerhin hatte sich Togliatti vor seiner Abreise aus Moskau mit Stalin beraten und wohl die Linie seiner Politik mit ihm abgestimmt. Dabei ging es nicht in erster Linie – das sei betont – um die Wahrnehmung sowjetischer außenpolitischer Interessen seitens der IKP, sondern vor allem um Entscheidungen, die sich aus der realen Lage und den realen Möglichkeiten kommunistischer Politik in Italien ergaben. Es dürfte Stalin erst recht im Jahre 1947, als die Tagung in Polen stattfand, klar gewesen sein, dass mit dem beginnenden Kalten Krieg und der Spaltung der Welt in zwei machtpolitische Lager – eben dies war der Hauptakzent im Referat des KPdSU-Politbüromitglieds Andrej Shdanows auf dieser Tagung – die italienischen und französischen Kommunisten im anderen, im gegnerischen Lager wirken mussten, und zwar ohne eine absehbare Aussicht, daraus ausbre-

chen zu können. Es ist auch bekannt, dass Stalin sich gegenüber dem Kampf der unter kommunistischer Führung stehenden griechischen Befreiungsbewegung um die Macht, der 1947 noch nicht beendet war, distanziert verhielt, während andererseits dieser Kampf die uneingeschränkte Unterstützung der jugoslawischen Kommunisten besaß.

4. Entwicklung Togliattis zum kritischen Visionär und »Revisionisten« in der internationalen kommunistischen Bewegung der Nachkriegsjahre

Erfordernisse und zeitgemäße Prinzipien des Internationalismus aus der Sicht Togliattis

Das Bekenntnis zum Internationalismus war stets ein verpflichtendes Grundprinzip im Denken und Handeln Palmiro Togliattis. Wie kein anderer kommunistischer Parteiführer erkannte er in seinen letzten Lebensjahrzehnten mit Besorgnis, dass in der internationalen kommunistischen Bewegung und in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern zentrifugale, Krisen- und Erosionserscheinungen zunahmen, die deren Einheit, Einfluss und Aktionsfähigkeit gefährdeten, sodass, um diesen Trend umzukehren, ein prinzipieller Ausweg gesucht werden musste. Zu dieser Erkenntnis war er in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg gelangt, indem er praktisch einen persönlichen Wandlungsprozess durchgemacht hatte, und zwar von einer vorbehaltlosen Anerkennung der politischen und ideologischen »Einheit und Geschlossenheit« der kommunistischen Bewegung durch die Führungspartei KPdSU bis hin zur Befürwortung einer pluralistischen Einheit, einer Einheit in der Vielfalt/Differenziertheit, der Autonomie der einzelnen Parteien und einer kritischen Solidarität – auch im Verhältnis zur KPdSU, zu den realsozialistischen Ordnungen in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern Osteuropas. Mit diesen seinen Auffassungen geriet er allerdings zunehmend in einen ideologischen Konflikt mit dem traditionstreuen orthodoxen Flügel in der kommunistischen Bewegung; und er setzte sich dem Vorwurf des Revisionismus aus, so besonders von Seiten der KPdSU-Führung, aber auch von den Führungen vieler anderer Parteien, die SED eingeschlossen.

Ein erster Testfall für Togliattis Internationalismus-Verständnis waren Positionen der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, die 1948 in Bund der Kommunisten (BdKJ) umbenannt wurde. Die Positionen dieser Partei und der Umgang mit ihr vermittelten ihm widersprüchliche Erfahrungen, die ihn jahrelang wohl mehr zum Nachdenken als zum Handeln veranlassten. Zu erwähnen sind drei Vorgänge, die unterschiedliche und teils sogar kontroverse Positionen verdeutlichten. Es war schon die Rede vom Treffen Togliattis mit

Kardelj im befreiten Rom 1944, bei dem es um die unterschiedlichen Bedingungen in Italien und in Jugoslawien und um die Frage ging, ob ein bewaffneter Kampf für den Sozialismus am Ende des Zweiten Weltkrieges möglich und zweckmäßig wäre. Die unterschiedlichen Positionen beider Parteien kamen in unverträglicher Form auf der Gründungstagung des Kominformbüros 1947 zum Ausdruck, als Kardelj die IKP und die FKP kritisierte, nach ihrem Rauswurf aus der Regierung nicht zu den Waffen gegriffen zu haben. Des Weiteren hatte sich die IKP nach Kriegsende, nationale italienische Interessen wahrnehmend, in Auseinandersetzungen eingeschaltet, die um die Zugehörigkeit Triests zu Italien oder zu Jugoslawien geführt wurden, was sie in einen Konflikt mit der KP Jugoslawiens brachte.

Kurz nach der Gründung des Kominformbüros war Josif Broz Tito, Parteivorsitzender und jugoslawischer Präsident, auf Anerkennung der Gleichberechtigung Jugoslawiens gegenüber der UdSSR bestehend, vor allem aus vorwiegend machtpolitischen Gründen – für viele unerwartet – bei J.W. Stalin in Ungnade gefallen, da Stalin seinen Hegemonieanspruch gegenüber anderen sozialistischen Ländern verletzt sah. Im Juni 1948 veranstaltete das Kominformbüro in Bukarest eine außerordentliche Tagung, auf der die KP Jugoslawiens verurteilt und aus dem Büro ausgeschlossen wurde. Togliatti hat sich auf dieser Tagung an dem Bannfluch gegen die jugoslawischen Kommunisten beteiligt. Zwar habe er auf der Tagung selbst Einwände dagegen gehabt, Tito als Verräter zu bezeichnen, und für eine politische Auseinandersetzung plädiert. Aber dennoch hat er nach der Tagung auch öffentlich in der Parteizeitung »L'Unità« von Irrtümern, Demagogie, von polizeilichem Despotismus, von Abweichungen der jugoslawischen Führung vom Marxismus-Leninismus gesprochen. Bekräftigt hat Togliatti bei dieser Gelegenheit, was er noch zu jener Zeit als einen unverzichtbaren Wesenszug des Internationalismus verstand: »Es kann für alle nur einen Leitfadens geben: Auf dem Gebiete der Theorie ist dies der Marxismus-Leninismus; auf dem Gebiet der realen Kräfte ist es das Land, das bereits sozialistisch ist und in dem eine marxistisch-leninistische Partei, gestählt in drei Revolutionen und zwei siegreichen Kriegen, die Führungsfunktion ausübt.«

Zwei Jahre später begann eine schwer zu durchschauende Episode, die damals jedoch nicht an die Öffentlichkeit drang. Im November 1950 hatte wiederum in Bukarest, wohin der Sitz des Kominformbüros aus Belgrad verlagert worden war, eine nichtöffentliche Tagung des Büros stattgefunden. Überraschend wurde dort der Vorschlag geäußert, Togliatti als Generalsekretär des Kominformbüros einzusetzen. Als Anfang Januar 1951 Togliatti nach einem schweren Autounfall zur Genesung in der Sowjetunion weilte, wurde er von Stalin zu einem Gespräch empfangen, bei dem dieser diesen Vorschlag wie-

derholte und unter anderem damit begründete, dass Togliattis Leben in Italien in Gefahr sei. Nach einer kurzen Bedenkzeit antwortete Togliatti Stalin, dass er Italien nicht verlassen und die Leitung der Partei nicht aufgeben möchte. Seine Rolle in Italien sei nicht nur die des Generalsekretärs der Partei, sondern die des Führers der gesamten Opposition. Würde er Italien verlassen, würde dies vom Gegner propagandistisch als Kapitulation gewertet. In Rom fand unterdessen in Abwesenheit Togliattis eine Sitzung der Nationalen Leitung der Partei statt, auf der beschlossen wurde, dass Togliatti den Vorschlag akzeptieren solle. Als dies Togliatti in der Sowjetunion erfuhr, reagierte er tief empört, da die Mehrheit der Führung ohne Rücksprache über ihn eine Entscheidung gefällt hatte. Nach seiner Rückkehr kam es dann am 10. Februar 1951 in der Nationalen Leitung der Partei zu einer ernststen Auseinandersetzung. Trotz allem Druck aus Moskau und aus seiner eigenen Partei gab Togliatti nicht nach und beharrte – dies war ein neues Moment in seiner Haltung zur KPdSU und zu Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung überhaupt – auf seiner souverän getroffenen ablehnenden Entscheidung. Möglicherweise war er nunmehr zunächst insgeheim zu der Überzeugung gelangt, sich nicht mehr, wie das eben zwei Jahrzehnte lang geschehen war, für die hegemonialen Ambitionen der KPdSU instrumentalisieren zu lassen.

Togliattis Reaktion 1956 auf den XX. Parteitag der KPdSU

Im Februar 1956 fand in Moskau der XX. Parteitag der KPdSU statt, der mit einem »geheimen« und dennoch spektakulären Referat ihres Ersten Sekretärs, Nikita Chruschtschows, abgeschlossen wurde. Kritisiert wurde das Willkürregime, das Stalin in der Sowjetunion praktiziert hatte, und enthüllt wurden die unter seiner Herrschaft begangenen Verbrechen. Chruschtschow und seine Anhänger in der KPdSU-Führung hatten begriffen, dass die Entwicklung des Sozialismus und der internationalen kommunistischen Bewegung aufgrund der bedrückenden Hinterlassenschaft Stalins in eine Sackgasse zu geraten drohte. Eine Kurskorrektur war unumgänglich geworden. Objektiv hätte eigentlich auf der Tagesordnung gestanden, das Sozialismusmodell und den kommunistischen Internationalismus entsprechend den herangereiften historischen Erfordernissen auf neue Weise zu konzipieren, von Erstarrung, Willkür, Stalinscher Entartung zu befreien und auf dieser Grundlage die Gesellschaft, vor allem die ökonomischen und politischen Strukturen, sowie das internationale Zusammenwirken sozialistischer Länder und kommunistischer Parteien tiefgreifend zu reformieren. Zu dieser radikalen Kurskorrektur kam es jedoch nicht. In diesem Geheimbericht führte Chruschtschow die Ursache der unter Stalin zu Tage getretenen und nunmehr zu korrigierenden Probleme und Missstände lediglich auf den »Personenkult um Stalin« zurück.

Zu einer beträchtlichen Belastung, auch hinsichtlich ihrer internationalen Autorität, war für die Sowjetunion inzwischen der Konflikt mit Jugoslawien geworden, das nach wie vor an seiner autonomen Entwicklung zum Sozialismus und seinem Anspruch auf Gleichberechtigung im Verhältnis zur UdSSR festgehalten hatte. Bereits Ende Mai 1955 war Nikita Chruschtschow nach Jugoslawien gereist, um die 1948 abgebrochenen Beziehungen zu erneuern. Entgegen vorhergehenden Erklärungen Wjatscheslaw Molotows, Mitglied des KPdSU-Politbüros, eine Wiederaufnahme der Beziehungen würde allein von der Änderung der Positionen des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ), von dessen Abwendung vom »Revisionismus«, abhängen, entschuldigte sich Chruschtschow in Belgrad im Namen der KPdSU und gestand ein, dass der Abbruch der Beziehungen vor allem auf das Schuldkonto der KPdSU (namentlich auf das des sowjetischen Geheimdienstchefs Berija – von einer Schuld Stalins war damals noch nicht die Rede) gehe. In einer gemeinsamen Erklärung anlässlich des Gegenbesuches Titos in Moskau akzeptierte Chruschtschow als Prinzip des Internationalismus die Gleichberechtigung, was für die KPdSU bedeutete, auf Vorherrschaft und Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer sozialistischer Länder und kommunistischer Parteien verzichten zu wollen.

Togliatti nahm die von Chruschtschow auf den XX. Parteitag der KPdSU 1956 eingeleitete Kurskorrektur, verbunden mit der Kritik an Stalin, zum Anlass, seine Besorgnis über die Lage in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern sowie in der internationalen kommunistischen Bewegung deutlich zu artikulieren. Es trat eine neue Qualität im Denken Togliattis zutage. Bei noch immer währender grundsätzlicher Parteinahme für die Sowjetunion und die KPdSU begründete Togliatti erstmals offen ein verändertes Internationalismus-Verständnis. Zu prinzipiellen Wesensmerkmalen des Internationalismus erklärte er entgegen den traditionellen Positionen die Autonomie der einzelnen Parteien und eine kritische Solidarität im gegenseitigen Verhältnis, besonders im Verhältnis zur KPdSU. Wie schon angedeutet, war er nun – vom dominierenden Standpunkt des orthodoxen Marxismus-Leninismus aus geurteilt – vollends zum »Revisionisten« konvertiert, zumal er sich fortan aus eigener, souveräner Verantwortung heraus und im Widerspruch zur vorherrschenden Meinung öffentlich in die laufenden Diskussionen einmischte. Es entsprach diesem seinen Internationalismus-Konzept, dass am 17. April 1956, also kurz nach dem XX. Parteitag der KPdSU, das 1947 gebildete Kommunistische Informationsbüro aufgelöst wurde. Dies war eine notwendige Folge der von Chruschtschow betriebenen Verbesserung der Beziehungen zum BdKJ, da ja die Verurteilung und Verunglimpfung der jugoslawischen Kommunisten (Tito-Faschisten, Agenten des Imperialis-

mus usw.) im Namen des Kominformbüros, aus dem sie ausgeschlossen worden waren, geschehen war. Palmiro Togliatti beteiligte sich auf seine Weise und in eigener internationalistischer Verantwortung an der Revision der Beziehungen zu den jugoslawischen Kommunisten. Anfang Mai 1956 reiste er selbst auf Einladung des BdkJ zu Gesprächen mit Josip Broz Tito nach Belgrad. Tito erklärte in diesem Gespräch die Ergebnisse des XX. Parteitages für unbefriedigend. Es sei nicht der Stalinkult gewesen, der ein schlechtes System hervorgebracht hätte, sondern umgekehrt. Togliatti seinerseits hielt ebenfalls die Kritik Chruschtschows an Stalin, die Reduktion der Ursachen für die Unzulänglichkeiten und Fehler in der sowjetischen Entwicklung auf den Kult um Stalin für unzureichend. Doch war Togliattis Kritik vorerst noch inkonsequent. Zu Recht sah er Ursachen für die von Chruschtschow benannten Fehler und Willkürakte Stalins im bestehenden gesellschaftspolitischen System der Sowjetunion. Zugleich vermochte er sich von seiner Wertschätzung Stalins nicht freizumachen, sodass er die maßgebliche Verantwortung Stalins selbst bei der Herausbildung dieses – nach seiner Einschätzung – deformierten Systems unterbewertete. Seine ersten Schlussfolgerungen hatte Togliatti diesbezüglich Tito gegenüber wie folgt dargelegt: »Ich habe den jugoslawischen Genossen gesagt, dass auch ich zum Schluss gekommen bin, dass der XX. Parteitag nicht auf den Grund gehend geklärt hat..., wie die äußerst schweren von Stalin begangenen Fehler möglich wurden... Es ist meine Meinung, dass wir die Bedingungen erklären müssen, die zu einem gewissen Zeitpunkt die Beschränkungen und einige Deformationen der sowjetischen Demokratie, wie sie von Lenin begründet worden war, verursacht haben. Ich meine, dass man dies in einer Weise tun muss, damit das Prestige der UdSSR bei den werktätigen Massen aufrecht erhalten bleibt. Ich meine schließlich, dass auch zu diesem Zweck die Kritiken an Stalin auf die Fragen von politischer Relevanz konzentriert werden müssen und dass uns nicht gut tut, moralisch seine Persönlichkeit zu demontieren und den positiven Teil seines Wirkens zu ignorieren.«

Für die Öffentlichkeit fasste Togliatti seine Schlussfolgerungen aus dem XX. Parteitag der KPdSU im Sommer 1956 in einem Aufsehen erregenden Interview zusammen, das in der Mai/Juni-Nummer der italienischen Zeitschrift »Nuovi argomenti« erschien. Man müsse sich kritisch mit dem sozialistischen System selbst auseinandersetzen und in ihm die eigentlichen Ursachen der Probleme suchen. Sofern man sich »im Wesentlichen darauf beschränkt, als Ursache für alles die persönlichen Fehler und Schwächen Stalins zu nennen, bleibt man im Rahmen des »Personenkultes«. Zuvor verdankte man all das Gute den übermenschlichen positiven Eigenschaften dieses einen Mannes; nunmehr wird all das Schlechte gleichermaßen seinen außerordentlichen

und sogar schrecklichen Fehlern und Schwächen zugeschrieben. In dem einen wie in dem anderen Falle würden wir uns außerhalb des Urteilkriteriums befinden, das dem Marxismus eigen ist. Es verschwänden die wirklichen Probleme, die darin bestehen, wie und warum die sowjetische Gesellschaft zu bestimmten Formen des Abgehens vom demokratischen Leben und von der Gesetzlichkeit ... und sogar zu Degenerationen gelangen konnte und gelangte.« Schon Lenin habe in seinen letzten Arbeiten »den Akzent auf die Gefahr der Verbürokratisierung gelegt, die die neue Gesellschaft bedrohte«. Zu den Beziehungen der Parteien, also zum Internationalismus, meinte Togliatti, dass in Anbetracht des Nebeneinanders mehrerer sozialistischer Länder mit unterschiedlicher Spezifik Gleichberechtigung unter ihnen erforderlich sei. In der kommunistischen Bewegung erwachse »nicht nur die Notwendigkeit, sondern das Streben nach einer immer größeren Autonomie des Urteils, was für unsere Bewegung nichts anderes als von Nutzen sein kann. Die innere politische Struktur der kommunistischen Weltbewegung hat sich heute verändert... Heute hat sich die Front des sozialistischen Aufbaus in Ländern, in denen die Kommunisten die führende Partei sind, derart verbreitert..., dass auch für diesen Teil das sowjetische Modell nicht mehr obligatorisch sein kann und darf... Die Gesamtheit des Systems wird polyzentrisch, und in der kommunistischen Bewegung kann man nicht mehr von einer einzigen Führerschaft sprechen eingedenk eines Fortschritts, der sich vollzieht, indem er oft verschiedene Wege beschreitet.«

Als einziger Führer einer kommunistischen Partei hatte Togliatti nach dem XX. Parteitag der KPdSU in aller Öffentlichkeit gleich mehrere sensible Probleme zur Diskussion gestellt, die nicht in Einklang mit den offiziellen Positionen standen, wie sie die KPdSU auch weiterhin vertrat und zum Maßstab der »Treue« der kommunistischen Parteien zum Marxismus-Leninismus machte: Togliatti plädierte dafür, die Selbständigkeit (Autonomie) der Parteien und die plurale Verfasstheit der kommunistischen Bewegung als Prinzipien des Internationalismus anzuerkennen; er stellte die Allgemeingültigkeit des praktizierten sowjetischen Sozialismusmodells in Frage, das der KPdSU nach wie vor als Kriterium dafür galt, ob ein sozialistisches Land einen richtigen Weg beschreitet oder nicht; er zog nach den Enthüllungen über die Rolle Stalins auf dem XX. Parteitag in Erwägung, inwiefern und weshalb die sowjetische Gesellschaft einer Degeneration unterlag; er bezweifelte die These, dass die kritisierten Aspekte der Rolle Stalins allein auf einen Personenkult um dessen Person zurückzuführen seien und sprach sich dafür aus, die Ursachen auch in mangelnder Demokratie und Gesetzlichkeit der sowjetischen Gesellschaft zu suchen. Diese Überlegungen Togliattis stießen bei der KPdSU sofort auf entschiedenen Widerspruch und heftige Kritik. Bemerkenswert an den Ein-

wänden gegen Togliatti war, dass sie sich nicht auf die zur Diskussion stehende Realität bezogen, sondern vorwiegend nur die Sorge über ihre mögliche Missdeutung und negative propagandistische Wirkung zum Ausdruck brachten. So sandte Chruschtschow am 30. Juni 1956 dem ZK der IKP einen Brief, in dem es hieß, dass das Togliatti-Interview einige Behauptungen enthalte, »mit denen wir nicht einverstanden sein können«, obwohl es »insgesamt sehr interessant und reich an Inhalt« sei. Besonders »unglücklich« sei die Formulierung über die bürokratische Degeneration der sowjetischen Gesellschaft, weil diese Kritik »das Vertrauen der Werktätigen in die allgemeine Überlegenheit der sozialistischen Ordnung« mindern würde und von den Feinden der Partei missbraucht werden könnte. Bei einem Delegationsbesuch unter Leitung von Gian Carlo Pajetta in Moskau habe dann Boris Ponomarjow, verantwortlicher Sekretär der KPdSU für die Beziehungen zu den kommunistischen Parteien, betont, dass für die KPdSU »Degeneration eine trotzkistische Formel« sei, die die »Rückkehr zum Kapitalismus« beinhalte. Öffentlich schrieb sodann im Juli 1956 das Zentralorgan der KPdSU, die »Pravda«: »Es wäre ein ernsthafter Irrtum, aus der Existenz des Personenkultes in der Vergangenheit zu schließen, dass das soziale System in der UdSSR sich irgendwie verändert hätte oder die Ursachen dieses Kultes im sowjetischen Gesellschaftssystem zu suchen seien... Insbesondere kann man nicht mit der vom Genossen Togliatti aufgeworfenen Frage übereinstimmen, ob die sowjetische Gesellschaft nicht zu gewissen Formen der Entartung gelangt sei. Es gibt keinerlei Grund für diese Frage.« Da die KPdSU diese generelle Einschätzung ihres sozialistischen Systems in den folgenden Jahrzehnten nicht revidierte, sah sie auch später keine Notwendigkeit, es grundlegend zu reformieren. Angestrebte Reformen blieben bekanntlich entweder oberflächlich oder scheiterten. Und da jedoch dieses sowjetische Gesellschaftssystem Modellcharakter besaß, diente es fortan auch stets als Maßstab für die anderen sozialistischen Länder, sodass in den 1960er Jahren Reformen in der DDR und besonders in der ČSSR aus Moskauer Sicht als abnorm kritisiert und schließlich unterbunden wurden. Togliatti gelangte also nach dem XX. Parteitag der KPdSU zu anderen, zu realistischen Einsichten, die, hätte man sie ernst genommen, die Entwicklung des realen Sozialismus in eine konstruktive Richtung hätten lenken und möglicherweise dem nachfolgenden Niedergang hätten entgegenwirken können. Die Zeit, in der sich Togliatti den Vorgaben aus Moskau fügte, gehörte nun der Vergangenheit an. Auf einer Sitzung der Nationalen Leitung, auf der Pajetta über seine Gespräche in Moskau berichtete, hatte Togliatti erklärt: »Die Einwände der sowjetischen Genossen sind oberflächlich und betreffen lediglich die äußeren Aspekte des Wortes Degeneration... Der Bericht von Ch.[ruschtschow] betraf eine Periode von zwanzig

Jahren und umfasst den Charakter der sozialistischen Ordnung, die nicht allein von den Elementen der Wirtschaft charakterisiert wird, sondern auch von sozialen Elementen... Richtig ist zwar die historisch-politische Erklärung, doch hinsichtlich der sozialen Aspekte ist im Verlaufe einer langen Periode etwas verloren gegangen, was nicht hätte verloren gehen dürfen... Die Ordnung hatte einige ihrer Wesensmerkmale verloren: die Garantie der Freiheit der Werktätigen. Dieses Problem hat für uns einen Wert.«

Es ist erwähnenswert, dass Togliattis These vom Polyzentrismus u.a. auch von der Französischen KP, namentlich von deren Generalsekretär Maurice Thorez, kritisiert wurde, weil sie den Internationalismus und die Rolle der KPdSU in Frage stellen würde. Togliatti hat sie deshalb im Dezember 1961 in einer in »L'Unità« veröffentlichten Antwort an Thorez nicht nur nochmals erläutert, sondern auch darauf hingewiesen, dass sie gar nicht italienischen Ursprungs gewesen wäre. »Die Interpretation und somit die Polemik der französischen Genossen hat mich überrascht, weil sie von so angesehenen Führern kommen, die sich der Art und Weise bewusst sind, wie die Dinge in ihrer ganzen Spezifik liegen. Nachdem das Informationsbüro im Jahre 1956 aufgelöst worden war, war es stets unsere Position, die Autonomie der einzelnen Parteien zu betonen, dies – das versteht sich – im Rahmen jener ideellen Prinzipien und jener Aktionsziele, die insgesamt die Grundlage der kommunistischen Bewegung, der internationalen Solidarität und des proletarischen Internationalismus sind. Das, was wir insbesondere fordern, wird ausdrücklich in der im November 1957 angenommenen Resolution auf dem bekannten Treffen der 64 kommunistischen Parteien gesagt. Man muss allerdings hinzufügen, dass 1956 während des XX. Parteitages, bei einer Zusammenkunft, an der die anwesenden Vertreter aller dem Informationsbüro angehörenden Parteien teilnahmen, der Vorschlag unterbreitet wurde, eine bestimmte Organisation »regionalen« Charakters anzustreben, das heißt eine Organisation auf der Grundlage eines engeren informativen Kontaktes zwischen Parteien, die unter ähnlichen Bedingungen tätig sind. Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht von unserer Partei unterbreitet. Er wurde im Sinne eines Experiments und nicht ohne Überraschung aufgenommen. Gewisse Bemühungen, dies zu realisieren, wurden besonders von den französischen Genossen und von uns unternommen, doch ohne dass man zu einem nützlichen Ergebnis gekommen wäre; dieser Weg wurde aufgegeben und fand bei keiner Gelegenheit mehr Erwähnung.« Togliatti hat den Begriff Polyzentrismus im Folgenden nicht mehr gebraucht und später von der »Einheit in der Vielfalt/Verschiedenheit« (unità nella diversità) gesprochen. Diese Formel ist dann explizit 1964 in seinem so genannten Memorandum von Jalta enthalten.

Togliatti und die Turbulenzen nach dem XX. Parteitag der KPdSU

Mit den Enthüllungen über Stalin auf dem XX. Parteitag hatte Chruschtschow unter den kommunistischen Parteien in der ganzen Welt große Verwirrung und Unsicherheit ausgelöst, da diese – eben von der KPdSU – zuvor gebieterisch auf Stalin eingeschworen worden waren. Nun wurden sie unerwartet und unvorbereitet mit diesen Enthüllungen konfrontiert. Von der KPdSU selbst wurde plötzlich eingestanden, was zuvor nur von antikommunistischer Seite verbreitet worden war und von den Kommunisten immerfort – aus Solidarität mit der Sowjetunion – bestritten wurde, dass das Stalinsche Regime unermessliche Verbrechen begangen und den Sozialismus in Misskredit gebracht hatte. Besonders hatte der XX. Parteitag der KPdSU in den mit der Sowjetunion verbundenen sozialistischen Ländern, in denen ebenfalls mehr oder weniger ausgeprägt ein Regime Stalinschen Typs herrschte, Verunsicherung, öffentliche Diskussionen, Hoffnungen auf eine gewisse Liberalisierung und auf Reformen erzeugt. Doch die Unzulänglichkeiten, vor allem die Kluft zwischen sozialistischem Anspruch und mangelnder Demokratie usw. bestanden in diesen Ländern wie auch in der Sowjetunion selbst weitgehend fort.

Eine Rolle spielte hierbei, dass in der Sowjetunion und in anderen europäischen sozialistischen Ländern die Kritik an Stalin sofort auch Gegenkräfte auf den Plan gerufen hatte, die Stalin und das von ihm geschaffene Regime verteidigten und damit einer Kurskorrektur entgegenwirkten. Da die erwarteten bzw. gewünschten Reformen in diesen Ländern ausblieben, die Führungen selbst sich überwiegend mit einer konservativen Grundhaltung den neuen herangereiften Erfordernissen verschlossen oder den zu lösenden Problemen nicht gewachsen waren, verbreitete sich Unzufriedenheit, aus der sich schließlich in einigen Ländern, vor allem in Ungarn und in Polen, eine systemkritische Massenbewegungen formierte.

In Polen erzwangen Arbeiterunruhen gegen den Widerstand aus Moskau einen Führungswechsel und einen national orientierten Reformkurs. An die Spitze der Partei wurde am 21. Oktober 1956 Wladislaw Gomulka gewählt, der bis 1948 diese Funktion bereits innegehabt hatte, wegen revisionistischer Abweichungen abgesetzt worden war und einige Jahre im Gefängnis verbracht hatte. In Ungarn steigerte sich die Bewegung bis zu einem blutigen Volksaufstand und Bürgerkrieg, der in der Endkonsequenz auf den Sturz des sozialistischen Regimes hinauslief. Die sowjetische Führung entschied sich aufgrund dieser Situation, am 24. Oktober 1956 mit einer militärischen Intervention in den Gang der Dinge einzugreifen und sowohl dem inzwischen außer Kontrolle geratenen Reformprozess wie der akut drohenden Konterrevolution gewaltsam ein Ende zu setzen.

Die Führung der IKP billigte die militärische Intervention sowjetischer Truppen. In ihr sah sie die äußerste Lösung in Anbetracht der zugleich von antisozialistischen Kräften ausgehenden Gefahr für den Sozialismus in Ungarn. Der Schutz der sozialistischen Ordnung unter den Bedingungen der Spaltung der Welt in zwei feindliche Lager und des zwischen diesen Lagern eskalierten Kalten Krieges hatte für Togliatti und seine Partei damals unbestrittene Priorität. In »L'Unità« vom 25. Oktober 1956 erläuterte Pietro Ingrao, Mitglied der Nationalen Leitung und Direktor der Zeitung, die Position der Partei: »Wenn die Waffen der Konterrevolutionäre dröhnen, dann steht man auf der einen oder der anderen Seite der Barrikade. Einen dritten Platz gibt es nicht... Morgen kann man diskutieren und auch differenzieren... Heute ist die sozialistische Revolution zu verteidigen.« In der IKP wurde allerdings sogleich darüber debattiert, wieso es zu dieser Krise der sozialistischen Ordnung und zur Notwendigkeit, ihrer weiteren Existenz wegen militärisch zu intervenieren, kommen musste. So wies Togliatti besonders im Hinblick auf Ungarn und Polen auf die selbstverschuldeten und zu korrigierenden inneren Ursachen der Protestbewegungen und Unruhen hin. Nach den ungarischen Ereignissen forderte er eine ernsthafte Selbstkritik jener Parteien, die der veränderten Situation und den anstehenden Reformfordernissen nicht gerecht geworden und somit unfähig gewesen wären, die begangenen Fehlentwicklungen rechtzeitig zu korrigieren. »Sowohl in Polen wie in Ungarn befinden sich die Führungen von Partei und Staat in einem unbegreiflichen Rückstand in der Wahrnehmung der Notwendigkeit, jene Veränderungen durchzuführen und jene Maßnahmen zu ergreifen, die die Situation erfordert, sowie die substantiellen Fehler zu korrigieren, die die bisher befolgte Linie des Vormarsches zum Sozialismus durchdringen.« Bemerkenswert ist seine erneute Feststellung, dass es in den sozialistischen Ländern »autonomere« Entwicklungen (im Verhältnis zur Sowjetunion) bedürfe, die den Besonderheiten der betreffenden Länder entsprächen.

Infolge der Vorgänge des Jahres 1956 und seinen Stellungnahmen hierzu sah sich Togliatti mit vielfältigen Problemen konfrontiert. Sie begannen bereits mit zwei extremen Reaktionen in seiner eigenen Partei. Die alten, noch von der Komintern und dem Kominformbüro geformten Kader, die im Geiste von Stalin und in ehrlicher Treue zur Sowjetunion gelebt und gekämpft hatten, sahen sich in ihrem politischen Selbstverständnis betrogen, und zwar nicht von Stalin, sondern von Chruschtschow und von ihrer zum Umdenken bereiten bzw. gezwungenen Parteiführung. Die Versöhnung mit Tito, die Anklagen gegen Stalin, der Kurs auf friedliche Koexistenz mit den imperialistischen Ländern usw. waren für diese Kräfte revisionistischer Verrat am Sozialismus. Ganz im Gegensatz dazu zeigten sich einflussreiche Mitglieder

und Sympathisanten aus Kreisen der Intellektuellen, Schriftsteller, Künstler, deren pro-kommunistische Einstellung vor allem geistig und moralisch motiviert war, über die Enthüllungen der Verbrechen Stalins tief enttäuscht und entsetzt. Auch sie fühlten sich verraten, und zwar in ihrem Glauben und ihrer gefühlsmäßigen Bindung an eine emanzipatorisch-revolutionäre Bewegung, die sie in Bezug auf Lauterkeit, Wahrhaftigkeit, politische Moral und Kultur als integer und als der bürgerlichen Welt gegenüber überlegen angesehen hatten. Viele von ihnen wandten sich – mit durchaus unterschiedlichen Begründungen – sofort oder in den darauffolgenden Jahren von den kommunistischen Parteien ab oder gerieten in ihr ins Abseits. Auf diese Weise erlitt die IKP wie auch damals die FKP, die KPÖ und andere Parteien einen erheblichen Aderlass, einen empfindlichen Verlust schöpferischer intellektueller Kräfte, die zuvor auch bis in linksliberale Kreise hinein integrativ gewirkt und einen gewissen geistigen Pluralismus in der Partei gewährleistet hatten.

Ein anderes Problem betraf das Verhältnis zu den Sozialisten bzw. Sozialdemokraten. Togliatti hatte gehofft, dass die neuen Impulse, die vom XX. Parteitag der KPdSU ausgingen, nunmehr eine Annäherung zwischen Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten fördern würden. Am 17. April 1956 hatte er sich in einem Interview mit »L'Unità« an jene Strömung der Arbeiterbewegung gewandt, »mit der uns die Gemeinsamkeit der Ideen und die Ähnlichkeit der Politik vereinen«. Er stellte »einen rascheren Fortschritt in Richtung auf die Wiederherstellung der Einheit mit der sozialistischen Arbeiterbewegung« in Aussicht. In Wirklichkeit führten jedoch die Enthüllungen des XX. Parteitages zu negativen Reaktionen seitens der Sozialisten und Sozialdemokraten, die sich in ihrem Antikommunismus, in ihrer früheren Kritik am »Totalitarismus« der Kommunisten und an den »undemokratischen« Verhältnissen in den sozialistischen Ländern bestätigt sahen und an der Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit der Kommunisten zweifelten. Die Sozialistische Partei Italiens, die schon 1934 einen Einheitspakt mit der Kommunistischen Partei abgeschlossen und sich der Sowjetunion seit Beginn des Kalten Krieges eng verbunden gezeigt hatte, löste diesen Einheitspakt sogar auf und näherte sich der antikommunistisch ausgerichteten Sozialdemokratischen Partei an. Mit dem Bruch des Einheitsabkommens zwischen Kommunisten und Sozialisten bahnte sich infolgedessen eine innenpolitische Kräfteverschiebung in Italien an, indem die Sozialistische Partei aus der starken linken Opposition ausscherte und unter der Formel eines »linken Zentrums« zum Regierungslager überwechselte. Diese Konstellation gründete sich auf eine Ausgrenzung der IKP, deren politischer Einfluss damit beeinträchtigt wurde, sodass Togliatti mit einer gewissen Ambivalenz eine ablehnende Position gegenüber dem »linkszentristischen« Experiment einnahm.

Innerkommunistische Kritik am »Revisionismus« Togliatti

Die besorgniserregenden Vorgänge und krisenhaften Erscheinungen in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern, die sich negativ auf die gesamte internationale kommunistische Bewegung auswirkten, bewogen Togliatti in den Jahren nach 1956, alternative Problemlösungen und Entwicklungswege zur Diskussion zu stellen und damit zugleich eine Reihe überkommener und sowjetischerseits noch immer als verbindlich deklariertes »marxistisch-leninistischer« Positionen in Zweifel zu ziehen. Während er sich zuvor – vielleicht weniger überzeugt als gezwungen – der politischen und ideologischen Führungsrolle der KPdSU, deren Interpretationsmonopol in Bezug auf alle Fragen des Marxismus-Leninismus in der kommunistischen Bewegung gefügt hatte, schien er sich nunmehr demonstrativ, aus dieser Unterordnung zu lösen, eigene Verantwortung und Überzeugung geltend zu machen, ohne sein positives, sein solidarisches Verhältnis zur KPdSU und zur Sowjetunion aufzugeben. Wie auch immer: Er setzte sich dem Vorwurf des Revisionismus aus, da die Führung der KPdSU unter Chruschtschow auch nach den Bekundungen des XX. Parteitag auf ihre Führungsrolle beharrte und nach wie vor ihr marxistisch-leninistisches Theorie- und Sozialismus-Verständnis zur alleinigen Richtschnur für die kommunistische Bewegung machte. Auf dem VIII. Parteitag der IKP, der im Dezember 1956 stattfand, erläuterte Togliatti im Sinne seines Interviews mit der Zeitschrift »Nuovi argomenti« erneut seine Positionen zu den Vorgängen des Jahres 1956. Dies verband er damit, erneut ausführlich das Projekt des »italienischen Weges zum Sozialismus« zu begründen, das tatsächlich eine Alternative zum Weg, den die Sowjetunion gegangen war und weiterhin ging, darstellte.

Kritik an Togliatti »Revisionismus« kam aber nicht nur von der KPdSU. Nach dem IKP-Parteitag wurde er wiederum von der Französischen KP kritisiert. Ausgerechnet der kommunistische Philosoph Roger Garaudy, der sich Jahre später gänzlich von der kommunistischen Bewegung lossagte, schrieb in der theoretischen Zeitschrift der FKP »Cahiers du communisme« einen polemischen Beitrag gegen den italienischen Weg zum Sozialismus. Indem er zum Beispiel die Idee von der Pluralität von Parteien im Sozialismus sowie den Weg zum Sozialismus über Strukturreformen verwarf, bezichtigte er die IKP, die revolutionäre Perspektive hintenan zu stellen. Solange Kapitalismus bestände, wirke auch das Gesetz der absoluten Verelendung, wodurch Strukturreformen höchstens für Nahziele im Hinblick auf eine Volksfrontregierung Sinn hätten, nicht für einen Übergang zum Sozialismus. Togliatti blieb die Antwort nicht schuldig: In der »Rinascita« übte er seinerseits Kritik an Parteien, die an Dogmen festhielten, nicht aber zur praktischen Politik fähig wären. »Eines der schwersten Risiken, denen eine Partei verfallen

kann..., besteht darin, auf bestimmten, mehr oder weniger verinnerlichten Postulaten von Prinzipien zu beharren, nicht aber irgendeine Politik zu betreiben, das heißt, sich nicht der Realität der Situation, mit der sie konfrontiert ist, mit Initiativen und Vorschlägen zu stellen und auf diese Weise eine Bewegung in Gang zu setzen, die darauf gerichtet ist, sie [die Situation] zugunsten der Werktätigen zu verändern.«

Ein – wenn damals auch öffentlich nicht wahrgenommener – Eklat ereignete sich im November 1957 auf der Internationale Beratung (Konferenz) von 64 kommunistischen Parteien aus aller Welt in Moskau. Auf ihr wurden einvernehmlich die wesentlichen Orientierungen des XX. Parteitages der KPdSU gebilligt und in ein gemeinsam vereinbartes Dokument aufgenommen. Doch als die Debatte beendet und die Beratung de facto abgeschlossen war, ergriff Jacques Duclos, Führungsmitglied der Französischen KP, das Wort, um sehr penetrant und unverblümt Togliatti des Revisionismus zu bezichtigen. Während diese Anschuldigungen viele Teilnehmer gar nicht mehr wahrgenommen haben, haben sie bei anderen, die den emanzipatorischen Charakter des XX. Parteitages ernstgenommen hatten, besonders natürlich bei der italienischen Delegation, Bestürzung und Empörung ausgelöst.

Ein weiteres Kapitel der Auseinandersetzung mit dem »Revisionismus« Togliattis eröffnete die KP Chinas. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 und besonders nach der Internationalen Beratung der kommunistischen Parteien von 1957 sah sich die chinesische Partei unter ihrem Vorsitzenden Mao Tse-tung veranlasst, den angeblich sich ausbreitenden Revisionismus in verschiedenen kommunistischen Parteien und in anderen sozialistischen Ländern zu attackieren und den Marxismus-Leninismus in der überkommenen, Stalinischen Interpretation sowie die in die Kritik geratene Rolle Stalins, seine Verdienste also, zu verteidigen. Es mag kurios erscheinen: Während die KPdSU und die ihr ergebenden Parteien selbst aufs neue gegen den Revisionismus der Italienischen KP und auch des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens zu Felde zogen, begannen just die chinesischen Kommunisten ihre ideologischen Angriffe vor allem auf Chruschtschow, aber darüber hinaus ebenfalls auf Tito und Togliatti. Ihnen wurde der Vorwurf gemacht, sie seien in der kommunistischen Bewegung die Hauptverfechter des schädlichen Revisionismus. Ausgelöst wurde die chinesische Polemik gegen Togliatti durch einen Vorgang auf dem X. Parteitag der IKP im Dezember 1962. Der Delegierte der KP Chinas hatte in seiner Grußrede einige Positionen der IKP kritisiert. Andererseits hatte der Delegierte des BdKJ Positionen der KP Chinas kritisiert. Togliatti sah sich in seinem Schlusswort gezwungen, auf diesen Schlagabtausch einzugehen. Sein Grundtenor war: »Vermeiden wir einen tiefen und fortdauernden Bruch!« Er war in seinen Worten moderat und um Verständigung bemüht,

ohne allerdings Abstriche an seinen Auffassungen zu machen. Inhaltlich ging es um die friedliche Koexistenz zwischen den entgegengesetzten Systemen und Machtblöcken und in diesem Sinne um die Vermeidbarkeit eines neuen Weltkrieges, wie dies bereits in der Abschlusserklärung der Internationalen Konferenz von 81 kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1960 in Moskau formuliert worden war, sowie um das Konzept des Kampfes für Strukturreformen auf dem Wege zum Sozialismus in Italien. Es entwickelte sich eine ideologische Auseinandersetzung, die sowohl die strategischen Optionen in der internationalen Politik wie auch Entwicklungsprobleme in der kommunistischen Bewegung, revolutionstheoretische Fragen des Kampfes um Sozialismus und des sozialistischen Aufbaus betraf. Gegenstand der Auseinandersetzung und die entsprechenden gegenseitigen Argumentationen lassen sich heute, das sei betont, nur noch aus der damaligen bedrohlichen Situation des Kalten Krieges wie auch aus der damaligen dogmatischen ideologischen Verfasstheit der kommunistischen Bewegung begreifen. Sie zu erwähnen, ist dennoch von Bedeutung, weil sich hierin die fortwährende Unfähigkeit der kommunistischen Bewegung offenbarte, in einer konstruktiven und offenen Debatte zu übereinstimmenden Positionen und Problemlösungen zu gelangen. Dieses Unvermögen war schließlich eine wesentliche Ursache für den Niedergang der Bewegung seit den 1970er Jahren. In dieser Hinsicht war es eben Togliatti, der um einen zukunftsfähigen Ausweg bemüht war, dabei jedoch auf allgemeine Ablehnung stieß.

Ein zentraler Vorwurf der chinesischen Kommunisten gegen Togliatti betraf die Frage nach Krieg und Frieden. Am 31. Dezember 1962 veröffentlichte die chinesische Parteizeitung »Renmin Ribao« einen sehr langen parteioffiziellen Beitrag über »Die Divergenzen zwischen Genossen Togliatti und uns«, der dann als Broschüre in sehr vielen Sprachen verbreitet wurde. Dort heißt es: »Der X. Parteitag [der IKP] wurde zu einem hervorstechenden Teil der Gegenströmung, die sich, dem Marxismus-Leninismus zuwider, in letzter Zeit herausgebildet hat und der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung Abbruch tut.« Togliatti und »gewisse andere Genossen« würden fälschlicherweise meinen, »dass sich mit dem Auftreten von Kernwaffen ›der Charakter des Krieges verändert hat‹ und dass ›für die Definition eines gerechten Krieges andere Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden müssten‹. Damit ist gemeint, dass der Krieg nicht mehr die Fortsetzung der Politik bilde und dass der Unterschied zwischen gerechten und ungerechten Kriegen nicht mehr bestehe. Damit werden die Grundtheorien des Marxismus-Leninismus über Krieg und Frieden von ihrem Kern her abgeleugnet«. Die KP Chinas sei hingegen der Meinung, dass die Kernwaffen die marxistisch-leninistische Theorie über Krieg und Frieden in keiner Weise modifi-

ziert hätten und modifizieren können. Anstatt der Behauptung Togliattis, dass ein moderner Atomkrieg Selbstmord der Menschheit und deren totale Vernichtung bedeuten würde, vertraten die chinesischen Kommunisten die Meinung, dass, »wenn die Imperialisten, nachdem wir alle möglichen Maßnahmen zur Verhütung eines nuklearen Kriegs ergriffen haben, trotzdem einen derartigen Krieg entfesseln, ... das lediglich den Untergang des Imperialismus, nicht aber den der Menschheit bedeuten« würde. Auf einer Konferenz in der Stadt Bergamo hielt Togliatti – wohl eingedenk dieser These der KP Chinas – im März 1963 einen bedeutsamen Vortrag unter dem Motto »Das Schicksal des Menschen«, mit dem er seine Einschätzung eines möglichen atomaren Krieges eindrucksvoll bekräftigte und zu einer breiten, in das bürgerliche Lager reichenden Koalition zur Verhinderung eines menscheitsvernichtenden Krieges aufrief. Da Togliatti die unverminderte Gefährlichkeit des Imperialismus hervorgehoben und damit der These Mao Tse-tungs widersprochen hatte, der Imperialismus sei ein »Papiertiger«, den man nicht zu fürchten habe, betonten die chinesischen Kommunisten: Alle Reaktionäre seien tatsächlich Papiertiger im Vergleich zur ausschlaggebenden Macht der Volksmassen. Wer die Papiertigerthese in Frage stelle, habe den Geist eines Revolutionärs eingebüßt.

Das nächste Problem der Divergenz betraf das Verständnis von friedlicher Koexistenz, zu deren geistigen und politischen Urhebern sich bemerkenswerterweise die chinesischen Kommunisten selbst zählten. Ohne Kampf – so ihr Argument, gegen das es in der kommunistischen Bewegung überhaupt keinen Widerspruch gab – sei friedliche Koexistenz nicht zu verwirklichen. »Noch weniger kann man sich vorstellen, dass durch das Zustandekommen der friedlichen Koexistenz der Klassenkampf im Weltmaßstab, der Antagonismus zwischen den beiden Systemen, Sozialismus und Kapitalismus, und der Antagonismus zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen beseitigt werden können.« Die Revisionisten würden hingegen behaupten, friedliche Koexistenz sei Verzicht auf Klassenkampf. Dies war allerdings niemals Togliattis Position. Dennoch unterstellte ihm die KP Chinas die Auffassung, mit friedlicher Koexistenz könne man »die Struktur der ganzen Welt erneuern« und eine »neue internationale Ordnung« schaffen, was eine völlige Revision der Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Lehre vom Klassenkampf sei. Dem gegenüber würde Togliatti »international den Klassenkampf durch Zusammenarbeit der Klassen ersetzen, die Verschmelzung des sozialistischen mit dem kapitalistischen System propagieren«.

Des Weiteren hielt die KP Chinas Togliattis Vorstellung von der sozialistischen Revolution für falsch. Kritikwürdig sei die Tatsache, dass Togliatti Strukturreformen »zum »allgemeinen Kurs der internationalen kommunisti-

schen Bewegung« erhebt und einseitig erklärt, dass der friedliche Übergang bereits zum »Prinzip der Weltstrategie der Arbeiter- und kommunistischen Bewegung« geworden ist«. Die chinesische Führung interpretierte das Konzept der Strukturreformen in folgender Weise: Togliatti hätte der Diktatur des Proletariats einen anderen Sinn als Lenin gegeben. Dementsprechend halte er in Italien eine proletarische Revolution nicht mehr für notwendig, die bürgerliche Demokratie für klassenübergreifend und den Staat in verfassungskonformer Weise für umwandelbar usw. »Diese Theorie ... stellt den völligen Verrat an den Lehren des Marxismus-Leninismus über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats dar«. Sie sei der Sozialdemokratie ebenso nahe, wie sie vom Marxismus-Leninismus entfernt sei.

Schließlich berief sich die KP Chinas auf die »allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution«, wie sie in einer Deklaration der kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder während der Internationalen Beratung von 1957 in Moskau formuliert worden waren. Von Togliatti und »gewissen anderen Genossen« würden diese Gesetzmäßigkeiten in Gestalt der »antimarxistisch-antileninistischen Theorie vom sogenannten »italienischen Weg«..., mit der sie hausieren gehen«, für Italien als nicht zutreffend erklärt. Keine marxistisch-leninistische Partei, so die Ermahnung aus Peking, dürfe »gewisse neue Erscheinungen im gesellschaftlichen Leben zum Vorwand nehmen, den Marxismus-Leninismus durch Revisionismus zu ersetzen und die Sache des Kommunismus zu verraten«. Aus dieser These folgt, dass damals die KP Chinas die 1957 aufgrund von Erfahrungen und Ansprüchen formulierten »Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus« als unveränderlichen Bestandteil dem Marxismus-Leninismus hinzufügten. Dabei negierte sie selbst den in dieser Deklaration enthaltenen Zusatz, der diesen »Gesetzmäßigkeiten« einen provisorischen Charakter verlieh: »Der Marxismus erfordert die schöpferische Anwendung der allgemeingültigen Prinzipien der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus auf die konkreten historischen Verhältnisse eines jeden Landes; er duldet kein mechanisches Kopieren der Politik und der Taktik der kommunistischen Parteien anderer Länder.«

Die auf diese Weise provozierten, ja denunzierten italienischen Kommunisten haben selbstverständlich die Angriffe der KP Chinas zurückgewiesen. So veröffentlichte die Zeitschrift »Rinascita« am 12. Januar 1963 den Grundsatzartikel »Bringen wir die Debatte auf seine realen Ausgangspunkte«, in dem die Notwendigkeit der internationalen Diskussion um die aufgeworfenen Fragen bekräftigt und zugleich begründet wurde, dass und auf welche Weise die Politik der IKP Kampf gegen den Imperialismus war. Und in der in Prag herausgegebenen kollektiven Zeitschrift kommunistischer Parteien »Probleme des

Friedens und des Sozialismus« erschien ein Beitrag Luigi Longos unter dem Titel »Der revolutionäre Wert des Kampfes für Strukturreformen«, in dem eben der revolutionäre Charakter eines in Italien anvisierten sozialistischen Transformationsprozesses mittels Strukturreformen begründet wurde.

5. Togliattis »historische Kompromisse«

Der erste »historische Kompromiss«, der auf Palmiro Togliattis Initiative zustande kam, war die »Wende von Salerno«. Es ging, wie schon dargestellt, um die Zusammenarbeit der antifaschistischen Parteien und Bewegungen mit den Kräften der Monarchie, der Regierung Badoglio und mit den Militärs zum Zwecke der Befreiung des Landes vom Faschismus und von der deutschen Okkupation. Es war eine Koalition ganz unterschiedlicher Kräfte, die erklärtermaßen zeitlich begrenzt war und mit der Erfüllung der ihr zugrunde liegenden Aufgaben und Vereinbarungen ihr Ende fand. In dem Maße, wie sich im Rahmen der antifaschistischen Widerstands- und Befreiungsbewegung zwei politische Lager herausbildeten, das der Kommunisten und Sozialisten zum einen und das der katholischen Christlichen Demokratie zum anderen, war ein weiteres Terrain für einen Kompromiss zwecks Zusammenwirken unterschiedlicher politischer Formationen entstanden, dem sich Togliatti stellte. Positive Erfahrungen hierfür waren bereits in der Endphase des Zweiten Weltkrieges gesammelt worden, als Kommunisten und Katholiken Seite an Seite kämpften. Togliatti war sich besonders in den Nachkriegsjahren bewusst, dass in Italien mit einer katholischen Bevölkerungsmehrheit und einem beträchtlichen Einfluss des Vatikans auf die italienische Gesellschaft und Politik weitreichende politische Entscheidungen, ganz zu schweigen von progressiven gesellschaftspolitischen Veränderungen im Lande, eine Verständigung mit der »katholischen Welt« voraussetzen würden. Erforderlich war für den Fall eines Zusammenwirkens von Kommunisten und Katholiken jedoch die Klärung der Formen und Inhalte. Es ging nicht an, Bündnisbeziehungen auf der Grundlage völliger Übereinstimmung und unter der Führung der Kommunisten anzustreben. Denkbar und realisierbar war im besten Falle ein Kompromiss eigenständiger politischer Kräftegruppierungen, basierend auf der Verständigung über bestimmte, inhaltlich und zeitlich eingegrenzte Ziele sowie auf der Grundlage von Gleichheit, Interessenabgleich und einem Mindestkonsens.

Als 1946 die Annahme der neuen italienischen Verfassung am Streit um den Artikel 7 zu scheitern drohte, schlug Togliatti, wie erwähnt, eine Kompromissformulierung vor, um den drohenden Bruch der bestehenden antifaschis-

tischen Einheit zu verhindern. Er war damals überzeugt, dass das kommunistische und das katholische Lager, die in der italienischen Innenpolitik fortan maßgebend waren und blieben, gemeinsam in der Lage und gewillt wären, die Fortführung der begonnenen demokratischen Revolution zu gewährleisten. Auch diese Orientierung besaß den Charakter eines historischen Kompromisses, allerdings mit einer gesellschaftsverändernden perspektivischen Dimension. Diese Hoffnungen zerbrachen jedoch – und zwar auch durch den Druck von außen, von Seiten der USA, – mit dem Übergang zum Kalten Kriege, in dem die führenden politischen Kräfte der »katholischen Welt« Italiens und der Vatikan sich in die antikommunistische Front unter Führung der USA einreiheten. Dieser Kalte Krieg, der sehr rasch zu einem heißen Krieg hätte übergehen können, barg infolge der neuen, atomaren Waffen für die gesamte Menschheit die Gefahr der totalen Selbstvernichtung in sich. Mögliche Kriege zwischen Mächten, die ausreichende Atomwaffen besaßen – so die beiden Hegemonialmächte der entgegenstehenden Blöcke USA und UdSSR –, hätten somit einen in der Geschichte der Menschheit nie dagewesenen Charakter angenommen. Zu den ersten Mahnern, der Ost-West-Konflikt könnte in Anbetracht der neuen Qualität der Waffen zur Selbstvernichtung der Menschheit führen, gehörte Albert Einstein. »Die Freisetzung der Macht des Atoms hat unser ganzes Leben verändert – aber nicht unser Denken«, schrieb er im Mai und Juni 1946. Noch kurz vor seinem Tode unterzeichnete er zusammen mit Max Born, Frédéric Joliot-Curie, Leopold Infeld, Linus Pauling, Cecil Frank Powell und Hideki Yukawa 1955 einen von Bertrand Russel initiierten Aufruf an die Regierungen der Großmächte, in dem es hieß: »Wir müssen lernen, anders zu denken als bisher. Wir dürfen nicht mehr fragen: Welche Schritte müssen wir ergreifen, um unserer Seite den militärischen Sieg zu sichern? Denn solche Schritte gibt es nicht mehr. Vielmehr müssen wir uns fragen: Welche Schritte führen zur Vermeidung eines militärischen Konflikts, dessen Ende für alle Beteiligten katastrophal sein müsste?« Togliatti, dem diese Gefahr von Anfang an ebenfalls bewusst war, zog aus dieser Situation den Schluss, dass die Verhinderung einer atomaren Menschheitskatastrophe zu den wichtigsten Aufgaben der kommunistischen Bewegung geworden war, und zwar bereits in einer Zeit, als selbst die sowjetische Führung noch Strategien für einen siegreichen Krieg mit atomaren Waffen konzipierte. Auf einer Tagung des Zentralkomitees seiner Partei am 12. April 1954 plädierte Togliatti »Für ein Abkommen zwischen Kommunisten und Katholiken zur Rettung der menschlichen Zivilisation«. Er ging davon aus, dass die Gefahren von der Politik der USA her resultierten. »Die Perspektive, die diejenigen der Welt bieten, die die amerikanische Politik der atomaren Drohung und Erpressung befürworten, ist also – das müs-

sen wir ganz offen sagen – eine Perspektive des Endes der heutigen Zivilisation... Es würde sich um eine totale oder annähernd totale Auslöschung der Ergebnisse einer Arbeit, einer materiellen Entwicklung und einer geistigen Entwicklung handeln, die Dutzende von Jahrhunderten dauerten und die jene von den Menschen gestaltete Welt hervorgebracht haben, in der wir alle heute leben.« In Anbetracht dieser Situation könne man zwei verschiedene Positionen beziehen: die der Verzweiflung und Resignation, weil man angeblich nichts ausrichten könne, oder die der Suche nach Mitteln der Aktion. Die Position der Menschen, die sich von Vernunft und Einsicht leiten lassen, »müsse die Suche nach Mitteln der Aktion« sein. Die Aufgabe aller, die das Leben und die Kultur achten, bestehe darin, die Menschen unterschiedlicher Überzeugungen und Konfessionen für einen breiten Zusammenschluss zur Erhaltung der Menschheitskultur zu gewinnen und diesem Zusammenschluss ein entscheidendes Gewicht im eigenen Lande und international zu verleihen, ihn zu einer unüberwindbaren Kraft zu machen. Togliatti rief die Masse der Katholiken im Interesse des Friedens zur Zusammenarbeit auf. Es gäbe viele Berührungspunkte und breite Möglichkeiten »des Verständnisses, der Annäherung und des Übereinkommens. Das ist der Weg, auf dem wir voranschreiten müssen..., auf dem wir italienischen Kommunisten, die wir uns im Zentrum der katholischen Welt befinden und uns daher von der Geschichte, von den Realitäten selbst, eine besondere Aufgabe zuteil wurde... Wir verlangen von der katholischen Welt nicht, dass sie aufhört, die katholische Welt zu sein... Wir streben also nach einer gegenseitigen Verständigung, vor allem nach einer solchen, die es zu erkennen erlaubt, dass heute eine Aufgabe zur Rettung der Zivilisation besteht, bei der die kommunistische und die katholische Welt die gleichen Ziele haben und zusammenarbeiten können, um dies zu erreichen.«

Neun Jahre später, als der Kalte Krieg seinen Höhepunkt erreicht hatte, kam Togliatti mit noch größerer Eindringlichkeit auf dieses Thema zurück. Am 20. März 1963 hielt er auf einer Konferenz in der Stadt Bergamo einen Vortrag »Das Schicksal des Menschen«. Wiederum standen im Mittelpunkt seiner Ausführungen die Beziehungen zwischen Kommunisten und Katholiken, denen er eine perspektivische Bedeutung beimaß. Diesmal ging er jedoch auf zwei Bereiche ein, in denen eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Strömungen anzustreben sei: auf den gemeinsamen Kampf gegen die Kriegsgefahr und auf ein Zusammengehen für sozialen Fortschritt in der kapitalistischen Gesellschaft Italiens. Gleich zu Beginn seiner Rede räumte Togliatti Befürchtungen aus, die Kommunisten würden eine Annäherung mit den Katholiken auf der Grundlage eines Kompromisses zwischen den beiden Ideologien anstreben. Man müsse »hingegen die kommunistische Welt und die

katholische Welt als einen Komplex von realen Kräften betrachten, von Staaten, Regierungen, Organisationen, individuellen Bewusstseinsformen, Bewegungen verschiedener Natur, und man muss untersuchen, ob und in welcher Weise angesichts der Revolutionen der heutigen Zeit und angesichts der Zukunftsaussichten ein gegenseitiges Verständnis, eine gegenseitige Anerkennung von Werten und daher eine Verständigung und auch ein Übereinkommen möglich ist, um Ziele zu erreichen, die insofern gemeinsam sind, als sie für die gesamte Menschheit notwendig und unumgänglich sind«.

Togliatti erinnerte an die Tatsache, dass eine große Zahl von Gläubigen auch Mitglieder der Kommunistischen Partei seien. Die Grundlage für ihren Eintritt in die IKP sei »das Programm, für dessen Verwirklichung wir kämpfen und das auch ein gläubiger Mensch ohne weiteres akzeptieren kann«. Den Appell an die Katholiken zum Zusammengehen, um einen atomaren Vernichtungskrieg zu verhindern, formulierte Togliatti jetzt eindringlicher als zuvor. Man sei mit einer »schrecklichen, einer erschreckenden ›Neuheit‹« konfrontiert, indem der Mensch heute nicht mehr, wie bisher, nur andere Menschen töten, vernichten könne, sondern nunmehr in der Lage sei, die ganze Menschheit zu vernichten, auszurotten. »Der Krieg ... wird der mögliche Selbstmord aller menschlichen Lebewesen und ihrer gesamten Zivilisation. Und der Frieden, an den man immer als ein Gut gedacht hat, verwandelt sich in etwas Größeres und anderes: Er wird, falls der Mensch sich nicht selbst vernichten will, zu einer Notwendigkeit. Aber die Anerkennung dieser Notwendigkeit muss eine totale Revision der politischen Orientierungen, der öffentlichen und auch der privaten Moral bedeuten.« Aus diesen Gründen wende sich die Kommunistische Partei an die Katholiken und fordere sie »zum Nachdenken, zum Dialog, zur Diskussion, zu möglichen Verständigungen über Ziele auf, die keine anderen als für alle Menschen gemeinsamen sein können. Wir rufen sie auf, sich unserer gemeinsamen Natur als zivilisierte Menschen zu erinnern, die die Pflicht haben, ... die Kultur als auch die Menschheit selbst vor schrecklichen Katastrophen zu retten.« Darüber hinaus wies Togliatti in Bergamo auf die Veränderungen in der kapitalistischen Welt hin, die im Interesse des Fortschritts und der Demokratie ebenfalls gemeinsames Handeln nahelegen würden. Auch in dieser Hinsicht appellierte er an die katholischen Werktätigen und Geistesschaffenden, indem er sie auf die Vorgänge, die sich im Inneren auch der fortgeschritteneren Länder auf dem Gebiet der ökonomischen und sozialen Strukturen vollzogen, aufmerksam machte, aufgrund deren eine Perspektive des Sozialismus auch für Katholiken erstrebenswert sein müsste. Als Beispiel nannte er ein wenig euphorisch die sozialistischen Länder, die sich zu einer anderen Gesellschaft hin entwickelten, gegründet auf neuen Formen demokratischen Lebens, auf die Überwindung jeglicher

Ausbeutung, auf Arbeit, auf soziale Gleichheit, auf die vielfältige freie Entfaltung der Persönlichkeit. Die katholische Welt könne »nicht unempfindlich gegenüber den neuen Dimensionen bleiben, die die Welt annimmt... Es ist nicht wahr, dass ein religiöses Bewusstsein ein Hemmnis dabei sei, diese Aufgaben und diese Perspektive zu verstehen und sich zu eigen zu machen. Im Gegenteil. Wir behaupteten und behaupten weiterhin, dass das Streben nach einer sozialistischen Gesellschaft sich nicht nur bei Menschen, die einen religiösen Glauben haben, Bahn bricht, sondern dass ein solches Streben einen Stimulus im religiösen Bewusstsein selbst haben kann, das mit den dramatischen Problemen der heutigen Welt konfrontiert wird.«

Die politische und weltanschauliche Polarisierung in der Periode des Kalten Krieges mit der entschieden, mehr oder weniger zwangsläufigen Parteinahme der politisch, sozial und religiös organisierten Kräfte für die eine oder andere Seite in der Systemauseinandersetzung bot damals kaum reale Chancen für derartige historische Kompromisse zwischen den politischen Lagern, für die Togliatti eintrat, so notwendig sie auch waren. Doch Togliatti gebührt das Verdienst, als erster führender Kommunist darauf aufmerksam gemacht zu haben, dass die Verhinderung von Kriegen im Atomzeitalter zur unabdingbaren Menschheitsaufgabe geworden war, der sich die Kommunisten verpflichtet fühlen müssten, da nunmehr nicht nur sozialer Fortschritt und Sozialismus, sondern das Überleben der ganzen Menschheit auf dem Spiel stand. Über die Blöcke und politischen Lager hinweg fand gemeinsame Verantwortung für die Sicherung des Weltfriedens jedoch erst in den 1970er Jahren allgemeine Anerkennung, nachdem als Folge eines annähernden militärisch-strategischen Gleichgewichts spürbare Fortschritte auf dem Gebiete der friedlichen Koexistenz erreicht worden waren und als allgemein die Einsicht auf beiden Seiten um sich griff, dass mit Krieg politische Ziele nicht mehr durchgesetzt werden könnten, dass keine Seite mehr in der Lage war, ihre eigene militärische Sicherheit zum Nachteil der anderen Seite zu gewährleisten. Als sich in der kommunistischen Bewegung mit Verspätung diese Erkenntnis durchsetzte, lebte Togliatti schon nicht mehr.

6. Togliattis politisches Testament – das Memorandum von Jalta

Die krisenhafte Entwicklung in der internationalen kommunistischen Bewegung und besonders in den sozialistischen Ländern verfolgte Togliatti in seinen letzten Lebensjahren mit großer Besorgnis. Ihn beschäftigte vor allem die unbefriedigende Situation und Funktion dieser Bewegung, die in ihr wirkenden zentrifugalen Kräfte und Spaltungstendenzen, die anmaßende Art und

Weise, wie die Führung der KPdSU die anstehenden Probleme zu lösen beabsichtigte bzw. wirkungsvolle Lösungen verhinderte, und nicht zuletzt die Auswirkungen der negativen Erscheinungen mangelnder Demokratie und Freiheit in den sozialistischen Ländern auf die gesamte kommunistische Bewegung. Bis zuletzt fest verwurzelt in dieser Bewegung sah er sich mehr denn je und offensichtlich mehr als andere führende Kommunisten in der Verantwortung, offen Konzepte und Wege zur Sprache zu bringen, die er für geeignet hielt, die bedrückende Entwicklung in eine positive Richtung umzukehren. Einen erneuten Anlass hierzu bot 1964 eine Initiative der KPdSU. Diese hatte einen Vorschlag der Weltberatung der kommunistischen Parteien von 1960 aufgegriffen, eine weitere derartige Beratung (Konferenz) durchzuführen, um die Einheit der Bewegung zu konsolidieren. Ein wichtiges Anliegen bestand darin, in Anbetracht zunehmender internationaler Spannungen die Aktionsfähigkeit der Bewegung zu stärken und auf die Eskalation der militärischen Intervention der USA gegen das sozialistische Vietnam gemeinsam zu reagieren. Die KPdSU hegte aber auch die Absicht, auf dieser Beratung eine kollektive Verurteilung der KP Chinas zu erreichen, die einer Konsolidierung der Einheit im Sinne der KPdSU entgegenwirkte.

Togliatti bewegte generell die Frage, welches in der gegebenen Situation die Grundlagen der erforderlichen Einheit der kommunistischen Bewegung sein müssten und wie man in Übereinstimmung damit deren Aktionsfähigkeit gewährleisten könne. Als Reaktion auf den XX. Parteitag der KPdSU, auf die ihm nachfolgenden Turbulenzen und das Wiederaufleben rückwärts gerichteter konservativer Bestrebungen in der kommunistischen Bewegung hatte er bereits auf dem VIII. Parteitag der IKP im Dezember 1956 seine Vorstellungen skizziert. »Die kommunistische Bewegung braucht national und international ihre Einheit. Diese Einheit kann man in zweifacher Weise auffassen. Man kann sie als das Ergebnis eines von außen ausgeübten Zwanges, als eine schematische Übertragung oder unbedingte Nachahmung der Vorstellungen anderer auffassen. Diese Auffassung lehnen wir ab. Es kann aber auch eine Einheit geben, die aus der Verschiedenartigkeit und Eigenständigkeit der Erfahrungen eines jeden hervorgeht, die durch einen gegenseitigen kritischen Geist gefördert und durch die Selbständigkeit der einzelnen Parteien gestärkt wird. Diese Art Einheit brauchen wir. Wir müssen einig sein, weil wir die gleichen Prinzipien haben und das gleiche Endziel verfolgen. Unsere Einheit ist die Vorwegnahme der internationalen Gesellschaft, für die wir kämpfen.« Hinter dieser Aussage verbarg sich bereits eine Kritik an der noch immer praktizierten hegemonialen Einmischung der KPdSU in die Belange anderer kommunistischer Parteien. Auf einer Tagung des ZK der IKP im April 1964, die sich vornehmlich mit den Problemen der internationalen

kommunistischen Bewegung beschäftigte, bekräftigte Togliatti erneut seinen Standpunkt zu deren Einheit. »Die Einheit muss sich aus der Gemeinsamkeit der hauptsächlichlichen Ziele unserer Aktion und aus der internationalen Solidarität ergeben. Daneben, vielmehr als deren Bedingung, als Bedingung der Stärke und der breiten Entwicklung unserer ganzen Bewegung muss jede Partei volle Autonomie und Souveränität besitzen, muss sie für ihre Aktionen uneingeschränkt verantwortlich sein, und zwar in erster Linie der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen des eigenen Landes gegenüber.« Am Zustand der internationalen kommunistischen Bewegung, besonders an ihrem Rückstand in der Erkenntnis und der Berücksichtigung der neuen Probleme in der Welt, übte Togliatti wie kein anderer eine deutliche Kritik. »Wir müssen ... anerkennen, dass unsere Bewegung seit langer Zeit am Fehlen, an der Begrenztheit und sogar an der Unterdrückung dieser kreativen Fähigkeit leidet. Der Schematismus, der Dogmatismus, die Ablehnung, etwas Neues zu erfassen und zu tun, die Anbetung scholastischer Formeln und vorgefasster Phrasen, die Angst vor neuen Erscheinungen – all das hat uns schwerste Schäden verursacht. Die große Wende der Erneuerung, die der VII. Kongress der Internationale⁶ in der kommunistischen und Arbeiterbewegung eingeleitet hatte und die in großen Aktionen Ausdruck fand, wie in der französischen Volksfront, in der Verteidigung der spanischen Republik, in der Einheit des Kampfes gegen den Faschismus, wurde nach dem Krieg nicht weiter so vorgebracht, wie es möglich und notwendig gewesen wäre. Falsch war der Versuch, in maskierter Form jene zentralisierte internationale Organisation neu zu beleben,⁷ die aufgelöst worden war, um die Notwendigkeit der autonomen Entwicklung jeder Partei im Kampf für Demokratie und Sozialismus zu begründen. Viele Positionen sind verloren gegangen. Viele Möglichkeiten des Voranschreitens konnten nicht genutzt werden. Wir sind abgehängt von der Entwicklung des Denkens und der Kultur.« Seiner Meinung nach war die kommunistische Bewegung dabei, in der Welt den vorderen Platz als Repräsentantin fortschrittlichen Denkens und fortschrittlicher Kultur einzubüßen. Im Gegensatz dazu war die Mehrzahl der anderen kommunistischen Parteien, voran die KPdSU, noch immer überzeugt, anderen politischen Strömungen weit überlegen zu sein. Es fehlte das Verständnis dafür, dass sie, falls sie sich den neuen Herausforderungen zu stellen nicht in der Lage sein werden, aufhören würden, der Menschheitsgeschichte die Entwicklungsrichtung vorzugeben, sondern sie auf ein Nebengleis der Weltgeschichte abgleiten würden.

⁶ Im Jahre 1935.

⁷ Gemeint ist das Kommunistische Informationsbüro.

Wenn Togliatti von der Autonomie sprach, unterließ er es nicht, immer wieder auf das Konzept des italienischen Weges zum Sozialismus zu kommen, das der Ausdruck der Eigenständigkeit der IKP in der internationalen kommunistischen Bewegung, vor allem im Verhältnis zur KPdSU und UdSSR, war. So hob er auf dieser ZK-Tagung im April 1964 den Unterschied seines Konzepts zum bestehenden Sozialismus hervor. Die Probleme der Organisation einer sozialistischen Gesellschaft seien auf neue Art und Weise zu lösen. »Wir sind der Meinung, dass diese Organisation in allen ihren Phasen einen klaren, einen demokratischen Inhalt haben muss, dass Fehler, Abkapselungen und Verdrehungen, wie sie andernorts vorgekommen sind, vermieden werden müssen, dass die bereits erzielten demokratischen Errungenschaften und die ihnen entsprechenden Methoden des politischen Kampfes nicht wieder beseitigt werden dürfen, dass die Existenz einer Vielzahl politisch organisierter Kräfte anerkannt werden muss, dass schließlich auch eine Vielzahl von Formen der Zusammenarbeit anerkannt wird, was andernorts eine Ausnahme war, bei uns aber nach unserer Auffassung zu einer notwendigen Regel wird.«

Wie schon ausführlich dargelegt wurde, war Togliatti seit Anfang der 1960er Jahre besonders über den Konflikt mit der KP Chinas besorgt. In seiner bereits erwähnten Polemik mit den Auffassungen Mao Tse-tungs ging es ihm vor allem um die Klärung der politisch-strategischen Ausrichtung der kommunistischen Bewegung und um die Stärkung ihrer internationalen Handlungsfähigkeit. Einerseits unterstützte er hierbei weitestgehend die internationale Politik der KPdSU, wie sie der XX. Parteitag beschlossen hatte, andererseits lehnte er strikt das Bestreben der KPdSU-Führung ab, eine neue Weltberatung kommunistischer Parteien zur kollektiven Verurteilung der KP Chinas zu nutzen und deren Ausschluss aus der kommunistischen Weltbewegung zu verkünden. Deshalb drängte er die KPdSU auf Mäßigung, auf die Suche nach einer Verständigung mit den chinesischen Kommunisten, um die Spaltung der kommunistischen Bewegung zu verhindern. Wie schon zuvor forderte er eine politische Auseinandersetzung. Das betraf vor allem die Politik der friedlichen Koexistenz und die Verteidigung des Weltfriedens. Die Situation in der Bewegung erfordere geduldige Diskussionen. Diese seien eine unerlässliche Voraussetzung für eine neue Weltberatung der kommunistischen Parteien. »Man muss deshalb vor einer Weltberatung eine vielseitigere und gründlichere Vorbereitungsarbeit einplanen als jene, die vor der Beratung der 81 Parteien 1960 stattfand.«

Anfang August 1964 erhielt die IKP aus Moskau eine Einladung für ein Parteientreffen im Dezember zur Vorbereitung der angestrebten Weltkonferenz. Togliatti gab sich am 11. August selbst nach Moskau, um die sowje-

tischen Absichten zu erkunden und seine eigenen Auffassungen darzulegen. Die KPdSU-Führung ihrerseits war in besonderem Maße an seiner Meinung interessiert. Er war der Repräsentant der größten und einflussreichsten kommunistischen Partei in der kapitalistischen Welt, seine eigenständige, unkonventionelle Position zu vielen Grundfragen der kommunistischen Bewegung konnte nicht unberücksichtigt bleiben, und er besaß trotz der Revisionismus-Verdächtigungen eine große internationale Autorität. Für die Probleme in der internationalen kommunistischen Bewegung fühlte er sich uneingeschränkt verantwortlich, ungeachtet einer einschneidenden parteipolitischen Entscheidung, die er im April 1964 getroffen hatte, aber außerhalb der engeren Führung seiner Partei vermutlich niemanden bekannt war: Aus gesundheitlichen Gründen, möglicherweise auch aufgrund von Amtsmüdigkeit und von Verdruss über Querelen in seiner eigenen Partei hatte er die Parteiführung gebeten, für eine gewisse Zeit die Funktion des Generalsekretärs seinem Stellvertreter Luigi Longo zu übertragen, was auch geschehen war. Er behielt lediglich die Leitung der Zeitschrift »Rinascita«.

Als Togliatti in der Sowjetunion eintraf, hielt sich Chruschtschow nicht in Moskau auf. Ein Treffen sollte später in Jalta stattfinden, wohin Togliatti deswegen weiterreiste. Um Chruschtschow von seinen Auffassungen bereits vor dem Gespräch ins Bild zu setzen, verfasste er ein Memorandum, das zugleich sein politisches Testament werden sollte. Doch bei einem Besuch des Pionierlagers Artek auf der Krim am 13. August brach er erschöpft zusammen. Sein Zustand verschlechterte sich rapide. Er verstarb am 21. August 1964, bevor er mit Chruschtschow das vorgesehene Gespräch führen konnte. Luigi Longo, ohnehin bereits amtierender Generalsekretär der IKP, war sofort zur Krim gefahren. Noch in der Sowjetunion hatte er entgegen den Ratschlägen der KPdSU und anderer Parteien angekündigt, umgehend dieses Memorandum Togliattis zu veröffentlichen.

Obgleich es lediglich als Gesprächskonzept gedacht war und nicht alle anstehenden Probleme erfasste, enthielt es Togliattis Auffassungen wohlgedacht und akzentuiert. Wegen ihres kritischen Gehalts provozierte das Papier sofort entschiedene Vorbehalte seitens der KPdSU und anderer kommunistischer Parteien. Denn Togliatti teilte nicht deren selbstgerechte, apologetische Sicht auf die damalige Situation in der Welt, in der kommunistischen Bewegung und besonders in den sozialistischen Ländern. Die internationale Situation beurteilte er »mit einem gewissen Pessimismus«, da sie sich verschlechtert hätte. »Von den Vereinigten Staaten von Amerika geht heute die ernsteste Gefahr aus.« Togliatti erinnerte an den Mord an US-Präsident Kennedy, an die Verschärfung des Rassenkonflikts in den USA, an die amerikanischen Bombardements auf Nordvietnam. Dem Ernst der Situation müsse man im Ver-

halten zu den chinesischen Kommunisten Rechnung tragen. »Die Einheit aller sozialistischen Kräfte in einer gemeinsamen Aktion gegen die reaktionären Gruppen des Imperialismus, auch über die ideologischen Divergenzen hinweg, ist eine unausweichliche Notwendigkeit. Man kann sich nicht vorstellen, dass aus dieser Einheit China und die chinesischen Kommunisten ausgeschlossen werden können... Für einen wirksamen Kampf gegen die falschen politischen Positionen und gegen die Spaltertätigkeit der chinesischen Kommunisten« habe die IKP schon zuvor ein Vorgehen vorgeschlagen, das jedoch nicht befolgt wurde. Der Plan der IKP enthielt folgende Punkte: » – niemals die Polemik gegen die prinzipiellen und politischen chinesischen Positionen zu unterbrechen; – diese Polemik anders zu führen, als das die Chinesen tun, ohne verbale Überspitzungen und allgemeine Verurteilungen, über konkrete Themen, in objektiver und überzeugender Art und stets mit einem gewissen Respekt für den Gegner; – zur gleichen Zeit eine Reihe von Treffen für Gruppen von Parteien abzuhalten, um die Aufgaben, die sich heute in den verschiedenen Bereichen unserer Bewegung stellen..., gründlich zu untersuchen und besser zu definieren...; – erst nach dieser Vorbereitung, die auch ein Jahr der Arbeit oder länger in Anspruch nehmen könnte, wäre es möglich, die Frage einer internationalen Konferenz, die tatsächlich eine neue Etappe unserer Bewegung, ihre wirkliche Stärkung auf neuen und richtigen Positionen darstellen könnte, zu untersuchen.« Da eine andere Linie eingeschlagen wurde, seien negative Konsequenzen eingetreten. Dazu gehöre, dass einige Parteien wohl in kürzester Frist »eine feierliche Verurteilung« der KP Chinas erwarten würden, die dann für die ganze Bewegung gültig sein solle. Und was die kommunistische Bewegung und Arbeiterbewegung in den westlichen Ländern angehe, wäre es nicht richtig, »eine vorwiegend optimistische Darstellung« zu geben. Die Entwicklung der Bewegung und ihre Kraft würden nicht in den Aufgabenstellungen ihren Ausdruck finden, obgleich günstige Bedingungen und vielfältige Bündnismöglichkeiten für einen Vormarsch beständen. Hinderlich sei der Dogmatismus. Abgesehen von den kommunistischen Parteien in Frankreich, Italien und Spanien sei die Situation nicht überwunden, in der die Kommunisten außerstande seien, »eine wirkliche und wirksame politische Aktion zu entfalten, die sie mit den großen Massen der Werktätigen verbindet. Sie beschränken sich auf Propagandaarbeit und haben keinen effektiven Einfluss auf das politische Leben ihres Landes«. Togliatti unterstrich erneut den demokratischen Charakter des Kampfes der Kommunisten. Zu beantworten sei die Frage nach der Möglichkeit, im Rahmen des bestehenden kapitalistischen Staates Machtpositionen der werktätigen Klassen zu erobern und den Kampf für eine progressive Veränderung von innen heraus zu führen.

Da Togliatti in all seinen Überlegungen auf die Rolle, die Autorität und das Prestige der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder fixiert blieb, ist es verständlich, dass er auch auf die Lage in diesen Ländern zu sprechen kam, von deren Verfasstheit und Politik die westlichen kommunistischen Parteien maßgeblich – positiv wie negativ – beeinflusst wurden. Für sie ergriff er Partei gegen die Angriffe aus Peking, wenngleich er sich, wie erwähnt, gegen die Formen und Methoden der sowjetischen Reaktion wandte. Zugleich war er über bestimmte Erscheinungen in der Entwicklung dieser Länder tief besorgt. »Es entstehen ... in allen sozialistischen Ländern fortwährend Schwierigkeiten, Widersprüche, neue Probleme, die man real darstellen muss. Das Schlimmste wäre, wenn man den Eindruck erzeugen würde, dass stets alles gut ginge, während wir uns dann plötzlich der Notwendigkeit gegenübergestellt sähen, von schwierigen Situationen zu sprechen und sie zu erklären. Aber es handelt sich nicht nur um vereinzelte Fakten. Es geht um die gesamte Problematik des sozialistischen Aufbaus auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet... Einige Situationen erscheinen als wenig verständlich. In manchen Fällen hat man den Eindruck, dass in den Führungsgremien Meinungsverschiedenheiten bestehen; doch versteht man nicht, ob es tatsächlich so ist und welches die Meinungsverschiedenheiten sind. Vielleicht könnte es in manchen Fällen nützlich sein, dass auch in den sozialistischen Ländern offene Diskussionen über aktuelle Themen stattfinden, an denen führende Persönlichkeiten teilnehmen... Die Kritik an Stalin ... hat recht tiefe Spuren hinterlassen... [Es] wird im Allgemeinen das Problem der Ursachen des Kultes um Stalin sowie die Art und Weise, wie er entstehen konnte, als ungelöst betrachtet... Das Problem, dem man die größte Aufmerksamkeit schenkt, ist jedoch heute im Hinblick sowohl auf die Sowjetunion als auch auf die anderen sozialistischen Länder in besonderem Maße das der Überwindung des Regimes der Beschränkung und Unterdrückung der demokratischen und persönlichen Freiheiten, das von Stalin errichtet wurde... Man hat den allgemeinen Eindruck einer Langsamkeit und eines Widerstandes bei der Rückkehr zu den Leninschen Normen, die innerhalb der Partei und außerhalb eine breite Freiheit der Meinung und der Diskussion auf dem Gebiete der Kultur, der Kunst und auch auf politischem Gebiet gewährleisten. Diese Langsamkeit und dieser Widerstand sind für uns schwer erklärbar... Wir gehen stets davon aus, dass der Sozialismus jene Ordnung ist, in der die Werktätigen die größte Freiheit besitzen und tatsächlich in organisierter Form an der Leitung des gesamten gesellschaftlichen Lebens teilnehmen.« Besorgt war Togliatti auch über die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern. So wies er auf das Wirken zentrifugaler Tendenzen und das Auftreten von Nationalismus hin. Nicht nur in der kommunistischen Bewegung, sondern »auch im sozialistischen Lager muss man sich vielleicht

(ich unterstreiche dieses ›vielleicht‹, weil viele konkrete Tatsachen uns unbekannt sind) vor der erzwungenen äußerlichen Uniformität hüten und daran denken, dass die Einheit in der Verschiedenheit und völligen Selbständigkeit der einzelnen Länder [l'unità nella diversità e piena autonomia] hergestellt und erhalten werden muss.«

Togliattis Besorgnisse, Ermahnungen und Vorschläge, um den Problemen, Schwierigkeiten und Krisenerscheinungen in der internationalen kommunistischen Bewegung und in den sozialistischen Ländern entgegenzuwirken und einen konstruktiven, zukunftsorientierten Ausweg zu finden, blieben praktisch wirkungslos. Er hatte sich also vergeblich bemüht, mit konstruktiven Vorschlägen den unverkennbaren Prozess von Krise und Niedergang aufzuhalten und in einen Prozess der Erneuerung, des Aufschwungs und Einflussgewinns umzukehren. Ob sein Vermächtnis geeignet war, dies tatsächlich erfolgreich zu bewirken, lässt sich nicht beantworten. Auf alle Fälle hätte die weitere Entwicklung von kommunistischer Bewegung und realem Sozialismus einen anderen Verlauf, befreit von vielen Unzulänglichkeiten, Dogmatismen, Engherzigkeiten, von Selbstgefälligkeit und Besserwisserei, genommen.

Luigi Longo

1. Lebensdaten Longos

Luigi Longo wurde am 15. März 1900 geboren. In Turin absolvierte er ein Studium am Polytechnischen Institut. Nachdem er 1920 in die Sozialistische Partei eingetreten war, nahm er im Januar 1921 an jenem Parteitag teil, der zur Spaltung der Sozialistischen und zur Gründung der Kommunistischen Partei führte, zu der auch Longo an der Seite Gramscis und Togliattis übertrat. 1922 weilte er erstmals in der Sowjetunion, wo er als italienischer Jungkommunist am IV. Komintern-Kongress und am III. Kongress der Kommunistischen Jugendinternationale teilnahm. Auf dem illegalen Parteitag der KPI 1926 in Lyon wurde er zum Mitglied des ZK gewählt. Er nahm sodann 1928 wiederum in Moskau am VI. Komintern-Kongress sowie am V. Kongress der Kommunistischen Jugendinternationale teil, in der er zum Mitglied des Exekutivkomitees gewählt worden war. In der KPI wurde er mit Führungsfunktionen in deren Auslandsleitung betraut. Und auf dem IV. in Köln stattgefundenen Parteitag wurde er Mitglied der Nationalen Leitung der Partei. Danach siedelte er nach Moskau über, wo er bei der Komintern tätig war. Nach Beginn des Spanischen Bürgerkrieges fungierte Longo zunächst als Politikommissar der italienischen Brigade und seit Dezember als Generalinspekteur aller Internationalen Brigaden. Ab 1943 war Longo in führenden Positionen der Partisanenverbände in der Widerstands- und Befreiungsbewegung Italiens tätig – seit Juni 1944 deren stellvertretender Kommandeur. Auf dem V. Parteitag Ende 1945/Anfang 1946 wurde er an der Seite Togliattis zum stellvertretenden Generalsekretär der IKP gewählt. Diese Funktion übte er formell bis zum Tode Togliattis im August 1964 aus. De facto hatte ihm Togliatti jedoch bereits im April 1964 die Amtsgeschäfte des Generalsekretärs übergeben, die er offiziell bis 1972 wahrnahm. Doch aus gesundheitlichen Gründen gab er diese Funktion 1972 an Enrico Berlinguer ab. Danach war Longo Ehrenvorsitzender der IKP. Gestorben ist er am 16. Oktober 1980.

Erwähnenswert ist das seit 1945 andauernde Verhältnis zwischen Togliatti als Generalsekretär die IKP und Longo, seinem Stellvertreter. Nilde Jotti, Togliattis Lebensgefährtin, schrieb darüber in einem Beitrag anlässlich des 70. Geburtstages Longos am 15. März 1970 folgendes: »Es gab keine vitale Vertraulichkeit, keine Einträchtigkeit in den Gewohnheiten der beiden, was an-

sonsten die Grundlage einer Freundschaft darstellt. Sie nannten sich niemals mit Vornamen. Togliatti meinte, dass, wenn man Führer einer Partei ist, diejenigen, mit denen man die Verantwortung der Führung teilt, untereinander keine ›Freunde‹ sein können, weil man die Pflicht hat, sich sein unbedenkliches Urteil unbeeinflusst von persönlichen Erwägungen zu erhalten. Dies war eine Ansicht von hoher, aber zugleich harter Sittlichkeit, eine Art von Philosophie der Einsamkeit. Ich weiß nicht, ob man Longo diese rigorose Gewohnheit jemals zum Vorwurf gemacht hat, wie sie selbst die engsten Mitverantwortlichen in der Führung Togliatti [zum Vorwurf] gemacht haben, denn beide waren ihrem Profil nach aus demselben Holz geschnitzt.«

Eine solche Beziehung entsprach vermutlich dem Umgang, wie er im Führungszentrum der Komintern zur Gewohnheit geworden war. Im Falle Togliattis und dann wohl auch Longos handelte es sich offenbar um einen Führungsstil, der aus der hierarchischen Praxis des »demokratischen Zentralismus« und möglicherweise auch aus den mit unversöhnlichen Auseinandersetzungen verbundenen bitteren persönlichen Erfahrungen resultierte. Dieser Führungsstil ließ sich mit Beziehungen persönlicher Vertrautheit und Freundschaft kaum vereinbaren. In der Italienischen KP änderte er sich erst unter Berlinguer, der die »harte Schule« der Komintern nicht mehr absolviert hatte, der aber dennoch – seinem Charakter entsprechend – zu seinen Mitstreitern ein reserviert-distanziertes Verhältnis besaß.

2. Eine verantwortungsvolle Grundsatzentscheidung

Als Longo die Information über den Tod Togliattis erhalten hatte, war er sofort – und zwar nun bereits in offizieller Nachfolge Togliattis als Generalsekretär der IKP – in die Sowjetunion gereist. Hier war er sogleich vor die Entscheidung gestellt, was mit Togliattis Gesprächsnotizen, dem so genannten Memorandum von Jalta, geschehen sollte. Ohne Aufschub kündigte er an, es unverzüglich zu veröffentlichen. Damit forderte er die Führung von KPdSU und anderen Parteien heraus, da diese gegen eine Veröffentlichung waren. Es war in der kommunistischen Bewegung noch immer verpönt, kritische Darlegungen, besonders, wenn sie die Sowjetunion betrafen, in die Öffentlichkeit zu tragen. Eingedenk dessen machte Longo mit seiner Entscheidung von vornherein deutlich, dass er das eigenständige und kritische Selbstverständnis, zu dem sich die Partei unter Togliatti durchgerungen hatte, fortzusetzen gedachte. An die Mitglieder der IKP richtete Longo im Zusammenhang mit der Publikation des Memorandums einen Brief, in dem er es als Leitfaden für die Partei würdigte. In der gegebenen Situation sei die Partei angehalten, »aus

dem umfangreichen Erbe an Gedanken, Erfahrungen und Kraft, das Togliatti uns hinterlassen hat, den größtmöglichen Nutzen zu ziehen, angehalten, das Verständnis und das Projekt jenes italienischen Weges zum Sozialismus, für den wir uns unter der Führung Togliattis entschieden haben, zu vertiefen und diese Politik in der gegenwärtigen Realität unmittelbar mit Leben zu erfüllen. Dieses Erbe ist nicht nur ein Teil der Geschichte der Partei und des Landes: Es findet lebendigen und wirksamen Ausdruck in der heutigen Realität, und es verkörpert umfassend unseren Weg in die Zukunft.« Es sei das markanteste Dokument hinsichtlich der autonomen Sicht der Partei auf die wichtigsten Weltprobleme. Es zeige die Wege auf, wie es möglich wäre, eine neue Einheit der internationalen Arbeiterbewegung herzustellen, dem allgemeinen Weltprozess des Voranschreitens zum Sozialismus neuen Schwung zu verleihen, in Italien einen neuen Zusammenschluss der progressiven, der sozialistischen, der laizistischen und katholischen Kräfte herbeizuführen, um ein Programm der Erneuerung von Demokratie, Freiheit und Einheit zustande zu bringen. Alle Parteimitglieder seien aufgerufen, die Partei Gramscis und Togliattis zu stärken. Auf einer der Tagungen des Zentralkomitees, die kurz darauf stattfand, hat sodann Enrico Berlinguer im Sinne dieses Briefes die Bedeutung des Memorandums Togliattis für die Partei ausführlich gewürdigt. Bekräftigt wurde auch die von Togliatti in der Auseinandersetzung mit den chinesischen Kommunisten bezogene Position. Was das Verhältnis zur KPdSU und zu anderen kommunistischen Parteien anging, die die Veröffentlichung des Memorandums zu verhindern gedachten, haben Longo und seine Mitstreiter die autonome Stellung der IKP in der internationalen kommunistischen Bewegung demonstrativ bekräftigt, zugleich aber auf eine polemische Reaktion verzichtet.

3. Die tschechoslowakischen Ereignisse 1968 als Herausforderung

Für die sozialistischen Länder und die kommunistische Bewegung war das Jahr 1968 ein Scheidejahr, indem die in ihnen latent wirksamen zentrifugalen Tendenzen verstärkt wurden und ihre weitere Entwicklung einen zwiespältigen Charakter annahm. Es stießen nach dem XX. Parteitag der KPdSU in den sozialistischen Ländern zwei Optionen offen aufeinander – Reformbestrebungen, die dringend notwendig geworden waren, und ein restriktiver Konservatismus, der sich in einer Reformunwilligkeit ausdrückte. Der Zwang zu Reformen ergab sich für die sozialistischen Länder aus dem Übergang zur wissenschaftlich-technischen Revolution und aus Veränderungen der sozialen Strukturen, aus dem Erfordernis, in der Gesellschaft Demokratie, Bür-

gerrechte und Freiheiten umfassender zu gewährleisten, aber auch aus Veränderungen im Weltmaßstab – aus zunehmender Internationalisierung der Wirtschaft und aus neuen Herausforderungen an den Sozialismus im Systemwettbewerb. Bestrebungen, entsprechende Reformen des sozialistischen Systems zu verwirklichen, und deren gewaltsame Unterdrückung machte das Wesen der dramatisch ablaufenden Ereignisse in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik im Jahre 1968 aus. Anfang 1968 hatte Alexander Dubček Antonin Novotny als Generalsekretär der KPČ abgelöst, unter dessen Führung in der ČSSR ein engherzig-dogmatisches, repressives Regime geherrscht hatte. Die von Dubček und seinen Anhängern beabsichtigten bzw. eingeleiteten Reformen der sozialistischen Ordnung begannen rasch eine Richtung anzunehmen, die vom sowjetischen Sozialismusmodell abwich. Sie zielten unter dem wachsenden Druck aus der Gesellschaft auf eine umfassende Demokratisierung und Humanisierung der sozialistischen Ordnung ab, um die offenkundigen Rückstände, Unzulänglichkeiten und Widersprüche zu überwinden. Die Führung der IKP verfolgte sehr aufmerksam die Vorgänge in der ČSSR. In der Motivation, die der tschechoslowakischen Reformbewegung zugrunde lag, sah sie die Kritik erneut bestätigt, die Togliatti wiederholt an den Zuständen in den sozialistischen Ländern geübt hatte. Und die Ziele der Reformen entsprachen ihren eigenen Vorstellungen von einer sozialistischen Gesellschaft. So konnte es nicht verwundern, dass die IKP vorbehaltlos und offen den Reformkurs Dubčeks unterstützte, den Einwänden der sowjetischen Führung widersprach und nach dem gewaltsamen Abbruch des »Prager Frühlings« die militärische Intervention dieser Länder entschieden verurteilte. Nach der militärischen Intervention vom 21. August 1968 veröffentlichte die IKP-Führung sofort eine Stellungnahme mit einer Solidaritätsbekundung für die tschechoslowakischen Reformkommunisten und einer entschiedenen Verurteilung des gewaltsamen Abbruchs ihres Reformprojekts. Am 28. August 1968 nahm Longo sodann auf einer ZK-Tagung ausführlich zu den Ereignissen in der ČSSR Stellung. Er bekräftigte den »schwerwiegenden Dissens der IKP und die Verurteilung der militärischen Intervention der UdSSR und der anderen vier Staaten des Warschauer Paktes«. Die IKP halte die Generallinie, wie sie die neue Führung der KPČ unter Dubček eingeschlagen hatte, für richtig und positiv. »Mit großer Verspätung – gute 12 Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU – wurde von der KPČ selbst eine Wende in der Orientierung der Partei und des Landes verwirklicht. Diese Wende entsprach und entspricht jenem Prozess der Erneuerung, den der XX. Parteitag der KPdSU begonnen hatte.« Sie sei gerichtet gewesen auf eine demokratisch legitimierte Hegemonie der Partei, ihres wachsenden Einflusses und Prestiges »dank der Fähigkeit der Kommunisten, die Probleme des Auf-

baus und der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zu lösen,« verbunden mit einem politischen und ideologischen Kampf »gegen feindliche, antisozialistische Positionen«. Diese Entwicklung sei deshalb auf Verständnis der IKP gestoßen und habe deren Unterstützung erhalten, »weil sie gänzlich mit unserer leninistischen und gramscianischen Konzeption übereinstimmt und den Schlussfolgerungen entspricht, die Genosse Togliatti in Memorandum von Jalta uns hinterlassen hat«.

Ob Longos Einschätzung der tatsächlichen Entwicklung und der Kräfteverhältnisse in der ČSSR sowie der möglichen gefährvollen Konsequenzen in Anbetracht der akuten Systemkonfrontation im Kalten Krieg gerecht wurde, ob sie mehr von Ideal- und Wunschvorstellungen als von der harten Realität ausging, ist allerdings nicht eindeutig zu beantworten, zumindest aber diskussionswürdig. Denn tatsächlich schien es, dass in der ČSSR im Sommer 1968 die antisozialistischen Kräfte die Oberhand hätten gewinnen können, wodurch in der damaligen Situation eine gefährliche Erosion der machtpolitischen Konstellation zwischen Ost und West hätte eintreten und möglicherweise ein militärischer Konflikt hätte provoziert werden können. Immerhin verschloss sich Longo nicht dem sowjetischen Argument, die militärische Intervention sei deshalb gerechtfertigt gewesen, weil in der ČSSR eine Gefahr für den Sozialismus, für die Herauslösung des Landes aus dem sozialistischen Lager bestanden hätte, sodass die Verantwortung der Sowjetunion und der KPdSU und deren Befürchtungen durchaus verständlich gewesen wären. »Dennoch können wir dem nicht zustimmen, geschweige denn die militärische Intervention billigen.« Longo erwähnte auch die Reaktion der Französischen KP, die die militärische Intervention als schrecklichen Fehler bezeichnet hatte, der alle kommunistischen und Arbeiterparteien etwas anginge, was bedeute, daraus umfassend die notwendigen Lehren ziehen zu müssen. Auch von der IKP würden diese Vorgänge Verantwortung und Initiative erfordern, »weil es sich um Probleme handelt, die das Schicksal und die Perspektive nicht nur eines Landes oder die des sozialistischen Lagers betreffen, sondern die der ganzen internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung... Die erste grundsätzliche Frage betrifft das unwiderrufliche Prinzip der Autonomie, der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität eines jeden Staates sowie der Autonomie und Souveränität einer jeden kommunistischen Partei.« Man könne über die Situation und über mögliche Gefahren in der ČSSR diskutieren, wobei jede Partei durchaus das Recht habe, sich dazu zu äußern, ob die von der KPČ-Führung eingeschlagene Orientierung richtig oder falsch sei. Doch es dürfe das Prinzip nicht verletzt werden, dass jede Partei für ihr Land selbst, ohne Einmischung von außen, die erforderlichen Entscheidungen zu treffen habe.

Als ein ernstes Problem bezeichnet Longo die im Kalten Krieg zementierten Ost-West-Beziehungen in Gestalt einer »Blocklogik«, der zufolge die jeweiligen Hegemonialmächte der gegenüberstehenden Blöcke von den Staaten ihres Einflussbereiches Ein- und Unterordnung, also »Blockdisziplin« einforderten. Dadurch würde es den politischen Kräften in den Staaten beider Blöcke mehr oder weniger imperativ verwehrt, selbstbestimmte Wege zu beschreiten. Die militärische Intervention in der ČSSR entsprach nach Auffassung der IKP der von der UdSSR praktizierten »Blocklogik«. Bekanntlich sprachen die Kritiker dieser Aktion von der »Breshnew-Doktrin«. Die IKP lehnte »Blocklogik« und »Blockdisziplin« entschieden ab, denn sie setzten die Anerkennung des Status quo in Europa voraus, das heißt, die Unverrückbarkeit der bestehenden machtpolitischen Einflusszonen, weil eine jede Veränderung zum Machtzuwachs der einen, zum Machtverlust der anderen Seite führen würde. In Anbetracht dessen meinte man in der IKP, dass für sie als eine entscheidende Konsequenz der »Blocklogik« – und zwar mit stillschweigender Billigung der sowjetischen Führung – eine sozialistische Perspektive im westlichen Machtblock versperrt war bzw. jeder Versuch in dieser Richtung die Intervention der westlichen Hegemonialmacht USA nach sich ziehen würde. In der Tat waren die USA – dieser »Logik« zufolge – bereits entschieden gegen eine mögliche Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Italien. In einem Interview mit der italienischen Zeitschrift »Astrolabio« im September 1968 äußerte Longo, der »Blocklogik« im sozialistischen Lager lägen ungerechtfertigte Einschätzungen der Kräfteverhältnisse zugrunde, als seien die europäischen sozialistischen Länder eine Art belagerter Festung und bestände in Europa gegenwärtig eine Kriegsgefahr. Vielmehr vollziehe sich der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf anderen Gebieten – auf dem der Politik, der Ideologie, der Kultur und der Ökonomie, sodass die IKP aus der realen Situation andere Schlussfolgerungen ziehe als jene, mit denen die militärische Intervention in der ČSSR gerechtfertigt werde. Übrigens dürfe man auch nicht die Schlussfolgerung ziehen, dass »alle diejenigen, die sich zu Fürsprechern einer erforderlichen Erneuerung der sozialistischen Gesellschaften machen, bewusste oder unbewusste Agenten des Imperialismus seien«. Longo bekräftigte die Notwendigkeit, generell die bestehenden Blöcke zu überwinden. Die italienischen Kommunisten würden eine Konzeption ablehnen, »für die die Stärkung der Blöcke letzten Endes die Bedingung für Fortschritte auf dem Wege der Entspannung darstellt. Nach dieser Auffassung befinden wir uns in einer bipolaren Welt, und es gehe lediglich darum, die Existenz von zwei Führer-Staaten zur Kenntnis zu nehmen. Wir erkennen keinen Führer-Staat und keine führende Partei an. Die bipolare Auffassung der internationalen Politik hält der Prüfung der Tatsachen im-

mer weniger stand...« Damit widersprach er der sowjetischen Einschätzung der internationalen Lage und Entwicklung. Dies macht aber deutlich, dass aus der internationalen Situation für die kommunistische Bewegung und die sozialistischen Länder objektiv ein unlösbarer Widerspruch resultierte. Zum einen war die Aufrechterhaltung des militärstrategischen Gleichgewichts zwischen den Machtblöcken unter den gegebenen Bedingungen tatsächlich für die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder ein Erfordernis politischer Handlungsfähigkeit und Friedenssicherung sowie eine Voraussetzung, die Gegenseite zur Entspannung zu zwingen, zum anderen brachten die Zwänge der »Blocklogik« mit sich, den westlichen kommunistischen Parteien Schranken aufzuerlegen, d.h. ihnen für eine längere Zeit die Aussicht auf eine sozialistische Perspektive zu nehmen.

Wie dargelegt, war Togliatti im August 1964 zu Konsultationen in die Sowjetunion gereist, da die KPdSU die Initiative ergriffen hatte, eine neue internationale Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien vorzubereiten. Seit 1967 war diese Vorbereitung in vollem Gange und die Konferenz sollte im November 1968 stattfinden. Nach den tschechoslowakischen Ereignissen trat die KPdSU für eine Verschiebung dieser Konferenz ein, weil sie eine kritische Erörterung dieses Ereignisses, besonders der militärischen Intervention, vermeiden wollte – mit der durchaus zu rechnen war. Sie wollte hingegen Zeit gewinnen im Glauben, über die Sache würde Gras wachsen und die Parteien, die eine kritische Position eingenommen hatten, würden schließlich die sowjetische Interpretation übernehmen. Auch die IKP plädierte für die Verschiebung der Konferenz, allerdings aus anderen Gründen – wegen der gestörten Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien, die zuvor einer Klärung bedürften. In seinem Interview mit »Astrolabio« betonte Longo: »Was die Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien anbelangt, kann ich sagen, dass die Vorbereitungsarbeiten bereits weit fortgeschritten sind, denke jedoch, dass es weder angebracht noch nützlich wäre, sie zum Abschluss zu bringen, bevor es nicht gelingt, die durch die Ereignisse in der Tschechoslowakei geschaffene Situation endgültig und befriedigend zu normalisieren.« Es versteht sich, dass das Kriterium der Normalisierung für Longo und die KPI die allgemeine Anerkennung der Prinzipien der Autonomie und Nichteinmischung in den internationalen Beziehungen kommunistischer Parteien und sozialistischer Länder war. Als dann die Konferenz 1969 stattfand, nahm Longo selbst an ihr nicht teil. Er beauftragte seinen Stellvertreter Berlinguer, die Delegation der IKP zu leiten. Auf der Konferenz gehörte dann Berlinguer zu den wenigen Parteiführern, die, wenn auch ohne starke polemische Worte, auf das Thema ČSSR kritisch eingingen.

Enrico Berlinguer

1. Persönlichkeit und familiäres Umfeld Berlinguers

Enrico Berlinguer war von 1972 bis zu seinem Tode 1984 Generalsekretär der Italienischen Kommunistischen Partei. Als Politiker war er in mancherlei Hinsicht eine außergewöhnliche Persönlichkeit, die sich beträchtlich von den meisten der vergleichbaren kommunistischen Parteiführer unterschied. Er wurde am 25. Mai 1922 in Sassari geboren und entstammte einer prominenten und wohlhabenden Familie Sardinien, deren Vorfahren vor Jahrhunderten aus Katalonien eingewandert waren, in Italien geadelt und mit Grundbesitz ausgestattet worden waren. In seiner Ahnenreihe gab es Advokaten, Wissenschaftler, Geistliche, hohe Militärs. Zu seinen zeitgenössischen Verwandten gehörten unter anderem der Jura-Professor und christdemokratischen Staatspräsident Italiens, Antonio Segni. Und sein künftiger Schwiegervater Laurenti war Direktor eines Büros des Italienischen Senats, dem auch sein Vater Mario angehörte. Berlinguers Großvater väterlicherseits, ebenfalls ein Enrico, gehörte im 19. Jahrhundert während des Risorgimento zu den Parteigängern Garibaldi und war einer der Führer der liberalen Bewegung auf Sardinien. Sein Vater Mario war zunächst linksliberal orientiert und schloss sich später der Sozialistischen Partei an. Nach der Befreiung vom Faschismus war Mario Berlinguer von der Regierung Badoglio zum Hochkommissar für die Bestrafung der Faschisten ernannt worden. In den Nachkriegsjahren war er also Senator.

Enrico Berlinguer vermochte schon als Kind seine hervorragende standesgemäße schulische Bildung durch das geistig-kulturelle Klima in der Familie und die Nutzung der Bibliothek seines Vaters und seiner Verwandten zielstrebig zu erweitern. Eine Vorliebe hatte er als Jugendlicher für griechische Philosophie. Während des Krieges hatte er ein Jurastudium begonnen, das er jedoch abbrach, um sich sofort nach der Befreiung vom Faschismus ganz der Politik zu widmen. Als Mensch wirkte er stets bescheiden, äußerst zurückhaltend, und er war, indem er geduldig zuhören konnte, wenig gesprächig. Auch legte er großen Wert darauf, Politisches und Privates zu trennen. Besonders weigerte er sich, für die Öffentlichkeit Fragen nach seiner Person und seiner Familie zu beantworten. Als ihn ein Journalist in einem Interview nach seiner Biografie gefragt hatte, soll er geantwortet haben, er möge sich

an das Archiv der Partei wenden, wo biografische Angaben aller IKP-Führer vorhanden seien.

Und im April 1983 antwortete er in einer Fernsehsendung auf folgende Fragen: »Abgeordneter Berlinguer, worin besteht Ihre größte Schwäche? ›Vielleicht eine gewisse Kantigkeit des Charakters«. Und welche Eigenschaft ist am liebenswertigsten? ›Jene, meinen Idealen der Jugend treu geblieben zu sein«. Und was von dem, was Sie über sich hören, verursacht Ihnen das größte Ärgernis? ›Dass ich traurig sei, was nicht stimmt«.« Armando Cossutta, lange Jahre Mitglied der IKP-Führung und später Begründer der Partei der Kommunistischen Wiedergründung (Rifondazione comunista), antwortete 1985 auf die Frage nach seinem Verhältnis zu Berlinguer: »Er war ein maßvoller, präziser, peinlich genauer, äußerst zurückhaltender Typ, der zuzuhören vermochte. Er erwies anderen nicht sehr leicht sein Vertrauen, doch sobald er es erwies, war es vollständig, total. Mir brachte er ein großes Vertrauen entgegen, und zwar nicht nur wegen der eigentlichen organisatorischen Fragen, für die ich verantwortlich war.« Während einer Vortragsreise durch Sardinien im Januar 1984 wurde Berlinguer im Anschluss an eine Veranstaltung von Jugendlichen zum Essen eingeladen, die ihn unter anderem befragten, was ihn als Generalsekretär der IKP am meisten belaste. Seine Antwort lautete: »Die Einschränkung der persönlichen Freiheit, häufig nicht Dinge machen zu können wie das hier, und dann die ewigen und fortwährenden Versammlungen: Wenigstens die Hälfte dieser Veranstaltungen ließen sich vermeiden, und alle könnten auf die halbe Zeit verkürzt werden.« Zugleich wird ihm ein hoher moralischer und intellektueller Anspruch in Bezug auf sich selbst und auf die Politik nachgesagt, sodass er in der Öffentlichkeit als unanfechtbar, integer, als stets ehrlich wahrgenommen wurde. Dies sowie seine Bescheidenheit, seine Zurückhaltung und seine kluge, intellektuelle Besonnenheit bildeten die Basis für sein Charisma, das er ohne Zweifel im Lande und auch international besaß und das dazu beitrug, unter seiner Führung Ansehen und Einfluss der IKP beträchtlich zu erhöhen.

2. Die politische Entwicklung Berlinguers

Die Anfänge

Enrico Berlinguers politische Laufbahn lässt sich bis in das Jahr 1943 zurückverfolgen. Im August 1943 war er der Kommunistischen Partei beigetreten. Als ein erstes Zeugnis von Protest und Rebellion Berlinguers ist ein Ereignis vom Januar 1944 zu nennen, das ihn in einen Konflikt mit den nach-faschistischen staatlichen Behörden der Insel Sardinien brachte. Am 13. und 14. Januar

1944 fand in Sassari, der Hauptstadt Sardinien, eine Hungerrevolte statt, für die die Behörden Berlinguer als Anführer hielten und ihn verhafteten.

Die Polizei schrieb im Dossier über ihn: »Als überzeugter Kommunist, die leninistische Theorie studierend, war er nach dem Sturz des Faschismus einer der Promotoren der Kommunistischen Partei in Sassari. Zum Sekretär der Jugendsektion ernannt, widmete er sich der Aufgabe, die Massen aufzuklären, indem er regelmäßig Vorträge über den Kommunismus vor einer bestimmten Zahl von Anhängern hält, indem er die Ziele erläutert, die man sich stellt, und indem er Zellen organisiert usw. Als ein Fanatiker der Idee glaubt er, dass der Moment gekommen sei, viel weitergehende Ideen der Partei durchzusetzen... Dieser Berlinguer, Enrico, befolgt, indem er sich in absolutes Schweigen verschließt, die bekannte Praxis der Kommunisten.« Er wurde daraufhin für drei Monate im Zuchthaus von Sassari inhaftiert, obwohl er im polizeilichen Verhör seine Beteiligung verneint hatte. Übrigens hatte sich auch das Komitee der antifaschistischen Konzentration, dem die Kommunistische Partei angehörte, von dieser Revolte distanziert. Für Berlinguer war diese Episode dennoch die entscheidende Zäsur in seiner Entwicklung, indem er, wie bereits erwähnt, das Jurastudium aufgab. Als er bereits Generalsekretär der IKP war, wurde er von der bekannten italienischen Journalistin Oriana Falaci in einem Interview über diese Entscheidung befragt. Er antwortete: »Ich bin verhältnismäßig zufrieden, als Sekretär der Partei tätig zu sein, (allerdings) in dem Sinne, dass ich niemals nach dieser Funktion gestrebt habe, dass ich sie niemals gewünscht habe und dass es eine belastende Aufgabe ist, die viele Unannehmlichkeiten mit sich bringt. Dennoch bin ich zufrieden, ein kommunistischer Funktionär und ein Politiker zu sein... Ich hätte nicht etwas anderes machen wollen, und ich habe nie bedauert, seinerzeit diesen Weg gewählt zu haben.«

Nachdem Berlinguer im April 1944 aus der Haft entlassen worden war, hatte er sich ins süditalienische Bari zu seinem Vater begeben, wo sich die Regierung Badoglio aufhielt. In Salerno hatte ihn dann sein Vater Mario Palmiro Togliatti, der gerade aus Moskau zurückgekehrt war, vorgestellt, der ihm zunächst aber, wie man sagte, nur wenig Aufmerksamkeit schenkte. Dennoch gehörte er zu jenem auserwählten Kreis akademisch gebildeter junger Menschen aus traditionsreichen bürgerlich-liberalen Familien, die Togliatti bestrebt war, für die Kommunistische Partei zu gewinnen. Zu diesem Kreis, aus denen sodann führende Funktionäre der IKP hervorgingen, gehörten z.B. Antonio Giolitti, Enkel des bekannten liberalen Ministerpräsidenten der vorfaschistischen Zeit, Giorgio Amendola, Sohn des Führers der liberalen Opposition gegen Mussolini, Maurizio Ferrara, Sohn eines anderen bekannten liberalen Politikern.

Togliattis Bemühen um die Gewinnung und Förderung dieser Kräfte war charakteristisch für den Neuaufbau der Partei, die er im Unterschied zur vorfaschistischen und illegalen KP als »Neue Partei« bezeichnete. Ihm ging es darum, die Kommunistische Partei, an deren leninistischer Ausrichtung er zwar keinen Zweifel ließ, zu einer gesamtnationalen Kraft zu machen, die auf einem hohen theoretischen, geistig-kulturellen und politischen Niveau mehrheits- und hegemoniefähig sein musste, damit sie die Entwicklung des Landes maßgeblich zu beeinflussen in der Lage wäre. Von 1944 an öffnete sich die Partei in diesem Sinne bekanntlich allen sozialen Schichten, deren Vertreter bereit waren, das Programm der Partei, das unmissverständlich auf die Perspektive eines sozialistischen Italiens gerichtet war, zu akzeptieren. Das galt auch – im Unterschied zur atheistischen Intoleranz anderer kommunistischer Parteien – für sozialistisch orientierte Christen. Berlinguers politische Entwicklung vollzog sich ganz im Banne dieses Politik-, Strategie- und Parteiverständnisses Togliattis.

Die Übernahme zentraler Funktionen

Nach der Befreiung Roms am 4. Juni 1944 durch die Alliierten, als die italienische Regierung wieder in die Hauptstadt überwechselte, folgte auch Enrico Berlinguer seinem Vater Mario dorthin. In Rom schaltete er sich sofort aktiv in die Arbeit der Jugendliga ein, die auf Initiative Togliattis gegründet worden war und neben jungen Kommunisten auch Sozialisten und Anhänger anderer linker Parteien einschloss. In der Partei selbst wurde er bereits 1945, im Jahre der Befreiung ganz Italiens vom Faschismus, mit 23 Jahren verantwortlich für die Zentrale Jugendkommission. In der zweiten Hälfte des Jahres 1945 war er sodann im Auftrage der Jugendliga an leitender Stelle in Mailand tätig. Die von ihm mitgetragenen Aktivitäten der Jugendliga richteten sich auf die breitest mögliche Mobilisierung der Jugendlichen für den Neuaufbau Italiens wie auch auf die Organisierung der Protest- und Streikbewegungen in den agrarischen Gebieten, auf die Landbesetzungen der Bauern. Als Mitglied der Zentralen Jugendkommission der Partei begründete er im Oktober 1945 auf einer Konferenz der Jugendföderation von Reggio-Emilia seine Vorstellungen von der Jugendarbeit: »Eine sehr breite Arbeit muss auf die Mobilisierung von Jugendlichen – zwar nicht aus reaktionären Kreisen, doch aus allen Kreisen der Werktätigen – gerichtet werden. Die Tatsache, dass ungefähr 10 700 Jugendliche aus eurer Provinz in unsere Partei eingetreten sind, beweist, dass sie die beste aller Parteien ist. Es geht darum, sich hinsichtlich des Wiederaufbaus mit der Bildung von Dutzenden von Brigaden der Arbeit zu beschäftigen. Der Jugendliga ist es gelungen, Berufsschulen ins Leben zu rufen, um den Jugendlichen all das zu lehren, was die faschis-

tische Politik und der Krieg ihnen genommen haben... Außer dem Geist des Kampfes braucht die Jugend auch Sport und Vergnügen.«

Im Juli 1946 besuchte Berlinguer erstmals als Leiter einer Delegation der Jugendliga für einen ganzen Monat die Sowjetunion. Zu erwähnen ist eine Nationale Jugendkonferenz der IKP vom 22. bis 24. Mai 1947, die in den Räumen eines Ministeriums in Rom stattfand, und zwar eine Woche bevor Ministerpräsident De Gasperi auf Betreiben der USA die Regierungskoalition mit den Kommunisten und Sozialisten aufgelöst hatte. Zu den Hauptrednern gehörte neben Togliatti auch Berlinguer. Es war eine Zeit der Wirrnis, eine Zeit ungewisser Zukunftsperspektiven. In seinem Referat auf dieser Jugendkonferenz sprach Berlinguer davon, dass die Jugend eine tiefe Krise ihrer ideellen Werte durchmache. Er habe im Tagebuch des dänischen Philosophen und Theologen Sören Kierkegaard gelesen, »dass jenes Bewusstsein unglücklich sei, das weder mit Schmerz noch mit Hoffnung leben kann: In dieser Situation, so scheint mir, befindet sich ein großer Teil unserer Jugendlichen«. In seinem Schlusswort betonte Togliatti, dass es nicht ausreiche, sich mit den materiellen Aspekten der Jugendprobleme zu beschäftigen und sich darüber Sorgen zu machen, sondern dass es auch darauf ankomme, die moralischen Werte wieder herzustellen, wobei er sich auf die Prinzipien und die Organisation der Partei berief, die dafür sichere Voraussetzungen böten.

Im Jahre 1948 wurde Berlinguer als Kandidat in die Nationale Leitung der IKP kooptiert und auf dem Parteitag 1951 in dieser Funktion bestätigt. Bereits im März 1949 hatte das ZK der IKP die Wiedergründung einer eigenen Jugendorganisation beschlossen, des Kommunistischen Jugendverbandes (der Federazione Giovanile Comunista Italiana), der dann offiziell auf einem Nationalen Kongress Ende März, Anfang April 1950 in Livorno gegründet wurde. Berlinguer wurde zum Vorsitzenden gewählt. In dieser Eigenschaft übernahm er bis 1952 auch den Vorsitz des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ). Auf dem Gründungskongress erläuterte er in seinem Referat den Charakter und die Aufgaben des Jugendverbandes. Die Jugend müsse sich in den aktuellen politischen Kampf einschalten, der auf die Sicherung des Friedens und gegen den NATO-Beitritt Italiens zu richten sei. Es gehe zugleich um Arbeit, Bildung, Kultur und Freizeitgestaltung der Jugend. Die Ideologie des Jugendverbandes sei der Marxismus-Leninismus, erklärte er. In der Organisation dürfe es keinen Bürokratismus geben, sondern es bedürfe einer lebendigen Arbeit. Auch müsse man mit dilettantischen und improvisierten Arbeitsmethoden aufhören, was wissenschaftliche Grundlagen und eine entsprechende marxistische Erziehung erfordere. In seiner Eigenschaft als Präsident des WBDJ hielt sich Enrico Berlinguer 1951 einige Monate in Berlin auf, als es um die Vorbereitung und Durchführung der Weltfestspiele

der Jugend ging. In dieser Funktion vermochte er, große Erfahrungen in der internationalen Arbeit zu sammeln.

Für die IKP, und so auch für Berlinguer, hatte das Jahr 1956, in dem der XX. Parteitag der KPdSU stattfand, in vielerlei Hinsicht eine tiefgreifende und weitreichende Wirkung. International befand sich die Welt mitten im Kalten Krieg. Im Sozialismus und in der kommunistischen Bewegung, die in große Bedrängnis geraten waren, verbreiteten sich nach dem KPdSU-Parteitag Hoffnungen auf eine längst überfällige Erneuerung. Zugleich kam es jedoch infolge der Aus- und Nachwirkungen der Abrechnung mit dem Stalinschen Regime zu Verunsicherungen und zu den Krisen in Polen und in Ungarn. Togliatti bezog, wie dargelegt, in dieser Situation eine kritische Position, die den weiteren Kurs der IKP bestimmte und selbstverständlich einen großen Einfluss auf Berlinguer hatte.

Auf dem VIII. Parteitag der IKP 1956 wurde eine Veränderung der Funktion Berlinguers im Apparat der Partei beschlossen. Im Zusammenhang mit der Abschaffung des Kandidatenstatus in der Nationalen Leitung schied er aus dem obersten Gremium der Partei aus und wurde als Mitglied des Zentralkomitees mit der Leitung der zentralen Parteischule in Frattochie bei Rom beauftragt. Diese Funktion übte er jedoch nur vom Dezember 1956 bis zum September 1957 aus, da er dann in Cagliari die Funktion des zweiten Sekretärs der Regionalleitung der Partei von Sardinien übernahm. Doch auch in Cagliari verblieb er nicht lange. Bereits am 15. Juli 1958 kehrte er nach Rom zurück und wurde in das Sekretariat des ZK der Partei kooptiert. Er war zu diesem Zeitpunkt 36 Jahre alt. Nachdem er auf dem IX. Parteitag Anfang 1960 zum (Voll-)Mitglied der Nationalen Leitung gewählt worden war, erklomm er auf dem X. Parteitag im Dezember 1962 die höchste Stufe, die ein Funktionär in der IKP überhaupt erklimmen konnte – er wurde Mitglied der drei obersten Führungsgremien: der Nationalen Leitung, des Sekretariats und des Büros des Sekretariats.

Ein tiefer Einschnitt in der Entwicklung der IKP und somit auch Berlinguers war der Tod Palmiro Togliattis im August 1964. Das von Togliatti hinterlassene Memorandum wurde für ihn Richtschnur seines Partei- und Politikverständnisses. Wesentlich waren hierbei die unabdingbare Verknüpfung von Sozialismus und Demokratie sowie die Befürwortung einer Einheit der kommunistischen Bewegung in ihrer Vielfalt und Differenziertheit unter strikter Achtung der Autonomie einer jeden Partei und eines jeden sozialistischen Landes.

Berlinguers Aufstieg zum Generalsekretär der Partei

Der erste Parteitag nach Palmiro Togliattis Tod fand im Januar 1966 in Rom statt. Luigi Longo, dem Togliatti bereits seine Funktion zuvor übertragen hatte, wurde als Generalsekretär offiziell bestätigt. Es war einer der schwierigsten Parteitage der IKP, dem sich Longo sogleich stellen musste, denn es waren Auseinandersetzungen zwischen zwei rivalisierenden Flügeln in der Partei offen ausgebrochen, die zuvor dank der Autorität Togliattis im Zaume gehalten worden waren. Der Hintergrund der Auseinandersetzungen war eine veränderte politische Kräftekonstellation im Lande, da die bislang mit der IKP verbündete Sozialistische Partei die Fronten gewechselt hatte und bereit war, im Rahmen einer »linkszentristischen« Koalition in eine von der Christlich-Demokratischen Partei geführte Regierung einzutreten. Daraufhin hatte sich eine linke Gruppierung von der Sozialistischen Partei abgespalten und im Namen der »proletarischen Einheit« als Partei konstituiert (PSIUP). Die IKP musste in dieser Situation ihre Bündnisstrategie neu bestimmen. Hierzu gab es kontroverse Positionen, deren Wortführer Pietro Ingrao und Giorgio Amendola waren. Als kritischer Kommunist hat Lucio Magri rückblickend erläutert, worum es konkret ging. »Die ›Linke um Ingrao‹ maß dem Linken Zentrum die Bedeutung einer tatsächlichen Neuheit zu, als Projekt der kulturellen und sozialen Integration eines Teils der Arbeiterbewegung, eine Möglichkeit von Dauer und deshalb eine Gefahr der Gleichschaltung und Unterordnung, und zwar auch für die IKP. Die nachfolgende Geschichte hat im Verlaufe einer längeren Periode insgesamt diese Einschätzung bestätigt.« Ingrao sah nunmehr als Bündnispartner der IKP nur noch die PSIUP und die linken Christdemokraten an. Er warnte vor der Tendenz der Sozialdemokratisierung der italienischen Arbeiterbewegung zum Zwecke der Stabilisierung des bestehenden Systems. »Die ›Rechte um Amendola‹,« so Magri weiter, »betrachtete im Gegenteil das Linke Zentrum als einen misslungenen Versuch, als zutage tretende Unfähigkeit der italienischen herrschenden Klassen, die Modernisierung des Landes voran zu bringen und den Konsens auf neuen Grundlagen zu erringen; deshalb hegte sie ein größeres Vertrauen in eine rasche und völlige Wiederherstellung der traditionellen Einheit zwischen Kommunisten und Sozialisten.« Für Amendola hatte sich demnach aus der Sicht der IKP die strategische Situation hinsichtlich der Kräftekonstellation nicht bzw. nur kurzfristig geändert. Longo bekräftigte in seinem Bericht an den Parteitag die Opposition der IKP gegen die Koalition des Linken Zentrums, wie das schon Togliatti getan hatte. Deshalb müsse eine Wende nach links in der italienischen politischen Landschaft angestrebt werden, eine »neue Mehrheit« im Zusammenwirken mit Sozialisten und linken Katholiken. Entschieden wandte sich

Longo gegen Strömungen, Fraktionen und Gruppenbildungen in der Partei, da sie die innerparteiliche Demokratie zerstören würden.

Berlinguer verteidigte die von Longo vertretene Linie, wobei er einer eigenen Stellungnahme zu dem von den Kontrahenten artikulierten Problem selbst auswich. Doch widersprach er der Forderung Ingraos, dass die Partei aufgrund der neuen Lage ohne Verzug entsprechende strategische Entscheidungen treffen und danach handeln müsste. »Wir müssen begreifen, dass, wenn immer die Gefahr einer untätigen Erwartung existiert, es wichtig ist, nicht so sehr zu proklamieren, rasch handeln zu müssen, sondern klar das Ziel zu bestimmen, das in einer jeden bestimmten Situation zu erreichen möglich ist, und entschieden arbeiten, um dieses zu erreichen.« Er vermochte auf diese Weise in dieser Auseinandersetzung seine Position, die einer zentristischen glich, in der Partei zu festigen. Auf dem Parteitag wurde er auch Mitglied des neugeschaffenen Politbüros. Und der folgende, der XII. Parteitag 1969 wählte ihn zum stellvertretenden Generalsekretär der IKP an der Seite Longos, der aus Gesundheitsgründen inzwischen nicht mehr voll arbeitsfähig war. Damit war praktisch auch die Vorentscheidung für die Nachfolge Longos als Generalsekretär der Partei getroffen.

In der IKP gab es natürlich Erwägungen darüber, weshalb die Wahl Longos auf Enrico Berlinguer (Jahrgang 1922) fiel und nicht auf Giorgio Amendola (Jahrgang 1907), der wohl in der Parteiführung der prominenteste Kandidat für den Posten des Generalsekretärs hätte sein können, oder auf einen anderen führenden Genossen. In einem späteren Gespräch habe sich Longo selbst wie folgt geäußert: »Meine Wahl ist aufgrund des ideologischen Beitrags auf Berlinguer gefallen, den er in der Parteidiskussion in diesen schwierigen zwei Jahren geleistet hatte, aufgrund seiner Verbundenheit mit der Partei und seiner Entschiedenheit bei der Verteidigung der Demokratie in der Partei. Seitdem er als Verantwortlicher in das Sekretariat berufen wurde, vermochte er ungeachtet seiner Schüchternheit Temperament zu zeigen, was zuweilen als verwirrend erscheinen konnte. Ich muss sagen, dass mir niemals sardische Starrköpfigkeit missfallen hat.« Auch Amendola wurde befragt, weshalb er die Entscheidung für richtig hielt. Ihm sei es nicht nur darum gegangen, erneute Auseinandersetzungen in der Partei zu vermeiden. »Das Ferment der Jungen in der und außerhalb der Partei, die Thesen zur Erneuerung auch der Kader sind Elemente, die zugunsten Berlinguers sprechen. Berlinguer stand viele Jahre an der Spitze der Jugendlichen, und seine Aufgabe ist es, mehr als die eines jeden anderen, diese Energie nicht verloren gehen zu lassen... Der Sekretär der Partei muss ein Garant der Einheit der Partei sein. Dies erfordert die Fähigkeit des Denkens und die Kraft der Überzeugung, die Berlinguer nicht fehlen, sowie die Veranlagung, die Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, statt

sie zu verschärfen. Und eben diese Eigenschaft hat mir immer gefehlt.« Berlinguer war somit kein Kompromisskandidat für die Funktion des künftigen Generalsekretärs der IKP. Vielmehr herrschte in der Partei die Einsicht, dass wegen der unterschiedlichen Meinungsströmungen in der Partei ein Parteiführer gebraucht wurde, der zu vermitteln vermochte, der eine zentristische Position einzunehmen und zur Geltung zu bringen vermochte. Hinzu kam eine Fähigkeit, die besonders später, als er tatsächlich an der Spitze der Partei stand und deren Kurs maßgeblich bestimmte, zur Entfaltung gelangte, nämlich sein auf Erneuerung gerichtetes strategisches und theoretisches Denken sowie sein verantwortliches internationalistisches Engagement.

Die Einschätzung der ČSSR-Ereignisse von 1968 seitens der IKP-Führung und deren Reaktion darauf wurden, wie schon dargelegt, von Luigi Longo begründet. Es besteht kein Zweifel, dass Berlinguer damit übereinstimmte. Als er in der Funktion des stellvertretenden Generalsekretärs im Juni 1969 die Delegation der IKP auf der Internationalen Beratung (Konferenz) kommunistischer und Arbeiterparteien in Moskau im Juni 1969 leitete, nutzte er dieses Forum, die Politik seiner Partei, darunter auch den Standpunkt zu den ČSSR-Ereignissen und deren Konsequenzen, darzulegen. Die Positionen der IKP reichen, so führte er aus, »von der Solidarität mit dem im Januar 1968 eingeschlagenen neuen Kurs [der KPČ] bis zum nachdrücklichen Nichteinverständnis mit dem Einmarsch der Truppen der fünf Länder des Warschauer Vertrages...« Seiner Meinung nach würde sich der Internationalismus in einer Krise befinden. Mit seiner Rede entkräftete er die Hoffnung der KPdSU, dass die Meinungsverschiedenheiten mit der Zeit von selbst gegenstandslos würden, indem die IKP ihre »falschen« Positionen korrigieren würde. Vom Abschlussdokument der Internationalen Konferenz hat Berlinguer schließlich nur jenen Teil gebilligt, der eine Reihe konkreter Aktionsaufgaben enthielt. Den Passagen zu theoretischen, strategischen und programmatischen Positionen im Dokument verweigerte er, wie es zuvor vom ZK beschlossen und öffentlich angekündigt worden war, die Zustimmung, da sie den Auffassungen und dem Selbstverständnis der IKP teils nicht entsprachen, teils sogar widersprachen. Das betraf unter anderem die Einschätzung der Lage und Entwicklung in den sozialistischen Ländern. Er bemängelte, dass nicht die Schwierigkeiten, Rückstände und Probleme benannt wurden, sondern nur beschönigend von Erfolgen die Rede war.

Generalsekretär der IKP wurde Enrico Berlinguer am 13. März 1972, als Luigi Longos wegen seines schlechten Gesundheitszustandes die Funktion abgab und zum Ehrenpräsidenten der Partei ernannt wurde.

3. Zu strategischen und theoretischen Auffassungen Berlinguers

Schlussfolgerungen aus Revolution und Konterrevolution in Chile

Anfang September 1973 wurde mit aktiver Unterstützung der USA die chilenische Revolution, die auf demokratische Weise nach den Parlamentswahlen von 1970 in Gang gesetzt worden war und eine Entwicklung in sozialistischer Richtung eingeschlagen hatte, durch einen konterrevolutionären Militärputsch niedergeschlagen. Präsident Salvador Allende wurde am 11./12. September 1973 im Präsidentenpalast von Santiago ermordet. Diese Revolution war möglich geworden, weil die Koalition von Sozialisten und Kommunisten die parlamentarische Mehrheit errungen hatte und so ökonomische, soziale und politische Veränderungen einleiten konnte, die auf die perspektivische Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft gerichtet waren. Diese Entwicklung genoss die Solidarität der sozialistischen und kommunistischen Kräfte in der Welt, zumal es als Beispiel für einen demokratischen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus außerhalb des sowjetischen Einflussbereichs galt. Deshalb war auch die Niederlage dieser Revolution Anlass genug, dass sich Kommunisten und Sozialisten intensiv mit den Chancen der Revolution, den strategischen Problemen wie auch mit den Umständen der Konterrevolution beschäftigten.

Wohl am umfassendsten hat sich Enrico Berlinguer vom Standpunkt einer kommunistischen Partei, die im entwickelten Kapitalismus wirkte, mit Revolution und Konterrevolution in Chile beschäftigt. Zum einen sah er sich hinsichtlich der Möglichkeit eines »italienischen Weges zum Sozialismus« bestätigt, zum anderen zog er weitreichende Schlussfolgerungen für die Politik seiner Partei, um ihr in vergleichbarer Situation ein ähnliches Schicksal zu ersparen. Berlinguer hat deshalb die Erfahrungen, die die Revolution und Konterrevolution in Chile vermittelten, genutzt, um das von Togliatti ausgearbeitete Konzept eines italienischen Weges zum Sozialismus zu präzisieren, zu aktualisieren und damit die von Gramsci ausgehende theoretisch-strategische Linie der IKP weiterzuentwickeln.

Seine Überlegungen zum Thema Chile veröffentlichte er zwischen dem 28. September und dem 12. Oktober 1973, also unmittelbar nach dem konterrevolutionären Putsch, in der Zeitschrift »Rinascita«. Sie sind auch aus heutiger Sicht als ein schöpferischer Beitrag zu einer zeitgemäßen marxistischen, einer demokratisch-sozialistischen Revolutionstheorie von Interesse. »Es ist nicht zu verhehlen, dass der überaus schwere Schlag gegen die chilenische Demokratie, gegen die sozialen Errungenschaften und die Perspektiven des Vormarsches der Werktätigen dieses Landes auch ein Schlag gegen die Befreiungs- und Emanzipationsbewegung der Völker Lateinamer-

rikas und die gesamte internationale demokratische und Arbeiterbewegung ist. Als solcher wird er auch in Italien von den Kommunisten, von den Sozialisten, von den werktätigen Massen sowie von allen Demokraten und Antifaschisten empfunden...

Gegen jede Illusion machen die Ereignisse in Chile vor allem noch stärker bewusst, dass das Wesen des Imperialismus, und insbesondere des nordamerikanischen, nach wie vor in Gewalttätigkeit und politisch-ökonomischer Unterjochung, in Aggressions- und Eroberungsabsichten sowie in dem Bestreben besteht, die Völker zu unterdrücken und sie ihrer Unabhängigkeit, Freiheit und Einheit immer dann zu berauben, wenn es die konkreten Umstände und das Kräfteverhältnis zulassen.« Diesen Bestrebungen des Imperialismus entgegenzutreten, sie einzugrenzen und zurückzudrängen sei nur möglich »mit der fortschreitenden Änderung des Kräfteverhältnisses zu seinen Ungunsten und zugunsten der um ihre Befreiung kämpfenden Völker und aller für eine neue Ordnung der Welt und ein neues System der Beziehungen zwischen den Staaten eintretenden Länder.« Tatsächlich verlaufe »seit nahezu sechzig Jahren, seit die Oktoberrevolution im Jahre 1917 der welt-historische Prozess in diese Richtung«. Seither habe sich die Einflussphäre des Imperialismus verengt.

Berlinguer war also im Jahre 1973 noch vom weiteren Anwachsen der anti-imperialistischen und sozialistischen Kräfte in der Welt überzeugt. Er zog damals nicht in Betracht, dass sich die internationalen Entwicklungstrends umkehren könnten, dass die sozialistischen und antiimperialistischen Kräfte die errungenen Positionen wieder einbüßen könnten. Dennoch räumte er ein, dass trotz Fortschritten in der internationalen Entspannung und der friedlichen Koexistenz »derartig brutale Eingriffe des Imperialismus und der Reaktion wie in Chile weiterhin möglich sind«. Das bedeute nur, dass mit Entspannung und Koexistenz keineswegs ein Zeitalter der Ruhe begänne, keineswegs der Klassenkampf auf internationaler und nationaler Ebene überwunden würde sowie Revolutionen und Konterrevolutionen nicht mehr stattfänden. Denn die Politik der Entspannung und der friedlichen Koexistenz sei »vor allem der vordringlichste Weg zur Gewährleistung des für die gesamte Menschheit und für jedes Volk lebenswichtigen Hauptziels: die Vermeidung eines Atom- und Kernwaffenkrieges, den Weltfrieden zu sichern und das Prinzip von Verhandlungen als dem einzigen Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Staaten durchzusetzen... Entspannung und Koexistenz bedingen nicht von sich aus, sozusagen automatisch und in kurzer Zeit, die Überwindung der Aufteilung der Welt in Blöcke und Einflussphären. Sie nehmen somit den USA nicht die Möglichkeit, sich in den verschiedensten Formen, einschließlich der impertinentesten, in die Gebiete und Länder einzumischen,

die sie für immer in ihrem direkten oder indirekten Herrschaftsbereich halten wollen...«

Der Erfolg der Fortschrittskräfte nicht nur in Italien hänge also davon ab, wie es gelingt, das im Lande bestehende Kräfteverhältnis so zu verändern, »dass jeder Versuch der nationalen und internationalen reaktionären Gruppen, den demokratischen und verfassungsmäßigen Rahmen zu unterminieren, die von unserem Volk erzielten Errungenschaften zunichte zu machen, seine Einheit zu zerstören und seinen Vormarsch auf die Umgestaltung der Gesellschaft aufzuhalten, abgewehrt und vereitelt« werden kann. Deshalb sei »der konsequente Kampf für diesen internationalen politischen Kurs ... ein Hauptbestandteil der Perspektive, die wir als den italienischen Weg zum Sozialismus bezeichnen«.

Die chilenischen Erfahrungen boten Berlinguer reichlich Stoff, um Lehren zu ziehen für strategische Schlussfolgerungen seiner Partei in Bezug auf Möglichkeiten und Grenzen eines Vormarsches zum Sozialismus in Italien. »Die Ereignisse in Chile drängen uns zu einem aufmerksamen Nachdenken nicht nur über den internationalen Rahmen und außenpolitische Fragen, sondern auch über Probleme des Kampfes und der Perspektive der demokratischen und sozialistischen Umgestaltung unseres Landes... Man muss immer die wichtigsten Beweggründe für die Ausarbeitung und Anwendung jener politischen Strategie berücksichtigen, die Togliatti als »den Vormarsch Italiens zum Sozialismus in Demokratie und Frieden« bezeichnete... Die wichtigste von uns zu lösende Aufgabe besteht also darin..., die große Mehrheit des Volkes um ein Programm des Kampfes zur demokratischen Gesundung und Erneuerung der gesamten Gesellschaft und des Staates zu scharen und eine diesem Programm und dieser Mehrheit entsprechende Gruppierung politischer Kräfte zu schaffen, die imstande sind, es zu realisieren. Einzig und allein diese Linie kann die konservativen und reaktionären Gruppen isolieren und besiegen, die Demokratie fest und unüberwindlich machen und die Umgestaltung der Gesellschaft voranbringen. Nur auf diesem Weg kann man gleichzeitig bereits heute die Voraussetzungen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft und eines sozialistischen Staates schaffen, die die ungehinderte Ausübung und Entwicklung aller Freiheiten gewährleisten...« Was die bisherigen Erfahrungen der Arbeiterklasse, des italienischen Volkes, der IKP anbelange, verlief die Entwicklung »gewiss weder ruhig noch unblutig Sie waren gekennzeichnet durch schwerste Kämpfe, heftige Krisen und Konflikte, durch mehr oder weniger tiefe Brüche oder die Gefahr eines Bruchs. Einen demokratischen Weg wählen heißt also nicht, sich in der Illusion einer ruhigen, erschütterungsfreien Evolution der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus zu wiegen.«

Wenngleich Berlinguer recht optimistisch annahm, dass unter den in Italien gegebenen Umständen eine auf Sozialismus gerichtete Transformation der kapitalistischen Gesellschaft durchaus möglich wäre, hielt er den anvisierten Weg zum Sozialismus nicht für einen harmonischen. Er würde vielmehr Kampf auf breiter gesellschaftlicher Basis erfordern. »Es schien uns auch immer falsch, den demokratischen Weg einfach als einen parlamentarischen Weg zu bestimmen. Wir leiden nicht an parlamentarischem Kretinismus... Wir haben festgestellt, dass der demokratische Weg weder geradlinig noch schmerzlos ist. Unabhängig von diesen oder jenen Kampfformen war der Weg der Arbeiterbewegung nie ein ununterbrochener Aufstieg, und er kann es auch nicht sein. Es gibt immer Höhen und Tiefen. Auf Perioden des Voranschreitens folgen Zeiten, in denen es gilt, die neuen Errungenschaften zu festigen. Ebenso gibt es Phasen, in denen es notwendig ist, einen Schritt zurückzugehen, um eine Niederlage zu vermeiden, Kräfte zu sammeln und die Bedingungen für die Wiederaufnahme des Vormarsches zu schaffen. Das gilt sowohl für den Kampf der Arbeiterbewegung in der Opposition als auch bei der Eroberung der Macht oder der Regierungsübernahme... Der demokratische Weg zum Sozialismus ist eine – in Italien auf dem Boden der antifaschistischen Verfassung vollziehbare – progressive Umgestaltung der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Basis, der Werte und Leitideen der Nation, des Machtsystems und des Blocks sozialer Kräfte, in dem dieses zum Ausdruck kommt... Die grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft auf demokratischem Wege bedarf der Zustimmung in einem ganz präzisen Sinn: In Italien kann sich die Umgestaltung nur als Revolution der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung vollziehen. Einzig unter dieser Bedingung können Zustimmung und Kraft miteinander verschmelzen und zu einer unbesiegbaren Realität werden. Dieses Verhältnis von Kraft und Zustimmung ist unabhängig von den Kampfmethoden notwendig, das heißt, auch wenn es sich um ... [die Kampfmethode] des bewaffneten Kampfes handelt. Unsere nationale Befreiungsbewegung war eine bewaffnete Bewegung. Sie konnte Widerstand leisten und siegen, weil sie sich auf die Einheit aller demokratischen und Volkskräfte gründete, weil sie die Unterstützung und die Zustimmung der großen Mehrheit der Bevölkerung für sich gewinnen konnte... Die Frage der Bündnisse ist also die entscheidende Frage für jede Revolution und jede revolutionäre Politik. Sie ist es damit auch für die Durchsetzung des demokratischen Weges... Neben diesen Schichten und Zwischenkategorien sowie dem Proletariat, ja oft mit ihnen verflochten, gibt es in unserer Gesellschaft ferner Bevölkerungsschichten und soziale Kräfte, die als solche nicht in den Bereich der »Kategorien« einzuordnen sind. Es handelt sich zum Beispiel um breite Teile der Bevölkerung des Südens und der Inseln, der Frauen und Jugendlichen, der Kräfte der Wissen-

schaft und Technik, der Kultur und Kunst... Für den Ausgang unseres demokratischen Kampfes für die Umgestaltung und Erneuerung unserer Gesellschaft ist bestimmend, welche Haltung diese Massen, diese Mittelschichten, diese Bevölkerungsgruppen einnehmen, wie sie sich orientieren und wie sie wirksam werden. Ganz offensichtlich ist für das Schicksal der demokratischen Entwicklung und des Vormarsches zum Sozialismus entscheidend, ob sich das Gewicht dieser gesellschaftlichen Kräfte auf die Seite der Arbeiterklasse oder gegen sie verlagert... Es gilt hierbei Forderungen zu stellen und Ziele zu verfolgen, die diesen Bevölkerungsschichten, sozialen Kräften und Gruppen auf konkrete Weise eine sichere Perspektive bieten, die in neuen Formen ihr Existenzniveau und ihre Rolle in der Gesellschaft garantieren und möglichst verbessern, allerdings in einer anderen ökonomischen Entwicklung und in einer gerechteren und moderneren Gesellschaftsordnung...«

Erforderlich seien demnach Bündnisse auf der Grundlage eines breiten »historischen Kompromisses« mit all jenen Kräften, mit denen das Land zum Sozialismus geführt werden könne. »Die Einheit, die politische Kraft und der Wählereinfluss der Linken sowie die ständig größere Übereinstimmung zwischen ihren unterschiedlichen und selbständigen Organisationsformen bilden offensichtlich die unabdingbare Voraussetzung, um im Land einen wachsenden Druck für die Durchsetzung von Veränderungen aufrechtzuerhalten. Aber selbst wenn die Linksparteien und die Linkskräfte 51 Prozent der Stimmen und Sitze im Parlament erringen könnten, was an und für sich einen beträchtlichen Fortschritt im Kräfteverhältnis zwischen den Parteien in Italien darstellen würde, wäre es völlig illusorisch anzunehmen, dass allein diese Tatsache Fortbestehen und Wirken einer Regierung der Linksparteien garantieren würde, die diesen 51 Prozent entspräche. Deshalb sprechen wir nicht von einer »Linksalternative«, sondern von einer »demokratischen Alternative«, das heißt von der politischen Perspektive einer Zusammenarbeit und Verständigung der kommunistisch und sozialistisch orientierten Volkskräfte mit den katholisch eingestellten Kräften des Volkes sowie mit anderen demokratisch orientierten Gruppierungen...«

Berlinguer und der »Eurokommunismus«

In den 1970er Jahren hielt es Berlinguer in Wahrnehmung internationalistischer Verantwortung – nicht anders als in den 1950er und 60er Jahren Togliatti – für notwendig, Wege aus der offensichtlichen Krise des Sozialismus und der internationalen kommunistischen Bewegung zu erkunden. In diesem Sinne suchte er die Kontakte mit anderen kommunistischen Parteien zu nutzen, vor allem mit der spanischen und der französischen KP, um gemeinsam mit ihnen den Marxismus, die Sozialismus-Theorie und das Inter-

nationalismus-Konzept entsprechend zeitgemäßen Bedingungen und Erfordernissen zu überprüfen und zu revidieren. In mehreren Parteien war man, wenn auch auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlichen Akzenten, zur Einsicht gelangt, dass die Ursachen der Krise von Theorie und Praxis, in der sich die kommunistische Bewegung befand, vor allem bei den regierenden kommunistischen Parteien der europäischen sozialistischen Länder und im existierenden Sozialismus lägen, und dass deshalb die notwendigen Impulse zur Erneuerung der Theorie und Praxis des Sozialismus kaum noch von der KPdSU und den mit ihr verbündeten Parteien zu erwarten wären. Vielmehr hatte bekanntlich die KPdSU die notwendige kritische Analyse und Einschätzung der Ursachen, des Verlaufs und des gewaltsamen Abbruchs der Reformbewegung in der ČSSR von 1968 verhindert und ihre Intervention als Akt des Internationalismus gerechtfertigt. Als Reaktion darauf begann zwischen den erwähnten Parteien ein Meinungs austausch zu theoretischen und strategischen Grundfragen, um einen eigenen Weg zur Lösung der Probleme zu beschreiten. Besonders engagierte sich hierbei Berlinguer, indem er in besonderem Maße die kritisch-konstruktiven Positionen seiner Partei zur Geltung brachte. Die erzielte Verständigung erhielt die Bezeichnung »Eurokommunismus«. Diese Entwicklung fiel mit der Vorbereitung, Durchführung und Nachwirkung der Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien zusammen, die im Sommer 1976 in Berlin stattfand. Nach Lage der Dinge konnte es nicht anders sein, als dass die »eurokommunistischen« Auffassungen neben den konstruktiven Aspekten zugleich Distanz und offene Kritik im Verhältnis zu den Parteien der sozialistischen Länder artikulierten.

Als Ergebnis gemeinsamer Beratungen von Delegationen der kommunistischen Parteien Spaniens und Italiens unter der Leitung ihrer Generalsekretäre Santiago Carrillo und Enrico Berlinguer wurde am 11. Juli 1975 eine Erklärung veröffentlicht, in der es u.a. hieß: »Die Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft erwächst heute aus der Realität der Dinge und hat die Überzeugung zur Prämisse, dass sich der Sozialismus in unseren Ländern nur durchsetzen kann vermittels der Entwicklung und vollen Verwirklichung der Demokratie. Dies hat als Grundlage die Bekräftigung der Werte der persönlichen und kollektiven Freiheiten und deren Garantie, der Prinzipien der Weltlichkeit des Staates, seiner demokratischen Artikulation, der Pluralität der Parteien in einer freien Dialektik, der Autonomie der Gewerkschaften, der religiösen Freiheiten, der Meinungsfreiheit, der Freiheit der Kultur, der Künste und der Wissenschaften. Auf ökonomischem Gebiet ist eine sozialistische Lösung berufen, eine hohe Entwicklung der Produktivität vermittels einer Politik der demokratischen Programmierung zu gewährleisten, was eine Koexistenz verschiedener Arten von Initiative und von öffentlicher und priva-

ter Leitung verlangt.« Entworfen wurde damit ein Sozialismus-Projekt, das bewusst dem in den sozialistischen Ländern real existierenden System entgegengesetzt wurde. Es wurde betont, dass sie gewillt sind, ihre Positionen zur Innen- und internationalen Politik »in voller Autonomie und Unabhängigkeit« zu definieren. Am 17. November 1975 fand sodann ein Treffen von Delegationen der IKP und der FKP, ebenfalls unter der Leitung ihrer Generalsekretäre Enrico Berlinguer und George Marchais in der Nähe von Rom statt, nachdem sich beide bereits zuvor im September in Paris getroffen hatten. Nach schwierigen Verhandlungen, wie zu vernehmen war, veröffentlichten beide Parteien eine recht umfassende gemeinsame Erklärung. Von Eurokommunismus war noch nicht die Rede. Indem IKP und FKP von der Krise des »ökonomischen, sozialen, politischen, moralischen und kulturellen Lebens« in beiden Ländern sowie von den globalen Auswirkungen der ökonomischen Krise des Kapitalismus ausgingen, konstatierten sie die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, »den Erfordernissen der Produktivkraftentwicklung, Wissenschaft und Technik eingeschlossen, der Notwendigkeit der Gewährleistung des Rechts auf Arbeit, der Hebung des Lebensniveaus, der Entwicklung der Kultur, der Verwirklichung aller menschlichen Werte gerecht zu werden«. Daraus schlossen sie gleichfalls optimistisch auf die strategischen Aufgaben, vor denen sie zu stehen meinten. »Aus der aktuellen Krise erwächst mehr denn je für Frankreich und Italien die Notwendigkeit, die Demokratie zu entwickeln und in Fortschritte in Richtung zum Sozialismus zu verwandeln.« Die friedliche Koexistenz bezeichneten sie als »die einzige Alternative zu einem Vernichtungskrieg, eine Bedingung, um Konflikte zwischen Staaten lösen, um eine breitere internationale Zusammenarbeit entwickeln zu können«. Sie biete zugleich »das günstigere Terrain für den Kampf gegen den Imperialismus, für die Demokratie und den Sozialismus«. Doch sie mahnten an, wie es die IKP bereits in den 1960er Jahren tat, dass friedliche Koexistenz »nicht den sozialen und politischen status quo festschreiben« dürfe, womit sie sich gegen jene »Blocklogik« wandten, der zufolge in keinem der Blöcke im angeblichen Interesse ausgewogener Beziehungen zwischen ihnen gesellschafts- und machtpolitische Veränderungen nicht geduldet werden dürften, die nicht blockkonform wären. Neben der Bekundung von Übereinstimmungen in den Bedingungen und Auffassungen hoben IKP und FKP aber auch hervor, dass es zwischen beiden Ländern und somit zwischen beiden Parteien Unterschiede gäbe. »Beide Parteien verfolgen ihre eigene Aktion unter konkreten unterschiedlichen Bedingungen, und deshalb betreiben sie eine Politik, die den Erfordernissen und Besonderheiten des eigenen Landes entspricht. Zur gleichen Zeit konstatieren sie, indem sie in entwickelten kapitalistischen Ländern kämpfen, dass die wesentlichen Probleme,

denen sie gegenüberstehen, gemeinsame Wesensmerkmale aufweisen, die analoge Lösungen erfordern.« Zu den gemeinsamen Zügen zählten sie vor allem – und damit distanzieren sich beide Parteien gleichfalls von dem in Osteuropa praktizierten Sozialismusmodell, – dass »der Vormarsch zum Sozialismus und die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft, die sie als Perspektive in ihren Ländern vorschlagen, verwirklicht werden müssen im Rahmen einer kontinuierlichen Demokratisierung des ökonomischen, sozialen und politischen Lebens. Der Sozialismus stellt eine höhere Phase der Demokratie und der Freiheit dar.«

So kritikwürdig die Verhältnisse in den realsozialistischen Ländern auch waren, scheint man in »eurokommunistischer« Euphorie jedoch gewisse reale Zwänge und Beschränkungen missachtet zu haben, denen diese Länder im damaligen Kalten Krieg unweigerlich ausgesetzt waren. So wurde auch zum Problem der Freiheit ergänzend hinzugefügt: »Alle Freiheiten, Ergebnis der großen bürgerlich-demokratischen Revolutionen wie auch der großen Volkskämpfe dieses Jahrhunderts, an deren Spitze die Arbeiterklasse stand, müssen garantiert und entwickelt werden. Das betrifft die Freiheit des Geistes und die Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungs-, die Demonstrationenfreiheit, die Freiheit des freien Verkehrs von Personen im In- und Ausland, die Unantastbarkeit des privaten Lebens, die Religionsfreiheit, die totale Freiheit der Meinungsäußerung von Strömungen und die Äußerung jeglicher philosophischer, kultureller und künstlerischer Meinungen.« Hinsichtlich des politischen Systems im Sozialismus »sprechen sie sich für die Pluralität der politischen Parteien, für das Recht auf Existenz und Aktivität von Oppositionsparteien, für die freie Bildung und demokratische Alternanz von Mehrheiten und Minderheiten, für die Weltlichkeit und die demokratische Funktionsweise des Staates, für die Unabhängigkeit der Justiz aus. Sie sprechen sich gleichermaßen für die freie Betätigung und die Autonomie der Gewerkschaften aus.«

Die Kluft zwischen den für ihre Länder konzipierten Sozialismus-Vorstellungen von IKP und FKP und der Realität in den sozialistischen Ländern kam in dieser Erklärung also unmissverständlich zum Ausdruck. Zwar war dieses Konzept berechtigt und notwendig, doch es besaß – entgegen den optimistischen Bekundungen – unter den gegebenen Bedingungen keine Chance auf eine Verwirklichung. Es ließ sich in der politischen Praxis auf seine Realisierbarkeit gar nicht erproben.

IKP und FKP veranstalteten am Vorabend der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien erneut eine öffentliche Demonstration ihrer übereinstimmenden Auffassungen sowie ihres Dissenses gegenüber den regierenden kommunistischen Parteien. In einem Arbeitervorort

von Paris fand am 3. Juni 1976 ein großes gemeinsames Meeting mit Reden von Georges Marchais und Enrico Berlinguer statt. Letzterer gebrauchte erstmals, wenn auch apostrophiert, das Wort Eurokommunismus. Im Hinblick auf die in Vorbereitung befindliche gemeinsame Abschlusserklärung für die Berliner Konferenz machten beide Parteien bei dieser Gelegenheit deutlich, unter welchen Bedingungen sie bereit sein würden, mit den regierenden kommunistischen Parteien ein gemeinsames Dokument zu vereinbaren. Es könne ihre Zustimmung nur dann erhalten, wenn es so abgefasst sein wird, dass es von allen Teilnehmern vorbehaltlos akzeptiert wird. Divergierende, das heißt nicht-konsensfähige Auffassungen dürften deshalb im Dokument keinen Platz finden. Marchais sprach vom angestrebten Sozialismus als einem Sozialismus »in den Farben Frankreichs«.

Berlinguer wurde noch deutlicher: Man stimme zwar darin überein, welche Bedeutung der Oktoberrevolution für die Geschichte der Welt zukomme. »Doch jene Gesellschaften, die in der Sowjetunion und nach deren Sieg im europäischen Osten nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, verkörpern neben großen positiven Errungenschaften Elemente, die wir in kritischer Weise betrachten und die in Ländern wie den unseren nicht anwendbar sind.« Unterschiedliche Akzente setzten Berlinguer und Marchais in folgender Hinsicht: Während die IKP auf »eine neue politische Richtung, die sich auf die Zusammenarbeit aller demokratischen und Volkskräfte stützen«, orientiere, trete die FKP hingegen für einen »realen Wechsel des Systems« ein, was nur durch Kampf zu erreichen wäre.

Auch in Bezug auf die NATO stimmten beide Parteien nicht überein. Marchais beschuldigte Präsident Giscard d'Estaing, »das Land gänzlich in die Disposition des atlantischen Krieges (!) eingegliedert zu haben«, Berlinguer erklärte im Unterschied dazu, dass die IKP »die Mitgliedschaft Italiens in den internationalen und europäischen Bündnissen und Organisationen, denen es angehört, nicht in Frage stellt«. Mit dieser Position gab Berlinguer zu erkennen, dass der von seiner Partei angestrebte Weg zum Sozialismus nicht auf einen Einfluss- und Machtzuwachs des östlichen Block hinauslaufen dürfe und nicht würde, also die Blocklogik durchbreche.

Die Berliner Konferenz im Juni 1976, die von der SED uneingeschränkt als öffentliche Veranstaltung organisiert worden war, bot Berlinguer eine gute Gelegenheit, die »eurokommunistischen« Positionen vor dem Forum der versammelten kommunistischen Parteien darzulegen. Er nannte es eine offensichtliche Tatsache, »dass die Weiterentwicklung des Marxismus« – er sprach nicht vom Marxismus-Leninismus – »nicht Schritt gehalten hat mit den großen Veränderungen der Wirklichkeit der gegenwärtigen Welt, mit den verschiedenen Erfahrungen im Kampf und beim sozialistischen Aufbau und mit

der politischen Praxis. Oft beschränkt man sich darauf, stereotype Formulierungen zu benutzen, mit Zitaten zu kämpfen und jede Position, die von der eigenen abweicht, willkürlich in dem einen oder anderen Sinne als revisionistisch zu etikettieren«. Man lebe in einer Epoche, in der sich tatsächlich prozessual der Übergang zum Sozialismus vollziehe (!). Ohne dabei von einem »dritten Weg« zum Sozialismus zu sprechen, wie es die IKP später tat, verwarf Berlinguer den von der Sozialdemokratie beschrittenen Weg, der sich als unfähig erwiesen habe, »zu einer wirklichen Überwindung des Kapitalismus zu führen«, und er betonte zugleich erneut, dass die in den Ländern Osteuropas befolgten Modelle »nicht den besonderen Bedingungen und den Orientierungen der großen Arbeiter- und Volksmassen der Länder des Westens« entsprächen. Er wiederholte das Bekenntnis zur Parteienpluralität, zu Demokratie, Freiheit und Autonomie im Sozialismus. Einige kommunistische und Arbeiterparteien Westeuropas seien »zu analogen Ausarbeitungen in bezug auf den Weg zum Sozialismus und den Charakter der in ihren Ländern zu errichtenden sozialistischen Gesellschaft gelangt«, wobei er sich ausdrücklich auf die zweiseitigen Erklärungen seiner Partei mit den Parteien aus Spanien, Frankreich und Großbritannien bezog. Der Internationalismus sei ein Wessenzug der Kommunisten, meinte Berlinguer. Die Bewegung für gesellschaftliche und politische Befreiung, für nationale Unabhängigkeit, für Frieden und Fortschritt der ganzen Menschheit gehe aber weit über die kommunistischen Parteien hinaus, sei breiter und sehr differenziert. In der kommunistischen Bewegung selbst könne es nach dem Internationalismus-Verständnis der IKP kein internationales Organ, keine Direktiven und Bindungen geben, sondern nur Gleichberechtigung, Autonomie und Öffentlichkeit. In diesem Sinne hätten die italienischen Kommunisten »zwar stets die großen Errungenschaften der sozialistischen Länder betont..., aber auch mehrmals kritische Urteile ... [abgegeben], entweder über bestimmte Ereignisse und Situationen (wie zum Beispiel in der Tschechoslowakei) oder über allgemeine Probleme hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Demokratie und Sozialismus in verschiedenen sozialistischen Ländern«. Wenngleich sehr diplomatisch ausgedrückt, äußerte Berlinguer als einziger auf der Berliner Konferenz erneut offene Kritik an der militärischen Intervention in der ČSSR 1968. Die Berliner Konferenz hatte aber auch ein Grunddilemma der kommunistischen Bewegung verdeutlicht: Während einige westliche kommunistische Parteien nach neuen Wegen suchten, um das Zurückbleiben der Bewegung zu überwinden und dem Sozialismus in der Welt neue Attraktivität und Triebkraft zu verleihen, entzogen sich die im Osten regierenden Parteien, voran die KPdSU, dem dringend notwendigen, längst überfälligen offenen Dialog über die angestauten Probleme.

Resümierend kann man sagen: Der Eurokommunismus stellte ein gewisses Kompendium von Überlegungen und Vorschlägen dar, um zu einer Erneuerung und zu weiteren Fortschritten des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung zu gelangen. Manches, was diese Auffassungen besagten, hatte allerdings einen abstrakten Charakter, erschien ohne den notwendigen Bezug auf die jeweils realen Bedingungen des sozialistischen Aufbaus, auf die konkreten ökonomischen und internationalen Zwänge, Kräfteverhältnisse und Auseinandersetzungen, blieb demnach deklamatorisch. Die eurokommunistischen Auffassungen haben den Parteien, die sich zu ihnen bekannten, so auch der IKP, deshalb auch nicht den erwarteten Einflussgewinn gebracht. Die eurokommunistische Euphorie wurde bald gedämpft und ebte ab, was verschiedene Ursachen hatte. Es war nicht gelungen, eine einheitliche, theoretisch fundierte Plattform der betreffenden Parteien auszuarbeiten. In zweierlei Hinsicht haben die »eurokommunistischen« Parteien auch wesentliche Gegebenheiten nicht bzw. nicht in ausreichendem Maße in ihre Überlegungen einbezogen. Zum einen betraf das die sich in den 1970er Jahren formierenden linken, friedenspolitischen, ökologischen, feministischen und Bürgerrechtsbewegungen, die sich mehr oder weniger gegen die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse wandten. Nachdem die betreffenden Parteien schon nicht vermocht hatten, sich maßgeblich in die emanzipatorische Revolte der Studenten und in die Streikbewegungen der Arbeiter in den Schlüsseljahren 1968/69 einzuschalten, erwiderten sie die ihnen von den neuen Bewegungen entgegengebrachte Distanz gleichfalls mit Skepsis und Distanz, anstatt diese als neue Bündnispartner zu begreifen. Zum anderen betraf es die Entwicklungen der Länder in der »Dritten Welt«. Zwar befassten sich die Parteien – vornehmlich die IKP – auch mit dieser Problematik, doch unterschätzten sie, so lässt sich aus den bekannten Stellungnahmen schließen, die Tatsache, dass Entwicklungsfortschritte in Europa im Allgemeinen und eine europäische sozialistische Perspektive im Besonderen in entscheidendem Maße, also unmittelbar davon abhängig waren und sind, wie es gelingt, die Lösung der Probleme der »Dritten Welt« in die eigene Strategie einzubeziehen und für diese Länder besonders unter den Bedingungen der Globalisierung des Kapitals geeignete Entwicklungswege zu finden. Von wesentlicher Bedeutung für das Schicksal des Eurokommunismus war, dass die nach wie vor von der KPdSU mehrheitlich dominierte internationale kommunistische Bewegung sich teils als erneuerungsunfähig erwies, teils aber auch aus Furcht, ihre Identität und das Wohlwollen aus Moskau zu verlieren, das eurokommunistische Gedankengut als zersetzend und revisionistisch ablehnte. Die eurokommunistischen Parteien, obwohl einflussreich, blieben isoliert. Die von ihnen verfolgte und optimistisch erwartete Überwindung der traditionellen antikommunistischen Vor-

behalte in den USA, der BRD, der NATO gegen eine Aufwertung und Regierungsbeteiligung von Kommunisten in westlichen Ländern trat nicht ein, sondern scheiterte. Der IKP war es zwar gelungen, eine Zeitlang die Regierungsmehrheit parlamentarisch zu stützen, doch führten die ausbleibenden Erfolge in der Partei zu Enttäuschungen und zu innerer Zerrissenheit. Und 1983 verließ die FKP, der eine Regierungsbeteiligung zusammen mit den Sozialisten tatsächlich gelungen war, die Regierungskoalition, weil deren Reformprogramm scheiterte und die Partei einen beträchtlichen Einflussverlust hinnehmen musste. Das Konzept des Eurokommunismus erwies sich auch nicht geeignet, wie beabsichtigt den Graben zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zu überbrücken. Den Sozialdemokraten bzw. Sozialisten reichten die vorgenommene Revision des Leninismus und die Distanz zu Moskau nicht aus, um Vorbehalte und Misstrauen abzubauen.

Berlinguers angestrebter und gescheiterter »Historischer Kompromiss«

Im Jahre 1976 war in Italien eine eigenartige Situation entstanden, die für die IKP unter Berlinguers Führung eine neue Perspektive zu eröffnen schien. Bei den Parlamentswahlen erreichte sie mit 34,4% der Stimmen ihr bislang höchstes Wahlergebnis. Man sprach in Italien von der so genannten kommunistischen Frage, da inzwischen grundsätzliche politische Entscheidungen im Lande nicht mehr ohne, geschweige denn gegen die Kommunisten getroffen werden konnten. Die Christlich-Demokratische Partei (DC), die jahrzehntelang die Regierungsmehrheit verkörperte, bedurfte jetzt zur Regierungsbildung einer Verständigung mit der IKP. So kam es zu einer von der IKP parlamentarisch unterstützten Einparteienregierung der Christdemokraten unter Giulio Andreotti als Ministerpräsidenten. Die Übereinkunft war in Gesprächen zwischen Berlinguer und Aldo Moro, seit Oktober 1976 Vorsitzender der DC und zuvor mehrfach Minister, vorbereitet worden. Ein erstes derartiges Gespräch hatte bereits 1971 stattgefunden. Nach einem weiteren Gespräch vom 7. Juli 1976 hatte Moro Andreotti informiert, der in seinem Tagebuch vermerkte: »Moro hat mir heute mit einer großen Offenheit gesagt...: Es ist unabdingbar..., in irgendeiner Weise die Kommunisten einzubeziehen, und dies muss durchgeführt werden von einem wie mir, der intern wie extern keine missverständlichen Interpretationen aufkommen lässt.« Nach anfänglich entschiedenem Widerstand in den Reihen der Christdemokraten wurde sodann die Entscheidung zugunsten der IKP getroffen. Die IKP sah in der »Regierung der demokratischen Solidarität« einen ersten Schritt, nicht nur die seit 1947 bestehende antikommunistische Blockade zu überwinden und erneut mitzuregieren, sondern vielleicht sogar jener demokratischen Entwicklung zum Sozialismus näherzukommen, die Berlinguer am Ende seiner Bei-

träge über die chilenischen Ereignisse mit der Formel eines anzustrebenden »historischen Kompromisses« anvisiert hatte. Neue Möglichkeiten für Fortschritte in diesem Sinne stießen aber nicht nur deshalb auf unüberwindbare Grenzen, dass die DC zur Zusammenarbeit mit der IKP lediglich aus einer Zwangslage heraus bereit war, ohne grundsätzlich ein neues Verhältnis zu ihr herzustellen, sondern dass Italien sich in einer ökonomischen und sozialen Krise befand, für die als Ausweg – eben mit kommunistischer Duldung – ein Sparkurs, d.h. eine Politik der Austerität, eingeleitet wurde. Der IKP waren jegliche Möglichkeiten genommen, neue soziale Errungenschaften für die Werktätigen durchzusetzen.

Vor eine harte Probe und Entscheidung wurde die IKP unter Berlinguer gestellt, als die »Roten Brigaden«, ohne Zweifel mit verdeckter Unterstützung von reaktionären Kreisen und Geheimdiensten, Aldo Moro am 16. März 1978 überfallen und als Geisel entführt hatten. Die IKP traf hierauf zusammen mit der DC-Führung die Entscheidung, mit den Entführern unter keinen Umständen Verhandlungen aufzunehmen und sich mit ihnen auf einen Kompromiss einzulassen. Das Drama endete am 9. Mai 1978, als Moro nach 55-tägiger Geiselhaft ermordet aufgefunden wurde. Moro war offenkundig das Opfer seiner Aufgeschlossenheit gegenüber der IKP und deren möglichem Eintritt in die Regierung geworden. Die Aussicht Berlinguers auf eine direkte Regierungsbeteiligung der IKP war damit zunichte gemacht worden. Nachdem der Stimmenanteil der IKP bei den Kommunalwahlen im Mai 1978 gegenüber 1976 erheblich gesunken war und die Unzufriedenheit über die parlamentarische Stützung der Regierung in der IKP wuchs, zog Berlinguer auf einer Konferenz mit den Regional- und Provinzsekretären seiner Partei im Mai 1978 eine kritische Bilanz. Zwar hielt er vorerst noch an der Entscheidung für die »Regierung der demokratischen Solidarität« fest, benannte aber einige wesentliche Defizite. So hob er einen Unterschied zwischen der richtigen Substanz dieser Politik und der unbefriedigenden praktischen Umsetzung hervor. »Einerseits sind die Implikationen der Erneuerung und der Transformation unserer Linie der Austerität im Verborgenen geblieben; andererseits ist im Streben nach immer breiteren Vereinbarungen und Verständigungen die Physiognomie und somit die autonome Initiative unserer Partei verwischt und farblos geworden (oder zumindest schien es so).« Er fügte hinzu, dass die DC stets darauf bedacht gewesen sei, ihre Identität zu wahren, während die IKP ihre Identität nicht ausreichend herausgestellt hätte. Ihr habe es an Initiative, Distanz, Kampf- und Wettbewerbsgeist gefehlt. Die »Politik eines breiten Einvernehmens« sei als generelle Linie richtig gewesen, doch sei manchmal das »Streben nach Übereinkunft mit der Christlich-Demokratischen Partei und anderen Kräften als eine [Linie] um jeden Preis

begriffen worden«. Nach dem Vorfall mit Moro und während der gesamten Wahlkampagne »waren wir vielleicht bis an die Grenze der Naivität zu generös, auch weil dieser Generosität und Loyalität keine ebensolche Loyalität seitens anderer Parteien und vor allem seitens der DC entsprach«. Giuseppe Vacca, Direktor des Gramsci-Instituts in Rom, beurteilte die Lage viel kritischer, indem er von einer Diskontinuität in der politischen Kultur der Partei zwischen den 1960er und den 70er Jahren und von einer Subordination der IKP gegenüber der DC sprach. In der IKP begann man, sich vom Kurs Berlinguers zu distanzieren. Mit dem Verweis auf die großen Veränderungen in der Weltwirtschaft, in den internationalen Beziehungen, in den politischen Handlungsoptionen meinte Vacca, dass sich »in der kommunistischen Kultur der Analyse ein ernsthaftes Defizit« gezeigt hätte. Es handele sich nicht einfach um einen politischen Fehler der Partei. Dominierend seien in der italienischen Politik vielmehr andere Analysen und Kategorien geworden: »Eine andere politische Kultur erhielt Oberhand, der der Einfluss (wenn nicht die Führung) untergeordnet wurde, und die kulturelle Autonomie – eine wesentliche Ressource der Effizienz programmatischer Orientierungen und politischer Aktion – erhielt einen Riss. Vor allem in diesem Sinn offenbarten die 1970er Jahre eine Diskontinuität in der Entwicklung der politischen Kultur der IKP.« Gegenüber den »Modernisierungsprozessen« seien die europäischen kommunistischen Parteien generell in eine marginale Position geraten. Frank Deppe hat, das sei an dieser Stelle eingefügt, rückblickend noch fundierter den Rückstand charakterisiert, in den damals die gesamte europäische Arbeiterbewegung in strategischer Hinsicht geraten wäre: »Das Versagen der westeuropäischen Arbeiterbewegung und ihrer Intellektuellen bestand gerade darin, dass sie die strategische Bedeutung der Wende von 1974/75 nicht erkannten und dass sie auch in den Folgejahren unfähig blieben, die strategischen Herausforderungen der Fordismuskrise angemessen zu begreifen und dem Strategiewechsel der herrschenden Klasse und ihrer Ideologen (vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik) zum ›Neoliberalismus‹ ein Gegenkonzept entgegenzustellen. Die Kampfbereitschaft der Massen war um die Mitte der 1970er Jahre noch vorhanden...« Gewisse Positionen, so Deppe weiter, »unterschätzten den rapiden Verfall der Kampfbereitschaft und Mobilisierungsfähigkeit der Arbeiterklasse, der ab Mitte der 1970er Jahre einsetzte und schon zu erkennen gab, wie mit dem Übergang in Stagnation und Arbeitslosigkeit eine der schärfsten Waffen des Kapitals in der Auseinandersetzung namentlich mit den Gewerkschaften zur Wirkung gelangt: Die Massenarbeitslosigkeit erzeugt individuell die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes und fördert so die Entsolidarisierung und die Anpassungsbereitschaft an die Vorgaben der ›Arbeitgeber‹«.

Nicht unwichtig war auch die Tatsache, dass durch eine einseitige Orientierung der IKP auf die Christdemokraten als Koalitionspartner zwischen 1976 und 1979 das Verhältnis zu den Sozialisten mehr als getrübt wurde. Sie fühlten sich infolge der Annäherung zwischen Kommunisten und Christdemokraten marginalisiert. Damit wurden traditionelle Bande zwischen den beiden Arbeiterparteien, die ohnehin seit 1956 und nach dem linkszentristischen Regierungsbündnis sehr widersprüchlich geworden waren, ernsthaft in Frage gestellt. Auch deshalb nahm die Kritik innerhalb der IKP an Berlinguers strategischer Orientierung zu, was ihn sodann veranlasste, diese zu korrigieren. Die IKP-Führung hatte übrigens schon im Dezember 1977, allerdings ohne Konsequenz, erklärt, dass »zwischen der Schwere der italienischen Krise und dem nicht entsprechenden Zustand der Regierung die Kluft gewachsen ist. Die Notwendigkeit wird immer offenkundiger, eine Regierung der Einheit und der demokratischen Solidarität unter Beteiligung der beiden Linksparteien zu bilden.« In einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Bettino Craxi, im Februar 1978 hatte Berlinguer diese Absicht bekräftigt.

Das Experiment der »Regierung der demokratischen Solidarität« scheiterte schließlich aus mehreren Gründen, sodass Enrico Berlinguer im Januar 1979 die Teilnahme an der parlamentarischen Regierungsmehrheit aufkündigte und die IKP wieder in die Opposition führte. Es wurden Neuwahlen notwendig, bei denen die IKP erhebliche Verluste erlitt und nur noch auf 30,4% der Stimmen kam. Und bei den Wahlen 1983 fiel der Stimmenanteil der IKP auf 29,9% zurück. Die IKP musste mit ihrer Unterstützung der Regierung eine Erfahrung machen, die auch aus anderen Ländern und anderen historischen Konstellationen bekannt ist: Regierende bürgerliche Parteien sind häufig bereit, Linksparteien als Hilfstruppe an der Regierung zu beteiligen, wenn es darum geht, eine krisenhafte ökonomische oder gesellschaftspolitische Situation zu überwinden. Das Ergebnis ist dann in den meisten Fällen ein Einfluss- und Wählerverlust dieser Linksparteien, da sie in einer solchen Lage keine Möglichkeit haben, ihre Programmvorstellungen auch nur annähernd zu realisieren, ihnen jedoch die Fehlentwicklungen und Belastungen zugeschrieben werden. Dass dieses Experiment scheiterte und der IKP die erwünschte direkte Regierungsbeteiligung verweigert wurde, hing aber ohne Zweifel auch damit zusammen, dass die USA in den 1970er Jahren alles unternahm, um eine Regierungsbeteiligung der IKP zu verhindern. Bereits 1974, bevor es zur »Regierung der demokratischen Solidarität« gekommen war, hatte der damalige US-Außenminister Henry Kissinger erklärt: »Ob sie nun von Moskau abhängig sind oder nicht, Kommunisten vertreten eine Philosophie, die ihrer Natur und ihren eigenen Bekundungen nach außerhalb des ›bourgeois«

Rahmens westlicher Verfassungsgeschichte steht; sie ist eine Bewegung, die sich auf eine andere Tradition beruft und ein weitgehend irreführendes Vokabular benutzt.« Im Dezember 1975 sprach Kissinger auf einer Konferenz von Diplomaten in London davon, dass eine kommunistische Herrschaft in Westeuropa inakzeptabel sei. »Dies hat nichts zu tun mit einer gemäßigten Haltung dieser Parteien oder mit dem Grad ihrer Unabhängigkeit von Moskau.« Und er fügte hinzu: »Ein kommunistisches Westeuropa wäre auch für die Sowjets eine Besorgnis... Würden die Kommunisten die Macht ergreifen in verschiedenen Demokratien Westeuropas, trete eine erhebliche Veränderung in den von der amerikanischen Politik geschaffenen Grundlagen ein.« Kissinger erwies sich somit als ein Befürworter des bestehenden internationalen Gleichgewichts, als ein Verfechter der »Blocklogik« im Osten wie im Westen, die eben die italienischen Kommunisten unter Luigi Longo und Enrico Berlinguer durchbrechen wollten.

Nach Einschätzung des Vorsitzenden der Parlamentsfraktion der IKP, Fernando Di Giulio, kämen zu den Ursachen des Scheiterns der »Regierung der demokratischen Solidarität« in erster Linie »die Unfähigkeit der Regierung auf dem Gebiet der ökonomischen Politik hinzu, tatsächlich zu einer effektiven Beschäftigungspolitik überzugehen und schrittweise die akuten Probleme Süditaliens in Angriff zu nehmen. Hier handelt es sich, neben den verschiedenen wichtigen Fragen, auch um Fragen legislativer Natur, darum, dass zweimal 1977 und 1978 ein Konflikt mit dem Lande und mit der Gewerkschaftsbewegung hervorgerufen wurde.« Di Giulio bemängelte das Unvermögen der IKP, die Mechanismen der Macht und des Regierens begriffen zu haben, sowie die Unterschätzung der eigenen Schwäche und die Illusion hinsichtlich der Durchsetzung des eigenen Programms.

Die Zusammenarbeit mit den Christdemokraten betrachtete Berlinguer als gescheitert. Deshalb vollzog er 1980 einen Kurswechsel, indem er als Aufgabe der Linkskräfte nunmehr eine »demokratische Alternative« (ohne die Christdemokraten) propagierte, und zwar mit dem weitreichenden Anspruch, eine Regierung unter Führung der IKP bilden zu wollen. Ein letzter Anlass hierzu war das Versagen der Regierung nach dem schweren Erdbeben am 23. November 1980 in Süditalien. Eine außerordentliche Sitzung der Nationalen Leitung der IKP kam zu folgendem Schluss: »Das tragische Ereignis des Erdbebens, das zu der negativen Reaktion der Regierung auf die zahlreichen Skandale, Verwerfungen in den Apparaten des Staates und zu den Machtintrigen hinzu kam, hat mit extremer Schärfe die Frage nach der Effizienz, der Korrektheit und der Moralität der politischen Führung aufgeworfen... Die Frage der Moral ist heute zur wichtigsten nationalen Frage geworden... Es handelt sich um eine offensichtliche Krise der Richtung, der Methoden, der Regie-

rungsformel, die von der DC verursacht wurde. Es erscheint als illusorisch und ungeeignet angesichts der Schärfe, die die moralische Frage angenommen hat, nach einer Lösung zu suchen, die sich im Rahmen der Parteien bewegt, die in den vorangegangenen Jahrzehnten Italien regiert haben. Man muss deshalb anerkennen, dass sich die DC nicht in der Lage erweist, die moralische Gesundung und die Erneuerung des Staates zu leiten, und dass es der IKP objektiv zukommt, die Triebkraft und der größte Garant einer Regierung zu sein, die die besten Kräfte der italienischen Demokratie verkörpert und befähigte und ehrliche Leute der verschiedenen Parteien und außerhalb der Parteien vereint...«

An der Spitze einer neuen Regierung, so Berlinguer, dürfe kein Christdemokrat, sondern müsse ein Kommunist oder ein Sozialist stehen. »Die führende Funktion kommt der IKP deshalb zu, da sie als zweite Partei loyal zur Verfassung steht, eine Kraft, die – aus der Opposition heraus – bewiesen hat, dass sie nicht durch Skandale kompromittiert ist. Wir wenden uns an alle demokratischen Kräfte, in erster Linie an die PSI, um eine andere Regierung zu bilden«, erläuterte er einem Journalisten. Die »demokratische Alternative« würde jedoch dem Konzept des »historischen Kompromisses« nicht entgegenstehen. Berlinguer wandte sich gegen jene Kritiker seines Kurses, von denen die einen wünschten, dass die IKP nunmehr auf einen Konfrontationskurs zu anderen demokratischen Kräften gehen müsste, oder die anderen glaubten, dass die Partei nun darauf verzichten würde, für eine auf pluralistischer Demokratie gegründete sozialistische Gesellschaft einzutreten und entweder zur Idee des Kampfes Klasse gegen Klasse zurückkehren würde. Diese Kritiker würden enttäuscht werden.

Berlinguers Sozialismus-Konzept in historischer Projektion

Seine Sozialismus-Vorstellungen, die er schließlich als einen »dritten Weg« zwischen den sozialdemokratischen Konzepten und der realsozialistischen Praxis verstand, hatte Berlinguer auf der Berliner Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien 1976 und im Zusammenhang mit seinen Stellungnahmen zum Eurokommunismus dargelegt. Als Quintessenz seines Verständnisses des Erbes von Gramsci und Togliatti, seiner vorangegangenen Überlegungen und Erfahrungen begründete er auf dem XV. Parteitag der IKP im März 1979 – mit einem Exkurs auf die Geschichte der sozialistisch-kommunistischen Bewegung – erneut zusammenfassend und ausführlich seine Vorstellungen, die zu zitieren sich lohnt: »Obwohl die Wege zum Sozialismus nicht endlos sind, gibt es dennoch sehr viele und in wachsender Zahl. Wir haben nicht die Absicht, ein Modell vorzustellen, das alle anderen entwertet. Wir beziehen uns hingegen auf die historische Entwicklung des Sozialismus.

Zunächst hatten wir die Erfahrungen der II. Internationale: die erste Phase des Kampfes der Arbeiterbewegung, um den Kapitalismus zu überwinden. Es war die Phase der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, die am Ende des 19. Jahrhunderts entstanden waren und Protagonisten jener Aktivität zum Wecken des Klassenbewusstseins und zur Organisation der politischen Emanzipation von Millionen Ausgebeuteter waren. Doch diese Phase führte zu einer dramatischen Krise und endete mit der Kapitulation gegenüber dem Ersten Weltkrieg und den Nationalismen. Die zweite Phase wurde eröffnet mit der russischen Revolution von 1917. Die Oktoberrevolution, das Denken und das Werk Lenins stellten eine Wasserscheide in der neuesten Geschichte und auf dem Wege der Menschheit dar. Aus unserem Projekt der Thesen ergibt sich eindeutig, dass unser Beitrag zu einer kritischen Suche hinsichtlich bestimmter Aspekte der Geschichte und der Realität der Sowjetunion nicht nur verbunden ist mit unserem Bewusstsein des Wertes des Oktobers, sondern auch der Gültigkeit der großen Entscheidung, unter den Bedingungen, die geschaffen wurden, den Sozialismus in einem Lande aufzubauen und seinen Aufbau auf neue Länder auszudehnen: Vorgänge..., von denen der weltrevolutionäre Prozess seinen Ausgang genommen hat. Und in dieser Vision, die unsere Auffassung hinsichtlich der Existenz der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder einschließt, werden die Widersprüche zwischen den demokratischen Potenzen, die die sozialistische Revolution in sich bürgt, und den Hindernissen der vollen Durchsetzung des demokratischen Lebens überwunden. Wir sind deshalb überzeugt, dass das Wesen heute in einer anderen Tatsache besteht: Es steht die Aufgabe, den weltrevolutionären Prozess auf neuen Wegen voranzubringen, indem man die Erfahrungen der beiden vorgegangenen Phasen in kritischer Prüfung in Rechnung stellt und nutzt. Gewiss ist es notwendig, dass die revolutionäre, die kommunistische und Arbeiterbewegung in allen ihren unterschiedlichen und autonomen Komponenten in allen Teilen der Welt die Suche neuer Wege zum Sozialismus und des Aufbaus des Sozialismus unterstützt, befördert, voranbringt. Doch von entscheidender Bedeutung ... ist eigentlich die Aufgabe der Arbeiterbewegung Westeuropas... Die Einsicht in den Wert, die die Durchsetzung des Sozialismus im europäischen Westen für die mit der Oktoberrevolution begonnene Erfahrung gehabt hätte, war im höchsten Grade bei Lenin vorhanden...«

Am 15. Dezember 1981 nahm Enrico Berlinguer in einer Fernsehpresskonferenz erneut zu der »dritten Phase« der Entwicklung des Sozialismus Stellung und sagte, »dass eine Phase der Bewegung für Sozialismus, die mit der Oktoberrevolution begann, gänzlich überwunden ist, dass es sich darum handelt, eine andere zu eröffnen, und sie zu eröffnen vor allem im kapitalistischen Westen. Diese neue Phase könnte maximal auch den Ordnungen im

Osten in Richtung auf eine wirkliche Demokratisierung ihres politischen Lebens helfen... Was mir scheint sagen zu können..., ist, dass das, was in Polen sich ereignet hat,⁸ uns zur Überlegung veranlasst, dass effektiv die Fähigkeit, die Erneuerung der Gesellschaft, oder zumindest einiger dieser Gesellschaften, die in Osteuropa geschaffen wurden, voran zu treiben, sich erschöpft hat. Ich spreche von einer Triebkraft, die sich durch lange Perioden hindurch manifestiert hat, die ihren Anfang mit der Oktoberrevolution nahm, dem größten revolutionären Ereignis unserer Epoche, und die sodann eine Reihe von Ereignissen und Kämpfen für die Befreiung und eine Reihe von Errungenschaften hervorgebracht hat. Heute sind wir an einem Punkt angelangt, an dem diese Phase sich schließt... Und um zu erreichen, dass auch der Sozialismus, der in den Ländern des Ostens verwirklicht ist, eine neue Etappe der Erneuerung und demokratischen Entwicklung wahrzunehmen vermag, sind zwei fundamentale Dinge notwendig: In erster Linie ist es notwendig, dass der Prozess der Entspannung fortgesetzt wird, weil es klar ist, dass die Verschärfung der internationalen Spannungen und der Kurs der Aufrüstung zur Erstarrung der verschiedenen Regimes, diese Regime eingeschlossen, führen; außerdem ist es notwendig, dass ein neuer Sozialismus im Westen, in Westeuropa Fortschritte macht, welcher unabdingbar auf den Werten und Prinzipien der Freiheit und der Demokratie gegründet ist«.

Berlinguer ging hierbei zunächst noch von der möglichen Reformierbarkeit des »realen« Sozialismus in Osteuropa aus und war sich hierbei der dafür erforderlichen Bedingungen bewusst. Offenbar war ihm aber auch bewusst, dass von der Existenz eines reformierten und erneuerten Realsozialismus auch die Perspektive eines Fortschritts in Richtung auf Sozialismus in Westeuropa unmittelbar abhing. Der Verlauf der Ereignisse seit Ende der 1980er Jahre – um dies vorwegzunehmen – hat bewiesen, dass das Scheitern der sozialistischen Ordnungen in Europa und der Zerfall der UdSSR auf lange Sicht auch jegliche Chancen zerstört haben, im entwickelten Westen einer antikapitalistischen, sozialistischen Alternative näherzukommen.

⁸ Gemeint sind offenbar die politische Krise und gewerkschaftliche Solidarność-Bewegung.

4. Der »Bruch« mit der KPdSU als Konsequenz angestauter Unvereinbarkeiten

Nachdem aufgrund der inneren Spannungen in Polen, vor allem im Zusammenhang mit den Aktivitäten der systemkritischen Gewerkschaft Solidarność, Ende 1981 der militärische Ausnahmezustand verhängt worden war, kam es zum offenen Bruch im Verhältnis der IKP zur KPdSU. Die Partei erklärte als Schlussfolgerung, dass die angestauten Gegensätze in Bezug auf kommunistische Theorie und Praxis nicht mehr zu überwinden wären. Die Nationale Leitung der IKP brachte in einer Resolution vom 30. Dezember 1981 demonstrativ und unmissverständlich ihren Dissens zum Ausdruck: »Die dramatischen Ereignisse dieser Tage überzeugen uns verstärkt von der Notwendigkeit, völlig neue Wege zu finden und zu beschreiten, um dem Kampf für Demokratie und Sozialismus in der ganzen Welt einen neuen Aufschwung zu geben. Dieses Erfordernis steht vor uns nicht nur, weil die Bedingungen, unter denen die westeuropäischen Kräfte der Linken wirken müssen, anders sind. Tatsache ist, dass man es in den osteuropäischen Ländern nunmehr mit rückläufigen Prozessen, mit immer wiederkehrenden und dramatischen Krisen zu tun hat, die die monolithische Machtkonzeption in Frage stellen, dass Institutionen fehlen, die dem Willen der Gesellschaft wirklich gerecht werden, dass man an die Beziehungen innerhalb des ›sozialistischen Lagers‹, an die Konzeption vom Sozialismus als Modell und nicht als historischer Prozess, der sich im Weltmaßstab auf die verschiedenste Art und Weise entfaltet, nach eingeebneten und hierarchischen Vorstellungen herangeht... Es muss festgestellt werden, dass auch diese Phase der Entwicklung des Sozialismus, die mit der Oktoberrevolution begann, ihre Ausstrahlungskraft verloren hat, genau wie jene Phase, in der die sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsbewegungen entstanden, die in der Zweiten Internationale vereint waren... Die Menschheit steht vor gigantischen, noch nie dagewesenen Problemen – es geht sogar ums Überleben –, die der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist zu lösen. Es entstanden neue Bedürfnisse und Bestrebungen der Völker, die in verschiedener Art und Weise nicht nur in den westlichen kapitalistischen Ländern und in denen der dritten Welt zum Ausdruck gebracht werden, sondern auch in den Ländern sozialistischen Typs.«

Es unterlag keinem Zweifel, dass diese Resolution die Handschrift Enrico Berlinguers trug. Es war das Ergebnis einer langen Vorgeschichte, in der seit Togliattis Stellungnahme zum XX. Parteitag der KPdSU die IKP wiederholt, jedoch stets vergeblich, Vorschläge unterbreitete, um die kommunistische Bewegung grundlegend zu reformieren und den realen Sozialismus zu inneren politischen Reformen anzuregen. Indem Berlinguer nun den so-

zialistischen Ländern Osteuropas gänzlich die Fähigkeit zur Reformierung und Erneuerung absprach, glaubte er aber noch immer an realisierbare Fortschritte im Kampf um Sozialismus im entwickelten kapitalistischen Westeuropa, was sich ebenfalls als Illusion erwies. Denn in den entwickelten kapitalistischen Ländern vollzog sich der Übergang zum Neoliberalismus und zu einer neuen Stufe kapitalistischer Globalisierung – Prozesse, durch die sich für die kommunistischen Parteien und darüber hinaus für alle sozialistischen und antikapitalistischen Kräfte die strategische Situation noch stärker qualitativ veränderte und neue strategische und programmatische Antworten erforderlich wurden. In den damaligen strategischen Orientierungen der IKP fand dies keine Berücksichtigung, man glaubte, die traditionelle Linie erfolgreich fortsetzen zu können.

In der breiten Mitgliedschaft der IKP löste diese Stellungnahme vom 30. Dezember 1981 Auseinandersetzungen aus, da nicht alle mit dem »Bruch« im Verhältnis zur KPdSU einverstanden waren. In der Führung der Partei war es vor allem Armando Cossutta, der, obwohl er ein recht gutes, vertrauensvolles Verhältnis zu Berlinguer besaß, diesen Schritt nicht billigte und dagegen opponierte. Auf eine Frage, wann sich Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis zur UdSSR zeigten, sagte Cossutta 1985: »Die erste Meinungsverschiedenheit geht auf den Herbst 1981 zurück, und sie betraf nicht Berlinguer, sondern einen Bericht an das Zentralkomitee zu internationalen Problemen, den Romano Ledda hielt. Ich habe einen kritischen Diskussionsbeitrag gehalten, weil ich nicht mit der Äquidistanz im Verhältnis zur UdSSR und zu den USA einverstanden war, die aus diesem Bericht hervorging... Danach kam es zu der tiefen polnischen Krise im Dezember 1981. Ich will präzisieren, dass es sich bei dieser Meinungsverschiedenheit nicht um die Notwendigkeit handelte und nicht darum handelt, ob die PVAP zu kritisieren sei oder nicht, da ich mich selbst ihr gegenüber sehr kritisch geäußert habe. Die Meinungsverschiedenheit betraf zwei präzise Fragen. Die erste betraf das direkte, kategorische Urteil, das in diesem Moment der Entscheidung Jaruselskis gegeben wurde, den Kriegszustand auszurufen. Ich sah im Gegenteil in dieser Entscheidung den dramatischen Versuch, die sozialistische Orientierung des polnischen Staates und seine internationale Einbindung zu retten. Die Zeit hat mir recht gegeben, da sich Jaruselski als Staatsmann, als ein ehrlicher Patriot, als ein Führer von Ausgleich und großer Klugheit erwies. Die zweite Frage betraf das total negative Urteil über die sozialistischen Gesellschaften, das Ausdruck fand in der Formulierung Berlinguers über »die Erschöpfung der Triebkraftwirkung der UdSSR«, ein Satz, den er in einer Fernsehsendung vorweggenommen hatte und der in ein Dokument der Parteiführung aufgenommen worden war.« Cossuttas Meinungsverschiedenheit mit der Mehr-

heit der IKP-Führung, die Berlinguers Einschätzung teilte, spitzte sich weiter zu, als er seine Position in einem Artikel der Parteizeitung »L'Unità« publiziert und Berlinguer diesen Artikel in der Nationalen Leitung der Partei zur Diskussion gestellt hatte. Immerhin sah Cossutta zu diesem Zeitpunkt keinen Grund, der die Einheit der Partei hätte gefährden können.

Die Bilanz

Die verständlichen Bemühungen Enrico Berlinguers, einen konstruktiven Beitrag zur Überwindung des krisenhaften Zustands in der kommunistischen Bewegung zu leisten, blieben ohne die erforderliche Unterstützung, wurden den veränderten Realitäten nur zum Teil gerecht und waren letztlich erfolglos. Der Eurokommunismus erwies sich wegen des Widerstands und der unzureichenden theoretischen Fundierung als nicht geeignet, den Niedergang der internationalen kommunistischen Bewegung aufzuhalten, ihre Einheit auf neuen Grundlagen zu konsolidieren und ihr neue Entwicklungsimpulse zu verleihen. Im Gegenteil verabschiedete sich die IKP als eine der ersten Parteien aus der noch immer von der KPdSU dominierten kommunistischen Bewegung, was schließlich in den 1980er Jahren die Spaltung der Partei nach sich zog. Die in den 1970er Jahren angestrebte Regierungsbeziehung war nicht zustande gekommen, und die Strategie des italienischen Weges zum Sozialismus vermittels eines historischen Kompromisses hatte keine Fortschritte gebracht.

Diese Strategie wäre wohl nur denkbar gewesen, wenn die sozialistischen Länder, voran die UdSSR, durch Reformen einen wirklichen sozialistischen Erneuerungsprozess hätten vollziehen sowie auf diese Weise ihre innere Stabilität und ihre Attraktivität hätten erhöhen können, und wenn Entspannung und friedliche Koexistenz das internationale Klima auf der Grundlage eines fortbestehenden, beiderseits anerkannten Gleichgewichts der »Supermächte«, aber ohne »Blocklogik und -disziplin«, bestimmt hätten. Gescheitert sind nicht nur die Politik und die Strategie Berlinguers, sondern auch seine offenbar ernst gemeinte Intention, der IKP als erneuerter kommunistischer Partei eine Perspektive in Gestalt einer transformatorisch-revolutionären Kraft zu sichern.

Berlinguer verstarb unerwartet im Alter von 62 Jahren am 11. Juni 1984. Damit endet eine Ära der Entwicklung der IKP, die man die Linie Gramsci – Togliatti – Longo – Berlinguer nennen kann. Der kaum voraussehbare Weg, den die Partei nun einschlug, entsprach schon nicht mehr dieser Traditionslinie, wofür es parteiinterne, landesspezifische, aber auch maßgebliche internationale Ursachen gab, die die IKP nicht zu bewältigen vermochte. Aufgrund der krisenhaften Situation in der internationalen kommunistischen Bewegung und in den sozialistischen Ländern, für die sich in den 1980er Jahren keine

Lösung abzeichnete, wurde in der IKP nach Berlinguer ein Prozess in Gang gesetzt, der diese Partei immer weiter auf einen Kurs weg von ihrer eigenen kommunistischen Identität abdriften ließ, was zugleich einen zunehmenden Einflussverlust nach sich zog.

Auf Berlinguers Tod folgten als Generalsekretäre der IKP zunächst Alessandro Natta (1984-1988) und als letzter Achille Occhetto (1988-1991). Unter ihnen entschied sich die Mehrheit in der Parteiführung Schritt für Schritt für die sozialdemokratische Umwandlung der Partei. Mit Occhetto hatte sich an der Spitze der Partei zugleich der Übergang zu einer neuen Funktionsgeneration vollzogen, die sich nicht mehr an die kommunistische Traditionslinie gebunden fühlte. Bereits 1990 hatte er den Vorschlag unterbreitet, den Parteinamen zu ändern, sich vom kommunistischen Namen zu trennen. Nach heftigen Flügelkämpfen, die sich infolge des Scheiterns der sozialistischen Ordnungen in Europa noch steigerten, wurde im Februar 1991 die Partei auf ihrem letzten, dem 20. Parteitag, als Kommunistische Partei aufgelöst und als Demokratische Partei der Linken (Partito Democratico della Sinistra – PDS) neu konstituiert. Die Brücken zur kommunistischen Vergangenheit waren damit endgültig abgebrochen.

Die Konsequenz dieser Entscheidung war die Spaltung des verbliebenen Kräftepotenzials der IKP, da diejenigen Funktionäre und Mitglieder, die die Auflösung und Umwandlung der Partei ablehnten und weiterhin der kommunistischen Tradition ergeben waren, sofort im Februar 1991 die Partei der Kommunistischen Wiedegründung (Partito della Rifondazione Comunista – PRC) gründeten. Somit gab es nunmehr zwei Nachfolgeparteien, die sich in gänzlich unterschiedliche Richtungen entwickelten.

Die Demokratische Partei der Linken beschloss auf ihrem 4. Parteitag im April 2007, mit der christdemokratischen Nachfolge-Partei *La Margherita* und anderen Gruppierungen des Mitte-Links-Lagers die *Demokratische Partei* (Partito Democratico), ohne Bezug auf Links, formieren zu können, was im Oktober desselben Jahres geschah. Diese neue Partei ist mehr links-liberal als sozialdemokratisch ausgerichtet. Ihr erster Vorsitzender war bis Februar 2008 der Ex-Kommunist Walter Veltroni, zuvor Bürgermeister von Rom. Nach Wahlniederlagen ist er zurückgetreten. Vorsitzender ist seither der Rechtsanwalt Dario Franceschini, ehemals Funktionär in der christdemokratischen Jugendorganisation.

Unter dem Namen *L'Ulivo* (Olivenbaum) schart diese Partei seit 2007 die reformistischen Kräfte des Landes aus den ehemaligen Parteien der *Sozialdemokratie*, der Christlichen Demokratie und aus dem *liberalen* Spektrum zu einem Wahl- und Regierungsbündnis zugunsten von Romano Prodi, parteiloser ehemaliger Christdemokrat, um sich.

Die zweite Partei, die Partei der Kommunistischen Wiedergründung (Rifondazione Comunista), entstand 1991 auf Initiative Armando Cossuttas, der auch ihr Vorsitzender wurde. Cossutta hatte seine politische Laufbahn bereits unter Palmiro Togliatti begonnen und lange Jahre zur Parteiführung gehört. Wie erwähnt, hatte er schon 1981 gegen den von Berlinguer vollzogenen Bruch mit der KPdSU opponiert. Sekretär der Partei war bis 1994 Sergio Garavini, ebenfalls mit kommunistischer Vergangenheit, und von 1994 an Fausto Bertinotti, ehemals Gewerkschaftsfunktionär, dessen kommunistisches Selbstverständnis nicht der Traditionslinie der IKP entsprach. Da diese Partei dank Bertinotti starke Verbindungen zu den Gewerkschaften und linken Bewegungen besaß, verlief ihre Entwicklung vorerst erfolgreich. Mit 8% Stimmenanteil bei Parlamentswahlen verschaffte diese Partei 1996 Prodi, Kandidat der Ulivo-Koalition, durch Tolerierung die Regierungsmehrheit. Doch 1998 kam es infolge der Deregulierungs- und Sparpolitik der Regierung Prodi und dessen Befürwortung des Balkankrieges zur Spaltung der Rifondazione Comunista, indem die Kräfte um Bertinotti aus der Regierungskoalition ausschieden, während die Kräfte um Cossutta mit der Mehrheit der Abgeordneten, um eine Rechtsregierung unter Silvio Berlusconi zu verhindern, die Regierung weiterhin stützten, die dadurch weiter im Amt bleiben konnte. Unter Cossuttas Vorsitz bildete sich die Partei der Italienischen Kommunisten, als deren Sekretär der Jura-Professor Oliviero Diliberto, ehemals Mitglied der IKP, fungiert. Trotz grundsätzlicher Differenzen beteiligte sie sich Anfang 2005 zusammen mit der Partei Rifondazione Comunista an einem Wahlbündnis mit der Mitte-Links-Koalition des Olivenbaums. Dieses breite Bündnis errang mit Prodi als Spitzenkandidaten bei den Parlamentswahlen 2006 dank der Unterstützung der beiden kommunistischen Parteien eine Mehrheit, sodass Prodi, indem er diese beiden Parteien einbezog, erneut eine Regierung bilden konnte.

Ein Jahr später, Ende 2007, verständigten sich vier linke Parteien – die Partei Rifondazione Comunista, die Partei der Italienischen Kommunisten, die Demokratische Linke (Sinistra Democratica) und die Föderation der Grünen (Federazione dei Verdi) auf eine Zusammenarbeit unter dem Bündnisnamen La Sinistra – L'Arcobaleno (Die Linke – Der Regenbogen). Dieses Bündnis erlitt allerdings bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im April 2008 mit einem Stimmenanteil von nur 3,1% für das Parlament und 3,2% für den Senat eine erschreckende Niederlage. Da diesem linken Wahlbündnis der Einzug ins italienische Parlament nicht gelang, gibt es nunmehr erstmals seit 1945 keine kommunistischen Parlamentarier mehr.

Mit dieser Niederlage sind zwar die italienischen Kommunisten von der politischen Bühne des Landes nicht verschwunden, aber sie sind mehr und

tiefer denn je zuvor zerstritten und ohne nennenswerten politischen Einfluss. Schließlich erlitt Anfang 2009 die Partei Rifondazione Comunista wiederum infolge eines innerparteilichen Richtungsstreits eine erneute Spaltung.

Mit dieser betrüblichen Entwicklung wurde das Erbe der ehemals mitgliederstärksten und einflussreichsten kommunistischen Partei in der entwickelten kapitalistischen Welt, einer Partei mit sehr originellen theoretischen und strategischen Positionen, geprägt von Gramsci, Togliatti, Longo, Berlinguer und einer starken Legion von Parteifunktionären, verspielt. Diese Entwicklung stand in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Schicksal der internationalen kommunistischen Bewegung. Indem sich die IKP 1981 von der internationalen kommunistischen Bewegung losgesagt hatte und auch die anderen eurokommunistischen Parteien ernsthafte Vorbehalte artikuliert hatten, war diese Bewegung zum Torso geworden. Aufgrund der Tatsache, dass die internationale Einheit der kommunistischen Bewegung historisch, politisch und ideologisch auf den direkten Bezug zur Sowjetunion, zu deren Sozialismus-Modell und zum Marxismus-Leninismus sowjetischer Interpretation gegründet war, mussten die Grundlagen ihrer traditionsgebundenen Identität mit dem Scheitern der sozialistischen Ordnungen und der Krise des Marxismus-Leninismus erodieren. Wenngleich es weiterhin nicht wenige kommunistische Parteien in der Welt gibt, die erneut um eine Verständigung und einen Zusammenschluss bemüht sind, mangelt es gegenwärtig an übergreifenden zeitgemäßen ideologischen Überzeugungen, an strategischen und politischen Zielsetzungen sowie an international koordinierten Aktionen. Eine Perspektive haben diese Bemühungen nur, wenn die kommunistischen Parteien sich öffnen und auf einer pluralen Grundlage, ohne ideologische Prämissen, untereinander und mit anderen linken Parteien zusammenwirken.

Im vorliegenden Buch wurde am Beispiel der Italienischen Kommunistischen Partei aufgezeigt, wie und weshalb die überlieferten marxistisch-(leninistisch) fundierten Grundlagen der internationalen kommunistischen Bewegung in der Endkonsequenz die Bewährung in der Praxis nicht bzw. nicht umfassend bestanden. Die von der IKP in der Vergangenheit angestrebte notwendige Erneuerung der Grundlage der internationalen Einheit war von unterschiedlichen Kräften in der Bewegung sowie aus verschiedenen realen Gründen verhindert worden. Das theoretische Arsenal der Italienischen KP hätte durchaus eine Ausgangsbasis für die Erneuerung und Öffnung der internationalen kommunistischen Bewegung sein können, doch letztlich hat es sich selbst für die eigene Partei als nicht geeignet erwiesen, richtungsweisende und mobilisierende Antworten in Bezug auf die qualitativ veränderten Kampfbedingungen sowie auf die daraus resultierenden strategischen, programmatischen und theoretischen Konsequenzen zu vermitteln.

Auswahl der verwendeten Literatur

- 15 Congresso nazionale** del Partito comunista italiano. Documenti politici dal 14' al 15' Congresso. Bd. I. Rom 1979
- Agosti, Aldo:** La Terza Internazionale. Storia documentaria. Rom 1974-1979; – Palmiro Togliatti. Turin 1996
- Amendola, Giorgio:** Dal »Quaderno« del 300 alla coscienza storica del partito nuovo di oggi. In: *Rinascita*, 48/1970; – Storia del Partito comunista italiano. 1921-1943. Rom 1978
- Battaglia, Roberto:** Storia della Resistenza italiana. 8 settembre 1943-25 aprile 1945. Turin 1964
- Berlinguer, Enrico:** Rede auf der Internationalen Beratung 1969. In: Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Moskau 1969. Berlin 1969, S. 462ff.; – Riflessioni dopo i fatti del Cile. In: *Rinascita*, September-Oktober 1973, Nr. 38, 39,40; – Für eine demokratische Wende. Ausgewählte Reden und Schriften. 1969-1974. Berlin 1975; – La »questione comunista«. 1969-1975. Hrsg. Antonio Tatò. Rom 1975; – Collana Documenti: Enrico Berlinguer. Edizione l'Unità, Spa. (1985)
- Billoux, François:** Als wir Minister waren. In: *horizont*. Sozialistische Wochenzeitung für internationale Politik und Wirtschaft, (Berlin, 32/1973, S. 32 (Nachdruck aus dem Buch: Billoux: Quand nous étions Ministres. Paris 1972)
- Buttigieg, Joseph A.:** Gramscis Methode. In: *Das Argument*. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. 1/1991
- Cerroni, Umberto:** Gramsci-Lexikon. Hamburg 1979, S. 165-189
- Chiarante, Giuseppe:** Da Togliatti a D'Alema. La tradizione dei comunisti italiani e le origini del Pds. Rom/Bari 1996
- Chruschtschow, Nikita S.:** Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag. Berlin 1956
- Claudin, Fernando:** Die Krise der Kommunistischen Bewegung. Von der Komintern zur Kominform. Bd. 1 u. 2, Westberlin 1977-1978
- Cogniot, Georges:** Zwiesprache mit meinem Leben. Weg und Ziel eines französischen Patrioten und Kommunisten. Berlin 1983
- Corriere della sera**, (Rom) 26. Juli 1980
- Cossutta, Armando:** zu den polnischen Ereignissen 1989 und zum Verhältnis der IKP zur UdSSR: Interview mit Ennio Elena unter dem Titel: Esaurita la spinta propulsiva, sofferta diversità di opinioni. In: Enrico Berlinguer. Edizione l'Unità, Spa. Collana Documenti (1985); – Prefazione (Vorwort) in: Pistillo, Michele: Gramsci in carcere. Il lento assassinio del capo del Pci. Hrsg. La Rinascita della sinistra. Rom o. J.
- Critica marxista**, (Rom) 4-5/1964: Discorsi di Palmiro Togliatti (1944-1947)
- Dagli archivi di Mosca:** L'URSS, il Cominform e il PCI. Hrsg. Francesca Gorie e Sil-

- vio Pons. Rom 1998
- Deppe**, Frank: Politisches Denken im Kalten Krieg. Teil 1: Konfrontation der Systeme. Hamburg 2006; – Teil 2: Systemkonfrontation, Golden Age, antiimperialistische Befreiungsbewegungen. Hamburg 2008
- Dimitroff**, Georgi: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben den Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus; – Für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. In: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Referate. Aus der Diskussion. Schlußwort. Resolutionen. Frankfurt a.M. 1971; – Tagebücher 1933-1943. Hrsg. Bernhard H. Beyerlein, 2 Bde. Berlin 2000
- Fauvet**, J.: Histoire du Parti communiste français. Bd. I, Paris 1964
- Fiori**, Giuseppe: Gramsci, Togliatti, Stalin. Rom 1991; – Vita di Antonio Gramsci. Bari 1966
- Firsov**, F.: Aus den Archiven der Komintern. In: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Prag, Nr. 1/1989 (in der deutschen Ausgabe der Zeitschrift nicht enthalten); – Interview In: *Repubblica*, (Rom), 26. Juni 1988
- Fischer**, Ernst: Erinnerungen und Reflexionen. 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1987
- Fjodorow, Rafael P.**: Wohin geht Rußland? Eine Nation am Scheideweg. Bonn 1993
- Fünfter Kongreß** der Kommunistischen Internationale. Protokoll. Hamburg, o. J.
- Für Frieden und Volksdemokratie**. Bericht über die Tätigkeit einiger kommunistischer Parteien, gehalten auf der Konferenz in Polen Ende September 1947. Berlin, Verlag Tägliche Rundschau
- Garavini, Sergio**: Le ragioni di un comunista. Scritti e riflessioni sullo scioglimento del Pci e sulla nascita di una nuova forza comunista in Italia. Rom 1991
- Gramsci**, Antonio: Die süditalienische Frage. Beiträge zur Geschichte der Einigung Italiens. Berlin 1955; – Briefe aus dem Kerker. Hrsg. Palmiro Togliatti. Berlin 1956; – Antologia degli scritti. Hrsg. C. Salinari u. M. Spinella, 3 Bde., Rom 1963; – Per la verità. Scritti 1913-1926. Rom 1974; – Quaderni del carcere. Hrsg. Valentino Gerratana. 4 Bde., Turin 1975; – Scritti politici. Hrsg. von P. Spriano. Rom 1978; – Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften. Hrsg. Guido Zamis. Leipzig 1980; – Philosophie der Praxis. Grundlagen und Wirkungen der Gramsci-Debatte. Frankfurt a.M. 1982; – Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Hrsg. Deutsches Gramsci Projekt unter der wiss. Leitung von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Hamburg 1991ff.; – Gramsci – ein vergessener Humanist? Eine Anthologie. Berlin 1991; – Lettere dal carcere. Hrsg. Antonio A. Santucci, Palermo 1996 Paolo Spriano: Gramsci in carcere e il partito. Rom 1977, S. 25 ff., 127 ff.
- Gruppi**, Luciano: Introduzione allo studio dell'opera di Enrico Berlinguer 1969-1984. Rom 1985; – La teoria del partito rivoluzionario. Rom 1980
- Hutter**, C. M.: Eurokommunisten – Lenins treue Jünger. Krefeld 1978
- I comunisti italiani** e il Cile. Rom 1973
- Il P.C.I.** e la discussione nel movimento comunista internazionale. Rom 1963
- Il compagno Luigi Longo**. I comunisti. Hrsg. Sezione stampa e propaganda del PCI. Rom, März 1970
- Il compromesso storico**. Hrsg. Pietro Valenza. Beiträge von Gramsci, Togliatti, Lon-

- go, Berlinguer. Rom 1976
- Il comunismo italiano** nella seconda guerra mondiale. Rom 1963
- Il Partito comunista italiano** e il movimento operaio internazionale 1956-1968
- Internationale Beratung** der kommunistischen und Arbeiterparteien. Moskau 1969. Berlin 1969
- Internationale Presse Korrespondenz**, Nr. 10 vom 14. Januar 1926: Die weltwirtschaftliche und weltpolitische Lage und die Perspektive der Weltrevolution
- Italia 1945-48**. Le origini della Repubblica. Turin 1974
- Jotti**, Nilde: Qualcosa di più che una amicizia. In: Il compagno Luigi Longo. I comunisti. Hrsg. von der Sezione stampa e propaganda del PCI. Rom, März 1970
- Kardelj**, Edvard: Der Übermacht zum Trotz. Erinnerungen an Jugoslawien. Frankfurt a.M. 1985
- Kautsky**, Karl: Bernstein und das Sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik. Stuttgart 1899
- Keßler**, Mario: Die kommunistische Linke und die Weimarer Republik. In: *Das Parlament*: Beilage: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32-33/94
- Kissinger, Henry A.**: Memoiren. 1968-1973. München 1979; – Wenn der Eurokommunismus an die Macht käme. In: Herder-Korrespondenz 9/1974, zit. nach C. M. Hutter: Eurokommunisten – Lenins treue Jünger. Krefeld 1978
- Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas**. Dokumente und Reden. Berlin 1976
- Kühnrich**, Heinz: Unbekannte Dokumente zur Komintern-Debatte über Gruppenkampf und Sektierertum in der KPD Anfang 1935. In: *Neues Deutschland*, 7./8. August 1993, S. 13
- L'Ordine Nuovo** (Reprint)
- L'Unità**: Jahrgang 1925, Reprint; – Zur Reaktion auf die tschechoslowakischen Ereignisse und Materialien der ZK-Tagung der IKP. 28., 29., 30. August 1968; – Risoluzione della Direzione del Partito comunista italiano: Riflessione sui drammatici fatti di Polonia: Aprire una nuova fase della lotta per il socialismo. 30. Dezember 1981; – La relazione di Berlinguer al CC approfondisce l'analisi e il giudizio sui fatti polacchi. 12. Januar 1981; – Verschiedene weitere Nummern der Jahre zwischen 1945 und 1990
- Lajolo**, Davide: Finestre aperte a Botteghe Oscure. Da Togliatti a Longo a Berlinguer, dieci anni vissuti all'interno del PCI. Mailand 1975
- Lenin**, W. I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Lenin: Werke, Bd. 22; – Thesen über die Hauptaufgaben des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Ebd., Bd. 31; – Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Lenin: Ausgewählte Werke in sechs Bänden. Bd. 5, Berlin 1973
- Lepre**, Aurelio: La svolta di Salerno. Rom 1966
- Liberazione**: Tageszeitung der Partei der Kommunistischen Wiedergründung, verschiedene Nummern seit 2000
- Longo**, Luigi: Brief an die Mitglieder der Partei, Oktober 1964 (als Manuskript aus dem Archiv); – Interview mit der französischen Zeitschrift *Express*. In: *L'Unità*,

2. November 1964; – Interview mit der italienischen Zeitschrift *L'Astrolabio*, 5. September 1968 (Auszüge in: *L'Unità*, 8. September 1968); – Die revolutionäre Bedeutung des Kampfes für strukturelle Reformen. In: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 2/1963; – I centri dirigenti del PCI nella Resistenza. Rom 1973; – Un popolo alla macchia. Rom 1965
- Longo, L./Secchia, P.:** Der Kampf des italienischen Volkes für seine nationale Befreiung. Berlin 1959; – Der Kampf des italienischen Volkes für seine Befreiung 1943-1945. Berlin 1959
- Losurdo, Domenico:** Antonio Gramsci dal liberalismo al ›comunismo critico‹. Rom 1997; – Der Marxismus Antonio Gramscis. Von der Utopie zum ›kritischen Kommunismus‹. Hrsg. H. Neubert, Hamburg 2000
- Mafai, Miriam:** Botteghe Oscure addio. Com'eravamo comunisti. Mailand 1996
- Magri, Lucio:** L'XI Congresso. In: *La rivista del Manifesto*. (Rom) Nr. 24, Januar 2002
- Mammarella, Giuseppe:** Il Partito comunista italiano 1945/1975. Florenz 1976
- Margiocco, Mario:** Stati Uniti e PCI 1943-1980. Rom/Bari 1981
- Neubert, Harald:** Antonio Gramsci: Hegemonie – Zivilgesellschaft – Partei. Eine Einführung. Hamburg 2001; – Die Hypothek des kommunistischen Erbes. Hamburg 2002; – Die publizistischen Aktivitäten und theoretischen Leistungen Antonio Gramscis (mit einem strukturierten Überblick über seine schriftliche Hinterlassenschaft und die Abfolge ihrer italienischen und deutschen Edition). In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2/1997; – Eurokommunismus. In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Hrsg. W.-F. Haug, Bd. 3, Hamburg 1997, S. 980-994; – Palmiro Togliatti – zwischen Anpassung und Erneuerung. Eine personifizierte Geschichte der Komintern. Controvers – Reihe, Berlin, Januar 1997
- Pajetta, Gian Carlo:** L'Ottobre lontano e vicino (Interview). In: *L'Unità*, 16. März 1988; – La lunga marcia dell'internazionalismo. Dal comintern all'eurocomunismo. Intervista di Ottavio Cecchi. Rom 1978
- Pillon, Cesare:** I comunisti nella storia d'Italia, 2 Bde, Rom o. J.
- Pistillo, Michele:** Gramsci in carcere. Il lento assassinio del capo del Pci. Prefazione di Armando Cossutta. Hrsg. La Rinascita della sinistra. Rom o. J.
- Problemi di storia** del Partito comunista italiano. Beiträge von Spriano, Ragionieri, Natta, Pajetta, Amendola, Ingrao. Rom 1971
- Programmerklärung** zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes. In: Revolutionäre Parteiprogramme. Berlin 1964
- Protokoll. Sechster Weltkongreß** der Kommunistischen Internationale. Moskau 17. Juli–1. September 1928. Bd. IV: Thesen, Resolutionen, Programme, Statuten. Hamburg-Berlin 1929 (Feltrinelli-Reprint, Mailand 1967)
- Ragionieri, Ernesto:** Gramsci e il dibattito teorico nel movimento operaio internazionale. In: Letture di Gramsci. Hrsg. Antonio A. Santucci. Rom 1986; – Palmiro Togliatti. Rom 1966
- Reale, Eugenio:** Nascita del Cominform. Mailand 1958
- Riechers, Christian:** Antonio Gramsci. Marxismus in Italien. Frankfurt a.M. 1970
- Rinascita:** Jahrgänge nach 1945

- Sartre, Jean-Paul:** Palmiro Togliatti (1964). In: Plädoyer für die Intellektuellen. Interviews, Artikel, Reden. 1950-1973. Reinbek 1995
- Schoch, Bruno:** Die internationale Politik der italienischen Kommunisten. Frankfurt a.M./New York 1988
- Secchia, Pietro:** La resistenza: grandezza e limiti oggettivi. In: *Rinascita*, 8/1971
- Sforza M., Cesarini/Nassi, Enrico:** L'Eurocomunismo. Mailand 1977
- Sinowjew, Georgi [Grigori]:** Die internationalen Perspektiven und die Bolschewisierung. In: Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, 21. März - 6. April 1925. Hamburg 1925
- Spriano, Paolo:** Il compagno Ercoli. Togliatti segretario dell'Internazionale. Rom 1980; – Storia del Partito comunista italiano. Bde. I-V, Turin 1967-1975
- Stalin, Josef W.:** Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation im September 1927 in der Sowjetunion. In: Stalin: Werke. Berlin 1953, Bd. 10, S. 81-129; – Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR. Rede auf dem Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (1927). Ebd., S. 45
- Tatò, Antonio:** Caro Berlinguer. Note e appunti riservati a Enrico Berlinguer. Rom 2003
- Terracini, Umberto:** La Costituzione italiana e il socialismo. In: Trenta anni di vita e lotte del PCI. Quaderni di Rinascita 2, o. J.
- Thesen über die Bolschewisierung** der Parteien der KI. In: *Internationale Presse Korrespondenz*, Nr. 77, 11. Mai 1925
- Thesen und Resolutionen** des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1924
- Togliatti, Palmiro:** Per la salvezza del nostro paese. Rom 1946; – La lotta dei comunisti e del popolo italiano per una democrazia nuova (Bericht an den VI. Parteitag). In: *L'Unità*, 6. Januar 1948; – Internationale Erfahrungen weiter entwickeln. Über die Bedeutung der Liquidierung des Personenkultes für die internationale Arbeiterbewegung. Auszüge aus dem Interview mit der Zeitschrift *Nuovi Argomenti* in: *Neues Deutschland*, 21. Juni 1956; – Diversità e unità nel movimento comunista internazionale. In: *Rinascita*, 12. Dezember 1961; – Problemi del movimento operaio internazionale (1956-1961). Rom 1962; – Sui fatti d'Ungheria. In: Togliatti: Problemi del movimento operaio internazionale. 1956-1961. Rom 1962; – La formazione del gruppo dirigente del partito comunista italiano nel 1923-1924. Rom 1962; – Il partito. Rom 1964; – La via italiana al socialismo. Rom 1964; – Sul movimento operaio internazionale. Rom 1964; Gramsci. Hrsg. von Ernesto Ragionieri, Rom 1967; Attualità del pensiero e dell'azione di Gramsci. In: Togliatti: Opere scelte. Hrsg. von G. Santomassimo. Rom 1974; – Ausgewählte Reden und Aufsätze. Berlin 1977; – La politica di Salerno. Rom 1969; – Memorandum zu Fragen der internationalen Arbeiterbewegung und ihrer Einheit. In: Togliatti: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Berlin 1977, S. 765ff.
- Vacca, Giuseppe :** Gramsci e Togliatti. Rom 1991; – Tra compromesso e solidarietà. La politica del Pci negli anni '70. Rom 1987
- Valli, Bernardo:** Gli eurocomunisti. Interventi di Jean Elleinstein, Paolo Spriano, Santiago Carrillo. Mailand 1976
- Vidali, Vittorio:** Diario del XX Congresso. Mailand 1974

VSA: Marxistische Theorie

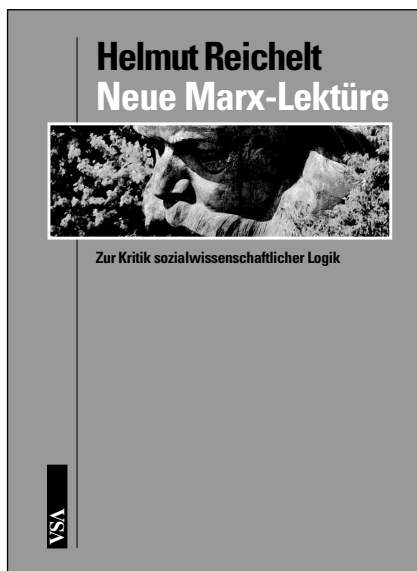


120 Seiten; € 10.80
ISBN 978-3-89965-278-9
Für Karl Heinz Roth bewegen wir uns gerade in eine weltgeschichtliche Situation hinein, in der alle Weichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens neu gestellt werden.

Peter Bescherer/Karen Schierhorn (Hrsg.)

Hello Marx

Zwischen »Arbeiterfrage«
und sozialer Bewegung heute
200 Seiten; € 15.80
ISBN 978-3-89965-317-5



384 Seiten; € 26.80
ISBN 978-3-89965-287-1
Reichelt thematisiert wesentliche Erklärungsdefizite, die in Marx' Theorie bereits angelegt sind und die in ihrer Rezeption bis heute befördert werden.

Otto Bauer

Die größte Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft (1929-1935)

Eine marxistische Erklärung
Hrsg., kommentiert und eingeleitet
von Michael R. Krätke
304 Seiten; € 26.80
ISBN 978-3-89965-208-6

John Kannankulam

Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus

Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas
356 Seiten; € 22.80
ISBN 978-3-89965-280-2

www.vsa-verlag.de

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA

VSA: Linke Klassiker

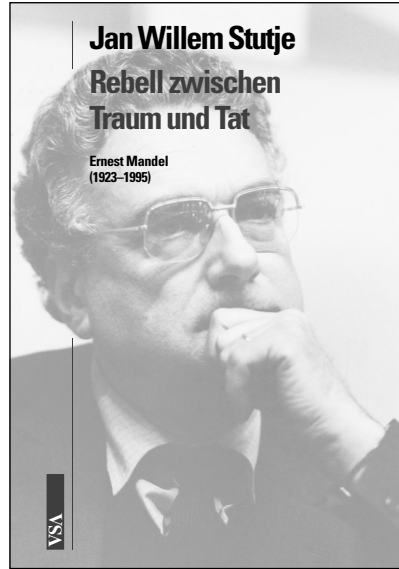


100 Seiten; € 7.60
ISBN 978-3-87975-820-3
Eine Einführung in wesentliche Aspekte, mit denen Gramsci die Revolutions- und Sozialismustheorie und die kommunistische Politik bereichert hat.

Bruno Trentin

Befreiung der Arbeit

Die Gewerkschaften, die Linke und die Krise des Fordismus
Aus dem Italienischen von Elke Müller
262 Seiten; € 18.90
ISBN 978-3-87975-724-4



Aus dem Niederländischen von Klaus Mellenthin
480 Seiten; Hardcover; € 39.80
ISBN 978-3-89965-316-8
Umfassende Darstellung des theoretischen, politischen und persönlichen Wirkens Ernest Mandels.

Nicos Poulantzas

Staatstheorie

Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus
296 Seiten; € 18.00
ISBN 978-3-87975-857-9

Pierre Bourdieu u.a.

Die verborgenen Mechanismen der Macht

Schriften zu Politik & Kultur 1
Hrsg. von Margareta Steinrücke
176 Seiten; € 16.80
ISBN 978-3-87975-605-6

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA

www.vsa-verlag.de